Donnerstag, 7. November 1985 - D***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10-11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 260 - 45.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Einkommen: Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung 1984 – erstmals seit 1981 – wieder stärker gestiegen als die Kosten der Lebenshaltung. Sie erhöhten sich um 3,4 Prozent, die Lebenshaltungskosten nur um 2,4 Prozent.

Eureka: Ein enge Einbeziehung in die europäische Forschungsinitiative haben die deutschen Hochschulen verlangt. Da Grundlagenforschung vor allem an den Hochschulen betrieben werde, sollten sie stärker an Eureka-Projekten beteiligt werden. (S. 2 und 10)

Erklärung: Kanzler Kohl wird am nächsten Donnerstag vor dem Bundestag eine Regierungserklärung zum 30jährigen Bestehen der Bundeswehr abgeben.

Flucht: Ein Matrose aus der „DDR" hat sich im schottischen Hafen Ullapool von seinem Schiff abgesetzt und will in die Bundesrepublik ausreisen.

Nach Bonn: Zu einem zweitägigen Besuch wird Frankreichs Staatspräsident Mitterrand heute in Bonn erwartet. Mit Kanzler Kohl will er vor allem europäische Fragen erörtern.

Italien: Das Abgeordnetenhaus in Rom hat der Koalitionsregierung von Bettino Craxi das Vertrauen ausgesprochen. 347 Abgeordnete stimmten für und 238 gegen die Neuauflage der vor drei Wochen zerbrochenen Fünf-Parteien-Koalition.

Rüstung: Moskau hat den USA ein Interimsabkommen über die Mittelstreckenwaffen in Europa vorgeschlagen, teilte Präsident Reagans Sonderberater Nitze in Brüssel *mit. Die Sowjets* beharrten darauf, daß jede amerikanische Mittelstreckenwaffe in Europa auf das strategische Arsenal der USA angerechnet wird.

Prozeß: Wegen Mordes an seinem Landsmann Gebril Denali und versuchten Mordes an zwei Deutschen hat die Staatsanwaltschaft im Bonner Prozeß gegen den Libyer Tarboni *eine lebenslange* Freiheitsstrafe beantragt.

Ablösung: Die Leitung der auch für die Beziehungen zur Bundesrepublik zuständigen Abteilung „Internationale Politik und Wirtschaft" im SED-Zentralkomitee hat offenbar der frühere Funktionär des Jugendverbands FDJ, Gunter Rettner, übernommen. *Die Abteilung war seit 1973 von* Herbert Häber geführt worden.

WIRTSCHAFT

Versicherer: Mit einer erheblichen Steigerung der Schadenzahlungen rechnet die deutsche Versicherungswirtschaft für 1985. Die Gesamtleistungen dürften etwa 99 Prozent (Vorjahr: 97,4) der Beitragszahlungen ausmachen. (S. 11)

Renten: Die kurz- und mittelfristigen *Finanzprobleme* der gesetzlichen Rentenversicherung sind behoben. Die Kassen sind nach Angaben des Verbands der Deutschen Rentenversicherungsträger hinreichend gefüllt. Es werde nicht nötig sein, wie im Vorjahr beim Bund oder bei den Banken Kredite aufzunehmen. (S. 11)

Rheinmetall: Der Düsseldorfer Rüstungs- und Maschinenbaukonzern wird seine Mehrheitsbeteiligung an der Württembergischen Metallwarenfabrik (WMF) von 57 Prozent auf zehn Prozent abbauen. Nach dem rechtskräftig verlorenen Kartellstreit erhält der Konzern auch keine „Ministererlaubnis". (S. 13)

Börse: Eine neue Auslandskaufwelle brachte die Börse wieder auf Hausse-Kurs. Auch die Rententendenz war fest. WELT-Aktienindex 250,70 (245,51). BHF-Rentenindex 104,395 (104,186). BHF-Performanceindex 107,861 (107,615). Dollarmittelkurs 2,6048 (2,6110) Mark. Goldpreis pro Feinunze 324,40 (324,60) Dollar.

WELT-Report Kapitalanlagen



Die deutschen Aktienkurse erreichen auch in diesem Jahr wieder einen Höchststand nach dem anderen. Wie geht es weiter, an welchen Börsen ist jetzt Geld zu verdienen? Lohnen sich noch steuerbegünstigte Kapitalanlagen und was bringen Null-Kupon-Anleihen? Darüber informiert ein 32seitiger farbiger Report, der heute der WELT beiliegt.

KULTUR

Zirkus: Wer Oper als Volksfest erleben möchte, braucht nicht mehr ins italienische Verona zu pilgern. Die belgische Nationaloper bietet ein nordisches Äquivalent. Im königlichen Zirkusbau in der Brüsseler Oberstadt wird „Hoffmanns Erzählungen" gegeben. (S. 21)

Museum: Ein Vogelhaus-Museum will die Stadt Walsrode 1987 eröffnen. Prunkstücke der Sammlung: ein zwei Meter hohes „Märchenschloß" aus Südfrankreich und Miniaturnachbildungen der Nymphenburg und der Kathedrale von Mexico City. (S. 21)

SPORT

Schach: Titelverteidiger Anatoli Karpow hat die 22. Partie der Weltmeisterschaft von Moskau gewonnen. Herausforderer Garri Kasparow führt nur noch mit 11,5:10,5 Punkten. (S. 8)

Turnen: Die UdSSR führt bei der Weltmeisterschaft in Montreal nach der Pflicht des Mannschafts-Wettbewerbes der Damen vor Rumänien. Die deutsche Riege belegt Platz 12. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Flugverkehr: Nach TWA, Air Canada und El Al will sich jetzt auch PanAm mit einem zweistrahligen Flugzeug auf die Nordatlantik-Route wagen. Lufthansa lehnt es wegen der Betriebs- und Sicherheitsrisiken weiterhin ab, die Route mit zweimotorigen Maschinen zu fliegen. (S. 22)

Touristen: Der Preiskampf auf dem britischen Tourismusmarkt treibt kuriose Blüten. Das sonderbarste Angebot: Eine Gratis-Reise nach Südfrankreich plus fünf Pfund Taschengeld. (S. 22)

Wetter: Meist bewölkt, zeitweise Regen. Bis 11 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Begeisterung über Erfolge im All

Wissenschaftler: Experimente der D-1-Mission voll gelungen / „Modernstes Raumzentrum der Welt"

DW. Oberpfaffenhofen

Schon vor der Landung der amerikanischen Raumfähre „Challenger" um 18.44 Uhr mit der deutschen D-1 an Bord haben die Verantwortlichen im Kontrollzentrum in Oberpfaffenhofen bei München eine erfolgreiche Bilanz gezogen. Der wissenschaftliche Projektleiter Peter Sahm erklärte gestern im oberbayerischen „Houston", die Mission habe insgesamt ihre Ziele voll erreicht.

Die gesamte Flugkontrolle war gestern vormittag an das amerikanische Kontrollzentrum in Houston übergegangen. Um 10.29 Uhr traf dann in Oberpfaffenhofen die Meldung ein, daß das Raumlabor Spacelab seine Aktivitäten beendet habe. Damit übernahm Houston das Kommando über alle acht Astronauten. Bis dahin *hatten die wissenschaflichen* Arbeiten der Astronauten, darunter die beiden deutschen Physiker Ernst Messerschmid und Reinhard Furrer, unter deutscher Leitung gestanden. Sahm erklärte: „Unser Erfolg bei den einzelnen Experimentierfeldern liegt zwischen 75 und 125 Prozent." Etliche Experimente hätten über das geplante Programm hinaus durchgeführt werden können. Dadurch sei *bei einer quantitativen Gewichtung* eine 100prozentige Zielerfüllung der Mission erreicht worden. Am Dienstag abend hatten sich die Wissenschaftler der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR), die die Missionsleitung übernommen hatte, mit Stolz geäußert. „Was für die Amerikaner der erste Flug zum Mond war, ist für uns dieses bemannte Raumfahrtunternehmen", *sagte* Projektleiter Sahm. „Das ist für uns der Einstieg, die Genugtuung für die Wissenschaftler, die jahrelang belächelt wurden, weil sie sich an diesem Unternehmen beteiligt haben", fügte er erleichtert hinzu.

Auch der Missionsleiter Hansulrich Steimle äußerte seine Gefühle nach Beendigung der meisten Experimente im Spacelab: „Ich würde lügen, wenn ich sagen würde, daß dieses Unternehmen mein Selbstbewußtsein nicht *gesteigert hätte*", sagte Steimle. Mit seinem Ärger über das einzige nicht vollendete Experiment und die nächtliche Pressekonferenz von Oberpfaffenhofen aus mit den Astronauten hielt der Raumfahrt-Manager Steimle jedoch nicht hinter *dem Berg: „Ich hätte die völlig über*flüssige Pressekonferenz nicht zulassen dürfen. Dadurch haben unsere Leute im All Zeit verloren, die sie eventuell für das Experiment in der Prozeßkammmer hätten verwenden können", sagte er, auch vorwurfsvoll gegen sich selbst.

Gut gelaunt: Die beiden deutschen Astronauten Ernst Messerschmid und Reinhard Furrer. FOTO: AP

Das Experiment „Interdiffusion in Salzschmelzen" konnte während dieses an sich so erfolgreichen Spacelab-Fluges wegen eines technischen Fehlers nicht vollendet werden. Es war das einzige Experiment, das scheiterte. Für den Verlauf der meisten anderen 75 Experimente im Nutzlastelement MEDEA, im Werkstofflabor sowie in der Prozeßkammer, im Biorak sowie in der Experimentiereinrichtung MEA fanden die Wissenschaftler nur noch Begriffe der Superlative wie „bestens" und „wunderbar".

„Wir haben hier in Oberpfaffenhofen bei der DFVLR das modernste Weltraumcenter der Welt, da kom*men die USA nicht mit", zog* der Sprecher der Forschungsanstalt Rüdiger Scheunemann sein erstes Resümee. Während das erste bemannte Raumfahrtunternehmen der Bundesrepublik Deutschland noch in der Anfangsphase als „Flug der Pannen" in die Geschichte der Spacelab-Flüge einzugehen drohte, sprachen in der zweiten Hälfte des Unternehmens alle nur noch von Erfolg.

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß sprach sogar von einem „riesigen Erfolg". Wenn man ihn darum bitte, werde er sich bei der Industrie dafür stark machen, daß sich westdeutsche Firmen bei der für 1988 vorgesehenen D-2-Mission stärker als beim Jungfernflug beteiligen. Interessierte Firmen haben jedoch nicht lange *Zeit*, sich ihren *Einstieg* ins All zu überlegen: Am 15. Januar 1986 ist Anmeldeschluß für D-2.

Seite 7: Nachholbedarf am Boden

DER KOMMENTAR

Grenzen für Honecker

MANFRED SCHELL

Die *statusrechtlichen* Probleme, die ein Besuch von SED-Generalsekretär Honecker in Bonn aufwerfen würde, sind schwerwiegend. Sie werden spätestens dann wiederum zum Diskussionsstoff, wenn sich nach einem halbwegs erfolgreichen Gipfel der Großmächte in Genf ein Reisetermin Honeckers konkretisieren sollte. Insofern ist die Klarstellung, die Kanzleramtsminister Schäuble *gegenüber der WELT* abgegeben hat, von Gewicht: „Der Besuch kann nicht dazu dienen, Veränderungen in Statusfragen zu erreichen".

Diese Feststellung des Ministers beantwortet zugleich mehrere Fragen:

1. Es bleibt beim Charakter eines „Arbeitsbesuches". Auf dieser Basis hat der frühere Bundeskanzler Schmidt 1981 seine Einladung an Honecker ausge*sprochen*.

2. Versuche der „DDR", noch in den letzten Tagen protokollarisch „draufzusatteln", also den Arbeitsbesuch zu einer Staatsvisite zu gestalten, wird Bonn widerstehen.

3. Eine Gegeneinladung Honeckers an Kohl nach Ost-Berlin könnte nicht akzeptiert werden.

Aber unabhängig von der statusrechtlichen Problematik haben Kohl und auch Bundespräsident von Weizsäcker ein Interesse am Zustandekommen des Honecker-*Besuchs. Sie* erhoffen sich zwar keine Sensationen, aber doch, wenn es um die „innerdeutsche Tagesordnung" geht, Vorteile für die Menschen im geteilten Vaterland. Gemeint ist damit das, was der Bundespräsident als Auftrag an die Politiker formuliert hat: Sie sollten sich überlegen, „was sie abmildernd tun könnten im Zustand der Teilung".

Von Weizsäcker würde Honecker in der Villa Hammerschmidt empfangen. Das gehört zum Ablauf eines Arbeitsbe*suchs. Der Bundespräsident* hat dies überdies mit dem Hinweis erklärt: „Der Status von Bonn ist in gar keiner Weise umstritten." Das Risiko aber, das Kohl beachten muß, ist nicht Bonn, sondern Ost-Berlin. Es darf nicht dazu kommen, daß ein Gegenbesuch oder irgendeine Geste vereinbart wird, die diesen Teil der Stadt als „Hauptstadt der DDR" anerkennt.

Bonn muß überdies, wenn es zum Besuch kommen sollte, auf die richtige Optik und Dramaturgie achten. Er darf nicht zu einer *imposanten* Show des SED-Chefs geraten. Der Charakter des von Honecker repräsentierten Systems muß deutlich bleiben: Es unterdrückt Millionen Deutsche, versagt ihnen elementare Menschenrechte und es ist verantwortlich für die todbringende Grenze durch unser Land.

Pentagon bestellt System RITA

DW. Paris/London

Das amerikanische Verteidigungsministerium hat sich nach langem Zögern für das französische taktische Fernmeldesystem RITA entschieden und einen entsprechenden Auftrag über 3,4 Milliarden Dollar an den staatlichen französischen Konzern *Thomson-CSF und seine amerika*nische Partnerfirma GTE vergeben. Diese Entscheidung wurde vom französischen Verteidigungsminister Paul Quilès als ein „operationeller, technischer und handelspolitischer Erfolg" dargestellt, der die Stellung Frankreichs auf dem Weltmarkt für elektronische Systeme stärke. Mit dem Kommunikationssystem RITA, das bereits von der französischen und belgischen Armee eingesetzt wird, sollen 25 Divisionen des amerikanischen Heeres ausgerüstet werden.

Das *Verteidigungsministerium* in London, das mit dem britischen System Ptarmigan um den amerikanischen Auftrag konkurriert hatte, äußerte sich dagegen „zutiefst enttäuscht". In London wurde die amerikanische Entscheidung als ein erheblicher kommerzieller Mißerfolg, aber auch als ein politischer Rückschlag für Premierministerin Margaret Thatcher gewertet. Frau Thatcher hatte sich im September in einem Brief an Präsident Reagan persönlich für Ptarmigan eingesetzt.

Seite 6: Paris erringt Erfolg

Honecker-Visite als „Arbeitsbesuch"

Schäuble zur WELT: Die Bundesregierung würde Vorbedingungen nicht akzeptieren

ms. Bonn

Ein Besuch von SED-Generalsekretär Erich Honecker in der Bundesrepublik Deutschland – „für den bisher keine Anzeichen vorliegen" – würde nach den Worten von Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble „*keine statusrechtlichen Probleme* aufwerfen".

In einem Gespräch mit der WELT *sagte Schäuble gestern: „Die Einla*dung an Generalsekretär Honecker ist ohne Vorbedingungen ausgesprochen und im Grundsatz ohne Vorbedingungen akzeptiert worden. Wir haben keine Vorbedingungen gestellt, und es sind auch von der DDR-Seite keine gestellt worden."

Bonn würde auch keine Vorbedingungen akzeptieren, sagte Schäuble. Dies gelte vor allem auch hinsichtlich von Statusfragen. Schäuble: „Der Besuch kann nicht dazu dienen, Veränderungen in Statusfragen zu erreichen." Der Minister antwortete damit auf die Frage, ob es denkbar ist, daß Bundeskanzler Kohl eine Gegeneinladung nach Ost-Berlin annehmen könnte. Der Charakter eines „Arbeitsbesuchs" werde beibehalten, sagte Schäuble. Auf dieser Basis habe der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt die Einladung an den „DDR"-Staatsratsvorsitzenden und SED-Generalsekretär ausgesprochen und so sei diese dann von Bundeskanzler Kohl übernommen worden, so habe sie Honecker auch grundsätzlich akzeptiert.

Auf die Frage, ob es noch im Dezember zu dem Honecker-Besuch kommen werde, antwortete Schäuble: „Das weiß ich nicht. Es gibt keine Signale. Wir haben in diesem Zusammenhang auch keine Planungen." Insofern sei es „reine Spekulation", ob Genf für die Entscheidung, „ob Herr Honecker seine Entscheidung treffen will oder nicht, eine Bedeutung hat". Natürlich, so fügte Schäuble hinzu, könne man sich „leicht zusammenreimen, daß eine insgesamt eher positive *Beeinflussung der Ost-West-Bezie*hungen, wenn sie von Genf ausgehen sollte, auch positive Wirkungen auf die innerdeutschen Beziehungen haben könnte".

Als falsch bezeichnete es Schäuble, Bonn sei „hinsichtlich des Abschlusses eines Kulturabkommens mit der DDR retardierend". Schäuble: „Aber wir drängen auch nicht in dem Sinne, *daß wir jetzt unbedingt zu einem* bestimmten Datum dieses Abkommen paraphieren oder unterzeichnen wollen. Uns geht Gründlichkeit und Umsicht vor Beschleunigung." Das wichtigste sei dabei „neben der Frage der Nicht-Diskriminierung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz die Einbeziehung von Berlin in die zu regelnden kulturellen Beziehungen". Es geht dabei „um die praktische Einbe*ziehung Berlins", sagte Schäuble*. Er gehe davon aus, daß es „Lösungen gibt, die das gewährleisten. Ohne diese Lösungen ist für uns das Abkommen nicht unterzeichnungsreif".

Besorgt äußerte sich Schäuble über „den Rückgang von Besuchsreisen in dringenden Familienangelegenheiten aus der DDR im August und September". Er verwies darauf, daß es nach der Unterredung zwischen Kohl und Honecker in Moskau im März einen Anstieg von Reisen in dringenden Familienangelegenheiten gegeben habe. Kohl und Honecker hätten über ihr Gespräch Vertrau*lichkeit vereinbart. Seine Sorge* über den Rückgang habe er, Schäuble, dieser Tage auch gegenüber dem Ständigen Vertreter Ost-Berlins, Moldt, zum Ausdruck gebracht. Gründe für diesen Rückgang kenne er nicht. Schäuble: „Immerhin fällt auf, daß es nach *dem vertraulichen Gespräch in Mos*kau zu einem Anstieg gekommen ist, während nach den öffentlichen Redereien, insbesondere von Herrn Hans-Jochen Vogel, die Zahlen im August und im September rückläufig waren."

Veränderungen in Polens Regierung

Jaruzelski bleibt der starke Mann / Warschau gibt der Wirtschaftspolitik mehr Gewicht

DW. Warschau

Veränderungen in der polnischen Regierung, über die gestern in Warschau beraten wurde, bedeuten keine politische Kursänderung. Auch nach einem Verzicht auf das Amt des Ministerpräsidenten bleibt der 62 Jahre alte General Jaruzelski der Mann mit der größten *Machtfülle im Lande*. Denn der Parteichef Jaruzelski ist als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates Oberbefehlshaber der Streitkräfte, die auch innenpolitisch eine wichtige Rolle spielen.

Jaruzelskis vorausgesagter Verzicht auf den Vorsitz im Ministerrat ist offensichtlich mit der Absicht verbunden, den Eindruck einer „Rückkehr Polens zur *Normalität*" zu erwecken. Der General hatte die Ämterhäufung in seiner Person wiederholt mit der außergewöhnlichen Lage im Land begründet. Am 11. Februar 1981 hatte er vor dem Sejm angekündigt, er wolle den Posten des Regierungschefs *niederlegen*, „wenn das Hohe Haus der Meinung ist, daß die Ziele, die die gegenwärtige Regierung sich gesetzt hat, erreicht sind". Die jüngsten „Wahlen" zum Sejm sind nach offizieller Warschauer Lesart eine Bestätigung für den „Normalisierungskurs".

Der wahrscheinliche Nachfolger Jaruzelskis im Regierungsamt, der bisherige stellvertretende Ministerpräsident Zbigniew Messner, wird die gleiche politische Linie verfolgen wie der Parteichef. Als einer von Jaruzelskis Stellvertretern war der Koordinator für die Wirtschaftspolitik ohnehin seit November 1983 in Abwesenheit des Partei-Generals am*tierender Regierungschef*. Seine Berufung an die Spitze des Ministerrats zeigt an, daß sich Warschau jetzt stärker auf die Wirtschaftspolitik konzentrieren wird.

Angeblich soll auch Mieczyslaw Rakowski, ebenfalls stellvertretender *Ministerpräsident, unter den Politi*kern sein, deren Ablösung bevorsteht. Der ehemalige Chefredakteur der Wochenzeitung „Polityka" war von Jaruzelski bei dessen Amtsübernahme im Februar 1981 auf die Regierungsbank geholt worden. Rakowski *galt als das intellektuelle Aushänge*schild des Warschauer Regimes. Er bemühte sich im Auftrag des Parteichefs um eine Unterstützung Warschaus durch westliche Politiker, mit denen er seit Jahren in Verbindung steht. Wiederholt war Rakowski in der Bundesrepublik Deutschland. Erst kürzlich vertrat er sein Land beim deutsch-polnischen Forum in der Evangelischen Akademie Loc*cum. Wie es heißt, hat sich* Rakowski inzwischen bei seinen ehemaligen Freunden unter den Intellektuellen und beim harten Flügel der Partei gleichermaßen unbeliebt gemacht.

Das Politbüro der polnischen KP hat in einem Bericht vor dem Zen*tralkomitee eine deutliche Warnung* an die katholische Kirche gerichtet. Politbüro-Mitglied Tadeusz Porebski prangerte unter anderem die niedrige Wahlbeteiligung des Klerus bei den jüngsten Parlamentswahlen an. Dies gebe zu denken, sei doch der sozialistische Staat bemüht, „konstruktiv mit der Hierarchie der katholischen Kirche zusammenzuarbeiten". Keiner der 91 polnischen Bischöfe hatte am 13. Oktober gewählt.

Arbeiterführer Lech Walesa ist gestern von der Danziger Staatsanwalt*schaft vernommen worden. Ihm wird* vorgeworfen, durch die Verbreitung falscher Angaben über die Parlamentswahlen von Anfang Oktober die polnischen Behörden beleidigt zu haben.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Schon kritisch gefragt

Von Enno v. Loewenstern

Ein bemerkenswertes Ergebnis immerhin hat die Debatte um eventuelle Bonner Folgen der hessischen Spätkoalition gezeitigt: Willy Brandt gab eine klare Stellungnahme ab, an der es nichts zu deuteln gibt. Welcher Graubart kann sich daran erinnern, wann dergleichen das letzte Mal verzeichnet wurde?

Zum „Wahlziel der SPD für 1987" ließ Brandt durch den Parteisprecher erklären: „Ein Zusammengehen mit der Partei ‚Die Grünen' schloß der SPD-Vorsitzende erneut aus". „Erneut" oder nicht: hier haben wir's, und zwar schriftlich.

Das ist Brandts Antwort darauf, daß man seine Spekulationen der letzten Tage im ZDF: „Nach einem solchen Wahlausgang ist der Bundespräsident im Spiel" als Erwägung einer rot-grünen Koalition in Bonn 1987 gedeutet hatte. Peter Glotz machte klar, was dahintersteht, nämlich, daß die SPD vor diesem „Spiel" mit dem Feuer Angst bekommen hat: Die Unionsparteien versuchten, „mit dem rot-grünen Gespenst eine frühe Totalkonfrontation der Wirtschaft und eines Bürgerblocks mit der SPD zu erzwingen." Auf deutsch heißt das, daß die SPD die Warnung des Vorsitzenden der IG Chemie, Hermann Rappe, vor Börners Koalition begriffen hat: „Diese Koalition verschlechtert die Wahlchancen der SPD im Bund. Ich fürchte, daß viele Stammwähler, vor allem Facharbeiter, kritische Fragen an die SPD stellen werden."

Das ist ein heilsames Zeichen. Alle Verharmlosungsstrategien haben also nicht verfangen: die Masse der Wähler läßt sich nicht über den Charakter der Grünen täuschen. Für die SPD-Führung wurde das amerikanische Sprichwort wirksam: Wer das Licht nicht sehen will, wird die Hitze spüren.

Sie hat noch etwas verstanden. Brandt hob hervor, daß ein Zusammengehen mit den Grünen schon deshalb ausgeschlossen sei, weil die SPD „in der NATO bleiben" wolle. Er merkt also auch, daß die Anti-Amerika- und Anti-NATO-Propaganda kontraproduktiv ist. Zu all diesen Frohbotschaften ist klarzustellen, daß man daran glauben oder die Glaubwürdigkeit eines SPD-Politikers mit der Dachlatte messen kann: jedenfalls aber kann man sehen, was die feste Haltung einer Regierung alles bei einer labilen Opposition bewirken kann.

Wink nach links

Von Friedrich Meichsner

Nach dem außenpolitischen Intermezzo um die Achille-Lauro-Affäre verschafft sich in Rom der traditionelle Primat der Innenpolitik wieder Geltung. In der Parlamentsdebatte, mit der die erste außenpolitisch motivierte Regierungskrise des Landes definitiv beigelegt werden soll, gewinnt die innenpolitische Thematik von Tag zu Tag deutlicher die Oberhand.

Der sozialistische Ministerpräsident Craxi hat dieser Schwerpunktverlagerung in seiner einführenden Regierungserklärung selbst signalisiert. Er appellierte an die Opposition – das heißt in erster Linie an die Kommunisten –, durch konstruktive Zusammenarbeit mit der Regierung die fristgerechte Verabschiedung des Haushaltsfinanzierungsgesetzes für 1986 bis Ende des Jahres zu ermöglichen.

Bei Craxis christdemokratischen, republikanischen und liberalen Koalitionspartnern hat dieser Appell sofort den Verdacht geweckt, daß sich dahinter taktische Vorbereitungen für eine Strategie des Koalitionswechsels der Sozialisten verbergen könnten. Der christdemokratische Parteisekretär De Mita antwortete mit der eindeutigen Warnung, daß es keine Alternative zur bisherigen Koalition gebe. Er machte damit klar: Die Democrazia Cristiana würde eine eventuelles Techtelmechtel der Sozialisten mit der KP nicht hinnehmen. Regierungskrise und Neuwahlen wären die unvermeidlichen Folgen.

Daß Craxi für die absehbare Zeit ernsthaft an eine Linkskoalition denkt, ist trotz eines gewissen Drucks innerhalb seiner eigenen Sozialistischen Partei kaum anzunehmen. Unbestreitbar ist allerdings, daß ihm die Konfrontation der letzten Tage mit Washington den Beifall der KP eingebracht hat. Ob er darin die Öffnung eines Weges sieht, den er sich für die Zukunft freihalten möchte, steht dahin. Nicht nur manche Christdemokraten argwöhnen, daß auch der letzte, übrigens vom christdemokratischen Außenminister Andreotti mitkonzipierte Zug mit den außenpolitischen Bauern Teil einer großangelegten Schachpartie gewesen sein könnte.

Angst vor einer Marke

Von Peter Gillies

„Dringend" empfiehlt die Deutsche Bundespost, Briefe in die Ostblockstaaten keinesfalls mit einer bestimmten Briefmarke zu frankieren, die am 12. November erscheinen wird. Da gibt es offenbar ein gezähntes und gummiertes Stück Papier in der Größe von vielleicht sechs Quadratzentimern, das ganze Staaten in Angst und Schrecken versetzt. Handelt es sich um einen Aufruf zum Umsturz, zum Aufstand gegen Diktatoren, ist Unschickliches oder gar Unzüchtiges auf dem Postwertzeichen abgebildet?

Nichts von alledem. Die Sondermarke trägt die schlichte Aufschrift „40 Jahre Eingliederung heimatvertriebener Deutscher". Sie soll die Leistungen jener Millionen Vertriebener würdigen, die entscheidend am Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland mitgewirkt haben. Dieser historische Vorgang vertrüge nicht nur eine Sondermarke, sondern einen ganzen Satz. Daß Deutsche aus ihrer Heimat vertrieben wurden, ist wohl nicht zu bestreiten; die Marke indes würdigt die Integrationsleistung, sie verschweigt die näheren Umstände von Verlust, Entbehrung, Verfolgung und Tod.

Der von Ost-Berlin, Warschau und Sofia angekündigte Boykott einer Briefmarke ist rechtswidrig und verstößt gegen das Prinzip der gegenseitigen Akzeptanz von Postwertzeichen. Wir befördern anstandslos jede östliche Revolutionsparole und jeden Karl Marx, ja wir senden letzteren sogar selbst aus. Wenn die erwähnten Staaten sich von einigen Quadratzentimetern bedruckten Papiers bedroht fühlen, muß man für ihre innere Stabilität und Souveränität wahrlich fürchten.

Rätselhaft bleibt mithin, wo die etwa zwölf Millionen Deutschen herkamen, die in den Kriegswirren und danach in Richtung Westen strömten. Handelt es sich, wie für deutsche Schulbücher von polnischer Seite vorgeschlagen, um einen „Bevölkerungstransfer"? Selbst dann wäre die Frage nicht zu umgehen, aus welcher Richtung und warum Millionen Menschen sich transferierten oder transferiert wurden. Die historische Wahrheit hat Zustellprobleme, ist aber nicht „unzustellbar". Sie bedarf der Verbreitung, denn sie klebt nicht nur auf Briefen, sondern fest an der deutschen Geschichte.



„Mehr Gas, mon ami!" KLAUS BÖHLE

Euro-Ehevermittlung

Von Heinz Heck

Für Hans-Dietrich Genscher hat Anfang dieser Woche in Hannover ein neues europäisches Zeitalter begonnen: „Eureka müssen wir sehen als eine konkrete Manifestation des europäischen Genius, als Bestätigung des Willens der europäischen Demokratien zur Selbsterhaltung und Selbstbehauptung. Eureka ist Teil eines neuen Aufbruchs unserer Regierung, deren kulturelle und wirtschaftlich-technologische Potenz auch heute lebendig und unverfälscht ist... Lassen Sie es mich deutlich sagen: Europa erwartet von uns heute positive Weichenstellungen."

Nach diesem verbalen Gipfelsturm unseres Außenministers ging es im weiteren Verlauf der Arbeitssitzungen wieder in die Niederungen der Tagespolitik und um so wichtige Fragen wie: Bekommt Eureka ein Sekretariat, und wenn ja, mit welchen Funktionen? Wo ist der Sitz dieser Einrichtung, in Paris, in Brüssel, vielleicht angehängt an die EG-Kommission?

Zwei Tage lang haben mehr als dreißig Minister und ihre Experten aus achtzehn europäischen Staaten über die von Genscher und seinen französischen Kollegen Dumas („in dieser Reihenfolge", wie Genschers Sprecher die Journalisten mit allem Nachdruck wissen läßt) kreierte Eureka-Idee diskutiert und einen gemeinsamen Rahmen abzustecken versucht.

Im Kern ist die Eureka-Idee vorzüglich: Industrieunternehmen und Forschungsinstitute aus den beteiligten achtzehn Ländern sollen möglichst unbeschwert von bürokratischen und anderem Ballast zusammenarbeiten können. Ziel muß also sein, Hürden ab- und nicht neue aufzubauen, auf Dirigismus zu verzichten. Gelingen solche Erleichterungen, so stellt Eureka einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt dar und bringt „echte Integrationskraft für Europa" (Riesenhuber).

Doch ist ganz im Gegenteil die Neigung zu Dirigismus unverkennbar. Das fängt bei der Finanzierung an – aus öffentlichen Händen, versteht sich. Hier gehen, ungeachtet anderslautender Erklärungen in Hannover, die Meinungen der Partner noch weit auseinander. So hat Dumas an die deutsche Adresse erklärt, die Glaubwürdigkeit (in Bekenntnis zu Eureka) sei mit den Finanzen verbunden, Riesenhuber dagegen gefordert: „Eureka darf nicht mit Geld locken." Als Kenner der Forschungsanstrengungen unserer Partner weiß Riesenhuber auch zu berichten, daß der französische Forschungsetat „nicht Eureka-spezifisch um eine Milliarde Franc gewachsen" sei.

Der Marsch in die öffentliche Finanzierung (aus deutscher Sicht also ein Rückfall in die Forschungspolitik der siebziger Jahre) muß von Anfang an vermieden werden. Riesenhuber hat an den drei deutschen Projektvorschlägen – alle „durchfinanziert" – sein Vorgehen verdeutlicht. Er hält aus verhandlungstaktischen Gründen seine Vorstellungen über eine mögliche Startbeteiligung zunächst unter der Decke und wartet ab, was auf privater Seite aufgebracht wird.

Natürlich ist eine öffentliche Finanzierung etwa in Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge oder bei Projekten mit hoheitlichem Charakter durchaus möglich. Gerade der Umweltschutz ist hierfür ein gutes Beispiel. Das von Bonn vorgeschlagene Projekt Eurotrac zur Schadstoffermittlung über die Landesgrenzen hinweg zeigt die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit.

Neue Hindernisse für eine reibungslose internationale Zusammenarbeit aber würden errichtet, wenn der italienische Vorschlag auf Schaffung eines Eureka-Etiketts Zustimmung fände. In Hannover hat man ihm zunächst einmal mit einem Prüfungsauftrag ein Begräbnis erster Klasse vorbereitet. Projekte mit diesem Etikett sollen dem Plan zufolge unter anderem steuerliche Vorteile erhalten. Nicht nur in der Bundesrepublik wäre dergleichen verfassungswidrig.



Kein neuer Aufbruch, aber immerhin: Kohl, Genscher FOTO: AP

Keine Chance hat offenbar die Idee, Eureka-Projekte gleichsam unter Zustimmungszwang aller Partnerländer zu stellen. Vor allem Griechenland wollte damit Einfluß ausüben. Die gestern verabschiedete Grundsatzerklärung hat diesem Versuch einen Riegel vorgeschoben: Eureka-Projekte kommen letztendlich durch Absprachen der betreffenden Partner zustande. Die Unternehmen/Forschungsinstitute führen die Projekte in Gruppierungen ihrer Wahl durch.

Damit ist auch der Aktionsradius des noch zu schaffenden Sekretariats eng begrenzt. Riesenhuber sprach vom „Eheanbahnungsinstitut". Das heißt also Transparenz schaffen, aber nicht gängeln.

Von Eureka-Projekten kann eine normensetzende Wirkung ausgehen, wenn die dahinterstehenden Unternehmen sich in ihren Ländern mit Erfolg um die Durchsetzung bemühen. Riesenhuber: „Wenn wir gemeinsame Standards haben, haben wir einen gemeinsamen Markt." Diese Wirkung ist von großen Projekten – und Unternehmen – eher zu erwarten als von kleinen. Nicht zuletzt deshalb auch die Sorge der kleinen Länder, sie könnten bei Eureka untergebuttert werden.

In diesem Zusammenhang ist auch daran zu denken, daß Ballungen – und Mißbrauch – wirtschaftlicher Macht vermieden werden. Was einzelne Länder wie die Bundesrepublik seit Jahren auf nationaler Ebene mit unterschiedlichem Erfolg versuchen, darf nicht auf dem Eureka-Altar geopfert werden.

Die Konferenz in Hannover hat etwas Klarheit im bisherigen Nebel gebracht. Wenn tatsächlich der Grundsatz beachtet wird, „Initiativen von unten" (Genscher), also aus den Unternehmen und Instituten heraus zu erleichtern oder gar erst zu ermöglichen, so könnte Eureka neue Impulse bringen. Hannover hat falsche Weichenstellungen vermieden. Das ist zwar noch nicht ein „neuer Aufbruch", aber zumindest ein erster Erfolg.

IM GESPRÄCH Kurt Steyrer

Grübler als Kandidat

Von Carl Gustaf Ströhm

Seit Österreich 1945 seine Eigenstaatlichkeit wiedererlangte, gab es ein Amt in Wien, das stets von Vertretern der Sozialistischen Partei besetzt wurde: Den Bundespräsidenten. Das österreichische Staatsoberhaupt ist mächtiger als sein Gegenstück in der Bundesrepublik, nicht zuletzt deshalb, weil der österreichische Präsident vom Volk gewählt wird. Im kommenden Frühjahr geht Österreich wieder in eine Präsidentenwahl, da Rudolf Kirchschläger nach zweimaliger Amtszeit ausscheidet. Zum ersten Mal sind sich die österreichischen Sozialisten nicht mehr ganz so sicher, ob sie ihren Kandidaten wieder durchbringen. Denn diesmal tritt der fünfundsechzigjährige Sozialist Kurt Steyrer, Gesundheitsminister im Kabinett Sinowatz und von Zivilberuf Arzt, gegen den ehemaligen UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim an.

Kurt gegen Kurt: Die Gegensätze in Charakter, Temperament und Auftreten könnten nicht größer sein. Hier der Weltmann Waldheim, dessen diplomatische Unverbindlichkeit ebenso besticht wie seine Gewandtheit, seine Formulierungsgabe und sein nie versiegendes Lächeln. Dort der stets ernst und manchmal verquält wirkende Arzt, der die Politik in der Sozialistischen Partei von der Pike auf erlernte, von dem auch seine Anhänger nicht glauben, daß er über das Charisma eines Volkstribunen verfügt.

Steyrer, so meinen die Anhänger des von der christlich-demokratischen ÖVP unterstützten „parteilosen" Waldheim, werde es schwer haben, sich gegen den Glanz des ehemaligen UNO-Generals durchzusetzen. Das Argument der besseren Qualifikation, das bei vergangenen Wahlkämpfen zugunsten der sozialistischen Kandidaten eingesetzt werden konnte, könnte sich jetzt gegen Steyrer wenden, der als Gesundheitsminister ein wenig am Rande des Politischen agieren muß und der überdies



Verliert die SPÖ erstmals eine Präsidentenwahl? Steyrer FOTO: LOTHAR KUCHARZ

die Last eines Amtes zu tragen hat, das sich mit Aufgaben wie Umweltverseuchung und Weinskandalen herumzuschlagen hat. Fast entschuldigend meinte der sozialistische Kandidat und Minister dieser Tage, er sei bei gewissen ökologischen Debatten – etwa um das umstrittene, jetzt aber „gekippte" Kraftwerksprojekt an der Donau bei Hainburg – nicht deshalb so wenig hervorgetreten, weil er nichts zu sagen wüßte, sondern vielmehr, weil er stiller Arbeit mehr Gewicht beimesse als bloßen Debatten in den Medien.

Der Wahlkampf zwischen Waldheim und Steyrer dürfte einer der härtesten werden, die Österreich seit 1945 erlebt hat. Manche meinen, der „rote" Kandidat werde in der Schlußphase aufholen und doch noch das Rennen machen, weil vielen österreichischen Wählern ein grüblerischer Arzt mehr liege als ein weltweiter Diplomat. Mit Steyrer würde Österreich einen „linkeren" Präsidenten als Kirchschläger erhalten. Allerdings – daß Steyrer ein dem Staat verbundener Mann ist, unterliegt keinem Zweifel. Sein Sohn ist Berufssoldat: Major-Arzt im österreichischen Heer.

DIE MEINUNG DER ANDEREN



Das Massenblatt beschäftigt sich mit Paragraph 116:

Helmut Kohl steht vor der Frage, ob er das Streikrecht ändern soll. Eigentlich will er nicht; er möchte, daß die Gewerkschaften freiwillig darauf verzichten, eine (umstrittene) Rechtslage zu mißbrauchen. Denn: Sie brauchen nur einige Schlüsselbetriebe z. B. der Autoindustrie zu bestreiken, und schon ist die gesamte Branche lahmgelegt; das Streikgeld hat die Bundesanstalt für Arbeit, also der Steuerzahler aufzubringen, meint der DGB. Die FDP will per Gesetz erreichen, daß die Gewerkschaften Streikgelder selbst zahlen. Kohl will den Gewerkschaften eine Chance geben. Der DGB sollte die Hand ergreifen.

Frankfurter Allgemeine

Zu dem Fassbinder-Stück rät sie:

Ob man Fassbinders Stück für antisemitisch hält oder nicht – ein Stück, das den wenigen Juden, die überlebt haben, solche Angst macht, das spielt man einfach nicht. Und schon gar nicht, wenn man es verfälschen muß, um es überhaupt aufführen zu können.

WESTFALEN-BLATT

Zum Franke-Prozeß meint die Bielefelder Zeitung:

Eigentlich müßten der Genosse vom rechten SPD-Flügel und dessen Getreuer alles daransetzen, möglichst schnell vom Verdacht der Veruntreuung eines Millionenbetrages reingewaschen zu werden. Um so mehr, als Franke sich selbst als einen Mann gerühmt hat, der für saubere Verhältnisse eintrete. Vor dem Bonner Untersuchungsausschuß haben beide diese Chance vertan. In einer Weise, die auch den SPD-Vertreter in diesem um sachliche Aufklärung bemühten Gremium in arge Verlegenheit brachte und den Zorn über eine offensichtliche Verschleierung seltsamer Geldtransferaktionen kaum noch verbergen ließ.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Zu Bangemanns Plan eines Ladenschlußgesetz-Großversuchs heißt es hier:

Bangemanns Vorschlag dient vor allem dem Ziel, ein für bestimmte Wählerschichten sympathisches Thema im Gespräch zu halten, obwohl die FDP keinen Partner findet, mit dem sich das Projekt verwirklichen ließe. Und die Lehre daraus: „Großversuche" verfehlen dann ihren Sinn, wenn die aus ihnen gewonnenen Erkenntnisse politisch nicht durchsetzbar sind. Sie können den Willen zur politischen Entscheidung nicht ersetzen. An ihm aber mangelt es – leider! Denn unser Ladenschlußgesetz ist fürwahr keine Zierde einer Marktwirtschaft und längst reformbedürftig.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Zu Shultz in Moskau meint das Heidelberger Blatt:

Eine Gewißheit hat Außenminister Shultz aus Moskau mitgenommen: Das Leben endet nicht Mitte November. Die vor Journalisten geäußerte Zuversicht drückt aus, daß die beiden Weltmächte ungeachtet weiterbestehender Gegensätze auch nach dem Gipfeltreffen Reagans und Gorbatschows im Gespräch bleiben und eine Verständigung suchen werden. Die Differenzen sind, soviel hat sich in den zweitägigen Moskauer Unterredungen mit dem sowjetischen Parteichef und dessen Außenminister allerdings auch herausgestellt, tiefgreifend.

Südamerika gewinnt eine neue Glaubwürdigkeit

Nun müssen die Gläubiger ihren Beitrag leisten / Von Günter Friedländer

In Südamerika spricht man gern von der erstaunlichen Rückkehr zur Demokratie. Fast überall wird wieder gewählt, und die Gewählten haben das Vertrauen der Wähler gewonnen und erhalten. Skeptiker glaubten, die Generäle würden den ersten Vorwand ergreifen, an die Macht zurückzukehren. Das war nirgends der Fall.

Als nach Brasiliens Wahlen der Sieger Tancredo Neves starb, bevor er sein Amt antreten konnte, übernahm Vizepräsident José Sarney reibungslos die Nachfolge. Als in Argentinien die Militärgerichtsbarkeit Präsident Raul Alfonsins Auftrag, gegen die am „schmutzigen Krieg" beteiligten Generäle und Admirale zu prozessieren, nicht nachkam, übergab Alfonsin den Prozeß der Zivilgerichtsbarkeit. Trotz der Probleme, die die Erst- und Einmaligkeit des Verfahrens zunächst bereiteten, läuft er nun nach Monaten auf die Verkündung des Urteils zu, und das Heer fand sich damit ab.

Zwar rief der Präsident den Notstand aus. Aber es fanden freie Wahlen statt, die Alfonsin bestätigten. Freie Wahlen haben auch im lange militärisch regierten Guatemala die Demokratie bestätigt.

Perus Alan Garcia führte am Beginn seiner Regierung ein großes Revirement durch. Die betroffenen Generäle fügten sich und traten schweigend ab. Als Bolivien im Chaos unterzugehen drohte, rief Victor Paz Estenssoro die Generäle zu Hilfe, und sie gehorchten, obwohl mächtige wirtschaftliche Interessen das Gegenteil befürchten ließen.

Ebenso sieht es in den demokratisch gebliebenen Ländern aus. Kolumbiens Generäle mußten oft den Provokationen der Terrorbanden passiv zusehen, erlagen aber nicht der Versuchung des Staatsstreiches. Sie erfüllten die jeweiligen Aufträge der zivilen Regierung. Wer Südamerikas Generäle als Gorillas sieht, wie die linke Propaganda sie darzustellen pflegt, sollte angesichts der Tatsachen umlernen. Der Subkontinent ist zu seinen demokratischen Taditionen zurückgekehrt.

Etwas ähnliches wie auf der Rechten, wenn man bei diesem nicht immer zutreffenden Klischee bleiben will, spielt sich auf der Linken ab. Dort waren groteskerweise Gewerkschaftsführer in den Fußstapfen der abgetretenen Generäle mit dem Anspruch angetreten, den gewählten Regierungen ihre Politik vorzuschreiben.

In Argentinien kamen an Perons Rockschößen Funktionäre an die Macht, deren Forderungen – wie auch in anderen Ländern Südamerikas – keine Rücksicht darauf nahmen, ob die allgemeine Lage die Durchführung erlaubte. Alfonsin führte den Stabilisierungsplan „Austral" gegen den vehementen Protest der Gewerkschaften ein. Es ist zu früh, über das Schicksal des Plans zu urteilen, aber in den ersten Monaten scheint er sich bewährt zu haben. Die wütenden Gewerkschaftsführer konnten zwar Hunderttausende auf die Straßen bringen, aber die Durchführung des Plans nicht verhindern.

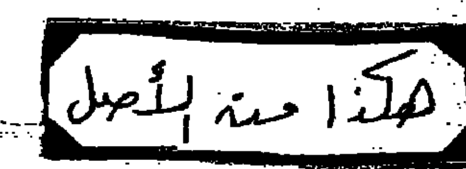
Noch schwerere Probleme hatte Präsident Paz Estenssoro in Bolivien, als die Gewerkschaften nach der Verkündung seines Stabilisierungsplans zum totalen Ungehorsam aufriefen. Aber Paz setzte sich nach zwei Wochen durch. Überall in Südamerika blieben die Versuche der Gewerkschaften, eben gewählte Regierungen aus dem Sattel zu heben, erfolglos. Mittlerweile sind die Gewerkschaften an ihren Platz – den Verhandlungstisch – zurückgekehrt.

Südamerikas Demokratie hat sich als glaubwürdig erwiesen. Die erfreute westliche Welt sollte nun aber verstehen, daß die zurückgekehrten Demokraten nicht minder glaubwürdig sagen, daß ihre unter den Diktaturen entstandene Schuldenlast die wiedergewonnene Demokratie zu ersticken droht. Die westlichen Gläubiger müssen sich ernsthaft mit ihnen über eine globale Umschuldung unterhalten.

1984 gab Lateinamerika 49 seiner mit Export verdienten 125 Milliarden (39,2 Prozent) nur für den Schuldendienst aus. Das Wachstum einiger Länder wurde negativ (Argentiniens internes Bruttoprodukt z. B. sank im ersten Halbjahr 1985 um 2,4 Prozent), einige Länder stellten stillschweigend die Zinszahlungen ein. Es war klar, daß nicht Einschränkung, sondern nur Ausdehnung der Wirtschaft den Schuldendienst ermöglicht und den sozialen Preis der Schuldenlast ertragbar macht. Das wird nun endlich auch in den USA erkannt.

Die Vorschläge von Seoul sind gut, aber nicht genug, solange die Regierung der USA anderen, z. B. den Privatbanken, die Kosten des neuen Plans aufdrängen möchte, statt beispielgebend vom eigenen Beitrag zu sprechen. Es hilft auch nicht, Freihandel zu predigen, während der amerikanische Kongreß Gesetze gegen den Freihandel annimmt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob diese Gesetze jemals in Kraft treten werden. Es geht um Glaubwürdigkeit.

Südamerika erwies sich als glaubwürdig. Es wartet nun auf eine Antwort der Industrieländer: realistische globale Umschuldungspläne, ohne die seine Demokratien nicht stabil sein können.



Der ‚Onkel' kam als Ehrengast in die Baracke

Die SPD-Führung hat den 30.Jahrestag der Bundeswehr-Gründung gefeiert. Zwischen aktiven Politikern und Soldaten saß auch ein Mann, der viel zur tatsächlichen Aussöhnung zwischen Sozialdemokraten und Soldaten beigetragen hat: Herbert Wehner.

Von PETER PHILIPPS

Der „Onkel", wie Herbert Wehner seit Jahrzehnten von seinen Genossen liebe- und respektvoll genannt wird, war „extra" von seinem schwedischen Inseldomizil Öland nach Bonn zur gänzlich unmilitärischen Bundeswehr-Feier gekommen. Kerzengerade saß er im Foyer des Bonner Ollenhauer-Hauses in der ersten Reihe der Ehrengäste, eingerahmt von Ehefrau Greta und Hessens Ministerpräsidenten Holger Börner. Eine rücksichtsvolle Regie ließ genügend Raum zum Parteichef Willy Brandt. Von der legendären „Troika" fehlte nur Helmut Schmidt, der in Oslo ein illustres Publikum als Redner unterhielt.

Welch großer Bogen langer sozialdemokratischen Tradition spannte sich an diesem Tag in der Bonner Baracke: *Jahrzehntelang* hatten die Urväter der Arbeiterbewegung dem Staat und vor allem seiner bewaffneten Wehr ablehnend gegenübergestanden, später hatten sie geträumt von einem bürgerlichen Aufstieg. Und auf der anderen Seite gab das Wort von den „vaterlandslosen Gesellen" – bis man deren Zustimmung zu den Kriegskrediten benötigte; dann hatte am Ende sogar ein sozialdemokratischer Minister die Reichswehr auf aufständische Arbeiter anlegen lassen. Das Noske-Syndrom ist unterschwellig noch heute vorhanden.

Doch Willy Brandt ging in die für Sozialdemokraten unverfänglichere, weil pränatale Phase zurück, in die auch bei der Geburt der Bundeswehr patenschaftlich herangezogene Zeit des preußischen Heeresreformers Scharnhorst, *des Begründers von* Streitkräften, die als Instrument des Staates „sich mit freiheitlichen Ideen identifizieren". Und Brandt ließ keinen Zweifel an der Haltung der SPD gegenüber der Bundeswehr als „ganz selbstverständlichem Teil in dem Gefüge des demokratischen Staatswesens". Allen Zweifiern schrieb er ins Stammbuch, daß „wir ... unseren Friedenswillen auch dadurch manifestieren, daß wir zur Verteidigung entschlossen und fähig sind".

Die beiden ehemaligen sozialdemokratischen *Verteidigungsminister* Georg Leber und Hans Apel hörten es ebenso wie die in Ausgeh-Uniform versammelte Spitze der Bundeswehr und etliche pensionierte Generäle mit Behagen. Herbert Wehner saß straff und ohne sichtbare Regung auf seinem Stuhl. Er mag sich erinnert haben: Es ist auch sein Verdienst, daß seine Partei so selbstverständlich diesen Tag begehen konnte.

Denn der in der Sozialdemokratie traditionell starke pazifistische Flügel hatte für heftige und quälende Diskussionen gesorgt, ehe auf dem Godesberger Parteitag vor fast auf den Tag genau 26 Jahren die Bejahung der Landesverteidigung ins Grundsatzprogramm aufgenommen werden konnte. Wehner selbst war in der Stadthalle damals ans Mikrophon gegangen – in der für ihn typischen Art, zugleich zu werben wie auch zusammenzustauchen: „Das Bekenntnis zur Verteidigung der demokratischen *Grundordnung und das Bekenntnis* zur Landesverteidigung sind untrennbar miteinander verbunden." Und: „Es ist doch unmöglich, daß *eine Partei wie diese ihren* Kampf gegen Kriegspolitik, gegen Kriegsgefahr und gegen das Überwuchern des Demokratischen auf die immer nur allzu schmale Basis jener Minderheit stellt, die aus Gewissensgründen den *Wehrdienst verweigern werden. Laßt* uns alles tun, damit die Staatsbürger in Uniform wirklich ein Verhältnis zu allen Deutschen haben."

Daß dieser Wunsch aller Demokraten Wirklichkeit geworden ist, wurde vom Festredner Karl-Wilhelm Berkhan auch als ein Verdienst der drei sozialdemokratischen Verteidigungsminister gewürdigt: „Als erster der drängende und klardenkende intellektuelle Helmut Schmidt, als zweiter der den Soldaten so *gefühlvoll* verbundene, aber gleichzeitig fordernde Georg Leber, als dritter der manchmal ruppig wirkende, burschikose, in *Wirklichkeit* empfindsame und nachdenkliche Hans Apel. Alle drei haben ihren Teil dazu beigetragen, daß unsere Bundeswehr zu der im Bündnis stehenden kriegsverhindernden Wehrpflichtarmee wurde, wie sie sich uns heute anerkannt und geachtet darbietet. Wir Sozialdemokraten sind stolz auf alle drei."

Schon äußerlich demonstrierte die SPD ihr Bekenntnis, ließ hinter dem Rednerpult Deutschlandfahne und Partei-Traditionsfahne *einträchtig* nebeneinander hängen. Berkhan, der ehemalige Hardthöhen-Staatssekretär und über ein Dezennium Wehrbe*auftragte, schweißte noch* enger zusammen, referierte aus alten SPD-Parteiprogrammen des 19. Jahrhunderts, deren Forderungen an die Verfassung einer Armee erfüllt sind. „Soldatische Existenz ist außerhalb unserer freiheitlichen Ordnung nicht mehr möglich", bekräftigte er im Rückblick auf Fehlentwicklungen nicht allzu weit zurückliegender deut*scher Geschichte*.

Berkhan nahm für die SPD in Anspruch, „sich von ihren Ursprüngen her bis in die Weimarer Republik und *auch heute den Fragen der Landes*verteidigung nie verschlossen" zu haben. Was einstmals notwendiges Bekenntnis war, um bürgerliche Reputation erhalten zu können, ist eine Selbstverständlichkeit geworden. Die Perspektive gewann der Hamburger Sozialdemokrat von Julius Leber, dem politischen Ziehvater Brandts, der als ein Mann des 20. Juli auf dem Schaffott endete. Jener hatte 1929 in Magdeburg die Sehnsucht formuliert: „Wir wollen den Krieg verhindern und wir haben die Hoffnung, *daß* dies möglich sein wird." Berkhan folgerte daraus: „Der Friede ist nicht gesichert. Aber 30 Jahre haben wir in der *Bundesrepublik Deutschland* Streitkräfte, die nach unserer Meinung – und hoffentlich nach Meinung vieler, die politisch sonst anders denken als wir – diesem von Julius Leber genannten Ziel Kriegsverhinderung dienen."

Herbert Wehner, der große alte *Mann der Sozialdemokratie*, knurrte ein Lob auf Berkhans Rede und ließ sich von Ehefrau Greta neben seinen Parteivorsitzenden Willy Brandt schieben, zum Gruppenfoto mit Generälen. Doch kaum waren die Kamera-Auslöser betätigt, trennten sich die Wege der beiden auch wieder, Brandt strebte nach links, Wehner nach rechts – zu dem Mann, der immer stärker die von ihm hinterlassene Lücke in der Partei ausfüllt, zu Hans-Jochen Vogel.



Der große alte Mann der SPD und sein Nachfolger als Fraktionschef: Herbert Wehner und Hans-Jochen Vogel FOTO: DPA

Frankreichs Spielcasinos hoffen auf einen „Banditen"

Im klassischen Land des Roulette droht das „Rien ne va plus": In zehn Jahren, so befürchtet der König der Branche, werde es keines der 136 Spielcasinos in Frankreich mehr geben, wenn nicht Hilfe komme. Und die verspricht man sich vom „einarmigen Banditen". Doch von dem hält Paris nicht viel.

Von JOACHIM SCHAUFUSS

Ob Rot oder Schwarz – beim *Roulette gewann immer Weiß*, das heißt: Monsieur Blanc, der Gründer des Spielcasinos von Monte Carlo. Auch heute noch hat die „Bank" gegenüber dem Spieler einen Vorteil von 1,35 Prozent bei einfachen Chancen, bis zu 2,70 Prozent bei den vollen Nummern. Trotzdem geht es vielen Casinos schlecht.

Aber Monsieur Gilbert, der Präsident des Verbandes der „autorisierten" französischen Spielcasinos, glaubt die Formel zur Lösung der Krise gefunden zu haben: „Wenn uns die Regierung erlaubt, Spielautomaten aufzustellen, hätten wir eine sichere Grundeinnahme, wovon auch der Staat profitieren würde, was ihn in die Lage versetzte, die steuerlichen Ungerechtigkeiten zu beseitigen, und uns der ausländischen Konkurrenz gleichzustellen." Gefordert werde letztlich nur der Status eines normalen Dienstleistungs-Unternehmens.

Tatsächlich sind die Spielcasinos gegenüber allen anderen Unternehmen insofern schlechter gestellt, als sie außer der normalen Körperschaftsteuer progressive Abgaben zu leisten haben, deren Sätze zehn bis 80 Prozent der *Bruttoeinnahmen* betragen. Die effektive Belastung erreichte in der letzten Saison für alle Casinos zusammengenommen 46 Prozent; bei *den größten Casinos sogar 58 Pro*zent. Vier Fünftel der Abgaben gingen an den Staat und der Rest in die Kasse der betreffenden Städte.

Nicht zu Unrecht beanstandet Monsieur Gilbert, daß seit dem Wahlsieg der Linken von 1981 die Abgabetranchen nominal unverändert geblieben sind, während sie bei der Einkommensteuer wenigstens teilweise der Inflation angepaßt wurden. Dadurch sind den Casinos höhere reale Belastungen entstanden.

Was Monsieur Gilbert aber noch mehr stört, ist der seit 1934 unveränderte Steuerabschlag von 25 Prozent, der für die pauschale Abdeckung der Casinokosten, insbesondere der sozialen Lasten, bestimmt ist. Diese Lasten sind aber in den letzten 51 Jahren (vor allem seit 1981) sehr stark gestiegen. Gefordert wird eine Erhöhung des Abschlags auf 40 Prozent.

Dazu muß man wissen, daß das *Personal in Spielsälen ausschließlich* aus der Trinkgelderkasse (Cagnotte), also von den Spielern bezahlt wird. Das Casino selbst muß entsprechend *diesen sehr variablen Einnahmen die* Arbeitgeberbeiträge zu den verschiedenen Sozial- und Rentenversicherungen sowie für den gesetzlichen Fünfwochenurlaub bezahlen.

Dieses Verfahren kann sich als ausgesprochen ruinös erweisen. Denn je mehr die Spieler gewinnen, um so höhere Trinkgelder pflegen sie zu geben. So steigen die Sozialabgaben gerade dann, wenn die Gewinne der Casinos zurückgehen oder sogar Verluste entstehen. Hinzu kommt, daß die (steuerlichen) Abgaben alle 14 Tage und nicht, wie normal, einmal im Jahr erhoben werden. Damit werden auch vorübergehende Gewinne voll weggesteuert.

Natürlich weiß Monsieur Gilbert, daß er dem Staat die Steuerermäßigungen nicht ohne „Gegenleistung", wie er es nennt, abverlangen kann. Sie soll in der „Demokratisierung" des Spielbetriebs bestehen – ein Begriff, der gerade in sozialistischen Ohren so schlecht nicht klingt. Konkret geht es darum, daß die Casinos für ihre Laufkundschaft Spielautomaten (Slots machines) aufstellen, was dem Staat weit mehr an Abgaben einbringen soll als er durch die Steuererleichterung verlieren würde.

Davon ausgehend, daß es in Frankreich gegenwärtig schätzungsweise *36 000 illegal betriebene Spielauto*maten gibt, hält Monsieur Gilbert die Aufstellung von nur 3760 legalen in den Casinos für durchaus angemessen. *Die monatlichen Bruttoeinnah*men je Automat veranschlagt er auf 35 000 Franc, was bei einem Betrieb zwischen sechs und zwölf Monaten die stolze Jahressumme von 1,16 Milliarden Franc ergäbe. Das wären mehr als die derzeitigen Casino-Einnahmen von (1984) 0,95 Milliarden Franc. Die Abgaben (1984: 0,43 Milliarden Franc) würden sich demnächst mindestens verdoppeln – bei einem gewünschten Steuererlaß von nur 65 Millionen Franc.

Mit Spielautomaten ist praktisch nichts zu verlieren. Soweit es dabei um die „einarmigen Banditen" geht, so spucken sie nach dem richtigen Hebelzug höchstens soviel aus wie sie in ihrem „Bauch" haben. Nur wer den „Jack Pot" gewinnt, kann sich die Differenz an der Kasse abholen. Das kommt allerdings höchst selten vor.

Die französische Regierung hat Monsieur Gilbert bisher allerdings *die kalte Schulter gezeigt, obwohl* sie das zusätzliche Geld gut brauchen könnte. Sie verweist auf die Moral. Aber gerade während der sozialistischen Amtszeit wurden in Frankreich besonders viele Wett- und Lotteriespiele zugelassen. Deren Ertrag übertrifft den der Casinos um ein Vielfaches. Und ist etwa das Roulette, so fragen die Kritiker, nicht noch „unmoralischer" als der Spielautomat?

Dazu kommt, daß fast überall in der Welt Spielautomaten von den Casinos betrieben werden dürfen – mit Monte Carlo an der Spitze. Darunter haben gerade die französischen Casinos der Côte d'Azur zu leiden. Da *Monte Carlo überdies erheblich* weniger Abgaben an den monegassischen Staat zu leisten hat, kann es sich außerdem die teuersten Festivitäten leisten. „Wir in Cannes müssen dagegen an allen Ecken und Kanten sparen", beklagt „Spielcasino-König" Lucien Barrière gegenüber der WELT.

Dabei ist die Barrière-Gruppe mit ihren sieben Casinos – darunter das Palm Beach (Cannes) als größtes Frankreichs – ebensovielen Palast-Hotels (Cannes, Deauville und Labaule) und *Nightclubs*, 32 Restaurants sowie sehr bedeutenden Sportanlagen (Tennis und Golf) noch am besten gestellt.

Früher wurden die Hotels von den Casinos subventioniert. Heute ist es umgekehrt. Jedenfalls dienen sie immer noch der kostenlosen Unterbringung großer Spieler, verrät Monsieur Barrière. Bei den Großpartien könne allerdings gerade das Casino viel Geld verlieren. Deshalb sind ihm neben dem Spielautomaten-Publikum „mittlere" Spieler besonders willkommen, worunter er solche versteht, die an einem Wochenende zwischen 100 000 bis 300 000 Franc einsetzen können.

Das sind „naturgemäß" Ausländer. Denn die Franzosen wagen schon deshalb nicht viel, weil sie fürchten, *daß ihnen der Steuerinspektor* im Spielsaal über die Schulter sieht. Um so zahlreicher sind an der Côte d'Azur die Italiener, weil sie bei sich zu Hause ebenfalls Angst vor dem Finanzamt haben. Die wirklich großen Spieler kommen gegenwärtig aus dem Nahen Osten und Amerika. Deutsche spielen im Ausland kaum.

Immerhin haben die französischen Spielcasinos 1984 dem Staat für 600 Millionen Franc Devisen gebracht und wesentlich zur touristischen Animation beigetragen. Dies gilt vor allem für Cannes und Deauville. Andererseits werden die kleinen Casinos von der zunehmenden Auslandskonkurrenz bedroht. Außer der monegassischen sind das die in Großbritannien und Spanien neuerdings zugelassenen Casinos. Aus diesem *Grunde geht es vor allem mit Le Tou*quet und Biarritz touristisch bergab. Zum Glück für die Franzosen ist die Schweiz noch nicht auf diese Idee gekommen. Divonne bei Genf ist unter den französischen Casinos Nummer zwei.

Vor zehn Jahren verfügte Frankreich über 150 autorisierte Casinos. Davon sind mehr als 30 in Konkurs gegangen. Sie wurden zum Teil wieder eröffnet. Den Nettoabgang von 14 Casinos hält Monsieur Gilbert noch nicht für beängstigend. Aber der allmähliche „Erstickungsprozeß" könnte doch dramatische Folgen annehmen, wenn die Regierung kein Einsehen zeige. Monsieur Barrière prophezeit für diesen Fall sogar ein völliges Aussterben der Casinos innerhalb der nächsten zehn Jahre.

Ob die Einführung von Spielautomaten ausreichen würde, dem Casino-Sterben Einhalt zu gebieten, bliebe abzuwarten. Denn die Casino-Besitzer müßten dafür ihre Geschäftspolitik grundsätzlich ändern. Um auch den Automatenspieler in die Casinos zu locken, bedarf es großer Anstrengungen in Werbung und *Marketing. Und wird man nicht die* Roulette- und Baccaraspieler verärgern, wenn nebenan jedermann nach Herzenslust seinen „Banditen" betätigen kann?

Politik mit einem Prozeß? Ein Verdacht geht um in Neuseeland

Macht die Regierung in Wellington mit dem Prozeß um *die Versenkung des* Greenpeace-Schiffes „Rainbow Warrior" einen Kuhhandel mit den Franzosen? So recht will man auf der Insel nicht daran glauben.

Von JÜRGEN CORLEIS

Wer die französische Botschaft in Neuseelands Hauptstadt Wellington be*sucht, wird zunächst* in eine winzige Stehzelle eingelassen. Die Empfangsdame sitzt hinter einer Panzerglasscheibe, und man verständigt sich mit ihr über Mikrophon und Lautsprecher. Dann öffnet sich unter einer Kamera die Seitentür, und ein Beamter entschuldigt sich für die Ungemütlichkeiten des Empfangs. Vor ein paar Monaten warfen Greenpeace-Demonstranten eine Rauchbombe in den Vorraum, deshalb die vorübergehende „Einzelhaft".

Durch das Attentat auf die „Rainbow Warrior", durch die Fortsetzung der französischen Atomwaffentests im Südpazifik und auch durch manches *harte oder überpointierte Wort* aus Paris und Wellington sind die französisch-neuseeländischen Beziehungen seit Monaten strapaziert. Ministerpräsident Lange bezeichnete Frankreichs Kernwaffenversuche noch vor acht Tagen als „obszön", sprach sich aber danach auch wieder für eine Entspannung mit Frankreich aus. Wie groß ist der Schaden, gibt es in Neuseeland eine anti-französische Stimmung?

Botschaftsrat de Wargny meint, „Man kann nicht generell sagen, daß die neuseeländische Bevölkerung Frankreich feindlich gegenübersteht. Man kann aber auch nicht abstreiten, daß es eine feindselige Stimmung gibt."

Etwa 40 000 Neuseeländer lernen Französisch, das immer noch unter allen *Fremdsprachen an erster Stelle* steht. Dies beweist aber kaum eine besondere Liebe für Frankreich. Es gehört vielmehr zur britischen Tradition, *die überall noch deutlich wird*. In England war Französisch immer die erste Fremdsprache, und so hält man es auch auf Neuseeland.

Auch wirtschaftlich macht sich keine Frankophonie bemerkbar. Französische Exporte nach Neuseeland stiegen 1983/84 um 35 Prozent, Importe aus Neuseeland um 30 Prozent. Frankreich ist für Neuseeland ein wichtiger Handelspartner, weil es (im Gegensatz zur Bundesrepublik) mehr neuseeländische Waren einführt, als es selbst nach Neuseeland exportiert. Frankreich kauft Wolle, Leder und Fleisch im Wert von rund 500 Millionen Mark, und der neuseeländische Wunsch, sich diesen guten Kunden nicht ganz zu vergraulen, wird vor diesem Hintergrund verständlicher.

Wer die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft verfolgt hat, weiß, daß es in erster Linie Frankreich war, das sich gegen höhere Quoten für Agrarimporte aus Neuseeland stemmte. Die Neuseeländer haben das nicht vergessen, aber sie sind auf gute Beziehungen zu allen Ländern des gemeinsamen Marktes angewiesen. Anfang nächsten Jahres werden in Brüssel neue Kontingente festgesetzt, und die Chancen für Neuseeland stehen schlecht. Die EG braucht keine neuseeländische Butter und auch weniger Hammelfleisch *als* zuvor.

Dieser Zusammenhang gab den Gerüchten über Absprachen zwischen Frankreich und Neuseeland Nahrung, als die Justiz in Auckland ihre Mordanklage gegen die beiden französischen Agenten fallenließ, die an der Versenkung der „Rainbow Warrior" beteiligt waren.

Regierungsvertreter in Paris haben behauptet, es habe *„diskrete Kontakte"* mit Wellington über das Schicksal der beiden Geheimdienst-Offiziere gegeben. Ministerpräsident Lange bestreitet das. Nun setzt ihn die Opposition unter Druck. Sie fordert die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission.

*Die ursprünglich von einer briti*schen Tageszeitung verbreiteten Gerüchte über den „Austausch von Agenten gegen Lammkoteletts" gehen an der Verfassungsrealität Neuseelands vorbei. Die Unabhängigkeit der Rechtsprechung wird allgemein respektiert, sie ist, in den Worten eines deutschen Diplomaten, ein „heiliges Roß". Eine Abschiebung Nicht-Verurteilter wäre hier rechtlich nicht zulässig. Major Mafart und Hauptmann Prieur können frühestens *deportiert werden, wenn der Richter* das Urteil verkündet hat. Das soll am 22. November geschehen.

„Wenn Lange sagt, daß über die Zukunft der Angeklagten nicht verhandelt wurde, dann war das auch so", antwortete ein einfacher Neuseeländer, auf den Widerspruch zwischen französischen und neuseeländischen Erklärungen angesprochen.

Wenn, nach soviel Gerüchten, eine weitere Vermutung zulässig ist, dann *vielleicht die: Der stellvertretende* neuseeländische Ministerpräsident Geoffrey Palmer führte am Rande der UNO-Konferenz in New York Gespräche mit französischen Regierungsvertretern, unter anderem über Neuseelands Entschädigungsforderungen. Palmer ist nicht nur Langes *Stellvertreter*, sondern *auch Justizminister*, Minister für die Legislative, und das neuseeländische Pendant zum Generalbundesanwalt. Er mag *vielleicht Frankreich* nahegelegt haben, durch ein Schuldbekenntnis der Angeklagten dafür zu sorgen, daß nicht noch mehr Staub aufgewirbelt und noch größerer Schaden angerichtet wird.

Der Wortlaut der Anklageschrift, die im Gerichtssaal von Auckland vom Generalstaatsanwalt verlesen wurde, läßt die Auslegung zu, daß die erste an der „Rainbow Warrior" explodierte Sprengladung als „Warn*schuß" gemeint war. Erst der zweite* Sprengsatz brachte, wenige Minuten später, das Schiff zum Sinken. Sicherlich wäre von der Verteidigung so argumentiert worden, um den für Mord erforderlichen Vorsatz auszuschließen.

„Greenpeace" kündigte inzwischen an, sich auf gerichtlichem Wege um die Herausgabe der Polizeiakten zur Versenkung der „Rainbow Warrior" zu bemühen. Die Auseinandersetzung darum, ob Mord oder Totschlag, wird noch lange anhalten.

Das neuseeländische Fernsehen strahlte jetzt einen Dokumentarbericht der Australian Broadcasting Corporation aus, der *hier bisher nicht* gezeigt werden durfte, um nicht in ein schwebendes Verfahren einzugreifen. Die australischen Reporter hatten zwei Neuseeländer aufgefunden, die beobachteten, wie der französische Froschmann nach dem Attentat an der Küste landete und von Mafart und Prieur in ihren Camperbus aufgenommen wurde. Sie riefen die Polizei an und notierten die Nummer des Fahrzeugs. Dieser Hinweis führte dann zur Verhaftung der Agenten.

Die weiteren Ermittlungen fielen nicht allzu schwer: Als sorgfältige Beamte hatten die beiden alle Quittungen und Belege für ihre Spesenab*rechnung aufgehoben*. „Wir haben nichts gegen die Franzosen", antwortete heute ein neuseeländischer Gesprächspartner. „Sie haben uns auch etwas zu lachen gegeben." SAD



Greenpeace-Anhänger demonstrieren vor dem Gericht in Auckland für einen gerechten Prozeß im Fall der Versenkung der „Rainbow Warrior" FOTO: AP

Kiel: Westphal brachte Barschel in Zugzwang

Die Hintergründe des Revirements in Schleswig-Holstein

GEORG BAUER, Kiel

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel handelte offenbar unter Zeitdruck, als er in den vergangenen Tagen gemeinsam mit dem bisherigen und dem neuen CDU-Fraktionsvorsitzenden, Heiko Hoffmann und Klaus Kribben, die Umbesetzung des Kabinetts und den Wechsel in der Fraktionsspitze in Szene setzte. Der überraschende Zeitpunkt der Neuformierung – an der Kieler Förde hatte niemand mehr damit gerechnet, nachdem die Halbzeit der Legislaturperiode bereits verstrichen war – und die Auswahl des

Lübecker Wirtschaftssenators Manfred Biermann für den Posten des Wirtschaftsministers sprechen dafür, daß der Regierungschef unter Handlungszwang stand.

Nach wiederholten Anläufen bereits in der Vergangenenheit hatte der noch bis zum 16. Dezember amtierende Wirtschaftsminister Jürgen Westphal Barschel vor kurzem mitgeteilt, daß er endgültig aus dem Kabinett ausscheiden wolle. Auf ihn warte Arbeit in seiner Anwaltssozietät. Ein letztes Gespräch soll am Dienstag vergangener Woche geführt worden sein. Unstimmigkeiten mit Barschel, ausgelöst durch das kraftvolle Auftreten des Ministerpräsidenten in allen Bereichen der Landespolitik, mögen dabei trotz gegenteiliger Beteuerungen beider Politiker, in der Vergangenheit harmonisch zusammengearbeitet zu haben, den Entschluß des Hanseaten Westphal gefördert haben.

Auf der Suche nach einem Nachfolger, in die der CDU-Landesvorsitzende, Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, telefonisch eingeschaltet war, haben Barschel, Hoffmann und Kribben auch als ernsthaften Kandidaten den Präsidenten der Industrie und Handelskammer in Kiel, Fritz Süverkrüp, erwogen. Das Problem: der Kieler Unternehmern befindet sich seit Tagen auf einer Reise durch Japan.

Erschwert wurde die Neubesetzung des Wirtschaftsministeriums auch dadurch, daß Barschel aufgrund schlechter Erfahrungen mit der Interessenvertretung seines Landes in Bonn die Personalunion – Justizministerium und Ministerium für Bundesangelegenheiten – aufheben wollte. Da sich der bisherige Doppelminister Henning Schwarz bis zu seinem erklärten Verzicht in zwei Jahren auf die Arbeit am Rhein konzentrieren soll, mußte auch ein neuer Justizminister gefunden werden. Für Barschel kam als erste Wahl offenbar nur Hoffmann in Frage.

Als Fraktionsvorsitzender mußte daher Kribben, der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion, gewonnen werden. Kribben galt bis in jüngster Zeit als aussichtsreichster Bewerber für das Wirtschaftsministerium. In der Person Kribben setzen Regierung und Fraktion auf einen Politiker, der entschiedener als der noch amtierende Fraktionsvorsitzende Hoffmann, ein auf Ausgleich bedachter Charakter, den Angriff in der Opposition Paroli bieten soll.

Auch die Rolle der FDP als möglicher zukünftiger Koalitionspartner nach der Landtagswahl im Herbst 1987 hat bei der Diskussion um das Revirement eine Rolle gespielt. Bei einem Einzug in den Landtag und einem Verlust der mit absoluter Mehrheit regierenden Christdemokraten peilt der FDP-Vorsitzende Zumpfort das Amt des Wirtschaftsministers an. Allerdings, so Kribben, habe der FDP-Gedanke nicht im Vordergrund gestanden.

Die Kabinettsumbildung signalisiert aber auch, daß die Minister aus dem Kabinett Stoltenberg auf dem Rückzug sind.

Die vertrauensbildenden Maßnahmen für den Wein stoßen auf viele Bedenken

Bundesrat berät morgen über verschiedene Entschließungstexte aus den Bundesländern

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Der Empfang der deutschen Weinkönigin und Weingeschenke an die Mitglieder des Bundesrates sind morgen anläßlich der 556. Sitzung des Länderparlaments in Bonn äußeres Zeichen der vertrauensbildenden Maßnahme, die eine „Entschließung zur Weinbaupolitik" auf Antrag des Landes Rheinland-Pfalz durch den Bundesrat darstellt.

In dem vorgeschlagenen Entschließungstext aus Rheinland-Pfalz heißt es unter anderem, daß „die in Österreich über Jahre hinweg in großem Umfang vorgenommene Verfälschung von Weinen mit Diäthylenglykol das Vertrauen der Verbraucher in die Qualität des Weins nachhaltig erschüttert" habe. Ziel aller politischen Bemühungen müsse es jetzt sein, dieses Vertrauen „zu erhalten und wo nötig wiederherzustellen".

Die von dem einzigen Land mit einem Weinbauminister geforderte umfassende Importweinkontrolle, nach der auch Importe aus Drittländern (die nicht der EG angehören) nur noch als Flaschenweine zugelassen sein sollen, stößt dabei auf Widerstand. Bundesländer mit großer Glasproduktion fürchten unübersehbare Geschäftseinbußen für die ansässigen Fabriken, die ihre Flaschen nicht mehr los würden. Hessen hat in den der Bundesratssitzung vorangehenden Ausschußsitzungen deshalb gefordert, daß Abfüller von ausländischem Wein ihre Anlagen zwecks besserer Kontrolle räumlich von der Inlandsproduktion zu trennen hätten.

Unterschiedliche Auffassungen bestehen auch über den Verschnitt von Weinen, also die Vermischung verschiedener Weine zur Gewinnung höherer Qualität, die bisher „bezeichnungsunschädlich", also für den Verbraucher mit dem Etikett nicht erkennbar ist. Bis zum Inkrafttreten des heute geltenden Weingesetzes im Jahre 1971 war „aufgrund der besonderen Gegebenheiten der Weinproduktion in der Bundesrepublik Deutschland" ein Verschnitt mit anderen Weinen bis zu einem Drittel – danach immerhin noch ein Viertel – zulässig gewesen. Durch die Bezeichnungs-Verordnung der EG wurde diese Verschnitt-Möglichkeit auf 15 Prozent begrenzt. Eine weitere Einschränkung hält das Land Rheinland-Pfalz „gegenüber der Weinwirtschaft für nicht mehr vertretbar".

Nordrhein-Westfalen möchte Verschnitt durchaus weiter zulassen, fordert aber eine Deklaration zur besseren Information des Verbrauchers. In der Sitzung des Agrarausschusses des Bundesrates vom 21. Oktober hat der Vertreter des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten allerdings gesagt, derartige Angaben vermittelten dem Verbraucher keine wirklich wichtigen zusätzlichen Informationen, sondern trügen nur dazu bei, daß die Deklaration unübersichtlicher werde. Hessen vertritt die gegensätzliche Ansicht.

Bei der Diskussion um die Importkontrollen hat darüber hinaus der Vertreter des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit im Agrarausschuß deutlich gemacht, daß zumindest Teile der geplanten Regelungen gegen EG-Recht verstießen. Im Hinblick auf bestehende „Wein-Import- und Export-Traditionen" in mehreren Mitgliedsländern der EG sei eine Unterstützung für ein solches Anliegen im Ministerrat nicht zu erwarten. Der Bundesrat hat daher die Bundesregierung gebeten, wegen der nötigen Änderungen von Bundes- und EG-Recht auf dem Weinsektor „in eine Überprüfung der weinrechtlichen Vorschriften einzutreten".

Gegen die geplante länderübergreifende Koordinierung der Weinüberwachung, wie sie auf Antrag der Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz zustande kommen soll, hat Baden-Württemberg im Vorfeld der nächsten Bundesratssitzung Bedenken angemeldet. Das vorhandene Instrumentarium reiche aus, die Notwendigkeit einer zentralen Stelle werde nicht gesehen.

Keine Mehrheit fand im Ausschuß ein Antrag von Hessen, die Hektarhöchsterträge für Qualitätswein auf 100 Hektoliter zu begrenzen. So blieb hier nur die Forderung übrig, eine solche Festlegung bezogen auf den Durchschnitt der jeweils letzten fünf Jahre in Verbindung mit einem Rebflächenverzeichnis auf nationaler Ebene „umgehend einzuführen".

Einberufung trotz Umzugs nach Berlin?

AP, Berlin

Bei ihrem Bemühen um mehr Wehrgerechtigkeit will die Bundesregierung künftig auch jene rund 10 000 jungen Männer zum Wehrdienst einziehen, die sich durch einen Umzug nach West-Berlin einer Einberufung entziehen. Allerdings ist sie dabei auf die Mithilfe der Alliierten angewiesen, sagte der parlamentarische Staatsekretär im Bundesverteidigungsministerium, Peter-Kurt Würzbach, in einem Rundfunkinterview mit dem Rias in Berlin. Diese Maßnahme zur Steigerung der Wehrgerechtigkeit lasse sich nicht allein durch ein Bundesgesetz erreichen.

Anwälte: Grüne eine Gefahr für Hessen

dpa, Frankfurt

Als Antwort auf die vereinbarte Koalition von SPD und Grünen in Hessen haben sich in Frankfurt sieben Rechtsanwälte zur „Aktionsgemeinschaft für den Rechtsstaat" zusammengeschlossen. Wie Anwalt Henze mitteilte, plant die Gruppe Aufklärungsaktionen über die Politik der rot-grünen Landesregierung. Eine Koalition der beiden gefährde vor allem Rechtsstaatselemente wie „Voraussehbarkeit und Vorausberechenbarkeit staatlichen Handelns". Ferner hält die „Aktionsgemeinschaft" die Regierungsbeteiligung der Grünen für verfassungswidrig.

Bayern III jetzt in Berlin zu sehen

lz., München

Mit den Worten „Bayern grüßt Berlin" eröffnete der Fernsehdirektor des Bayerischen Rundfunks, Helmut Oeller, die Übertragung des dritten bayerischen Fernsehprogramms über den Fernmeldesatelliten Intelsat V ins Berliner Kabelpilotprojekt. Damit wurde die erste Sende-Erdfunkstelle der Bundespost für die direkte Einspeisung eines Fernsehprogramms über Satellit in Breitbandkabelnetze in Betrieb genommen. Von April 1986 an soll auch ein privates TV-Programm unter dem Titel „Bayern macht Fernsehen für Deutschland" über Intelsat V gesendet werden.

Neue Heimat muß mehr Wohnungen abstoßen

Liquidität des Konzerns vorerst nur bis 1986 gesichert

UWE BAHNSEN, Hamburg

Der gewerkschaftseigene Baukonzern Neue Heimat (NH) muß die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen schneller vorantreiben, als bislang vermutet worden war, um einen Zusammenbruch des Unternehmens abzuwenden. Das ist das wichtigste Ergebnis einer Bankensitzung im Hamburger Atlantic-Hotel, auf der NH-Chef Diether Hoffmann den Vertretern von rund 60 Gläubigerbanken die derzeitige Lage des Konzerns im Detail erläutert hatte.

Die Institute, allen voran die Westdeutsche Landesbank mit einem Engagement von mehr als 900 Millionen Mark, werden ihre Kredite zwar verlängern; doch die Neue Heimat wird ihre Wohnungsverkäufe, die beträchtliche Unruhe unter NH-Mietern und massive Kritik bei allen Parteien ausgelöst hatte, intensivieren müssen. Unter dem Druck von 17,4 Milliarden Mark Verbindlichkeiten will das Unternehmen zu den bisher 55 000 noch einmal weitere 40 000 bis 50 000 Wohnungen verkaufen.

Ein NH-Sprecher erklärte dazu gestern in Hamburg, es gelte derzeit die grundsätzliche Erklärung des NH-Chefs Hoffmann, der Konzern werde bei den Wohnungsverkäufen die Grenze von 100 000 Einheiten nicht überschreiten. Auf die weitere Frage, ob *darüber hinausgehende* Wohnungsveräußerungen verbindlich ausgeschlossen würden, verwies der Sprecher auf die bisherigen Verlautbarungen dazu. Bei Kennern der Materie gilt es jedoch inzwischen als sicher, daß die Neue Heimat weit mehr als 100 000 Wohnungen abstoßen muß, wenn sie in den nächsten Jahren nur ihre Liquidität sichern will. Auch werden diese Verkäufe in kürzerer Zeit als bisher stattfinden müssen.

Die gewerkschaftseigene Auffanggesellschaft BGI, die bislang von der Neuen Heimat rund 22 000 Wohnungen übernommen hat, wird keine weiteren Wohnungsbestände der NH kaufen. Die Überlegungen der NH-Geschäftsführung richten sich daher auf entsprechende Angebote an die Kommunen. Verhandlungen darüber sollen mit dem Beginn des kommenden Jahres „im forcierten Stil" mit den Gemeinden geführt werden.

In der NH-Zentrale wird dazu versichert, Ziel sei keinesfalls ein „Ausverkauf". Nicht dementiert wird aber, daß es darum gehen wird, nach dem „Bremer Modell" einen großen Teil der NH-Wohnungen abzugeben. Der Gewerkschaftskonzern bereitet sich in diesem Zusammenhang auf intensive Gespräche mit den Landesregierungen vor. Experten der Wohnungswirtschaft in der Hansestadt gehen davon aus, daß die Neue Heimat bei einer solchen „Anbindung" eines großen Teils ihrer Wohnungen an Kommunen ihre bisherige Funktion als Muttergesellschaft aufgeben wird. In Bremen haben zwei städtische Gesellschaften bereits angekündigt, sie würden 8000 bisherige NH-Wohnungen zum Quadratmeterpreis von 700 Mark von der gewerkschaftseigenen BGI zurückkaufen. In München will die Stadt 2100 Wohnungen zum Preis von insgesamt 165 Millionen Mark von der Neuen Heimat übernehmen.

Zu den drückenden Problemen der Neuen Heimat gehört der steigende Bestand an leerstehenden Wohnungen. Diese Verlustquelle will der Konzern reduzieren, indem für besonders ungünstige Wohnlagen außergewöhnliche Mietabschläge gewährt werden. Weitere Anstrengungen will die Neue Heimat darauf verwenden, die Wohnungen und das Umfeld attraktiver zu gestalten. Aus dem Kreis der Gläubigerbanken und aus der NH-Zentrale verlautet übereinstimmend, die Liquidität des Unternehmens sei für 1986 gesichert.

In der NH-Geschäftsführung macht man sich keinerlei Illusionen darüber, wie schwierig Wohnungsverkäufe im großen Stil an die Kommunen wegen der Haushaltsprobleme der Gebietskörperschaften sein werden. Aus diesem Grunde werden derzeit auch andere Veräußerungsmodelle vorbereitet, etwa an Genossenschaften. Verwiesen wird dabei auf das Beispiel der Heimatsiedlung in Frankfurt mit mehr als 1000 Wohnungen. Dort wollen mehrere hundert Mieter als Genossenschaft mit Unterstützung eines Landesdarlehens in zweistelliger Millionenhöhe als Erwerber einspringen. In den Kreisen der NH-Gläubigerbanken wurde gestern unmißverständlich darauf hingewiesen, daß man für das Mitte 1986 anberaumte weitere Bankentreffen „vorzeigbare Resultate" der erforderlichen intensivierten Sanierungsbemühungen erwarte.

Demokraten siegen bei Provinz-Wahlen in USA

Enttäuschungen und Trostpreise für die Republikaner

FRITZ WIRTH, Washington

Gouverneur Charles Robb erklärte den *Notstand*, als *Virginia* am Dienstag einen neuen Gouverneur wählte. Der dramatische Akt, einer der letzten seiner *Amtszeit*, hatte jedoch keinerlei symbolische Bedeutung. Er galt allein den Folgen schwerer Re*genfälle*, die weite Teile Virginias unter Hochwasser setzten. Rein politisch jedoch war diese Wahl für die Demokraten ein ungetrübtes Hoch. Ihr Kandidat Baliles, der zum ersten Mal in der Geschichte Virginias einen Farbigen als Stellvertreter neben sich hatte, wurde mit 55 Prozent gegenüber 45 Prozent der Stimmen für den republikanischen Kandidaten Durette zum neuen Gouverneur gewählt.

Die Niederlage ist ein Rückschlag *für die Republikaner*. Ronald Reagan war persönlich im Wahlkampf in Virginia aufgetreten. Mit Vizepräsident Bush und dem ehemaligen Präsidenten Gerald Ford hatten die Republikaner auch sonst schweres Geschütz in Virginia aufgefahren. Sie hatten sich dieses Mal gute Erfolgschancen ausgerechnet, die vorher nicht vorhanden waren, solange der populäre bisherige Gouverneur Charles Robb im Amt war. Ihre Niederlage fiel deutlicher aus als erwartet. Ein Trost für die Republikaner war ihr Sieg bei den *Gouverneurswahlen in New Jersey*, wo ihr Gouverneur Thomas Shapiro, der vor vier Jahren nur mit knapper *Mehrheit in dieses Amt gewählt wor*den war, nun den demokratischen Kandidaten mit einem Stimmenver*hältnis von 70 zu 30 Prozent* besiegte.

Hoffen auf 1986

Nach der gestrigen Wahl halten die Demokraten weiterhin 34 der 50 Gouverneursposten in den Vereinigten Staaten in ihrer Hand. Die Republikaner wollen dieses für sie unbefriedigende Verhältnis im nächsten Jahr ändern, wenn in 32 der 50 Staaten neue Gouverneure gewählt werden.

Zugleich wurden am Dienstag in einer Serie von Großstädten neue Bürgermeister gewählt, deren Wahl in den meisten Fällen jedoch eine reine Formsache war. Das gilt besonders für den New Yorker demokratischen Bürgermeister Edward Koch, der 465 440 Stimmen erhielt gegenüber 61 979 für die republikanische Kandidatin Diane McGrath. Der 60jährige Koch, der im Augenblick in einem New Yorker Theater ein Musical mit dem Titel „Mayor" laufen hat, das sich auf seine Autobiografie stützt, ist einer der populärsten Bürgermeister, die New York je besaß. „Der einzige Mann, der Edward Koch bei einer Wahl in New York besiegen kann, ist Edward Koch", *sagt man in* New York. Er tritt sein Amt, das er für „den besten Job in Amerika" hält, zum dritten Mal an.

„Erschießt die Schwulen"

Den *dramatischsten Wahlkampf* um ein Bürgermeisteramt gab es in Miami, wo sich die immer stärker dominierenden kubanischen Emigranten anschickten, zum ersten Mal einen eigenen Mann zum Bürgermeister zu machen. Mit dem Rechtsanwalt Suarez und dem Banker Masvidal hatten sie gleich zwei Männer gegen den bisherigen Bürgermeister Ferre im Rennen. Die Entscheidung *fällt erst in einer Nachwahl am* 12. November, da gestern keiner der Kandidaten eine zum Sieg notwendige *Mehrheit von über 50 Prozent* der Stimmen erreichte.

Einen der erbittersten Wahlkämpfe erlebte die Stadt Houston in Texas, wo *Homosexualität zum Haupt*-Wahlthema geworden war. Die amtierende Bürgermeisterin Kathy Whitmire machte sich für diese Minderheit stark, während ihr Konkurrent Louie Welch in einer schwachen Stunde, als er glaubte, daß die Mikrophone abgeschaltet seien, mit der Bemerkung vernommen wurde, daß es einen sicheren Weg gebe, mit dem Aids-Problem fertig zu werden: „Erschießt die Schwulen." Welch entschuldigte sich später öffentlich, der Schaden war aber nicht mehr gutzumachen. Welch, der schon fünfmal als Bürgermeister von Houston amtiert hatte, wurde mit einer Mehrheit von fast 30 000 Stimmen besiegt.

Ebenso eindeutig wählte Detroit seinen ersten farbigen Bürgermeister Coleman Young zum vierten Mal wieder. Young ist der am längsten dienende Bürgermeister in den zehn größten Städten der USA. Unangefochten waren auch die Wahlsiege der amtierenden Bürgermeister Voinovich in Cleveland, Caliguiri in Pittsburgh und Fraser in Minneapolis.

Paris erringt großen Erfolg im Waffenexport

USA kaufen Fernmeldesystem Rita / Niederlage für London

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreich jubiliert. Dem staatli*chen Elektronikkonzern* Thomson-CSF ist es nach vierjährigem erbitterten Ringen gegen vor allem britische *Konkurrenz gelungen, das von ihm* konzipierte vollelektronische Fernmeldesystem „Rita" (französisch für „Integriertes *automatisches* Transmissionsnetz") an die amerikanische Armee zu verkaufen. US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger teilte die Entscheidung seinem französischen Kollegen Paul Quilés am Dienstag abend persönlich *telefo*nisch aus Washington mit.

Für die französische Rüstungsindustrie, *drittgrößter Waffenexporteur* der Welt nach den USA und der Sowjetunion, bedeutet das einen Auftrag in Höhe von mehr als 4 Milliarden Dollar, von denen ein Viertel allein auf den *Thomson-Konzern* entfällt. Bisher hatten Frankreichs Waffenschmiede im Jahre 1985 bereits rund 6 Milliarden *Dollar* an Exporterlösen erzielt.

Das System „Rita" wurde seit 1978 entwickelt. *1982 wurde es zum ersten* Mal auf dem alle zwei Jahre stattfindenden Rüstungssalon in Satory bei *Versailles ausgestellt* und *erregte* sofort das Interesse vor allem arabischer Besucher. Es soll sich durch absolute *Zuverlässigkeit*, Schnelligkeit, Einfachheit in der Bedienung und totale Abschottung nach außen auszeichnen und erlaubt zum Beispiel einem Divisionskommandeur in Sekundenbruchteilen Verbindung mit jedem seiner unterstellten Truppenteile bis zur Zug-Ebene, aber auch mit höheren Dienststellen und das in einem Planquadrat von mehreren 100 Kilometern Seitenlänge aufzunehmen.

Weinberger begeistert

Es wurde 1983 in die französische Armee eingeführt und rüstet heute bereits die drei Corps der 1. Armee (darunter das II. Corps in der Bundesrepublik) sowie die schnellen Eingreifstreitkräfte (FAR) aus.

Im März dieses Jahres hatte Caspar Weinberger anläßlich eines Besuches bei den französischen Streitkräften in Ostfrankreich und in der Bundesrepublik das *System zum ersten Mal* gesehen und für „interessant" befunden. Begeistern ließ er sich jedoch erst, als er von einem einfachen Jeep im Schwarzwald aus mit seinem 4000 Kilometer entfernten Büro in Washington *telefonieren* konnte und dabei seine Sekretärin auf Abwesenheit ertappte.

Damals stand Frankreich *in* scharfer Konkurrenz zu Großbritannien, wo die private mit amerikanischen Unternehmen zusammenarbeitende Firma Plessey ein ähnliches Gerät entwickelt hatte, das allerdings erheblich teurer war als das französische.

Massiver Druck

Nach französischer Darstellung haben die Briten „monatelang ungeheuren und unfairen Druck auf die Amerikaner" zum Erwerb ihres Systems ausgeübt, der in einem Brief von Premierministerin Margaret Thatcher an Präsident Reagan im letzten September *gipfelte*. „*Wir Engländer sind die* besseren Alliierten der Amerikaner", soll die eiserne Lady ihren ungewöhnlichen Schritt begründet haben. Mit um so größerer Genugtuung verzeichnet man heute in Paris, daß trotz dieser massiven Methoden der „britischen Freunde" das „bessere und billigere *Material*" den Sieg davongetragen hat. Von einer deutschen Konkurrenz ist in der gesamten Zeit nie die Rede gewesen. *Die USA* wollen nun insgesamt 25 Divisionen ihres Feldheeres mit „Rita" ausrüsten.

Die Thomson-Aktien zogen am Mittwoch an der Pariser Börse prompt um acht Punkte an. Das Quai d'Orsay ließ in einer offiziellen Stellungnahme seine „Genugtuung über den Auftrag" erkennen. Schließlich ist „Rita" in den Armen gerade der wählerischen Amerikaner auch ein Trostpflaster für die französische Öffentlichkeit, die noch vor einigen Tagen schwer geschockt worden war durch die herbe Kritik, die ein in der Bundesrepublik stationierter Panzergeneral an den „rückständigen" Kampfwagen der 1. französischen Armee geübt hatte. Verteidigungsminister Quilés konnte in seiner Freudenbekundung über den amerikanischen Auftrag nicht umhin, den „Miesmachern in den eigenen Reihen" die Leviten zu lesen. Der „Rita"-Abschluß zeige, daß man im Ausland eine wesentlich weniger pessimistische Beurteilung französischen Materials habe als im *eigenen* Lande.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„IPPNW verschweigt Ziel"

„Leserbrief: Bestürzung"; WELT vom 28. Oktober und „Preis und Wert"; WELT vom 12. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn auch der frische Wind eines Nobelpreises der abgeschlafften Friedensbewegung – als Teil derer die IPPNW sich ja versteht – neuen Auftrieb gegeben haben mag, so haben sich hierdurch Zusammensetzung, Absichten und Zielrichtung dieser Organisation leider keinesfalls geändert.

Setzt man die 3300 IPPNW-Mitglieder in Relation zu den 175 000 approbierten Ärzte der Bundesrepublik, so kommt man auf eine Quote von knapp 1,9 Prozent, die rein rechne*risch etwa dem Wählerpotential* der DKP und anderer linksextremer Organisationen entspricht. Wenn man weiterhin die Verhältnisse im Tübinger Umfeld, die mir einigermaßen bekannt sind, auf das ganze Land hochrechnet, so ist festzustellen, daß sich die von Herrn Gottstein ange*führte Zahl von 15 000* Sympathisanten zu einem großen Teil aus Medizinstudenten, Pflegepersonal, Wehr*dienstverweigerern sowie Psycholo*gen – also durchweg Nichtärzten – rekrutiert.

Da *scheint es mir doch ganz schön* unverfroren, die Vorbildfunktion der (approbierten) Ärzte, die diese in weiten Teilen der Bevölkerung noch genießen, als Vehikel für linke Politik zu mißbrauchen!

Keine Bevölkerungsgruppe dieses Landes, am allerwenigsten die Ärzteschaft, will einen Atomkrieg. Sie will überhaupt keinen Krieg! Weder einen kindermordenden Spielzeugbombenkrieg nach afghanischem, noch einen Gelben-Regen-Krieg nach kambodschanischem Muster.

Militärpolitische Bündnisse wie die NATO, aber auch der Warschauer Pakt, können daher nur die eine Zielsetzung haben, jedem potentiellen Aggressor unmißverständlich vor Augen zu halten, daß ein Angriff letztlich zur atomaren Selbstvernichtung führt. Diese militärische Taktik der flexiblen Antwort hinter einem atomaren Schild hat Westeuropa eine bislang nie dagewesene Friedensperiode beschert. Dies weiß Herr Kollege Gottstein selbstverständlich. Aber er und seine Organisation verschweigen gerne, daß ihr Ziel letztlich in einer Veränderung der politischen Voraussetzungen besteht.

Wenn der Vorsitzende einer gewissen Partei „dieses Zeug hier nicht haben will" (gemeint waren die Nachrüstungsobjekte), sein mutmaßlicher Kanzlerkandidat den Nachrüstungsbeschluß rückgängig machen will und seine geistigen Zöglinge „raus aus der NATO" wollen, so ist eine gefährliche Kongruenz mit den Absichten der IPPNW evident.

Diese hoffentlich niemals eintretende, politische Konstellation würde keinesfalls zu einer „Sicherheitspartnerschaft" mit *dem auch konventio*nell bis zu den Zähnen bewaffneten Ostblock führen, vielmehr setzte sie die Bevölkerung *Westeuropas vom* ersten Tag an einer massiven, wohlfeilen Erpreßbarkeit aus, die sich allerdings mit entsprechenden Schutzräumen und einem leistungsfähigen Sanitätssystem leichter ertragen ließe.

Bevölkerungsschutz ist ausschließlich ein Postulat der Vernunft, seine Unterlassung keineswegs Zeichen von ärztlicher Ethik, wie Gottstein zu meinen vorgibt. *Die* Schweiz wie auch Schweden haben als neutrale Länder die entsprechenden Sicher*heitsvorkehrungen längst getroffen.* Sind ihre Ärzte deshalb unethisch?

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Arne Ramminger, Reutlingen

*

Hiermit beenden wir die *Diskus*sion. Die Redaktion.

Barbarei und Kulturschande

Der jahrelang offenkundige Miß*brauch der „sozialen Indikation"* des Schwangerschaftsabbruches nach Paragraph 218 hat bisher allein die *Katholische Bischofskonferenz unter* Kardinal Höffner auf den Plan gerufen, während unsere evangelische Kirche schweigt. *Oft sind auch die* unruhigen Gewissen der „Kriegsdienstverweigerer" und Pazifisten dieser laufenden Tötungs-Aktion gegenüber taub. Manche predigen lieber über Nicaragua als über das, was täglich vor unseren Augen geschieht.

Alle großen Parteien sind sich einig, bis zu den weiblichen Bundestag*abgeordneten der CDU, daß an den* geltenden gesetzlichen Bestimmungen nicht gerüttelt werden soll. Dafür wird *ständig* eine „Bewu*ßtseinsände*rung" als Alternative empfohlen. Hier muß endlich einmal gefragt werden: Von wem soll *sie* ausgehen? Bei wem soll sie stattfinden? Wie lange darf und soll der gewünschte Änderungsprozeß eigentlich dauern?

Wenn niemand der führenden Autoritäten und Meinungs-Träger gewillt und bereit *ist*, immer *wieder* diese Barbarei und Kulturschande aus Sorge um seine Popularität und Wählbarkeit öffentlich anzusprechen, *wenn die fortgesetzt geduldete* Tötung überall totgeschwiegen wird, woher soll eigentlich die angeblich *ersehnte Bewußtseinsänderung* kommen? Begreift eigentlich niemand, daß außer der Tötung und den nach*folgenden seelischen Problemen der* betroffenen Mütter immer ein ganzer Kreis mitwirkender Menschen hineingezogen bleibt als Mitwisser, und das in jedem Einzelfall, mit Sicherheit pro Jahr weit über eine Million Mitbürger.

Wie lange kann sich ein Staat einen derartigen Massen-Verschleiß an Gewissen über Jahrzehnte leisten, ohne inneren Schaden zu nehmen?

Joachim Engelmann, Oldenburg

Giftgas 1941

„Leserbrief: Giftgas 1941"; WELT vom 28. Oktober

Um jeden Zweifel an der Richtigkeit *der Angaben des damaligen* Chefs der schweren 1. Batterie I/Flak-Rgt. 64 Düsseldorf, Oberleut*nant Schulze-Forster*, über *den von* ihm selbst erlebten Einsatz von Giftgas durch die Sowjets zu Beginn des Zweiten Weltkrieges in Sculeni am Pruth (Rumänien) auszuschalten – zumal meines Wissens hierüber seiner Zeit aus verständlichen Gründen in den täglichen Rundfunk-Frontnachrichten nichts berichtet und in *den Nachkriegsjahren bislang nichts* veröffentlicht wurde – möchte ich als damaliger Leutnant der v. g. Batterie *noch erwähnen, daß* es sich bei den 40 Gelbkreuz-Verletzten um Angehörige der leichten 4. Batterie des o. g. Flak-Rgt. handelte.

Unmittelbar nach dem Abwurf der Gasbomben eilte ein entsprechend ausgebildeter und ausgerüsteter Spezialtrupp meiner Einheit der 4. Batterie zu Hilfe.

Wilhelm Bachmann, Velbert-Langenberg

Die Ursuppe

„Pankraz, B. Vollmert und die fade Ursuppe"; WELT vom 21. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

für mich als Christen hatte die Geschichte von der „Ursuppe", aus der sich rein zufällig das Leben entwikkelt haben soll, von Anfang an einen ziemlich faden Geschmack. Um so mehr freue ich mich, daß ausgerechnet ein Wissenschaftler vom Format Vollmerts mit seiner Untersuchung zur Fliege in der Suppe der „Halbgötter" wird und die sorgsam gehüteten neodarwinistischen Evolutionsmärchen in Frage stellt.

Jede Erfindung beruht auf einer Idee und hat einen Erfinder. Warum sollte dieser Kausalzusammenhang für die *genialste aller* „Erfindungen", das Leben in allen Formen, keine Gültigkeit haben? Wer kann ernsthaft *daran glauben, daß das Leben rein* zufällig ohne Plan und Ziel entstanden ist, gewissermaßen als kosmischer *Betriebsunfall*?

Wahrscheinlich ist das Bewußtsein der Menschheit und der Masse ihrer Wissenschaftler auf der *Darwinschen* Evolutionsleiter noch nicht weit genug fortgeschritten, um aus ihrem *selbstgenügsamen*, anthropozentrisch begrenzten Weltbild herauszufinden. Die Entwicklungstendenz *scheint mir jedoch durchaus positiv* und vielversprechend zu sein: „Rein zufällig" tauchen in der Spezies homo *sapiens immer mehr geniale Mutan*ten wie Einstein, Planck und Vollmert auf, die bei der Frage nach dem Ursprung des Lebens neue und tiefere Erkenntnisse gewinnen und mit einer stummen Geste einhellig, wenn auch noch ein wenig schüchtern, in die richtige Richtung zeigen, nämlich nach oben. Gott sei Dank!

Mit freundlichem Gruß
Lothar Lauer, Fulda

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Ein leeres Herz ist viel ärmer als eine leere Hand."

Curt Goetz, deutscher Bühnenautor (1888–1960)

Personalien

KIRCHE

Monsignore Professor Dr. **Henry Fischer** (57), bisher Programmdirektor in der Hörfunk-Abteilung des Hildesheimer Bernward Verlages, ist von Bischof Dr. **Josef Homeyer** zum Leiter des Referates „Verkündigung und theologische Grundfragen" im Bischöflichen Generalvikariat *Hildesheim* berufen worden. Professor Fischer, der bislang Priester des Bistums Osnabrück war, wurde *zugleich in den* Hildesheimer Diözesanklerus eingegliedert.

GEBURTSTAG

Von seinem Engagement für kinderreiche Familien profitieren viele Kinder und Jugendliche noch heute. Denn dank des „Wuermelings", einer „Erfindung" des ersten Familienministers der Bundesrepublik Deutschland, können Jugendliche aus Familien mit mehr als zwei Kin*dern immer noch zum* halben Preis mit der Bahn kreuz und quer durch die Republik fahren. **Franz-Josef Wuermeling**, *der morgen 85 Jahre* alt wird, ist gebürtiger Berliner, aber seine Vorfahren kommen aus Westfalen. „Berliner *Mundwerk* und westfälischer Dickkopf", das hört er gerne über sich sagen. Als *Minister galt Wuermeling als impul*siv, angriffslustig und herausfordernd. Der gelernte Jurist und *Volkswirt* begann *seine Laufbahn* 1926 im preußischen Innenministerium in Berlin. 1939 wurde er aus politischen Gründen „zwangsbeurlaubt" und arbeitete bis Kriegsende in der Privatwirtschaft, 1949 wurde er Bundestagsabgeordneter. Vier Jahre später betraute ihn **Konrad Adenauer** mit der Leitung des neugebildeten „*Ministeriums für Fami*lienfragen". Während seiner neunjährigen Amtszeit, in der er sich vor allem für das Kindergeld stark machte, blieb er *keineswegs* unangefochten. Mehr als einmal drohte Wuermeling mit Rücktritt, so als er *sich für die Erhöhung des* Kindergelds vom dritten Kind an einsetzte. Allen Einwänden zum Trotz und nicht zuletzt dank seiner – wie er selbst sagte – „elefantösen Haut" behielt er jedoch sein Ressort auch noch unter der vierten Regierung Adenauer. Erst 1962 gab er dieses *Amt ab*.

AUSZEICHNUNGEN

Der 17. Hörspiel- und Erzählpreis der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat in Bonn, insgesamt dotiert mit 10 000 Mark, wird am Samstag im Haus des Kölner Deutschlandfunks überreicht. Er geht mit je 3000 Mark an **Linde Rotta** aus Lünen und **Renata Schumann-Rotscheidt** aus Erkrath, sowie mit je 1000 Mark an **Josef Budek** aus Berlin, **Klaus Goehrke** aus Kamen, **Roland Mischke** aus Berlin und **Horst-Ulrich Semmler** aus Großenkneten.

*

Der mit 5000 Mark dotierte „Buchpreis der Stadt Hürth zur *Förderung* des Umweltschutzgedankens" soll am 23. November an den Bonner Journalisten **Ralph-Dieter Brunowsky** *und den* wissenschaftlichen Direktor beim Umweltbundesamt, **Lutz Wicke**, für ihr *gemeinsam verfaßtes* Buch „Der Öko-Plan" verliehen werden. Das im vergangenen Jahr im Münchener *Piper-Verlag* erschienene Sachbuch wurde unter 186 Einsendungen für den in diesem Jahr erstmals vergebenen Preis ausgewählt. Das Buch verbinde eine gelungene Analyse mit realistischen Vorschlägen zur Verbesserung der Situation des Umweltschutzes, meinte die Jury, der auch der führere NRW-Landwirtschaftsminister **Diether Deneke** angehört.

EHRUNG

Mit der Jabach-Medaille der *Stadt Köln wurden die beiden* Kölner Professor **L. Fritz Gruber** und Rechtsanwalt Dr. **Walter Oppenhoff** geehrt. Die nach einem Kölner Kunstmäzen aus dem 17. Jahrhundert benannte Medaille wird in unregelmäßigen Abständen für besondere Verdienste um die Kölner Museen vergeben.

WAHL

Professor Dr. **Heinz S. Fuchs**, Generalstabsarzt *der* Luftwaffe a. D. aus Bonn, früherer Präsident der Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrtmedizin e. V. und des „Space Medicin Branche" der Aero-Space-Medical Association ist zum Mitglied des „Man in Space"-Komitees der Internationalen Akademie für Astronautik in Paris gewählt worden.

Im Alter von 87 Jahren ist der Architekt und Designer **Ferdinand Kramer** in Frankfurt am Main gestorben. Der gebürtige Frankfurter arbeitete mit **Ernst May** zusammen und engagierte sich für das „Neue Frankfurt", ein Modell für würdiges Wohnen bei begrenzten finanziellen Mitteln. *Seine Entwürfe für Möbel* und Geschirr waren von der Vorliebe für einfache Formen geprägt. *Während der Zeit des Nationalso*zialismus hatte die „Reichskammer für Bildende Künste" über Kramer 1937 *ein Berufsverbot* verhängt. Der Architekt emigrierte deshalb in die USA. 1952 kehrte er auf Wunsch **Max Horkheimers** *nach* Frankfurt zurück.

Carrington zeigt Verständnis für Sorgen Ankaras

E. ANTONAROS, Ankara

Mit der Feststellung, daß der Dauerkonflikt zwischen Griechenland und der Türkei das Sorgenkind der Allianz sei, hat NATO-Generalsekretär Lord Carrington während seines ersten offiziellen Besuchs in Ankara seine feste Absicht unterstrichen, sich intensiver als bisher um eine Annäherung der beiden verfeindeten Nachbarn zu bemühen. Carrington: „Dieser Streit belastet die Verteidigungsbereitschaft des westlichen Bündnisses". Aber er *mußte sich von* der türkischen Staatsspitze sagen lassen, daß die Türken gegenüber den ihrer Meinung nach unberechenbaren Griechen keine weiteren Konzessionen machen wollen.

Lord Carrington, der von den Türken verdächtigt wird, anders als sein Vorgänger Josef Luns zu griechenfreundlich zu sein, bezeichnete die Türkei als einen „wichtigen Alliierten, *auf den wir nicht verzichten können*". Gleichzeitig stellte er fest, daß das weitgehend aus dem Zweiten Weltkrieg und den fünfziger Jahren stammende Waffenarsenal der türkischen Streitkräfte unbedingt modernisiert werden müßte.

Gerade diese Frage wird neuerdings von türkischer Seite jedem Besucher aus Westeuropa und den USA aufgetischt. Besonders von den Amerikanern erwartet Ankara eine *großzügigere* Militärhilfe als bisher so wie zusätzliche Waffenlieferungen, die vor allem die türkischen Panzerdivisionen und die weitgehend veraltete Luftwaffe auf Vordermann bringen sollen. Statt bisher 715 Millionen jährlich wünschten sich die Generäle und die Regierung Özal eine US-Militärhilfe von mindestens einer Milliarde Dollar. Diese Wünsche koppelt Ankara an die nun bevorstehende Erneuerung des türkisch-amerikanischen Verteidigungsabkommens. Der Staatssekretär im US-Außenministerium, Michael Armacost, machte am letzten Wochenende gegenüber seinen türkischen Gesprächspartnern jedoch deutlich, daß bei allem Respekt vor der Bedeutung der Türkei eine Erhöhung der US-Militärhilfe nicht möglich sei. Ebenfalls schloß er eine von Ankara gewünschte Änderung des Proporzschlüssels 7 (für Griechenland) zu 10 (für die Türkei) aus.

Ähnliche Forderungen werden in regelmäßigen Zeitabständen auch an die Adresse der Bundesregierung gerichtet. Dazu ein NATO-Botschafter: „Ihnen geht es darum, von den Amerikanern und den anderen zahlungs*kräftigen NATO-Alliierten so viel wie* möglich zu bekommen". (SAD)

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Moskau reagiert nach dem Besuch von Shultz mit Droh- und Hetzkampagnen

Parteiorgan zitiert Genscher als verständnisvollen Zeugen für sowjetische Vorschläge

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

In einem groß inszenierten Crescendo überbieten sich derzeit sowjetische Propagandisten. Journalistenfunktionäre und Amerikaspezialisten, je näher der Gipfel in Genf heranrückt, um die Moskauer Befürchtungen gegenüber den abwechselnd mal als „leichtfertig", dann wieder als „höchst gefährlich" bezeichneten Vorbereitungen Washingtons zu brandmarken.

Auch US-Staatssekretär George Shultz, der stundenlange Gespräche mit KP-Chef Gorbatschow sowie mit Außenminister Schewardnadse im Kreml führte, mußte am Schluß seiner zweitägigen Moskauer Visite erschöpft bekennen, daß es zwar ein „direktes, offenes und herzliches Gespräch" gewesen sei. Jedoch sei nichts geregelt worden. Ausdrücklich betonte er, es habe „keine Annäherung in Fragen der Rüstung" gegeben.

Während der sowjetische Parteichef Gorbatschow von den sowjetischen Medien in einer „menschlichen Dimension" hochstilisiert wird und man dem Sowjetvolk suggeriert, daß er mit seiner „Friedensinitiative" in Frankreich längst alle ersten Schritte für das Rendezvous in Genf unternommen habe, werden die USA mit „ihrem Beharren" auf der strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) als „Kriegsentfessler" denunziert.

So schreibt „Novoje Vrema": „Verzückt auf ihre militärische Stärke und ihre militärischen Muskeln starrend, verlieren sie (gemeint sind die USA) den Sinn für die Realität, für das Machbare." Es sei ein Trugschluß, die neuen sowjetischen Vorschläge als Resultat der amerikanischen Politik der Stärke anzusehen. Umsonst wolle man abwarten und sehen, ob Moskau jetzt nicht auch einen Rückzug in seiner Haltung zu SDI mache. Aber da werde man lange warten können, so das außenpolitische Organ des Kreml.

Am meisten fürchte die US-Administration, so das Blatt, daß das Programm des „Sternenkriegs" als Haupthindernis für eine Vereinbarung über gemeinsame Maßnahmen zur Verhütung des Nuklearkriegs und zur Festigung der Sicherheit und der Stabilität beim Genfer Treffen werden könnte. Diese Problematik würde man gern durch andere ersetzen, nämlich Menschenrechte, Afghanistan, Mittelamerika etc., um „den Russen nur ja nicht zu gestatten, alles *auf die Diskussion eines Problems zu* reduzieren".

Zum verständnisvollen Zeugen für die sowjetischen Vorschläge wird in diesem Zusammenhang der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher angeführt, „der in diesen Vorschlägen eine Möglichkeit von grundsätzlichen Verhandlungen sieht". Im übrigen sei es trotz intensiver amerikanischer „Gehirnwäsche" nicht gelungen, der NATO eine zutiefst negative Einstellung zu den sowjetischen Initiativen zu suggerieren. Denn die meisten NATO-Partner der USA hätten sich für eine konstruktive Antwort auf die Vorschläge der UdSSR ausgesprochen.

Zwei Wochen vor dem Gipfel hat der sowjetische Verteidigungsminister Serge Sokolow noch einmal in der „Prawda" den Standpunkt der UdSSR unmißverständlich klargelegt. Mit der Verwirklichung des „Sternenkriegsplans", der eine klare Verletzung des ABM-Vertrages sei, behaupte Washington, eine „Antwort" auf das bereits von der UdSSR geschaffene Programm der Antisatellitenwaffen zu geben. „Das ist ein ausgeklügelter und heuchlerischer Standpunkt", so Sokolow. Warnend wendet sich Sokolow an die USA: Washington begeht einen Fehler, erklärt er, denn die UdSSR wird hierauf eine adäquate Antwort zu geben wissen. „Wir werden kein amerikanisches Monopol im Weltraum zulassen, Washington wird keinen Vorsprung in diesem ‚Krieg der Sterne' erhalten."

Nicht nur Drohungen von seiten des Militärs zur Washingtoner Position hören und lesen Tag für Tag die Sowjetbürger. Auch Wissenschaftler und Ärzte melden sich permanent zu Wort. Meint der sowjetische Vorsitzende des Komitees „Ärzte der Welt für die Verhinderung eines Kernwaffenkrieges" in der „Prawda": „Der Kosmos, der seit langem den Menschen für die Erweiterung unseres Wissens um das All und durch die Möglichkeiten für die friedliche Zusammenarbeit bei seiner Erschließung lockt, darf sich nicht in eine Quelle des Todes und der Zerstörung, in eine Arena der ‚Sternenkriege' verwandeln." So darf jeder im Volk der Arbeiter und Bauern zur Vorbereitung des Gipfels in Genf beitragen.

London plant Demonstrations-Gesetz

Die Queen gibt Regierungsprogramm für 1986 bekannt / Schwerpunkt ist innere Sicherheit

WILHELM FURLER, London

Gesetzgeberische Initiativen zur Stärkung der inneren Sicherheit und zur Wahrung von Recht und Ordnung stehen im Mittelpunkt der kommenden Parlamentssaison, die von Königin Elizabeth II gestern mit der traditionellen Queen's Speech eröffnet worden ist. Während einer prunkvollen Zeremonie im House of Lords verlas die Königin in Anwesenheit beider Häuser die Rede, die von der Regierung verfaßt wurde und in der die wichtigsten gesetzgeberischen Maßnahmen und Regierungsprojekte der nächsten zwölf Monate aufgelistet sind. Die letzte britische Parlamentsperiode endete erst in der letzten Woche.

Dem Regierungsprogramm zufolge sollen die Polizeibefugnisse erweitert und die entsprechenden Gesetze verschärft werden, um die sich häufenden Straßenkrawalle Jugendlicher, Ausschreitungen auf Fußballplätzen und das sich verschärfende Problem des Drogen-Mißbrauchs unter Kontrolle zu bringen. In diesen Bereich wird auch ein neues Demonstrations-Gesetz fallen.

Zu den insgesamt 22 neuen Gesetzesvorhaben in der kommenden Parlamentssaison zählen im Wirtschaftsbereich die Privatisierung von British Gas und der Kernenergie-Wirtschaft, der Verkauf der staatlichen Flughafen-Behörde mit den beiden Londoner Großflughäfen Heathrow und Gatwick, sowie die Öffnung der Marine-Werften für privates Management und Kapital. Heftig umstritten ist die Absicht der Regierung, ein Gesetz zur Freigabe der Geschäftszeiten insbesondere an Sonntagen einzubringen.

Grundsätzlich wird die Entschlossenheit der Regierung bekräftigt, an ihrer Politik des knappen Geldes und der festen Kontrolle der Staatsausgaben zur Bekämpfung der Inflation festzuhalten. Dies werde weitere Steuererleichterungen ermöglichen. Darüber hinaus sollen die gesetzlichen Grundlagen für den Verkauf von öffentlichem Haus- und Wohnungsbesitz an private Mieter verbessert werden. Die Reformen im Gesundheits- und Sozialbereich werden fortgesetzt.

Im außenpolitischen Bereich wurde in der Queen's Speech die Entschlossenheit der Regierung bekräftigt, weiterhin ihre Aufgabe innerhalb des atlantischen Bündnisses voll zu erfüllen, internationalen Terrorismus zu bekämpfen und ungeachtet der weiteren Verbesserung der eigenen Verteidigungsgrundlage für Abrüstungsverhandlungen einzutreten. Ratifiziert wird in Kürze der EG-Beitritt von Spanien und Portugal. Einsetzen will sich London künftig noch stärker für die Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes und für eine Reform der EG-Agrarpolitik.

Gleich zu Beginn ihrer Rede hob die Königin hervor, daß sie in etwa einem Jahr als erste regierende Monarchin der Volksrepublik China einen Staatsbesuch abstatten wird. Außerdem erwähnte sie den Staatsbesuch von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in London.

Mubarak kommt Arafat und PLO weit entgegen

Erneut partieller Bruch des Vertrags von Camp David

PETER M. RANKE, Kairo

Der dreitägige Besuch von PLO-Chef Yassir Arafat mit einer umfangreichen Delegation wurde von ägyptischer Seite als Staatsvisite aufgezogen. Präsident Mubarak empfing Arafat zu ausgedehnten Gesprächen und öffentlichen Freundschaftsbekundungen in einer betont antiamerikanischen und antiisraelischen Atmosphäre. Während König Hussein vorige Woche in Amman Arafat eher kühl behandelt und von der *PLO* einen Verzicht auf Terror-Aktionen verlangt hatte, stellte sich Mubarak unmißverständlich hinter Arafat und die PLO.

Bei seinem dritten Besuch in Kairo nach der Vertreibung aus dem nordlibanesischen Tripoli durch prosyrische Palästinenser 1983 erhielt Arafat die ägyptische Zusicherung, daß nicht ohne die Arafat-PLO bei einem künftigen „Friedensprozeß" verhandelt werde. Während König Hussein sich in dieser Frage eher distanziert ausdrückte, hat Mubarak mit seiner Zusicherung die amerikanisch-israelischen Bemühungen offen durchkreuzt, direkte Verhandlungen mit Jordanien ohne die PLO herbeizuführen. Mubarak erbat sich von Arafat die Zusage, daß Terror-Akte der PLO nicht mehr außerhalb Israels und der besetzten Gebiete stattfinden sollen. Arafat antwortete laut informierter Seite lediglich, der „bewaffnete Kampf" werde fortgesetzt.

Indem der ägyptische Präsident aber den PLO-Terror in Israel und in den besetzten Gebieten billigt und nur im Ausland ablehnt, verletzt er nach Meinung politischer Beobachter den Friedensvertrag von Camp David von 1979. Mit dem Vorsitzenden des PLO-Nationalrats, Scheich Abdel Hamid Es-Sayeh erörterte Mubarak auch die besten Mittel zur „Befreiung" Jerusalems. In Artikel drei des Friedensvertrages haben sich Ägypten wie Israel verpflichtet, zu gewährleisten, „*daß von ihrem Gebiet*, von ihrer Befehlsgewalt unterstehenden Kräften oder irgendwelchen anderen in ihrem Gebiet befindlichen Kräften keinerlei Akte oder Drohungen der Kriegsführung, Feindseligkeiten oder Gewalttätigkeit gegen die Bevölkerung, die Bürger oder Sachwerte der anderen Seite ausgehen oder unternommen werden".

Mubarak kritisierte Arafat gegenüber die amerikanische Haltung, die PLO von einer Friedensregelung ausschließen zu wollen und sprach sich entschieden für eine internationale Nahost-Konferenz mit Teilnahme der PLO aus. König Hussein äußerte sich in dieser Frage zurückhaltender und gab sich jüngst vor der UNO mit dem „Schirm" einer internationalen Konferenz zufrieden. Mubarak schwenkte dagegen auf die *Linie der PLO* ein, wie es sein Berater Osama El Bas vorbereitet hatte.

Mit den Absprachen zwischen Mubarak und Arafat ist der „Friedensprozeß" nicht voranzutreiben, erklären westliche Diplomaten, vielmehr habe Mubarak eine gefährliche Frontstellung gegen die USA und Israel und zum Teil jetzt auch gegen Jordanien bezogen. Der israelische Friedensvorschlag von Ministerpräsident Peres hat nun kaum noch eine Chance. Offenbar soll dieser Affront Ägypten die Einladung zur Gipfelkonferenz in Riad Ende November sichern, welche die Saudis wegen der innerarabischen Differenzen aber verschieben wollen.

Die Stellung Arafats gilt nach dem Kairo-Besuch zwar als etwas gestärkt, wofür sich Mubarak die andauernde Feindschaft der Syrer sichert, aber jetzt sind neue Gespräche zwischen König Hussein und Arafat notwendig. (SAD)

Fall Jurtschenko ein Coup des KGB?

dpa/rtr. Washington/Moskau

Der Fall des angeblichen Überläufers Witali Jurtschenko, eines hohen KGB-Offiziers, ist nach Ansicht amerikanischer Geheimdienstexperten ein gelungener Coup des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes KGB gewesen. Die Experten erklärten, das KGB habe damit im Spionagekrieg gegenüber dem amerikanischen Geheimdienst CIA einen Teil des verlorenen Bodens wieder gutgemacht. In der Moskauer Regierungszeitung „Iswestija" wurde der Vorfall gestern entsprechend ausgeschlachtet. Das Blatt betonte dabei, daß „unsere Heimat ihre Bürger nie im Stich läßt". Allerdings blieben auch in der „Iswestija" die genauen Umstände der Flucht Jurtschenkos in die UdSSR-Botschaft in Washington im dunkeln.

Menghistu bei Ryschkow

dpa, Moskau

Der sowjetische Ministerpräsident Nikolai Ryschkow hat in Moskau den äthiopischen Staats- und Regierungschef Menghistu Haile Mariam zu einem Meinungsaustausch empfangen, in dessen Mittelpunkt offensichtlich Wirtschaftsfragen standen. Menghistu war bereits am vergangenen Donnerstag in Moskau eingetroffen, wo er mit dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow konferierte. US-Präsident Ronald Reagan, der bei seinem bevorstehenden Gipfeltreffen mit Gorbatschow auch über Regionalkonflikte sprechen will, hat in diesem Zusammenhang auch Äthiopien genannt. Die UdSSR und Äthiopien sind seit 1978 durch einen Freundschaftsvertrag verbunden.

Charles Wilson Chefredakteur der „Times"

WILHELM FURLER, London

Die Londoner Tageszeitung „Times" hat jetzt mit dem 50jährigen Charles Wilson einen neuen Chefredakteur erhalten, der nach Anlage und Herkunft eine ganz andere Journalistenpersönlichkeit ist als sein Vorgänger, dem in der vergangenen Woche verstorbenen Charles Douglas-Home. Während Douglas-Home eher zum Kreis der feinsinnig Intellektuellen aus gutem Haus zählte, ist Wilson ein journalistischer Selfmade-Mann, der sich von der Pike auf, nämlich als Redaktions-Gehilfe im Alter von 16 Jahren bei der Zeitung „Sunday People", ganz nach oben gearbeitet hat.

Seinen ersten Posten als Chefredakteur nahm Wilson 1976 bei der „Glasgower Evening Times" an. Er hatte maßgeblich Anteil an der Gründung der schottischen Sonntagszeitung „Sunday Standard", die er von Anfang 1981 bis Mitte 1982 als Chefredakteur leitete, bevor er zur „Times" kam. Die letzten eineinhalb Jahre war er einer ihrer beiden stellvertretenden Chefredakteure. Sehr häufig übernahm er für Douglas-Home während dessen langwieriger Krankheit die direkte Leitung der „Times". Ohne Zweifel hatte er einen erheblichen Einfluß auf die Neugestaltung der Zeitung nach deren Übernahme durch den australischen Verleger Rupert Murdoch, deren Auflage von 300 000 auf 500 000 stieg.

Murdoch selbst soll sich bei dem Gremium aus sechs unabhängigen Direktoren der „Times Newspapers", die einen neuen Chefredakteur zu bestimmen haben, für Wilson als Nachfolger von Douglas-Home eingesetzt haben. Die Entscheidung fiel einstimmig aus.

Nach einem Bilderbuchstart und einem außerordentlich erfolgreichen Versuchsprogramm ist gestern die einwöchige Weltraummission Deutschland 1 (D-1) planmäßig zu Ende gegangen. Zwar wird es noch mindestens ein Jahr dauern, bis alle Experimente, die an Bord vorgenommen wurden, ausgewertet sind, doch kann man schon jetzt ein erstes Resümee des Millionen-Projektes ziehen.

Erfolgreiche Reise ins Weltall – aber Nachholbedarf am Boden

Von ANATOL JOHANSEN

Das deutsche Weltraumoperationszentrum ESOC (German Space Operation Center) der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) hat sein großes Debüt hervorragend hinter sich gebracht: Glückwünsche aus Houston und aus der Raumfähre Challenger selbst, von Franz Josef Strauß und Forschungsminister Riesenhuber bestätigten die gute Arbeit, die man am Boden geleistet hat. Immerhin war es das erste Mal, daß die wissenschaftliche Leitung eines bemannten Raumflugunternehmens in der Bundesrepublik lag. Die DFVLR selbst war ganz verblüfft über das enorme Echo des Unternehmens in der deutschen Öffentlichkeit. Ganze Stöße von Post gingen bei der Projektleitung in Oberpfaffenhofen ein.

Das Weltraumlabor hat gut funktioniert

Allerdings gab es in der Flugkontrolle auch einige unzufriedene Gesichter. Die Vertreter der beteiligten Industrie blickten finster drein. Doch nicht etwa, weil ihre Produkte im Weltraum versagt *hätten*. Nein, weil alles so gut funktionierte und niemand darüber ein Wort verlor, war man unglücklich: Bei MBB/Erno, der Firma, die das Spacelab im Auftrag der Europäischen Weltraumorganisation ESA gebaut hatte, war man ebenso unzufrieden wie bei Dornier, die das tadellos arbeitende Lebenserhaltungssystem geliefert *hatte*, das die Astronauten unter anderem klaglos mit Atemluft und der richtigen Temperatur versorgte.

Die deutschen Wissenschaftsastronauten Reinhard Furrer und Bernd Messerschmid sowie ihr niederländischer Kollege Wubbo Ockels, die bis zum Mittwoch abend von Weltraumsüchtigen in aller Welt ob ihres hohen Standplatzes beneidet wurden, können derweil kaum mehr als Neid-Objekte in Betracht kommen. Sie befinden sich jetzt in den Klauen der Weltraummediziner, die sie acht Stunden pro Tag und länger durch alle nur denkbaren Untersuchungen jagen. Das reicht vom Einspritzen radioaktiver Isotopen über Blutentnahmen und dem Einblasen warmen und kalten Wassers in die Ohren bis hin zu lang anhaltenden Untersuchungen des Gleichgewichtsorgans. Sie müssen jetzt ausdauernd Weltraumversuchskaninchen spielen, wobei sich auch noch konkurrierende Medizinergruppen aus den Vereinigten Staaten und Europa ihrer Dienste bedienen. Erst um den 20. November herum, so wurde in Oberpfaffenhofen mitgeteilt, werden sie die Heimat wiedersehen. Danach allerdings können sie sich feiern lassen. Eine offizielle Goodwill-Tour durch Westeuropa steht schon fest auf ihrem Programm.

Inzwischen versucht man sich darauf zu besinnen, was der erste deutsche Spacelab-Flug an wichtigen Informationen und Resultaten gebracht hat. Allerdings teilte Professor Peter R. Sahm von der Technischen Hochschule Aachen, der wissenschaftliche Leiter der D-1-Mission, zur Landung mit, daß die Resultate noch zwischen vier Wochen und einem Jahr auf sich warten lassen werden.

Endgültige Ergebnisse erst in einem Jahr

Für August 1986 sei ein erstes großes Treffen der Experimentatoren der D-1-Mission auf Norderney angesetzt, bei dem die bis dahin vorliegenden Ergebnisse mitgeteilt werden sollen. Doch zeigt sich jetzt schon, daß auf den Gebieten der Werkstofforschung und der Biowissenschaften wichtige neue Erkenntnisse für die Metallurgie, die Elektronikindustrie, sowie für Biologie und Pharmazie gewonnen werden konnten.

Immerhin war die Bundesrepublik mit dem geballten Sachverstand ihrer *Universitäten und Technischen* Hochschulen an den Weltraumstart gegangen. Unter anderem waren die Universitäten in Aachen, Berlin, *Bonn, Frankfurt*, Freiburg, Stuttgart, Clausthal und Erlangen-Nürnberg vertreten. Daneben die Max-Planck-Gesellschaft, das Battelle-Institut *und auch die DFVLR selbst mit* einer Reihe von Experimenten, sowie ferner eine Reihe ausländischer Experimentatoren. Nur die deutsche Industrie war beim D-1-Unternehmen nicht allzu stark repräsentiert. Die mehr als 70 Experimente umfassende Liste der Mission weist nur die Firmen MAN, Krupp und Wasserchemie *auf. Und selbst die drei von diesen* Gesellschaften beigesteuerten Versuche sind zum weitaus überwiegenden Teil vom Bundesforschungsministe*rium bezahlt* worden.

Die Industrie überschätzt also die Möglichkeiten, in der Raumfahrt Gewinn zu machen, bislang gewiß nicht. Sie sieht allerdings auch, daß bei der bemannten Raumfahrt für die Experimente so hohe Sicherheitsauflagen von der NASA gemacht werden, daß derartige Versuche ein Vielfaches dessen kosten, was für ähnliche Experimente am Erdboden auszugeben wäre.

Hier liegt also trotz des großen neuen Weltraumerfolges die Crux. Einmal muß die Industrie mehr als bisher bei den Weltraumversuchen beteiligt werden, wenn man die Raumfahrt auf deutscher Seite nicht der reinen Wissenschafts- und Grundlagenforschung als Spielwiese überlassen will. *Zum anderen aber muß* auch dafür Sorge getragen werden, daß die neuen Erkenntnisse, die man ohne Zweifel gewinnt, auch nutzbar *gemacht* werden.

Umsetzung der Ergebnisse wird noch nicht beherrscht

Gerade die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in praktisch verwertbare Resultate beherrscht man in der Bundesrepublik – im Gegensatz zu Japan und den USA – bislang kaum. Und die oft gehörte Klage der Forscher, daß man nicht von der reinen Wissenschaft immer gleich marktreife Produkte verlangen darf, wird dann zur Ausrede, *wenn man in den wenigen Fällen, wo* ein solcher praktischer Nutzen zu erwarten und Durchbrüche zu erzielen sind, nicht fertig wird.

Das ist allerdings bisher schon geschehen. Bleibt zu hoffen, daß man die Fehler der Vergangenheit jetzt mit den D-1-Resultaten nicht wiederholt. Immerhin hat die Bundesrepublik seit 1962 mehr als 10 Milliarden Mark für ihre Raumfahrtaktivitäten ausgeben. Und wenn sich die Möglichkeit bietet, wie sich das schon nach dem ersten Spacelab-Flug mit Ulf Merbold 1983 abzeichnete, mit Weltraumerkenntnissen in der Elektronikindustrie oder der Pharmazie weiterzukommen, dann muß man nachstoßen. Denn sonst liegt in einigen Jahren wieder die Konkurrenz vorn.

Reinhard Furrer zeigt die Apparatur für Wachstumsversuche in der Schwerelosigkeit FOTO: AP

Raumfahrt-Diskussion

Die „jugendliche" Begeisterung, der latente Stolz des „Wir sind doch wer – jetzt endlich auch im Weltraum" – dazu die beeindruckenden Computerdarstellungen und die immer noch faszinierenden Bilder vom Menschen im All gaben Joachim Bublaths Bericht von der **„Eroberung des Weltraums"** (ZDF vom 5.11.) Aktualität und Pep. Die deutschen *Astronauten von* Spacelab D-1 erledigten ihre wissenschaftlichen Experimente mit Pioniergeist und Akribie. Einmal mehr wurde dem *Zuschauer mit Hilfe des Moderators* bewußt, welch einzigartige Laborbedingungen – Hochvakuum, Gewichtslosigkeit, Gesamt*sicht auf die Erde – der Weltraum* bietet. Das Orbital-Labor als Geburtsstätte neuer und nützlicher Technologien? Schnell wird das alles relativiert. Die Sowjets, so wurden wir beiläufig erinnert, betreiben Raumstationen seit zehn Jahren – ohne spektakuläre Resultate für Wissenschaft und Forschung. Die Amerikaner ihrerseits wahren rigoros ihre erworbenen Vorteile, nehmen viel Geld und geben dafür wenig (Start und Landung). Die menschliche (deutsche) Fracht darf experimentieren. Lohnt sich das? In der anschließenden Diskussion zeigten sich die Gräben zwischen den Nahsichtigen, die Raumfahrt nur befürworten, wenn sie sofort konkreten Nutzen bringt, und den Weitblickenden, die dem Menschen das Recht zugestehen, für die Befriedigung der Neugier und für die Erweiterung des Horizonts viel Geld auszugeben. Raumfahrt ist, bemannt und unbemannt, immer auch Grundlagenforschung.

K. B.

Im Gefolge der Industrialisierung

Zigarettenrauch und Schadstoffe am Arbeitsplatz erhöhen das Risiko für Blasenkrebs

Von K. MÜLLER-CHRIST

Raucher tragen nicht nur ein höheres Risiko, an Lungenkrebs zu erkranken, als Nichtraucher, sondern bekommen auch etwa viermal so häufig Blasenkrebs. Die krebserzeugenden Stoffe des Zigaret*tenrauches werden zwar zum* Teil wieder ausgeatmet, ein großer Prozentsatz gelangt aber mit dem Urin in die Blase, wirkt auf die Schleimhaut *ein und kann Tumore auslösen*. Dies berichtete jetzt Professor Georg Dhom (Homburg/Saar) auf der Jahrestagung der Deutschen Gesell*schaft für Urologie in Mainz*.

Über die bösartigen Tumore der Harnblase aber wird kaum gesprochen, obwohl sie wesentlich häufiger sind, als allgemein angenommen wird. Beim Männern steht der Blasentumor an 5. Stelle der Krebskrankheiten. Damit ist er fast so häufig wie der *Magenkrebs. Bei* Frauen tritt er zwar seltener auf, doch steht er bei ihnen schon an 9. Stelle.

Neben dem Zigarettenrauch werden noch einige andere Schadsubstanzen, die vor allem in der Arbeitswelt auftreten können, für den Blasenkrebs verantwortlich gemacht. Der „Anilinkrebs", bereits 1895 in Ludwigshafen beschrieben, ist ein geradezu klassisches Beispiel für einen berufsbedingten Blasenkrebs. Heute spielt diese Krankheit allerdings keine Rolle mehr.

Strenge Vorschriften an den Arbeitsplätzen

Wer lange Jahre beruflich bestimmten krebserzeugenden Stoffen während der Arbeit ausgesetzt war oder ist, muß mit der bösartigen Erkrankung rechnen. Allerdings ist das Risiko gering und zudem im Einzelfall nur schwer abzuschätzen. Außerdem achten die Berufsgenossenschaften sehr darauf, daß von den Unternehmen alle Maßnahmen zur Reduzierung des Risikos ergriffen werden. In der Vergangenheit waren auch Kaffee und Süßstoff in Verdacht geraten, Blasenkrebs hervorzurufen. Diese von den Massenmedien aufgegriffene und verbreitete Behauptung hat sich trotz intensiver Untersuchungen, so Professor Dhom, glücklicherweise nicht bestätigt.

Der Blasenkrebs ist eine typische *Krankheit des mittleren und höheren* Alters. Insbesondere tritt er zwischen dem 65. und 75. Lebensjahr auf; vor dem 50. Lebensjahr ist er außerordentlich *selten*. Männer sind etwa dreimal so häufig betroffen wie Frauen. Mit steigendem Lebensalter wird der Tumor aber auch bösartiger. *Charakteristisch ist schließlich noch*, wie Professor Ernst Zingg (Bern) darlegte, ein multifokales Wachstum, d. h. er kann von verschiedenen Stellen in der *Harnblase ausgehen*. Überdies kommt es nach einer Behandlung in etwa Zweidritteln aller Fälle zu einem Rückschlag, d. h. zu einem erneuten bösartigen Wachstum.

Welche Therapie der Urologe einem Patienten mit Blasenkrebs empfiehlt, hängt ganz entscheidend von der Art der Erkrankung und vom Zeitpunkt der Diagnose ab. Wachsen die Karzinome noch an der Oberfläche, dann lassen sich die Geschwulste verhältnismäßig leicht entfernen. Allerdings muß die Blase über eine längere Zeit mit sogenannten Zytostatika – Medikamenten, die das Zellwachstum hemmen – behandelt werden, um Rückfälle zu vermeiden. In Betracht gezogen wird neuerdings auch eine Immuntherapie mit einem Tuberkulose-Impfstoff oder mit Interferonen. Bei den oberflächlich wachsenden Blasentumoren sind die therapeutischen Aussichten heute weitaus besser als noch vor einer Generation.

Ist der Tumor bereits tief in der Blasenwand verankert oder haben sich mehrere bösartige Knoten gebildet, dann muß die Blase entfernt werden. Dieser radikale Eingriff hat schwerwiegende Folgen für den Patienten. So muß der Urologe für eine Ableitung des Harns in den Darm oder durch die Haut in einen Beutel sorgen. Zum anderen wird der Geschlechtsverkehr unmöglich.

Operationsfolgen wurden verringert

Diese Nachteile lassen sich durch neuere operative Techniken vermeiden. So ersetzt man heute die Blase durch Darmabschnitte und sorgt für ihre natürliche Entleerung. Durch Schonung der Nerven und Gefäße im kleinen Becken bemüht man sich, die männliche Potenz zu erhalten. Zytostatika können überdies den „Krebsherd" verkleinern, wenn sie vor der Operation verabreicht werden. Nach dem chirurgischen Eingriff verhindern sie Fernmetastasen. Durch diese therapeutischen Möglichkeiten haben sich in den letzten Jahren die Langzeitergebnisse deutlich verbessert.

Der größte therapeutische Fortschritt aber ist in der künstlichen Blase aus Darmteilen *zu* sehen. Sie besitzt ein Ventil, das ebenfalls aus Darm konstruiert ist, so daß der Patient alle 4 bis 5 Stunden seine Blase selbst entleeren kann. In der Zwischenzeit ist er trocken und benötigt keinen speziellen Klebebeutel zum Auffangen des Urins. Die Mainzer Urologische Universitätsklinik ist noch einen Schritt weiter gegangen und hat die Kunstblase an die oftmals noch intakte Harnröhre angeschlossen. Von besonderer Bedeutung könnte aber, so Professor Hohenfellner, die Kombinaton einer aus Darm entwickelten Kunstblase mit einem künstlichen Schließmuskel sein.

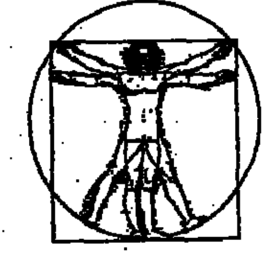
NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

RTL-Umwelttelefon

Luxemburg (AP) – Bürger, die ihren Unmut über die Zerstörung der Umwelt loswerden wollen, können seit Mittwoch ein „Umwelttelefon" benutzen. Wie Radio Luxemburg am Mittwoch in Luxemburg mitteilte, hat das deutsche Programm des Senders ein Umwelttelefon eingerichtet, über das die Hörer „ihre Sorgen und Ängste, ihre Beobachtungen und Beschwerden, ihre Tips und Erfahrungen" zu Themen des Umweltschutzes weitergeben können. Die Gespräche würden auf Tonband aufgezeichnet und in die Sendungen von Radio Luxemburg eingebaut. Anregungen würden auch an die zuständigen Umweltschutzorganisationen weitergeleitet. Das Umwelttelefon ist über die Düsseldorfer Telefonnummer 0211/570111 rund um die Uhr zu erreichen.

Otto-Bayer-Preis

Köln (dpa) – Drei Professoren des Kölner Max-Planck-Instituts für Züchtungsforschung sind mit dem diesjährigen Otto-Bayer-Preis ausgezeichnet worden. Der Vorsitzende der Stiftung und Aufsichtsratsvorsitzende der Bayer AG, Prof. Herbert Grünewald, überreichte den mit 75 000 DM dotierten Preis an die Wissenschaftler Jozef St.



Schell, Heinz Saedler und Klaus Hahlbrock. Sie erhielten ihn für „grundlegende und richtungsweisende Forschungen auf dem Gebiet der pflanzlichen Molekularbiologie und Biochemie".

Tumormarker-Kongreß

Münster (DW.) – Zu einem Symposium über Tumormarker kommen am 29. und 30. November in Münster 350 Wissenschaftler aus der ganzen Bundesrepublik zusammen. Tumormarker sind Substanzen, die – an Krebszellen gebunden – im Blut nachweisbar sind und die Zellen „markieren". Sie können für die Diagnostik und die Beobachtung des Verlaufs bösartiger Tumore eingesetzt werden.

Bilharziose-Mittel

Leverkusen (Kü.) – Der Preis für das Medikament „Biltricide®", mit dem die Tropenkrankheit Bilharziose schnell und erfolgreich bekämpft werden kann, ist jetzt von den Herstellern (Bayer AG, Merck) um ein Viertel gesenkt worden. Damit verbessern sich die Aussichten, den etwa 200 Millionen Menschen in der *Dritten Welt, die von dieser durch* Parasiten verursachten Krankheit betroffen sind, zu helfen. Da der Wirkstoff nicht vor einer Neuinfektion schützt, müssen die Patienten das Medikament immer wieder einnehmen, so daß den betroffenen Ländern hohe Kosten entstehen.

FUSSBALL / Drei Stürmer im Blickpunkt: Beurlaubt, verletzt und unzufrieden mit dem Verein

Die Ängste des Wolfram Wuttke beim Training

dpa, **Hamburg**

Weit vor Trainingsbeginn, wie es sich für einen Fußball-Profi gehört, erscheint Wolfram Wuttke jeden Tag auf dem Trainingsgelände des Hamburger SV in Norderstedt. Gewissenhaft versucht er, die Anweisungen von Trainer Ernst Happel umzusetzen, und hin und wieder bleibt sogar Zeit für einen Flachs mit Kollegen. Nach dem Training wünscht Wolfram Wuttke Chef Happel höflich einen „guten Weg". Nichts, so scheint es, hat sich im Alltag des früheren Schalkers geändert, seit HSV-Präsident Wolfgang Klein ihm vor fünf Wochen eröffnete: „Sie werden nie wieder für diesen Klub spielen. Der Trainer will es so."

Doch der Eindruck täuscht natürlich. Denn nur mühsam überspielt der derzeit teuerste Arbeitslose der Bundesliga, der allerdings noch bis zum 30. Juni 1986 auf der Gehaltsliste des HSV steht, wie tief ihn die Suspendierung getroffen hat und vor allem, daß sich noch immer kein Interessent aus der Bundesliga gemeldet hat. „Der Wolfram ist merklich stiller geworden", sagt Torwart Stein. Wuttke selbst sagt: „Ich beschäftige mich nicht mehr mit dem HSV. Wichtig ist allein, daß ich mich fit halte."

Die Vereine, die sich nach dem einst von HSV-Manager Günter Netzer zum größten Talent des deutschen Fußballs erklärten Stürmer die Finger lecken, gibt es aber offenbar nicht. 700 000 Mark Ablösesumme mag keiner für den gerade 24 Jahre alten Stürmer zahlen. Und mit jedem Tag sinkt sein Marktwert weiter. Den Schuldigen hat Wuttke längst ausgemacht: „Wo der HSV mich so schlecht gemacht hat..."

Bei solchen Perspektiven könnten sogar einen jungen Mann, der bisher 300 000 Mark im Jahr verdiente, Zukunftsängste beschleichen. Wolfram Wuttke verdrängt sie: „Dafür sehe ich überhaupt keinen Anlaß. Ich habe zwei Offerten aus dem Ausland. Vielleicht unterschreibe ich schon nächste Woche einen Vertrag." Diejenigen, die Wuttke kennen, ahnen: Es ist das verzweifelte Ablenkungsmanöver eines Mannes, der Angst hat, endgültig als einer zu gelten, den keiner mehr haben will.

Wolfgang Schäfer und das Ende des Glücksgefühls: „Ich will hier weg"

BERND WEBER, Uerdingen

Es war am 26. Mai im Berliner Olympiastadion beim Pokalfinale Bayer 05 Uerdingen gegen Bayern München: Wolfgang Schäfer (26), schoß für die Uerdinger den 2:1-Siegtreffer gegen den vermeintlich übermächtigen Favoriten und wurde anschließend von den Fans und von den Mitspielern als der große Pokalheld gefeiert. Der Torschütze war so berauscht von seinem Glücksgefühl, daß er den Pokal nachts mit ins Bett schleppte. „Bayer Uerdingen", so sagte Schäfer damals, „ist für mich mehr als nur der momentane Arbeitgeber. Es ist der Klub, an dem mein Herz hängt."

Davon ist knapp fünf Monate später nichts mehr übriggeblieben. Gestern nachmittag setzte sich der Torjäger mit seinem Vereinspräsidenten Arno Eschler zusammen und forderte noch einmal: „Ich will sofort raus aus meinem Vertrag. Mit Bayer bin ich fertig." Als Eschler das strikt ablehnte, antwortete Schäfer: „An bestehende Abmachungen muß ich mich natürlich halten, aber wenn mein Kontrakt am 30. Juni 1986 ausläuft, hält mich hier nichts mehr."

Im Klartext: Die Scheidung zwischen Uerdingens bestem Stürmer (letzte Saison schoß er 15 Tore) und seinem Arbeitgeber scheint beschlossene Sache. Die Enttäuschung darüber ist auf beiden Seiten groß. Eschler und seine Vorstandskollegen sind verärgert, weil Schäfer ausgerechnet einen Tag vor dem Europacup-Spiel bei Galatasaray Istanbul, in dem sich Uerdingen durch ein 1:1 für das Viertelfinale qualifiziert hatte, mit seiner Behauptung an die Öffentlichkeit gegangen war, er habe Angebote vom 1. FC Kaiserslautern, vom 1. FC Köln und auch von Galatasaray vorliegen. Eschler: „Damit hätte er eine solche Unruhe in die Mannschaft bringen können, daß der Erfolg in Istanbul ernsthaft hätte gefährdet werden können. Allerdings gehe ich davon aus, daß dies nicht in der Absicht Schäfers lag. Ich glaube eher, daß er von anderer Seite provoziert worden ist." Wen er meinte, ließ Eschler nur verklausuliert anklingen: „Wir alle wissen doch, daß Schäfer von Spielerberater Holger Klemme beeinflußt wird. Mehr möchte ich dazu nicht von mir geben."

Der Stürmer selbst stellt die Dinge anders dar. Zur WELT sagte er: „Ich habe bereits am 16. Oktober um meine sofortige Freigabe nachgesucht. Der Vorstand hat mich seinerzeit darum gebeten still zu halten. Aber offensichtlich hat auf der anderen Seite irgend jemand den Mund nicht halten können, und als ich jetzt in Istanbul von Journalisten darauf angesprochen wurde, habe ich bestätigt, daß ich sofort weg will. Diplomatie war noch nie meine größte Stärke."

Inzwischen wurden in Uerdingen Meldungen lanciert, denen zufolge auch die Mannschaftskollegen von Schäfer tief enttäuscht seien. Zitat Mathias Herget: „Wenn er gehen will, dann soll er es sofort tun, denn Bayer braucht keine Spieler, die nur mit halbem Herzen bei der Sache sind." Gestern freilich hatte Kapitän Herget eine Aussprache mit dem Kollegen. Schäfer: „Herget hat mir versichert, daß es keine Spannungen zwischen den Kollegen und mir gebe. Er hat erklärt, daß ich selbst über meine Zukunft entscheiden muß."

Die aber, da will der Torjäger ganz hart bleiben, plant er ohne Bayer Uerdingen. Begründung: „Ich fühle mich, gemessen an dem, was andere hier verdienen, absolut unterbezahlt. Zudem muß ich dem Vereinsmanager Reinhard Roder vorwerfen, daß er mir eindeutig gemachte Zusagen nicht eingehalten hat. Denn nach meiner sehr guten vergangenen Saison hat er mir versprochen, daß meine Bezüge auf den allgemeinen Standard angehoben würden. Davon will nun keiner mehr was wissen."

Auch in anderer Hinsicht fühlt sich Schäfer schlecht behandelt. Als er im Sommer nach einer Achillessehnen-Operation mehrere Wochen im Krankenhaus lag, habe sich außer Trainer Karl-Heinz Feldkamp niemand um ihn gekümmert. „Weg von Uerdingen", so lautet also die Formel des Stürmers, der bei bei den Fans nach wie vor zu den großen Publikumslieblingen gehört. Eschler behauptet, ihn rege das Thema nicht allzu sehr auf. Denn: „Bis jetzt hat sich weder Köln noch Kaiserslautern bei mir gemeldet. Galatasaray Istanbul hat sogar jegliches Interesse eindeutig dementiert."

Verletzter Rudi Völler wird langsam nervös

dpa, **Bremen**

Rudi Völler kribbelt es in den Füßen, doch eine schmerzhafte Knöchelverletzung verhindert noch immer die Arbeitsaufnahme. Zum Toreschießen wird der Nationalstürmer von Werder Bremen auch am Samstag im Bundesliga-Heimspiel gegen Pokalsieger Bayer Uerdingen nicht kommen.

„Es hat noch keinen Zweck. Ich verspüre beim Antritt Schmerzen und gehe erst wieder auf den Platz, wenn ich eine hundertprozentige Leistung bringen kann", kündigte Rudi Völler gestern an.

„Für mich ist das auch eine völlig neue Situation. So lange war ich noch nie verletzt", stöhnte der Bremer Angriffsführer, der am 28. September durch einen Tritt des Bochumers Benatelli außer Gefecht gesetzt wurde. Mit Massagen, Salben und Umschlägen versuchte Völler, der in dieser Saison bereits acht Treffer erzielte, die Verletzung schnell auszukurieren – doch vergebens.

Bei Trainer Otto Rehhagel, der sehnsüchtig auf die Rückkehr seines Torjägers wartet („ohne ihn sind wir ein Orchester ohne ersten Geiger"), kann Rudi Völler nur Lauftraining absolvieren. „Das geht mir langsam auf die Nerven, da ich nicht der lauffreudigste Spieler bin", gestand der Nationalspieler.

Völler möchte seiner Werder-Mannschaft in den schweren Bundesliga-Spielen bei Borussia Mönchengladbach und bei Meister Bayern München am 20. und 23. November wieder zur Verfügung stehen.

SCHACH / Garri Kasparow verlor die 22. Partie

Ungestüme Angriffe – bis zur Niederlage

LUDEK PACHMANN, **Bonn**

Die letzte Phase des Titelkampfes um die Schach-Weltmeisterschaft in Moskau wird doch noch dramatisch. Anatoli Karpow gewann die 22. Partie, er liegt jetzt nur noch 10,5:11,5 zurück. In den beiden noch ausstehenden Spielen (heute und Samstag) könnte Karpow seinen Titel verteidigen, selbst wenn er nur einmal gewinnt und einmal Unentschieden spielt. Garri Kasparow aber braucht als Herausforderer einen Vorsprung von 0,5 Punkten.

Kasparow wurde in der 22. Partie für seine falsche Taktik bestraft. Er wollte ungestüm einen weiteren, alles entscheidenden Sieg anstatt sich mit einem Remis zufriedenzugeben. Er spielte auf Angriff und mußte gestern früh nach dem Abbruch am Dienstagabend aufgeben.

Die Notation (Weiß Karpow, Damengambit): **1.d4 d5, 2.c4 e6, 3.Sc3 Le7, 4.cxd5...**

Diese Abtauschvariante wurde in der Schlußphase des Titelkampfes nun schon in drei Partien hintereinander gespielt.

4. ... exd5, 5.Lf4 Sf6, 6.e3 0-0, 7.Sf3 Lf5(!?),

In dieser Position ist das meines Wissens nach neu. Nach 8.Db3 will Schwarz mit Sc6 fortsetzen – dann geht 9.Dxb7 natürlich nicht wegen Sb4.

8.h3(!) c6, 9.g4(!) Lg6(?),

Hier ist der Rückzug auf e6 viel solider. Nach Le6 10.Ld3 c5, 11.Kf1 Sc6, 12.Kg2 Tc8 wird mit Zugumstellung eine Position der 30. Partie des Wettkampfes Kortschnoi – Karpow in Meran 1981 erreicht, in der Schwarz das Spiel ausgleichen konnte.

10.Se5 Sfd7,

Dieser unnatürliche Zug ist erzwungen, es drohte stark h4!.

11.Sxg6 fxg6,

Normalerweise ist das Schlagen mit dem h-Bauern günstiger. Hier könnte es jedoch wegen 12.Dc2 nebst 0-0-0 und Vorbereitung des Vormarsches h3-h4-h5 sehr gefährlich sein.

12.Lg2 Sb6, 13.0-0 Kh8(!?),

Der Sinn dieses Zuges ist nicht klar, denn auf h8 wird der König keineswegs besser stehen als auf g8.

14.Se2 g5, 15.Lg3 Ld6, 16.Dd3 Sa6, 17.b3 De7, 18.Lxd6 Dxd6, 19.f4(!)...

Karpow entschließt sich zu dieser Fortsetzung des Angriffs, obwohl Kasparow nun Gegenspiel auf der e-Linie bekommt.

19. ... gxf4, 20.exf4 Tae8, 21.f5 Sc7, 22.Tf2 Sd7, 23.g5(!)...

Der Weltmeister setzt wirklich alles auf eine Karte, er spielt konsequent auf Angriff. Kasparow erzwingt jetzt zwar den Damentausch, aber seine Probleme bleiben, da Karpow die spürbare Raumüberlegenheit behält.

23. ... De7, 24.h4 De3, 25.Td1 Sb5(!?),

Der Herausforderer entschließt sich zu einem aktiven Gegenspiel. Aber die Verteidigung mit 25. ... Dxd3, 26.Txd3 Te7 hätte ihm eine Stellung gesichert, die leichter zu verteidigen gewesen wäre.

26.Dxe3 Txe3, 27.Kh2 Sb6, 28.Sg3 Sc8, 29.Sf1 Te7, 30.Td3 Scd6, 31.Sg3 Se4(!?),

Vielleicht hat Kasparow dabei den 34. Zug seines Gegners übersehen und glaubt, nun doch noch auf Gewinn spielen zu können.

32.Lxe4 dxe4, 33.Te3 Sxd4, 34.Kh3 Te5(??),

Ein grober Fehler, vielleicht nur mit Zeitnot zu erklären. Das nun erzwungene Turm-Endspiel ist für Schwarz glatt verloren. Richtig wäre 35. ... Tfe8. Zum Beispiel: 36.Tf4 Sc2, 37.Texe4 Txe4, 38.Txe4 Txe4, 39.Sxe4 Sb4. Weiß stünde auch dabei dank seines aktiveren Königs besser, aber bei exakter Verteidigung wäre für Schwarz noch ein Remis möglich gewesen.

35.Kg4 h5+, 36.Kxh5(!) Sxf5, 37.Txf5 Tfxf5, 38.Sxf5 Txf5, 39.Txe4 Kh7,

Es droht 40.Kg6!

40.Te7 b5,

Falls nämlich 40. ... Tb5, so entscheidet a4!. Der schwarze Turm darf die fünfte Reihe nicht verlassen: Txb3?, 42.g6+ Kg8, 43.Te8 matt. Das von Schwarz herausgeforderte Eindringen des weißen Königs auf h5 hat sich als äußerst stark erwiesen.

41.Txa7 b4.

Hier wurde die Partie abgebrochen und von Kasparow gestern aufgegeben. Nach 42.Kg4 nebst 43.h5 ist die schwarze Stellung nicht mehr zu halten.

NACHRICHTEN

Abstimmung abgelehnt

Hannover (sid) – Vier Tage nach der 1:5-Niederlage in Waldhof Mannheim hat Werner Biskup (43), Trainer des Bundesliga-Aufsteigers Hannover 96, seiner Mannschaft die Vertrauensfrage gestellt. Die Spieler, verärgert über die öffentliche Kritik ihres Trainers, lehnten jedoch eine Abstimmung ab. Jetzt soll das Präsidium des Fußball-Klubs entscheiden.

Kacharvich in Mannheim

Mannheim (sid) – Der Kanadier Doug Kacharvich (35) wird bis zum Saisonende das Training des deutschen Eishockey-Vizemeisters ERC Mannheim übernehmen. Kacharvich, seit Saisonbeginn Jugendtrainer in Mannheim, ist Nachfolger von Wilbert Duszenko (35), der wegen mangelnden Konzeptes und fehlender Autorität vorzeitig beurlaubt worden war.

Europa-Auswahl siegte

Seoul (sid) – Die Europa-Auswahl gewann erstmals den Weltcup der Amateurboxer. Beim Weltcup-Turnier in Seoul gewann die von „DDR"-Cheftrainer Günter Debert betreute Auswahl mit Boxern aus der UdSSR, der „DDR" und Jugoslawien insgesamt sechs Gold-, zwei Silber- und vier Bronzemedaillen. Seit Einführung des Weltcups 1979 hatten stets die USA die Trophäe gewonnen. Dabei bildeten sie 1981 und 1983 mit kubanischen Boxern eine gemeinsame Mannschaft.

Krüll erhielt Kündigung

Villingen-Schwenningen (dpa) – Der Eishockey-Bundesligaverein ERC Schwenningen hat seinem Verteidiger Harald Krüll (28) fristlos gekündigt. Krüll, 40maliger Nationalspieler, fehlte mehrfach beim Training, blieb zuletzt unentschuldigt dem Auswärtsspiel in Kaufbeuren fern und hatte ständig Meinungsverschiedenheiten mit Trainer Billy Flynn.

Gute Voraussetzungen

Neu-Delhi (dpa) – Die indische Hauptstadt Neu-Delhi verfügt über alle Voraussetzungen, um 1992 die Olympischen Spiele ausrichten zu können. Diesen Eindruck gewann eine Expertengruppe des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), die alle Bewerberstädte für die Olympischen Sommerspiele 1992 besucht.

K.o.-Sieg von McDonnell

Wembley (sid) – Als dritter Engländer innerhalb von zwei Wochen gewann der Box-Profi Jim McDonnell einen Titel als Europameister. Im Federgewichtskampf gegen den Spanier Jose Luis Vicho siegte McDonnell in der vierten Runde durch K.o.

TENNIS

Becker: „Na, endlich ..."

sid/dpa, **Hertogenbosch**

Der Ausdruck des Triumphes hielt sich bei Boris Becker in Grenzen. „Na, endlich", sagte der Wimbledonsieger nach seinem ersten Erfolg im vierten Spiel gegen Ivan Lendl, der Nummer eins der Weltrangliste. In 101 Minuten gewann Becker den zweiten Schaukampf dieser Woche in Hertogenbosch (Niederlande) vor 3200 Zuschauern mit 2:6, 6:3, 6:2. Am Montag hatte er in Berlin 6:2, 4:6, 4:6 verloren, heute treffen beide in Düsseldorf noch einmal aufeinander.

„Schaukampf hin, Schaukampf her, das war ganz wichtig", sagte Trainer Günter Bosch, „man kann sich schließlich auch ans Verlieren gewöhnen. Psychologisch bringt das Boris ein Stück voran." Der besiegte Ivan Lendl bestritt die Annahme, er habe das Spiel nicht allzu wichtig genommen: „Ich habe schließlich einen Namen zu verlieren, und das gilt wohl auch für Boris. Außerdem kann man sich nicht erlauben, zu verlieren. Denn sonst glauben die jungen Burschen auch bei richtigen Turnieren an ihre Siegchance."

In der viel zu engen Halle, in der die Zuschauer nur wenige Meter hinter der Grundlinie (von keinem Netz geschützt) saßen, spielten beide gehemmt. Becker: „Wir kamen uns vor wie in einem Käfig." Bosch: „Die beiden hatten richtig Angst, hart aufzuschlagen. Sie mußten ja die Leute schützen." Becker schien davon weniger beeindruckt als Lendl und nahm das Spiel wesentlich ernster als sein Gegner. Die Zeitung „Volkskrant" mäkelte schon in ihrer Überschrift zum Spielbericht: „Geld – wichtigste Triebfeder für Tennis-Stars."

TURNEN

Sowjetunion führt klar

sid/dpa, **Montreal**

Die sowjetischen Turnerinnen mußten bei der Weltmeisterschaft in Montreal zittern, sie werden aber ihren Titel vor Rumänien und der „DDR" verteidigen. Die junge, noch unerfahrene Riege aus der Bundesrepublik Deutschland hat erreicht, was erhofft wurde: Sie turnt heute zusammen mit Kanada, Japan und Südkorea in einer Gruppe um die Plätze neun bis zwölf. Das ist das Fazit nach der Pflicht im Mannschafts-Wettbewerb.

Stürze am Barren (Europameisterin Schuschunowa und Weltmeisterin Yurtschenko) und am Schwebebalken (Kolesnikowa) sorgten für Nervosität in der sowjetischen Riege, von der die Rumäninnen beinahe profitiert hätten. Daß sie nach der Pflicht mit 195,900 Punkten doch noch deutlich vor Rumänien (193,450) liegt, hat seine Gründe in großartigen Leistungen am Balken. Trotz des einen Sturzes holten die sowjetischen Turnerinnen hier 49,725 von 50 möglichen Punkten. Olga Mestopowa, die in der Einzelwertung mit einem Zehntelpunkt vor Ecatarina Szabo (Rumänien) führt, erhielt hier ebenso die Höchstnote 10,00 wie vorher Gabriele Fähnrich aus der „DDR" am Stufenbarren.

Die Riege aus der Bundesrepublik kämpfte brav und tapfer. Sie verlor durch einen Sturz von Christine Wetzel am Barren (8,450) wertvolle Punkte. Dennoch war Bundestrainer Vladimir Prorok mit dem zwölften Platz nach der Pflicht zufrieden: „Mehr können wir noch nicht, weil hier in Montreal fünf Mädchen ihre WM-Premiere feiern und es für die meisten erst der zweite Auftritt überhaupt war."

ZAHLEN

KUNSTTURNEN

23. Weltmeisterschaften in Montreal, Mannschafts-Wettbewerb, Frauen, Stand nach der Pflicht: 1. UdSSR 195,900 Punkte, 2. Rumänien 193,450, 3. „DDR" 192,875, 4. Bulgarien 191,825, 5. CSSR 191,275, 6. China 190,725, ...12. Deutschland 185,00. – Einzelwertung: 1. Mostepanowa (UdSSR) 39,275, 2. Szabo (Rumänien) 39,175, 3. Omelіantschik 39,125, 4. Baraksanowa 39,100, 5. Jurtschenko (alle UdSSR) 39,000, 6. Kersten („DDR") 38,975, ...39. Wilhelm 37,650, ...62. Lang 36,975, 63. von Lospichl 36,950, ...71. Tautz 36,600, ...75. Wetzel 36,500, ...88. Meister (alle Deutschland) 36,050.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Stockholm, erste Runde: Tulasne (Frankreich) – Wilander (Schweden) 1:6, 6:2, 6:2, Edberg (Schweden) – Dickson (USA) 7:5, 6:2, Noah (Frankreich) – Arias (USA) 6:2, 5:7, 7:6, Nystroem (Schweden) ! Davis (USA) 4:6, 6:1, 6:2, Wilkison – Stefanski (beide USA) 4:6, 6:4, 6:4, Svensson – Gunnarsson (beide Schweden) 6:3, 6:3. – **Damenturnier** in Tampa/Florida, erste Runde: Sabatini (Argentinien) – Gurney (USA) 6:1, 4:6, 6:2, Bassett (Kanada) – Kinney (USA) 6:1, 6:3, White – Thompson (beide USA) 7:5, 6:1, Piatek – Horvath (beide USA) 6:3, 6:1, Spence – Herr (beide USA) 6:3, 4:6, 6:0, Nelson – Benjamin (beide USA) 6:3, 6:2.

FUSSBALL

Europpokal, zweite Runde Rückspiele, UEFA-Cup: Tschernomorets Odessa – **Real Madrid** 0:0 (1:2), Vardar Skoplje – **Dundee United** 1:1 (0:2). – Landesmeister: Fenerbahce Istanbul – **IFK Göteborg** 2:1 (0:4), **Steaua Bukarest** – Honved Budapest 4:1 (0:1). – In Klammern das Ergebnis des Hinspiels, die fettgedruckten Vereine haben das Viertelfinale erreicht.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 10. Spieltag: Großwallstadt – Weiche-Handewitt 30:24.

STAND ● PUNKT / *Der Wert eines Schau-Spiels*

Was ist Sport ohne Wettkampf? Es kann der Versuch sein, den Körper fit zu halten – wie beim Joggen im Park oder bei der Gymnastik in der Turnhalle. Selbstverständlich gehört auch das Training dazu, das bei Profis tägliche Arbeit ist. Und Sport ohne Wettkampf sind auch die oft hochklassigen Vorführungen einer Disziplin durch große Könner ihres Fachs. Die Schau-Spiele von Boris Becker und Ivan Lendl in dieser Woche zum Beispiel.

Da muß sich die Frage nach dem Wert von Sieg und Niederlage von ganz alleine stellen. Bringt's Becker weiter, daß er nun gewonnen hat, wackelt Lendls Spitzenposition? Das klare Nein als Antwort bezieht sich auf die wettkampf-sportliche Szene. Es gibt keine Punkte für die Weltrangliste, ein Sieg bringt nicht mehr, eine Niederlage nicht weniger Geld (Becker und Lendl erhalten schätzungsweise jeder 400 000 Mark für die vier Spiele dieser Woche).

Das schafft eine Atmosphäre, die mit der im harten Turnier-Tennis nicht zu vergleichen ist. Auch hier will zwar niemand unnötig verlieren, das kratzt ja schließlich doch am Image. Aber das Spiel bleibt Spiel (ist deshalb oft sogar schöner), der Versuch, den Zuschauern einen brillanten, aber risikovollen Schlag zu zeigen, triumphiert über die Praxis des nüchternen Siegpunktes. Das kann Spaß machen, der Vergleich zum eigenen Aufschlag oder zur eigenen Rückhand beim Ranglistenspiel im Klub um die Ecke ist reizvoll: Stars hautnah erlebt, sonst spielen sie in Wimbledon, Paris, Rom oder New York, nur alle Jubeljahre mal in der engeren Heimat.

Locker der Schlag, locker der Sieg – und die Niederlage macht keine Kopfschmerzen. Das soll nichts abwerten, aber Beckers Sieg über Lendl in die Wettkampf-Realität einpassen. Was er tatsächlich gewonnen hat, ist weder Ranglistenpunkt noch Geld, eher kaum Meßbares für die Psyche. „Das gibt Selbstvertrauen", hat Becker gesagt. Es wird ihm vielleicht nutzen beim nächsten Turnierspiel gegen Ivan Lendl.

que

Helmut Schmidt und Leonard Bernstein im „ZEIT-Gespräch“ auf SAT 1

Ein Bundeskanzler wird Reporter

Helmut Schmidt hat dem breiten Spektrum seiner Haupt- und Nebenbeschäftigungen als *elder statesman*, wie er sich gerne nennt, eine weitere hinzugefügt. Nachdem er Verleger des Wochenzeitung „Die Zeit“ geworden war, ist er nun für sein Blatt unter die Fernsehreporter gegangen.

Gestern präsentierte der Verlag im Studio Hamburg im Beisein von Hannelore und Helmut Schmidt das Erstlingswerk seines Verlegers. Anläßlich seines Deutschland-Aufenthalts im August kam der weltberühmte Dirigent und Komponist Leonard Bernstein auch nach Norddeutschland. In der Lübecker Musikhochschule traf *er mit Schmidt zum* Gespräch vor der Fernsehkamera zusammen, aber ein Interview im eigentlichen Sinne ist es nicht geworden.

Der Zuschauer hat es nicht leicht, sich mit der neuen Rolle des Bundeskanzlers i.R. anzufreunden. Helmut Schmidt im offenen Hemd und Sportsakko, einige Notizen auf den Knien. Sein Gegenüber noch lässiger, im bunten Mexicopullover, mal mit, mal ohne Sonnenbrille. Der Deutsche schnupft den Tabak, der Amerikaner raucht Kette, spielt immer wieder mit der langen Zigarettenspitze. Requisiten im Studio sind zwei Konzertflügel. Doch das erwartete und erhoffte Piano-Duo wird nicht geboten. Weder er noch Bernstein seien dazu bereit gewesen, auch wenn es Regisseur Wolf Müller-Scherak noch so gerne gehabt hätte, sagte Schmdit gestern nach der Vorführung.

Was die beiden dem Fernsehzuschauer bieten, ist keine leichte, lokkere Unterhaltung. Sie kommen sehr schnell über die Ursprünge

Im ZEIT-Gespräch – 9.11.1985, 20.30 Uhr, SAT 1

amerikanischer Musik, die Bernstein in wichtigen Teilen in Europa beheimatet sieht, zu grundsätzlichen Themen: Frieden, Friedenssicherung, Völkerverständigung, die Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion – darüber liefern sich beide ernste Dialoge. Schmidt vertritt seine *Lieblingsthese*, die Großmächte müßten miteinander reden, was ja nun auch gottlob bald in Genf geschehe.

Dem Künstler ist die die Ost-West-Problematik und besonders auch die deutsche Teilung sehr bewußt. Er spricht von einer Segeltour auf der Ostsee in der Lübecker Bucht. Erst die vollen Stände, pulsierendes Leben, dann Ödnis und Leere, sein Boot war in das Niemandsland an der Zonengrenze geraten.

Bedrückend und eindrucksvoll zugleich ist Bernsteins Schilderung seines ersten *Zusammentreffens* als amerikanischer Jude mit Deutschen. Er *dirigierte* 1948 das Residenz-Orchester in München, „alles alte Nazis“, wie Bernstein versichert. Aus der anfangs frostigen Atmosphäre sei dann aber durch die Musik gegenseitiges Verstehen und Dankbarkeit des Orchesters ihm gegenüber entstanden. Fünf Stunden hätten die beiden am liebsten gesprochen. Es wurden 90 Minuten, gesendet werden 60.

Mit seiner neuen Rolle ist Schmidt *durchaus zufrieden*. Nun wolle man erstmal sehen, wie sich das „ZEIT-Gespräch“ verkaufen lasse, er denke an Japan und die USA. Neue Interviews sind noch nicht geplant, obwohl Schmidt bereits an einige Persönlichkeiten denkt. Namen wollte er gestern aber noch nicht nennen. Daß er – als dessen ursprünglicher Gegner – *im Privatfernsehen auftritt, ficht* ihn nicht an: „Man muß sich unter den jetzt gültigen Spielregeln einrichten.“

DIETHART GOOS

KRITIK

Beladen durch die Toskana

Gewiß, gewiß, die Welt besteht zur Hälfte aus Klischees, aus vorgefertigten Bestandteilen, aus Abdrükken von Matrizen, gewiß: Doch da kommt eines Tages ein Stück daher, das schüttelt sich nur so von Gemeinplätzen, und wir, was *tun wir*? Wir akzeptieren es: **Haus im Süden** (ZDF). Bleibt nur die Frage, worauf wir uns da eingelassen haben. Worauf also?

Hat es uns gefallen, wie genüßlich der Autor mit unseren deutschen Untugenden umgeht, wie er einige von uns ins italienische Milieu steckt, wo die sterile Formalordnung unserer Breiten lächelnd und schlitzohrig *überspielt* wird von den *italienischen* Freunden? Freuten wir uns an der sonnendurchglühten und schier heidnischen Lebenslust der toskanischen Welt? Holten wir, weil ja uns solches nie widerfahren kann, das Ätsch-Ätsch-Syndrom aus dem kritischen Felleisen? Wie auch immer, die Story, die nichts, aber auch nichts Neues enthielt, die zusammenleimte, was überall herumliegt im weiten Feld der Urteile und Vorurteile, diese Story hat uns Spaß gemacht, ehrlich.

Genauso ehrlich sei indes auch bemerkt, daß wir, wenn wir mit dem einen Auge der teutonischen „Grundsätzlichkeit“ der Figuren auf dem Schirm zustimmten, wir das andere Auge kritisch auf die Machart des Stücks *richteten*. Diese Machart war von der gleichen Biederkeit, die es eigentlich den *deutschen* Figuren ankreiden wollte. So geriet, wer dies *bemerkte, ins Schlendern*. *Kaum* begannen die Klischees ihr Eigenleben zu entwickeln, stapften sie auch schon schwerfüßig davon. Die Leichtigkeit, die eine Landschaft wie die Toskana gern hat, blieb aus, was schade war.

VALENTIN POLUCH



Reinhard Kleinmann (52) wird ab 1. Januar 1986 Nachfolger von Hans Gresmann als Chefredakteur Fernsehen und Hauptabteilungsleiter Information des Südwestfunks in Baden-Baden. Der Korrespondent und Kommentator des ARD-Studios Bonn ist seit 1963 beim Fernsehen tätig, zunächst beim ZDF, ab 1966 beim WDR. Er war Korrespondent und Kommentator für Landespolitik im WDR-Studio Düsseldorf, Moderator von Fernsehsendungen im Regionalprogramm und im III. Programm sowie Leiter der Abteilung Aktuelles Fernsehen. 1980 wechselte er ins ARD-Studio nach Bonn. Kleinmann stammt aus Hohenzollern, ging in Hechingen zur Schule, studierte Geschichte und Soziologie in Münster und begann seine journalistische Laufbahn beim Schwaben-Verlag und der Stuttgarter Zeitung.







ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info Arbeit und Beruf
10.00 heute
10.05 Fußball-Europapokal
11.40 Christ-Sein in Rom
12.10 Kennzeichen D
Ost-West-Magazin
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Tagesschau
15.10 Hausgemachtes
Musik und Gespräche mit Freddy Quinn und seinen Gästen
15.55 Links und rechts vom Äquator
16.25 Computerzeit
16.50 ARD-Sport extra – aus Montreal
Kunstturn-WM
Finale Herren-Mannschaften
Reporter: Volker Rath, Karl-Heinz Roland
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Votum – Das Fernseh-Hearing
Eine Sendung mit Wählern und Gewählten
Prominenter Gast: der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Norbert Blüm
21.15 Extratour
Live-Unterhaltung aus Bremen
Mit Margarethe Schreinemakers, Stefan Viering, Michael Geyer, Christian Berg *und* Bruno Jonas
Musikalische Gäste: Dead or Alive, Lee Marrow, A. Flock of Seagulls, Valerie Claire, Die Ärzte und Paganini
Regie: Michael Leckebusch
22.30 Tagesthemen
23.00 Flächenbrand
Fernsehfilm von Max von der Grün
Mit Horst Frank, Renate Küster, Nina Hoger, Curt Bois u. a.
Regie: Alexander von Eschwege
Lothar Steingruber findet keinen neuen Arbeitsplatz als Maurer. Er verdingt sich als Fahrer des Bauunternehmers Balke, bis er schließlich hinter den mysteriösen Inhalt kommt, den er in Kisten transportieren muß: Waffen ...
1.10 Tagesschau
1.15 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Bild(n)er der Chemie
Leuchtendes Lila aus Teer
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Ein Fall für TKKG
Fernsehserie in sechs Folgen von Herbert Lichtenfeld
nach dem Jugendbuch von Stefan Wolf
1. Folge: Das leere Grab im Moor
Mit Fabian Harloff, Christian Pfaff, Kai Maahs, Jessica Gast u. a.
Regie: Lutz Büscher
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Zu Gast bei Paulchens Trickverwandten
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Die Nervensäge
Eifersucht
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Ein heiteres Spiel für gescheite Leute mit Wim Thoelke
in Verbindung mit der Deutschen Behindertenhilfe Aktion Sorgenkind
20.50 Die große Hilfe
Eine Bilanz der Deutschen Behindertenhilfe Aktion Sorgenkind
21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Lassen Sie sich nicht aufs Kreuz legen
Eine Dokumentation von Rudolf Schwarz zur Volkskrankheit Rükkenschmerzen
Moderation: Hans Mohl
21.45 heute-journal
22.05 Was nun, Herr Rau?
Fragen an den nordrhein-westfälischen *Ministerpräsidenten* von Klaus Bresser, Wolfgang Herles und einem Überraschungsgast
23.05 Flucht aus Pommern
Schicksale im Kriegswinter 1944/45
0.40 heute



Willi Böck (Dieter Hallervorden) versucht wieder einmal vergeblich, Katharinas (Nathalie Hallervorden) Aufmerksamkeit zu gewinnen: „Die Nervensäge“ – 18.20 Uhr, ZDF
FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Sport im Westen extra
Tennis-Schaukampf: Boris Becker – Ivan Lendl
In der Düsseldorfer Philipshalle
21.45 Manöver Herbst '85
22.15 Fremd – Fern – Farbig
Kultur der Gastarbeiter
Wir glauben an schönere Tage – Kurden in Berlin
23.00 Der infame Fély
Auf den Spuren eines Malers namens Rops
23.55 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Formel Eins
19.15 Warum stranden Wale?
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Ballade
Deutscher Spielfilm (1948)
Mit Gert Fröbe u. a.
Regie: Robert Stemmle
21.40 Kultur aktuell
22.30 Orchesterfest der ARD 1985 in Berlin
22.50 Vom Desaster zur Demokratie
23.35 Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 WDR-Computerzentrale
19.05 Autoreport
19.20 Der Schuß von der Kanzel
Schweizer Spielfilm (1942)
Regie: Leopold Lindtberg
21.00 Kulturkalender
21.30 Drei aktuell
21.45 Bild der Woche
21.55 Bruderhaß
Bericht aus dem geteilten Korea von Lasse Berg
22.40 Delie und Brenton
Letzter Teil

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg II
19.25 Nachrichten
19.30 Katharina Knie
Ein Seiltänzerstück von Carl Zuckmayer
21.45 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
22.30 Karola und Ernst Bloch
23.15 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
22.30 Zum Beispiel Freinsheim
Eine Stadtkernsanierung
23.15 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
22.30 TV-Club Saar 3

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Geliebt in Rom
Fernsehspiel von Jürgen Gütt
20.40 Z. E. N.
20.45 Religiöse Malerei
Licht aus der Tiefe
Fra Angelico malt Bilder des Glaubens
21.30 Rundschau
21.45 Die Legionen des Cäsaren
Ital.-franz.-span. Spielfilm (1959)
Regie: Vittorio Cottafavi
23.25 Rundschau
23.30 Actualités

SAT 1

13.30 Kum Kum
Clopedia sucht einen Schüler
14.00 Kung Fu
Caine und der Kopfgeldjäger
15.00 Sieh'ste in die Welt:
Kathys Trabrennpferd
15.30 Musicbox
16.30 Die Bären sind los
Ein genialer Einfall
17.00 Kicker-Stammtisch
Sport-Talkshow live aus Ludwigshafen
18.00 Abenteuer Wildnis
Lottchen liebt Löwen
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Heimweh nach St. Pauli
Deutscher Spielfilm (1963)
Mit Freddy Quinn, Ulrich Haupt, Erna Sellmer, Beppo Brem, Bill Ramsey u. a.
Regie: Werner Jacobs
Anschließend: Wetterbericht
20.30 Holiday Island – Die Trauminsel
Das Komplott
21.20 Der Frauenarzt von Bischofsbrück
Ein Fernseh-Foto-Roman
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Kleine tapfere Jo
Amerikanischer Spielfilm (1949)
Mit June Allyson, Peter Lawford, Margaret O'Brien u. a.
Regie: Mervyn LeRoy
0.20 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
U. a. Fische, Kitsch und kesse Sprüche
Beobachtungen auf dem Hamburger *Fischmarkt*
19.00 heute
19.30 Derrick
Die verlorenen Sekunden
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Aus Forschung und Technik
22.30 Lieben Sie Klassik?
Karl Löbl präsentiert Opernszenen
23.15 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Komm doch mal in die Küche
18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.20 Karlchen
19.30 Delvecchio
20.20 Filmvorschau
20.30 Die unerbittlichen Fünf
Ital.-span. Spielfilm (1966)
Mit Guy Madison, Monica Randall, Vidal Molina
Regie: Aldo Florio
22.10 RTL-Spiel
22.17 Stellenmarkt
23.00 Wetter
23.05 Horoskop
23.08 Betthupferl

Nach einem erfüllten Leben starb mein lieber Mann, mein lieber Bruder, unser fürsorglicher Vater und liebevoller Großvater

Hermann Lange

am 1. November 1985 im Alter von 79 Jahren.

In Dankbarkeit

Luise Lange geb. Gollwitzer
Elisabeth Lange
Heiner Lange und Frau Lotte geb. Kausch
Annette und John
Dr. Gisela Guillen-Lange und Pedro Guillen
Yasmin
Gerhard Lange und Frau Ghyslaine geb. Lerude
Götz, Anton und Victoria

Hamburg-Rissen, Langensaal 4

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Wir trauern um Herrn

Hermann Lange

der am 1. November 1985 im achtzigsten Lebensjahr verstorben ist.

Herr Lange war unserem Unternehmen seit mehr als zwanzig Jahren in verantwortungsvollen Positionen eng verbunden.

Bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1972 leitete er als Vorsitzender des Vorstandes unseren heutigen Geschäftsbereich Thyssen Henschel und gehörte zuletzt dem Beirat dieses Bereiches an.

Herr Lange hat sich dem Ruf, schwierige Führungsaufgaben zu übernehmen, nie versagt. Mit seiner reichen Berufs- und Lebenserfahrung war er uns immer ein kluger Ratgeber und treuer Freund.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Thyssen Industrie Aktiengesellschaft

Essen, den 7. November 1985

Am 3. November 1985 verstarb im Alter von 81 Jahren

Georg Jacobi

ehemaliges Vorstandsmitglied unserer Gesellschaft.

Der Verstorbene war von 1948 bis 1970 für die Allianz Lebensversicherungs-AG tätig. Von 1960 an bestimmte er die Geschicke des Unternehmens im Vorstand mit. Herr Jacobi hatte maßgeblichen Anteil an unserer erfolgreichen Anlagepolitik; beim Wiederaufbau der Vermögensverwaltung in der Nachkriegszeit, insbesondere beim Aufbau einer leistungsfähigen Hypothekenabteilung, hat er sich große Verdienste erworben. Unsere Gesellschaft hat ihm viel zu verdanken.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Stuttgart, den 7. November 1985

Der Vorstand

der

Allianz Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft

Änderung des Paragraphen 116 nach der Wahl?

GÜNTHER BADING, Bonn

In einem Koalitionsgespräch unter Vorsitz von Bundeskanzler Helmut Kohl haben CDU, CSU und FDP nach Angaben von Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble „völliges Einvernehmen“ darüber erzielt, daß in der Frage der Neutralität des Staates in Arbeitskämpfen „Handlungsbedarf besteht und daß hierüber bis zum Jahresende abschließend entschieden werden wird“. Regierungssprecher Friedhelm Ost sagte dazu vor der Presse, es werde nicht nur entschieden, ob, sondern auch wie der umstrittene „Streikparagraph“ 116 im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) neu zu regeln sei, falls die Sozialpartner zu keiner Lösung finden sollten. Er unterstrich jedoch, daß der Regierung an einer einvernehmlichen Lösung zwischen den Sozialpartnern gelegen sei. Auf Anfrage erklärte Staatssekretär Ost, er könne grundsätzlich nicht ausschließen, daß eine Neuregelung des Paragraphen erst in der nächsten Legislaturperiode kommen werde.

Die Koalitionsrunde befaßte sich weiterhin mit dem Gesetzentwurf des Bundesrates zur Änderung des Asylverfahrens. Hier waren sich die Parteivertreter einig, daß dieses Gesetzgebungsverfahren „zügig“ vorangebracht werden solle. Änderungen gegenüber dem Vorschlag des Bundesrates sind vor allem vorgesehen bei der Überprüfung der Asylberechtigung, die nach Ansicht der Länderkammer routinemäßig alle zwei Jahre vorgenommen werden soll. Hier besteht die Bundesregierung auf einer Bedarfsprüfung je nach Veränderung im Heimatland des Asylanten. Weiterhin wendet sich die Bundesregierung, bestätigt von der Koalitionsrunde, gegen die Verlängerung der Wartezeit von zwei Jahren vor der Erteilung einer Arbeitserlaubnis.

Eine Expertengruppe soll nach dem Muster der Koalitionsgespräche über Fragen des Personalausweisgesetzes in Zusammenarbeit mit Fachleuten aus den Bundesministerien des Innern und der Justiz eine Reihe weiterer offener Fragen klären. Dabei geht es um die Verhinderung der sogenannten „Nachflucht-Gründe“, bei denen sich der Asylbewerber erst durch sein Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland der Gefahr einer politischen Verfolgung in der Heimat aussetzt: weiter um Ausnahmen von der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften in Härtefällen, die vorübergehende Aufhebung der Aufenthaltsbeschränkung auf den Bereich der zuständigen Ausländerbehörde, die obligatorische Anhörung der Asylbewerber vor der Unterbringung in Gemeinschaftsräumen und die eventuelle vorzeitige Arbeitserlaubnis bei mehrinstanzlichen Asylverfahren.

Beim Erziehungsgeld war sich die Koalition einig, daß die Auszahlung von den Ländern in eigener Regie geregelt werden kann.

Tricks und Gerüchte – die Synode tut sich schwer

HENK OHNESORGE, Trier

„Ich bin betroffen!“ rief Cornelius von Heyl, bis zum Mai dieses Jahres langjähriger Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), erregt ins Mikrofon. In acht Wahlgängen war es der Synode *auf ihrer Sitzung in Trier zauch* gestern noch immer nicht gelungen, die 14 Mitglieder des Rates der EKD vollständig zu wählen. Mehr noch: Im ersten Wahlgang hatte kein Kandidat die für die Wahl notwendige Zweidrittelmehrheit.

„Die Mitglieder der Synode und der Kirchenkonferenz haben bei Wahl des Rates die bekenntnismä*ßige und landschaftliche Gliederung* der Evangelischen Kirche in Deutschland zu berücksichtigen“, fordert der 1. Paragraph des Rats-Wahlgesetzes. Doch dies ist nur Teil einer Erklärung für das ungewöhnliche Schauspiel, das die 120 Synodalen und 15 Vertreter der Kirchenkonferenz bis gestern nachmittag im Trierer Europa-Zentrum unter dem Titel „Wahl des Rats der EKD“ lieferten. *Zum landsmannschaftlichen Partikularismus* trat handfeste Parteipolitik.

In dieser Synode, die sich im Mai in Berlin konstituiert hatte, stehen drei Gruppen nebeneinander und manchmal gegeneinander: Die Synodale Arbeitsgemeinschaft (SAG) – mit mehr als 30 Mitgliedern eine eher konservative Gruppierung. Zur eher progressiven Gruppe „Offene Kirche“ werden gut 50 Synodale gezählt, und schließlich der sogenannte „Osnabrücker Kreis“, der sich als lose Gruppierung der Mitte versteht und gelegentlich – meist mit wenig Erfolg als ehrlicher Makler aufzutreten versucht.

Zwei Wahlgänge nur brauchten der Münchner Oberkirchenrat, Jurist und Finanzexperte Werner Hoffmann („Die EKD braucht Bayern, Bayern braucht die EKD“), und der Detmolder reformierte Landessuperintendent Ako Haarbeck. Hoffmann ist seit 1973 Mitglied des Rates der EKD und auch des Kontaktgesprächskreises zwischen katholischer Bischofskonferenz und EKD. Haarbeck ist Mitglied des Moderamens der reformierten Kirche, das in der Ablehnung der Atomwaffen eine Glaubensfrage sieht und Vorsitzender der Jugendkammer der EKD.

Rechts und Links

Die als mögliche Nachfolger des bisherigen EKD-Ratsvorsitzenden gehandelten Landesbischöfe Hans-Gernot Jung (Kurhessen-Waldeck), Martin Kruse (Berlin-Brandenburg) und Hans von Keler (Württemberg) schafften die Wahl in der dritten oder vierten Abstimmung.

Nach und nach wurden – wie der empörte Synodale von Heil feststellte und für seine Wortwahl getadelt wurde – weitere kirchenleitende Persönlichkeiten „ins Körbchen“ gewählt: Der badische Landesbischof Klaus Engelhardt und der schleswiger Bischof Karlheinz Stoll. Bei Theologen wird eine Etikettierung im Links-Rechts-Raster leicht gegeben, doch ist sie kaum beweisbar. Bei Laien ist es manchmal leichter: Die im vierten Wahlgang erneut gewählte Stuttgarter Professorin Erika Kimmich bekannte sich unmißverständlich als Pietistin und macht auch aus ihrer konservativen politischen Einstellung kein Hehl, wogegen die Münchner Fachschulprofessorin und Präsidentin des kommenden evangelischen Kirchentags in Frankfurt, Eleonore von Rotenhan, der linken Mitte zurechnet werden kann.

Wahlen bis Mitternacht

„Der Rat umfaßt 15 Mitglieder, Laien und Theologen, von denen 14 von Synode und Kirchenkonferenz bei der zweiten Sitzung der Amtsperiode der Synode für die Dauer von sechs Jahren gewählt werden. Der Präses der Synode ist Mitglied qua Amt ... Der Rat leitet die EKD „in allen Angelegenheiten, die nicht ausdrücklich anderen Organen vorbehalten sind“, heißt es in einer offiziellen Handreichung. Von dem Griff in die tiefste parlamentarische Trickkiste – angefangen damit, bei einem Wahlgang nur teilweise vom Stimmrecht Gebrauch zu machen – ist dort allerdings nicht die Rede.

Referat oder Diskussion zu einem wichtigen Thema, unterbrochen von einem Wahlakt, Weiterführung der Tagesordnung, unterbrochen durch die Mitteilung des Wahlergebnisses, wieder Referat oder Diskussion, unterbrochen von einem neuen Wahlakt – achtmal fast bis Mitternacht machte dies das höchste gesetzgebende Organ des westdeutschen Protestantismus am Dienstag mit. Viermal bis zur Mittagszeit und Vertagung gestern – und die Besetzung des Rates war immer noch nicht komplett.

Am Rande florierte die Gerüchtebörse. Eine Gruppierung soll auf den Vorschlag, den rheinland-pfälzichen Minister und Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Paul Martin, auf die Kandidatenliste zu nehmen mit der Bemerkung beantwortet haben: „Dann soll er erst sein Ministeramt aufgeben“. Andere Gruppen – wurde berichtet – sollen ähnlich brüderlich reagiert haben.

Für Beobachter des Gremiums, das sich mit „Liebe Brüder und Schwestern“ und nicht mit „Hohes Haus“ anredet, war manches befremdlich. Dabei half es auch wenig, daß man sich nur kurz zuvor sich mit der Denkschrift: Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie“ beschäftigt und mit Vorschlägen zur Verbesserung tatsächlicher oder vermeintlicher Mißstände unseres Staates einschließlich seines parlamentarischen Systems nicht gespart hatte.

Rektoren: Forderungen zu Eureka

„Kulturelle Entwicklungen einbeziehen“ / Für mehr Wettbewerb an den Hochschulen

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK), Theodor Berchem, hat eine Beteiligung der deutschen Hochschulen an der europäischen Forschungsinitiative Eureka verlangt. Die Rektoren und Präsidenten der in der WRK zusammengeschlossenen 190 Hochschulen haben auf ihrer gerade beendeten Plenarsitzung zugleich gefordert, daß das Eureka-Programm „allerdings weiter angelegt“ sein müsse „als bisherige nationale Technologieprogramme“.

Notwendig sei deshalb auch, heißt es in dem WRK-Beschluß, „ein langfristiger und an der Grundlagenforschung orientierter Ansatz, der neben naturwissenschaftlich-technischen Fragestellungen auch die grenzüberschreitenden Aspekte der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung mit einbeziehe“. Mit schmalspuriger und kurzatmiger Projektförderung jedenfalls sei der europäischen Forschung nicht gedient. Berchem verdeutlichte, daß in der WRK Eureka auch als ein neuer Ansatz verstanden werde, sich der gemeinsamen kulturellen Wurzeln bewußt zu werden, die „europäische Quelle“ wiederzuentdecken.

Neben dem von der Aktualität bestimmten Thema Eureka standen naturgemäß die den Hochschulen sehr viel näheren Probleme des Wettbewerbs und der „Überlast“ im Zentrum der Tagung, an der zweitweise als Gäste auch eine polnische Hochschullehrer-Delegation teilnahm, mit der über erste Erfahrungen mit dem neuen, restriktiven Hochschulgesetz ihres Landes gesprochen wurde.

Die Wettbewerbs-Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Steigerung deutscher Hochschul-Qualität wurden von den Rektoren und Präsidenten grundsätzlich positiv aufgenommen. Denn, so der Würzburger Professor, „Wettbewerb ist das Lebenssystem, aus dem die Hochschule lebt, ein wesentliches Element europäischer Kultur“. Aber Berchem warnte in diesem Zusammenhang vor der Annahme, etwa das amerikanische System prinzipiell übernehmen zu können. Neben der völlig anders gearteten Mentalität in den USA stünden dem auch hausgemachte Schwierigkeiten gegenüber. So sei bei uns beispielsweise „das staatliche Reglementierungsbedürfnis vielfach so stark entwickelt, daß wenig Spielraum für wettbewerbsgerechtes Verhalten der Hochschulen“ bestehe. Er nannte begründend das Besoldungs- und Dienstrecht, das Zulassungs- und Kapazitätsrecht sowie das Berufungsverfahren. „Mehr Wettbewerb setzt daher“, appellierte er an die in Sonntagsreden den Wettbewerb propagierenden Politiker, „notwendigerweise eine Deregulierung des Hochschulbereichs voraus.“

Selbstkritisch merkte er an, daß es trotz der gegebenen Situation „erstaunlich“ sei, „daß alles trotzdem so gut läuft. Eher kursorisch handelte er in diesem Zusammenhang auch die Gremien-Regelungen ab, nach denen eine Unmöglichkeit vorausgesetzt wird: Daß der anerkannte Sachverstand eines Wissenschaftlers identisch sei mit politischer Weisheit.

Nicht nur das junge Modefach Informatik, in dem sich eine Überlast an Studenten in der Größenordnung von 180 bis 200 Prozent in Bezug auf die tatsächlich vorhandenen Studienkapazitäten einzuspielen scheint, veranlaßte die Hochschulen zu einem verstärkten Warnruf. Auf der Basis einer umfassenden Erhebung an allen Hochschulen rechnete Berchem vor, daß aufgrund des „Öffnungsbeschlusses“ aller Regierungschefs von Bund und Ländern seit 1977 zwar die Studienanfänger-Zahlen um 40 Prozent gestiegen seien, die Zahl der Stellen für wissenschaftliches Personal aber nur um 8,4 Prozent. Diese Rechnung sieht allerdings noch negativer aus, wenn differenzierte wird: Denn die zusätzlichen Personalstellen sind im wesentlichen im Bereich der Hochschulkliniken geschaffen worden.

Bereinigt ergebe sich damit, so Berchem, für die deutschen Hochschulen seit 1977 „ein Stellenrückgang von 2 Prozent beim wissenschaftlichen Personal“. Wenn man hierzu noch die inzwischen üblichen halbjährlichen Besetzungssperren hinzu addiere, ergeb sich eine faktische Stellenverminderung von sogar drei bis vier Prozent. An die Adresse der Politik sprach der WRK-Präsident in diesem Zusammenhang von „Rechen-Manipulationen“.

Einigung auf zehn Technologie-Projekte

Europäer nehmen Herausforderung der USA und Japans an / Drei deutsche Vorschläge

DW. Hannover

Sieben Monate nach der Eureka-Initiative von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und seinem französischen Amtskollegen Roland Dumas haben sich die Regierungen von 18 westeuropäischen Staaten und die EG-Kommission auf zehn konkrete Projekte der Zusammenarbeit im Bereich der Spitzentechnologien geeinigt. Zum Schluß ihrer zweitägigen Konferenz in Hannover verabschiedeten die Außen- und Forschungsminister gestern eine Grundsatzerklärung über Ziele, Formen und Bereiche der Zusammenarbeit. Genscher und Forschungsminister Riesenhuber zogen auf einer Pressekonferenz eine positive Bilanz des zweitägigen Treffens. Die Konferenz sei erfolgreich zu Ende geführt worden und habe die gesteckten Ziele erreicht, sagte Genscher.

Die Westeuropäer haben deutlich gemacht, daß sie durch Bündelung ihrer Kräfte die technologische Herausforderung der USA und Japans annehmen wollen. Dies soll der Grundsatzerklärung zufolge durch die Förderung und Erleichterung einer verstärkten industriellen, technologischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit bei Projekten erreicht werden, „die auf die Entwicklung von Produkten, Systemen und Dienstleistungen mit einem weltweiten Marktpotential ausgerichtet sind und auf Hochtechnologien aufbauen“. Ausdrücklich wird betont, „Eureka-Projekte dienen zivilen Zwecken und sind auf die Märkte des privaten wie des öffentlichen Sektors ausgerichtet“. Für den Erfolg von Eureka sei von entscheidender Bedeutung, daß die Schaffung eines großen homogenen, dynamischen und nach außen offenen europäischen Wirtschaftsraumes gelinge.

Die zehn Hochtechnologie-Projekte werden nach ersten inoffiziellen Schätzungen mindestens 1,5 Milliarden Mark kosten. In letzter Minute aufgenommen wurde in die Liste ein britisch-spanisches Projekt der Aids-Forschung, bei dem es um eine Methode der Diagnose der tödlichen Immunschwäche und ähnlicher Krankheiten geht. Die drei deutschen Vorschläge sehen die Weiterentwicklung der Lasertechnik, den Aufbau eines europäischen Meßnetzes für Luftschadstoffe und die Einrichtung eines europäischen Forschungsnetzes vor. Die übrigen Projekte umfassen:

● Entwicklung eines europäischen Mikrocomputer-Standards für schulische und private Anwendungen,

● Entwicklung eines superschnellen Computers, an der sich voraussichtlich auch deutsche Firmen und Forschungseinrichtungen beteiligen wollen,

● wirtschaftlicheres Verfahren zur direkten Umwandlung von Sonnenlicht in Strom mit Hilfe von Fotozellen, bei dem als Material nicht Silizium-Kristalle, sondern amorphes, aus ungeordneten Molekülen bestehendes Silizium verwendet werden soll,

● Einsatz von Robotern in der Textilverarbeitung, wo sie beispielsweise mit Hilfe von Lasern Stoffe zuschneiden sollen,

● die Entwicklung von hochwirksamen Mikrofiltern zur Reinigung von Abwässern unter anderem aus der Industrie,

● ein Vorhaben, daß mit Hilfe der Spitzentechnologie der Opto-Elektronik auf „sehende Roboter“ für ein flexibles Fertigungssystem in der Industrie abzielt.

Koordinierungsgremium für die einzelnen Projekte ist die Eureka-Ministerkonferenz. Ein kleines Eureka-Sekretariat soll unter Verantwortung der Ministerkonferenz als Informationsstelle eingerichtet werden.

Post beklagt Ostblock-Reaktion auf Sondermarke

dpa, Bonn

Die Deutsche Bundespost empfiehlt „dringend“, die Sondermarke „40 Jahre Eingliederung heimatvertriebener Deutscher“ nicht auf Briefe zu kleben, deren Empfänger in den Ostblockstaaten wohnen. Die Postverwaltungen Polens, Bulgariens sowie der „DDR“ hatten mitgeteilt, sie würden mit dieser 80-Pfennig-Marke frankierte Sendungen als unzustellbar behandeln. Die Sondermarke soll am 12. November erscheinen.

Die Postverwaltungen des Ostblocks hatten 1955 und 1965 von der Bundespost herausgegebene „Vertriebenenmarken“ überklebt und Sendungen zurückgeschickt. Das Bundespostministerium betonte, „eine solche Verfahrensweise wäre rechtswidrig und könnte auf Vorschriften des Weltpostvereins nicht gestützt werden“.

Die Deutsche Bundespost würdige „mit dieser Marke die Leistungen der Heimatvertriebenen, die dank ihrer Integrationsbereitschaft gemeinsam mit der einheimischen Bevölkerung entscheidend am Wiederaufbau der Bundesrepublik Deuschland mitgewirkt haben“.

Saarland: Kontroverse um Ministerialzulage

UR. Saarbrücken

Das von der SPD-Mehrheit im Saarländischen Landtag gestern in erster Lesung verabschiedete Gesetz zur stufenweisen Abschaffung der Ministerialzulage bis Ende 1988 ist von der CDU-Opposition scharf kritisiert worden. Willi Gehring, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, warf Ministerpräsident Oskar Lafontaine vor, zum „unsozialsten Ministerpräsident“ des Saarlandes geworden zu sein. Das Gesetz sei ein „Griff in die Brieftasche“ vor allem der kleineren Einkommensbezieher, dem Großteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Innenminister Friedel Läpple begründete die Kürzungen mit der angespannten Haushaltslage im Saarland. Wenn überall gespart werden müsse, müsse der öffentliche Dienst ein Vorbild sein. Lafontaine verwies außerdem auf die Sicherheit der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst und auf den durchschnittlich höheren Verdienst. Mitte Oktober hatten rund 500 Landesbedienstete mit einer Arbeitsniederlegung gegen die geplanten Streichungen protestiert.

Tarifrechtliche Bedenken gegen das Vorgehen der saarländischen Landesregierung äußerten die CDU-Sozialausschüsse. Die stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Anneliese Jackisch warf Lafontaine vor, die Tarifautonomie unterlaufen zu haben. Das Gesetz sei von der Landesregierung ohne vorherige Anhörung der Betroffenen „diktiert“ worden.

Logische Konsequenz

cd. – Geldabzüge bei einzelnen Bayerischen Raiffeisenbanken zeigen, daß die Bürger auf die Schieflage der Bayerischen Raiffeisen-Zentralbank AG (BRZ), München, überaus sensibel reagieren, und das, obwohl die Raiffeisenbanken von den Problemen des Münchner Instituts in keiner Weise betroffen werden. Das verlangt von allen, die bei der Bereinigung der Schwierigkeiten bei der BRZ mitwirken, ein Höchstmaß an Fingerspitzengefühl.

Die DG Bank und die sieben Schwesterinstitute der ins Schleudern geratenen BRZ haben mit einer raschen Hilfsaktion das ihnen Mögliche getan, um eine Vertrauenskrise zu verhindern. Mehr als befremdlich wirkte jedoch die Strategie des *Aufsichtsratsvorsitzenden* und des Vorstandsvorsitzenden der BRZ Bank. Seine gestrige Bitte um Beurlaubung ist die logische Konsequenz in einem offensichtlich aus dem Tritt geratenen Bankmanagement. Der Versuch, alle Schuld auf den inzwischen gefeuerten stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Nolte abzuschieben, war von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Es mag ja sein, daß Nolte seine Vorstandskollegen und seinen Aufsichtsrat belogen hat und daß die genossenschaftlichen Prüfer bewußt oder unbewußt Noltes übles Spiel mitgespielt haben. Aber das konnte weder den Vorstandsvorsitzenden noch den Aufsichtsrat, und vor allem nicht den Kreditausschuß der Bank, von der Mitverantwortung entheben. Denn an rechtzeitigen Warnungen vor den Risiken des Immobilienmarktes, die der Bank die Probleme eingebrockt haben, hat es nie gefehlt. Die BRZ muß aus dem Gerede. Die ersten Schritte sind getan. Sie waren nötig, um weitergehenden Schaden auch von den unschuldigen Raiffeisenbanken abzuwenden.

Scharnier

gll. – *Eine Volkswirtschaft kann* nur so sozial sein, wie sie produktiv ist. Alle Versuche, diese Gesetzlichkeit zu umgehen, haben entweder zur Überlastung der Wirtschaft oder zur Zerrüttung der Sozialsysteme geführt. Die Rentenfinanzen sind ein augenfälliges Beispiel dafür. Aufatmend nimmt man die Mitteilung der Rentenversicherer zur Kenntnis, einstweilen gebe es kaum finanzielle Engpässe. Gleichwohl hat das gesetzliche System der Altersversorgung noch nicht genügend Wasser unter dem Kiel. Dies gilt vor allem für die längere Sicht. Aufschlußreich sind jedoch die Ursachen der einstweiligen Entwarnung: der Bund schließt Finanzlücken, und die gestiegene Zahl der Beschäftigten bedeutet höhere Beitragseinnahmen. Beide Gründe zeigen die Fragilität des Rentensystems, sie erhärten aber auch, daß nur wachsende Wirtschaftskraft die Sozialansprüche zu befriedigen vermag. Ein entscheidendes Scharnier.

VERSICHERUNGEN / Millionenschäden belasten – Ausgleich durch Kapitalerträge

Wachstum der Wirtschaft bringt Polster für das kommende Jahr

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die deutsche Versicherungswirtschaft, deren Beitragsaufkommen 1985 um 5,6 Prozent auf 102 Mrd. DM steigen wird, kommt nicht nicht an höheren Schadenzahlungen vorbei. Im Jahrbuch des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GVD) stellt dessen Präsident Georg Büchner fest: „1985 wird in die Versicherungsgeschichte als ein Jahr sehr großer Schäden durch Frost, Hagel, Wirbelstürme, Flugzeugabstürze und Erdbeben eingehen".

Angesichts der mit 7,3 (6,3) Prozent auf rund 101 Mrd. DM wesentlich stärker als das Prämienvolumen gestiegenen Zahlungen für Versicherungsfälle und Rückstellungen für Kundenforderungen und Kosten dürften die Gesamtleistungen der GVD-Mitglieder mit ihren rund 200 000 Beschäftigten und knapp 300 000 Außendienstmitarbeitern 1985 etwa 99 (97,4) Prozent der Beitragszahlungen ausmachen. Dazu hat aber nicht unwesentlich die verbesserte Gewinnbeteiligung der Lebensversicherten beigetragen.

Wie schon in den Vorjahren werden sich in den Erfolgsrechnungen, abgesehen von Kranken- und Lebensversicherern, nicht wenige Gesellschaften auf „rote Zahlen" im reinen Versicherungsgeschäft einstellen. Den Ausgleich dafür bringen überwiegend die Erträge aus Kapitalanlagen. Sie werden bis zum Jahresende 470 bis 480 (427) Mrd. DM betragen. Drei Viertel davon stehen für die spätere Alters- und Hinterbliebenenvorsorge bereit, ein Viertel sichert die Zahlungsfähigkeit der Versicherer in Schadenfällen.

Ihr Prämienwachstum verdankt die Individualversicherung vornehmlich den privaten Kunden, bei denen sich die gestiegene Vorsorgefähigkeit in eine größere Vorsorgebereitschaft umsetzte und sich positiv auf das Wachstumspotential der Branche auswirkte. So werden fast 40 (39) Prozent der Beiträge für die Alters- und Hinterbliebenenvorsorge (fünf Mill. neue Lebensversicherungsverträge) und weitere 13 Prozent für die private Krankenversicherung aufgebracht (Beitragsplus von 3,5 Prozent). Gut gelaufen ist auch die Unfallversicherung (plus acht Prozent).

Dagegen blieben einige gewerblich-industrielle Vesicherungszweige trotz verstärkter Auftriebstendenzen hinter den Erwartungen zurück. So fällt vom Außenhandelsboom wenig Glanz auf die Transportversicherung (plus fünf Prozent Prämie), und die Nachfrage der Wirtschaft nach Haftpflichtschutz (plus vier Prozent) zeigt Ermüdungserscheinungen. Bei den Technischen Versicherungen hat die höhere Investitionsneigung bislang wenig bewirkt. Erst das kommende Jahr dürfte hier stärkere Geschäftsimpulse bringen.

Das insgesamt nicht unfreundliche Schadenbild wird getrübt durch außerordentlich große Frostschäden, eine Zunahme von Großbränden sowie wachsende Belastungen aus der Produkthaftpflicht für Umweltschäden und US-Exporte. Insbesondere stehen den Prämien im US-Geschäft deutscher Versicherer ein Mehrfaches an Schadenaufwand gegenüber. Kreditversicherer spüren den anhaltenden Druck durch Unternehmenspleiten. Schließlich ist auch die Luft- und Raumfahrtversicherung nach mehreren Flugzeugkatastrophen und Raketenfehlstarts noch tiefer in die Verlustzone geraten.

Insgesamt hält auch der Trend zu höheren Entschädigungssummen in allen Versicherungszweigen an. Sorgen bereitet den Sachversicherern nach wie vor die Brandstiftungskriminalität, auf deren Konto 1984 ein Viertel aller industriellen Großbrandschäden von über einer Mill. DM gingen. Damit gilt die Bundesrepublik im internationalen Vergleich als „Spitzenreiter". Im 1. Halbjahr 1985 mußten bereits 730 (650) Mill. DM für solche Millionenschäden in der Feuer-, Industrie- und Betriebsunterbrechungsversicherung aufgebracht werden. Die geringere Zahl von 237 Millionenschäden hat 1984 zwar eine Schadenentlastung, wenn auch keine Wende zum Besseren gebracht. Allerdings scheint die „Hochkonjunktur" der Eigentumskriminalität leicht abzuflauen.

GESETZLICHE RENTENVERSICHERUNG

Zur langfristigen Sicherung ist eine Strukturreform nötig

PETER JENTSCH, **Bonn**

*Die kurz- und mittelfristigen Fi*nanzprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung sind durch die Konsolidierungsmaßnahmen der Bundesregierung sowie durch die günstige Entwicklung der Beitragseinnahmen behoben. Eine Strukturreform ist nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR), Werner Doetsch, zur langfristigen Sicherung der Rentenfinanzen aber dennoch „dringlich erforderlich" und sollte 1988 abgeschlossen sein.

Die Rentenversicherung wird in diesem Jahr weder Betriebsmitteldarlehen des Bundes noch – wie im November 1984 – Bankkredite benötigen, um die Renten zahlen zu können, erklärte Doetsch auf einem Pressesеminar seines Verbandes in Bad Neuenahr. Auch 1986 werde sich die Liquidität der Rentenversicherung weiter entspannen. Die Finanzierung sei mittelfristig bis 1990 gesichert, wenn der Rentenversicherung keine neuen Aufgaben auferlegt werden.

Die erfreuliche Entwicklung der Beitragseinnahmen, die (bereinigt um die Beitragssatzerhöhung von *18,7 auf 19,2 Prozent)* gegenüber dem Vorjahr um 4,1 Prozent gestiegen sind, führt Doetsch auf die Zunahme der versicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer um 0,8 Prozent (160 000) zurück. Damit sei die Modellrechnung für 1985, die von Lohnsteigerungen um drei Prozent und einer Beschäftigtenzunahme um 0,2 Prozent ausging, und die der Schätzung des benötigten Bundeszuschusses in Höhe von 1,5 Milliarden Mark zugrunde lag, übertroffen worden. Zur Auffüllung der Schwankungsreserve auf eine Monatsausgabe (11,2 Milliarden Mark) am Jahresende seien höchstens noch 600 Millionen Mark erforderlich.

Bei den Rentenausgaben erwartet Doetsch in diesem Jahr eine Steigerung um 4,3 Prozent gegenüber 1984. Davon entfallen 3,2 Prozent auf die Rentenanpassung. Den weiteren Anstieg führt er auf das „veränderte Rentenzugangsverhalten" zurück, konkret: Die Rentner werden immer jünger. 1973 entschieden sich nur fünf Prozent der 60jährigen, zu diesem Zeitpunkt vorzeitig in Rente zu gehen, 1984 machte bereits jeder fünfte 60jährige von dieser Möglichkeit Gebrauch. Diese Entwicklung wirke sich erheblich auf die Rentenfinanzen aus, weil gerade diese Gruppe mit in der Regel mehr als 40 Versicherungsjahren hohe Renten beziehe und das entsprechend länger.

Nach den neuen Eckdaten der Bundesregierung für die mittelfristige Finanzplanung wird die Schwankungsreserve der Rentenversicherung bis 1990 stetig steigen, und zwar von 1,5 Monatsausgaben Ende 1986 auf 2,2 Monatsausgaben Ende 1990. Die durch diese Konsolidierung erreichte Frist müsse der Gesetzgeber unverzüglich zur Rentenreform nutzen. Der VDR werde bis Ende 1986 eigene Reformvorschläge vorlegen.

Messe-Probleme

Von WILM HERLYN

Dunkle Schatten fallen auf das Festival der internationalen Messe-Manager, die sich in Düsseldorf zu ihrem 52. Kongreß der UFI treffen, der Union des Foires Internationales – einzige Weltorganisation für das Messewesen. Denn der Wettbewerb unter den Konkurrenten wächst proportional mit dem Zuwachs der Ausstellungskapazitäten.

In den vergangenen drei Jahren erhöhte sich die Fläche der Messen um etwa 20 Prozent weltweit. Allein die Bundesrepublik Deutschland verzeichnet ein Plus an Hallenkapazitäten von 1980 bis 1984 von 10,3 Prozent. Die Gesamtinvestitionen in Deutschland betrugen dafür 1,5 Milliarden Mark. Und die Finanziers, meist die Länder und die Kommunen, wollen jetzt etwas haben für ihr Geld.

Mit unüberhörbarem Donnergrollen kündigte nun der Chef der Turiner Messe, Professor Carlo G. Bertolotti, der neue Präsident der UFI, an, seine vornehmste Aufgabe werde die Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen sein. Dabei hat der Italiener nichts gegen eine aufrichtige und faire Konkurrenz. Aber das Problem sieht nicht nur er vor allem in den öffentlichen Subventionen.

Lange genug sah die UFI zu, daß Gesellschaften und Veranstalter zur Profilierung der jeweiligen Stadt, der Region oder des Landes Projekte kreierten, die sich von vornherein als nicht durchsetzungsfähig erwiesen. Das Zentralbüro der Weltorganisation in Paris fristete sein Dasein vorwiegend als Reisebüro für die Manager der Messen, die sich jährlich an den Sonnenorten der Erde zum Gedankenaustausch trafen.

Aber schon der jetzt scheidende Präsident, der Finne Olle Herold, versuchte, dieses Unwesen zu stoppen und dem Verband – darin sind 132 Organisationen und 350 Messen einschließlich des Ostblocks zusammengeschlossen – mehr Gewicht zu verleihen. Er mahnte zu partnerschaftlicher Offenheit und verordnete dem Vorjahrestreffen in Nikosia ein Arbeitsprogramm. Auch Düsseldorf ist jetzt nicht fröhliches „Get together", sondern durch Seminare und Workshops mit Arbeit verbunden.

Der kantige Bertolotti sagte sogar, er werde gegen die schwarzen Schafe in den eigenen Reihen vorgehen. Natürlich weiß auch er, daß seine Möglichkeiten begrenzt sind – die UFI hat keinerlei Weisungsbefugnisse oder Exekutivgewalt. Aber allein seine Drohung, auch Namen in der Öffentlichkeit zu nennen, könnte eine heilende Wirkung auslösen.

Der erste Name ist schon gefallen: Frankfurt. Bekannt ist, daß der dortige Messe-Chef Horstmar Stauber unter ungeheurem Erfolgsdruck steht. Die Besitzer – vorwiegend die Stadt – pumpten in das Messegelände knapp 800 Millionen Mark. Nun soll sich diese Summe rentieren. Staubers Rezept dafür stößt aber bei seinen Kollegen auf Mißvergnügen. Denn ungeniert versucht der Frankfurter, den etablierten Veranstaltungen seine Messen entgegenzusetzen. Sinnfälliges Beispiel dafür ist die in der Planung steckengebliebene „Gutenberg 85". Sie ist als Kampfansage gegen die Druck- und Papiermesse, die Drupa zu verstehen, die im kommenden Mai in Düsseldorf stattfindet.

Argwöhnisch registrieren die Konkurrenten auch die Aktivitäten in München. Dort platzt das Gelände auf der Theresienhöhe aus allen Nähten. Der Terminkalender ist überbucht. Also griff Münchens Messe-Boß Werner Marzin zu und will nach Riem umziehen, wenn dort der Flughafen 1991 stillgelegt wird.

Das neue Gelände soll in der ersten Stufe 25 000 Quadratmeter mehr als die Theresienhöhe haben, in der zweiten noch einmal 30 000 Quadratmeter dazu. Damit verändert München die deutsche Messelandschaft, wettert die Kollegenschaft und wittert, nun wolle Marzin noch mehr von dem Messekuchen an sich reißen. Und sie werfen ihm vor, er habe gerade erst 250 Millionen Mark in drei Hallen investiert, die längst noch nicht abgeschrieben seien.

Marzin hält dagegen: Daseinsfürsorge sei das und Bestandspflege, denn aus dem Stadtgelände müsse er früher oder später weichen. Bei allem Streit: Ob Großmessen Hannover, Düsseldorf, Köln und Frankfurt es wollen oder nicht – München wird bauen. Wie Düsseldorf vor knapp 18 Jahren mit seinem neuen Gelände auch die Weichen neu stellte. Messen sind etwas Lebendiges – nichts wäre für sie schlimmer als die Erstarrung.

AUF EIN WORT

»Druckerzeugnisse sind keine Stapelprodukte, sondern schnellverderbliche Waren. Sie leben von der Aktualität. Die termingebundene Auftragsfertigung erfordert bisweilen Überstunden. Jede Überstundenbegrenzung, sei es durch Gesetz oder Tarifvertrag, ist daher von Übel.«

Franz Josef Weixler, Präsident des Bundesverbandes Druck e. V., Wiesbaden FOTO: DIE WELT

BAUINDUSTRIE

Abbau von Kapazitäten ist auch weiterhin notwendig

hg, Bonn

„Der Umstellungsprozeß in der Bauwirtschaft hält an". Thomas Rogge, Vizepräsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, hält den weiteren Abbau von rund zehn Prozent der Beschäftigten am Bau für „unumgänglich". Daran änderten auch die Bonner Maßnahmen zur Belebung der Bauinvestitionen nichts, sagte Rogge gestern in Bonn.

Der Bau-Vize plädierte für eine *Verlängerung der Städtebauförde*rung über das Jahr 1987 hinaus, „denn sonst steht ein weiteren Einbruch in der Baukonjunktur bevor". In diesem Fall werde die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe zwischen 1985 und 1989 um 97 000 auf rund 910 000 schrumpfen.

In der gesamten Wirtschaft einschließlich Bauwirtschaft werde das Förderungspaket – Abschreibungserleichterungen, Erhöhung der Kredite aus dem ERP-Vermögen und dem Lastenausgleich, Ausweitung der Städtebauförderung – in den kommenden drei Jahren rund 281 000 Menschen zu einem Arbeitsplatz verhelfen, sagte Rogge weiter, davon 73 000 am Bau. Insgesamt lösten diese Maßnahmen zusätzliche Nachfrage von 9,3 Mrd. DM aus.

Für dieses Jahr rechnet die Bauindustrie mit einem Rückgang der Produktion um acht Prozent, im Bauhauptgewerbe sogar um zwölf Prozent. Einen starken Einbruch verzeichne vor allem der Wohnungsbau: Hier lagen die Auftragseingänge von Januar bis August um 26 Prozent unter dem Vorjahresstand. Im Wirtschaftsbau habe indes der Auftragseingang um 10,1 Prozent zugenommen. „Spürbare Impulse" gebe es auch im öffentlichen Bau.

Lösung für Zinn nicht in Sicht

fu, London

Eine rasche Beilegung der schweren Krise am Zinnmarkt ist nicht in Sicht. Diese Überezugung setzt sich in London, wo Regierungsvertreter der 22 Mitgliedsländer des Internationalen Zinnrats zu einer Krisensitzung zusammengekommen sind, immer stärker durch. Der Zinnhandel an der Londoner Metallbörse war am 24. Oktober ausgesetzt worden, weil der Internationalen Zinnorganisation das Geld für Preisstützungen ausgegangen war. Der ursprüngliche Plan der Londoner Metallbörse, den Zinnhandel kommenden Montag wieder aufzunehmen, wurde offenbar fallengelassen.

ARBEITSKAMPFRECHT

Kissel: Gesetzgeber sollte deutlicher Flagge zeigen

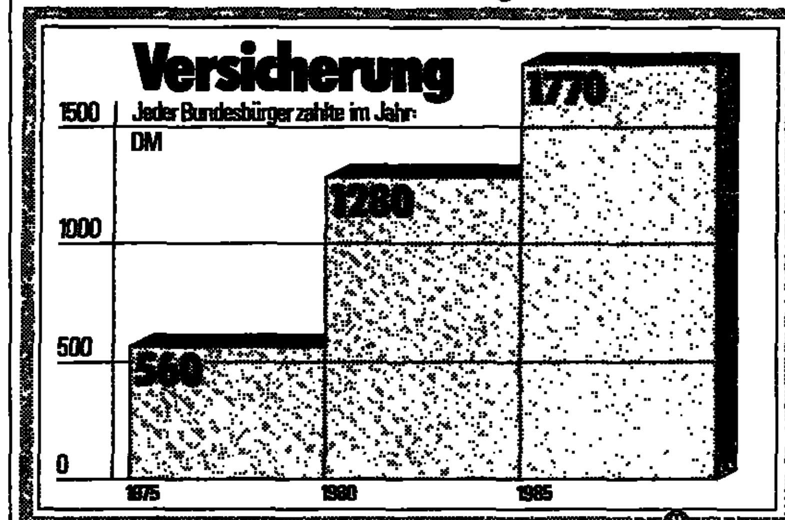
sas. Düsseldorf

Die mangelnde Rechtssicherheit auf dem Gebiet des Arbeitskampfrechts hat der Präsident des Bundesarbeitsgerichts (BAG) in Karlsruhe, Professor Rudolf Kissel, angeprangert. Auf einem Arbeitsrechtssymposium der Deutschen Gesellschaft für Personalführung in Düsseldorf richtete Kissel an den Gesetzgeber den *Vorwurf, in der strittigen Frage der* Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen die „Tarifautonomie als Verschiebe- oder Abschiebebahnhof für unbequeme parlamentarische Entscheidungen" zu benutzen.

Dabei sei der Gesetzgeber gerade hier zu einem deutlichen „Flagge-Zeigen" verpflichtet, da er die wesentlichen strittigen Fragen zwischen den Sozialparteien zu regeln habe. Doch dazu bestehe nach den jüngsten Erfahrungen kaum Hoffnung. Vielmehr bedränge Bonn die Tarifvertragsparteien, ihrerseits eine Regelung zu finden, womit sie nach Auffassung von Kissel jedoch völlig überfordert sind.

Als Konsequenz dieser Entwicklung sieht der BAG-Präsident eine neue Welle von Verfahren auf die Arbeitsgerichte zukommen. Wenn der *Gesetzgeber nicht eingreife, dränge* sich als Lösungsweg nur auf, daß die Rechtsprechung in Form des Richterspruchs als „Ersatz-Norm-Geber" auftrete, sagte Kissel. Doch könnten die Arbeitsgerichte in dieser Frage die ihnen von der Verfassung aufgetragene Befriedungsfunktion nicht mehr erfüllen, da die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften weit über unterschiedliche Rechtsstandpunkte hinausgehen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die privaten und gewerblichen Kunden der Versicherungsunternehmen geben in diesem Jahr rund 108 Milliarden Mark für den Risikoschutz aus. Fast 60 Prozent der Beiträge entfallen dabei auf die Alters- und Hinterbliebenenvorsorge sowie auf die Kraftfahrtversicherung. QUELLE: GDV

Mineralölabsatz gestiegen

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Absatz von Mineralölprodukten in der Bundesrepublik ist in den ersten acht Monaten dieses Jahres um 3,1 Prozent auf 70,1 Mill. Tonnen gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres gestiegen. Wie das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft dazu bekantgab, stieg der Absatz von leichtem Heizöl um 10,1 Prozent auf 25,9 Mill. Tonnen, der von Dieselkraftstoff um 3,9 Prozent auf 9,5 Mill. Tonnen; der Verkauf von schwerem Heizöl sank um 7,1 Prozent auf 6,8 Mill. Tonnen, der Benzinabsatz um 2,1 Prozent auf 15,4 Mill. Tonnen.

Entscheidung fällt bald

Berlin (dpa/VWD) – Das Bundeskartellamt wird über den beabsichtigten Zusammenschluß zwischen der Daimler-Benz AG, Stuttgart, und der AEG AG, Berlin/Frankfurt, vermutlich bis zum Ende dieses Jahres entscheiden. Die Wettbewerbsbehörde hat zwar bis zum 14. Februar 1986 Zeit, um die Übernahme der Mehrheit an der AEG durch den Automobilkonzern zu prüfen. Beobachter in Berlin nehmen aber an, daß eine Entscheidung noch in diesem Jahr erfolgen wird.

„Goldpreis stabil"

Frankfurt (dpa/VWD) – Keine grundlegenden Änderungen stehen in der nächsten Zeit beim Goldpreis an. Das meint die Frankfurter Degussa AG. Voraussetzung sei, daß es keine unvorhersehbaren Einflüsse gibt und sich der Dollarkurs nicht wesentlich verändert. Die Krise am Zinnmarkt könnte den gesamten Metall-Markt allerdings in Mitleidenschaft ziehen.

Noch nicht ausgewählt

London (rtr) – Von den zehn in der vergangenen Woche vorgeschlagenen Projekten zum Bau einer Brücken- oder Tunnelverbindung zwischen Frankreich und Großbritannien über den Ärmelkanal werden sechs nicht berücksichtigt. Vertreter des britischen Verkehrsministeriums sagten gestern, sechs Konsortien seien ausgeschieden, weil sie die von der britischen und französischen Regierung geforderte Summe von 350 000 Europäischen Währungseinheiten (rund 780 000 DM) nicht hinterlegt hätten.

Beschäftigungszuwachs

Bonn (rtr) – Die vom Bundeswirtschaftsministium bestellten Konjunkturexperten erwarten nach Angaben aus Regierungskreisen für das nächste Jahr einen kräftigen Anstieg der Beschäftigung. Den Kreisen zufolge wird die Zahl der Erwerbstätigen 1986 voraussichtlich um weitere 280 000 zunehmen, nach einer Steigerung um 180 000 in diesem Jahr. Grundlage ist ein Wirtschaftswachstum 1986 von drei Prozent voraus.

KONJUNKTUR

DIW: Einkommen stiegen 1984 stärker als die Preise

rtr, Berlin

Das verfügbare Einkommen der Bundesbürger ist nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) 1984 – erstmals seit 1981 – wieder stärker gestiegen als die Kosten der Lebenshaltung: 3,4 Prozent gegenüber 2,4 Prozent. In der gestern veröffentlichten Untersuchung weist das Berliner Institut jedoch darauf hin, daß die Löhne und Gehälter sowie die *sozialen* Leistungen – an der Kaufkraft gemessen – auch 1984 geringer ausgefallen seien als im Vorjahr. Stärker zugenommen hätten nur die Gewinn- und Vermögenseinkommen.

Vergleichsweise günstig entwickelten sich nach Angaben des DIW im vergangenen Jahr die verfügbaren Einkommen der Selbständigen. Bei der Hälfte dieser Haushalte (ohne Land- und Forstwirtschaft) habe es bei mindestens 9000 DM je Monat gelegen. Dagegen erhöhte sich das durchschnittliche Einkommen bei Angestellten- und Arbeitnehmer-Haushalten mit 2,5 Prozent kaum stärker als die Lebenshaltungskosten. Sie hatten knapp 3800 DM monatlich zur Verfügung. Bei Beamten und Versorgungsempfängern des öffentlichen Dienstes sei der Zuwachs des durchschnittlichen Monatseinkommens – 3950 DM – hinter der Geldentwertung zurückgeblieben. Bei den Rentner-Haushalten habe der Einkommensanstieg ein Prozent über der Preissteigerungsrate gelegen.

Der Hälfte der Arbeiter-Haushalte habe im Monat ein Einkommen bis 2900 DM zur Verfügung gestanden. Damit sei das durchschnittliche Einkommen der Arbeiter-Haushalte kaum stärker gestiegen als die Kosten der Lebenshaltung.

BAYERISCHE LANDESBANK / Dem Präsidenten werden schwere Fehler vorgeworfen

Ludwig Huber bleibt vorerst gelassen

DANKWARD SEITZ, **München**

Der Fall entbehrt eigentlich jeder spektakulären Brisanz. Dennoch sind die Bayerische Landesbank, München, und ihr Präsident Ludwig Huber in die Schlagzeilen selbst der Boulevardpresse geraten. So heftig sogar, daß der Bayerische Finanzminister Max Streibl gestern dem Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtages Bericht erstatten mußte.

Es kann nicht verwundern, daß Streibl dabei, wie verlautete, keine wesentlichen Neuigkeiten präsentieren konnte. Seit über zwei Jahren weiß alle Welt, daß das Institut wie einige andere Landesbanken auch für ihr Engagement bei der Mainzer DAL Deutsche Anlagen Leasing kräftig zur Kasse gebeten wird. Aber das kann die Bank kaum erschüttern. Für die DAL wurden bereits Wertberichtigungen über 350 Mill. Mark vorgenommen. Der zweite Fall in der Ära Huber, der die Gemüter erregt, ist die Geschäftsverbindung zu der Münchner *Explorations- und Abschrei*bungsgesellschaft Mega-Petrol KG. Angelastet wird der Bank, nicht-kreditfähige Anleger, die Mega-Petrol angeworben hatte, mit Zwischenkrediten finanziert und nicht vor dem risikoreichen Engagement gewarnt zu haben.

Nun, *keine Bank der Welt ist letzt*endlich für waghalsige Spekulationsgeschäfte ihrer Kunden verantwortlich zu machen. Und darauf beruft sich auch die Bayerische Landesbank. Nur war ihr seit langem die schwierige wirtschaftliche Lage der seit Jahren in Skandalen verstrickten Mega-Petrol-Gruppe durch eigene Kreditengagements bekannt. Wäre es dann nicht die Pflicht einer seriösen Bank gewesen, Kleinanleger vor Schaden zu bewahren? Und warum gab sie ihren guten Namen her, indem sie die Zwischenfinanzierung für die Zeichner übernahm und das Mega-Petrol-Management damit auch *noch auf Kundenfang gehen ließ?* Es paßt nicht ins Bild eines immer auf Integrität bedachten Spitzeninstituts. Die Eigentümer der Bank, der bayerische Staat und die Sparkassen des Landes, bedauern längst, daß sich die Bank auf solche Geschäfte eingelassen hat. Nur Huber steht dem offensichtlich gelassen und reichlich arrogant gegenüber, wenn er meint, „Schlagzeilen in einigen Blättern beeinträchtigen die Position des Instituts nicht". Es ist nie gut für eine Bank und ihren Chef, ins Gerede zu kommen.

Längst gibt es Spekulationen über das weitere Schicksal des Landesbank-Präsidenten, die Verwaltungsratsvorsitzender Max Streibl allerdings als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet. Sie wären vielleicht erst gar nicht entstanden, wenn Huber die Bank rechtzeitig in der Öffentlichkeit gegen die Vorwürfe verteidigt hätte.

GROSSBRITANNIEN

Vorerst keine Zinssenkungen

fu. London

Die vergleichsweise hohen britischen Ausleihezinsen werden auf absehbare Zeit nicht gesenkt. Die Forderung des Industrieverbandes CDI an die Regierung Thatcher, den durch die hohe Zinslast der Wirtschaft aufgebürdeten Wettbewerbsnachteil durch eine Zinssenkung zu verringern, wird vorerst nicht erfüllt. Gegenwärtig liegt der Basis-Ausleihezins der britischen Geschäftsbanken bei 11,5 Prozent. Damit werden Kreditnehmern guter Bonität zwischen 13,5 und 14 Prozent berechnet.

Die Weigerung der Regierung, noch vor dem Jahresende eine Zinssenkung einzuleiten, ist jetzt durch die jüngste Kreditvergabe-Statistik bekräftigt worden: Die Ausleihungen der britischen Banken an Unternehmen und Privatleute hat sich im Oktober scharf beschleunigt. Dies hat nicht unwesentlich zu der unverändert starken Geldmengenausweitung beigetragen. Die Regierung Thatcher hat im vergangenen Monat durchblicken lassen, daß die festgelegte Bandbreite für das Wachstum der Geldmenge Sterling M 3 bis zum nächsten Budget im April kommenden Jahres aufgegeben wird.

USA / Repräsentantenhaus drückt Haushaltskürzung seinen eigenen Stempel auf: Ausgleich schon bis 1990

Sorgen mit Gesetz zur Minderung des Etatdefizits

H.-A. SIEBERT, Washington

Der Schuldenberg in Washington wächst weiter. Die Fehlbeträge addieren sich seit 1981, seit Präsident Reagans erstem Amtsjahr, auf 810 Mrd. Dollar oder umgerechnet 2110 Mrd. Mark. Ein Gesetz, das sich die republikanischen Senatoren Phil Gramm (Texas) und Warren Rudman (New Hampshire) zur Eindämmung der zinstreibenden amerikanischen Haushaltsdefizite ausgedacht haben, funktioniert voraussichtlich nicht.

Nach der ursprünglichen Euphorie dreht sich jetzt die Diskussion im Kongreß im Kreise. Die Anwendbarkeit wirft viele Fragen auf, nachdem das demokratische Repräsentantenhaus dem Entwurf seinen eigenen Stempel aufgedrückt hat, der sich erheblich von der Version des Senats unterscheidet. Bezweifelt wird inzwischen auch die Verfassungsmäßigkeit der Maßnahmen, die das bisherige fiskalpolitische Gleichgewicht zwischen Legislative und Exekutive zugunsten des Weißen Hauses verändern würden. Nicht auszuschließen ist zudem, daß Ronald Reagan seine Zustimmung zurückziehen muß.

Das Problem ist, daß niemand so richtig über die Gramm-Rudman-Bill nachdenken kann, weil sie an das Gesetz über die Anhebung des Verschuldungslimits des amerikanischen Bundes angehängt ist. Es fehlt die Zeit für ein normales Anhörverfahren, in dem sich hochkarätige Fachleute äußern könnten. Sie tun es nun in den Medien. Ausgeschaltet sind auch die Verbände. Wegen der beiden Senatoren lebt Washington seit Mitte Oktober von gepumptem Geld; die Rechnungen bezahlt die Administration, indem sie den Sozialversicherungsfonds anzapft. Das geht jedoch nur bis zum 14. November. Bis dahin muß die staatliche Kreditaufnahme von 1824 auf 2072 Mrd. Dollar erhöht worden sein.

Das Schauspiel, das auf dem Capitol Hill über die Bühne rollt, besteht aus drei Akten. Zuerst verabschiedet der Senat ein Gesetz, das vorschreibt, den Haushalt in fünf Finanzjahren – von 1987 bis 1991 – auszugleichen. Dabei schrumpft das Defizit jährlich um 36 Mrd. Dollar. Handelt der Kongreß nicht und liegt das Defizit um mehr als fünf Prozent über dem gesetzten Ziel, erhält der Präsident das Recht, die Ausgaben linear um den fehlenden Betrag zurückzuschneiden. Ausgenommen sind lediglich die Renten, der Zinsendienst und bestehende Aufträge des Bundes.

Letzte Woche folgte das Repräsentantenhaus mit einer noch drastischeren Kur. So soll der Haushaltsausgleich schon bis 1990 erreicht werden. Die kräftigen Schnitte beginnen im kommenden Wahljahr. Denn im Januar müßte Reagan ein Budget vorlegen, in dem 1987 das Defizit auf 110 (1985: 211) Mrd. Dollar gekürzt wird. Das ist ohne schmerzhafte Streichungen im Verteidigungsetat keinesfalls zu schaffen; dagegen wird sich das Weiße Haus jedoch mit allen Mitteln wehren.

Der dritte und entscheidende Akt findet im Vermittlungsausschuß statt. In der heftigen Debatte wird die Erkenntnis immer klarer, daß die Gramm-Rudman-Bill bei genauem Hinsehen auf höhere Steuern hinausläuft, wenn die Militärausgaben als Kürzungsalternative ausfallen. An der Wand stehen die Republikaner, die neue Abgaben strikt ablehnen. Aber die eigentliche Ursache der riesigen Defizite sind die 1981 über drei Jahre um ein Viertel reduzierten Einkommensteuern, die damals nicht durch gleichhohe Ausgabenschnitte neutralisiert worden sind. Die Version des Repräsentantenhauses ist zweifellos ehrlicher, weil sie keine Rücksicht auf die Wahlen im November 1986 nimmt und das Defizit sofort attackiert.

Kopfschütteln verursacht die Tatsache, daß im Senatspapier das Defizit im laufenden Fiskaljahr sogar noch steigt; unzureichend sind die Vorkehrungen hinsichtlich möglicher Rezessionen. Unberücksichtigt bleibt, daß vage Defizitprognosen, die auf ungenauen konjunkturellen Annahmen beruhen, die Gesetzesautomatik auslösen. Außerdem stören die zahlreichen Ausnahmeregeln.

In der Tat, man reibt sich die Augen: Jahrelang hat der Kongreß das heiße Eisen der Rekorddefizite nicht angefaßt; statt endlich durchzugreifen, sucht er jetzt eine gesetzliche Lösung mit aufschiebender Wirkung. Für viele Amerikaner ist auch nicht akzeptabel, daß die mächtigen USA ihre fiskalische Flexibilität verlieren und der Präsident in Krisenzeiten den Notstand ausrufen müßte. Vielleicht wiederholt sich, was 1978 geschah: Damals versprach der Kongreß den Budgetausgleich in drei Jahren. Er hob das Gesetz zwei Jahre später wieder auf.

NIGERIA / Schwierigkeiten mit dem Währungsfonds

Unsicherheit für Exporteure

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Das Nigeria-Geschäft bleibt für die deutschen Exporteure eine Hängepartie. Sie wissen immer noch nicht, ob sie ihr Geld für die Lieferungen bekommen, die bereits bis Anfang vergangenen Jahres hätten bezahlt sein müssen. Dabei läuft am 15. November die Frist ab, bis zu der sie noch Unklarheiten beseitigen müssen, wozu sie aber häufig nicht in der Lage sind, weil die nigerianischen Stellen nicht mitarbeiten.

Angefangen hatte es 1984. Nigeria, das einst reiche Ölland, konnte seine Schuldenlast nicht mehr tragen. Die Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) scheiterten, weil die Regierung die Landeswährung Naira nicht abwerten, die Benzin-Subventionen nicht abbauen und die Handelsliberalisierung nicht einleiten wollte. Als Grund nennen Beobachter in Lagos, daß durch jede Maßnahme die wirtschaftlichen Interessen einflußreicher Kreise tangiert würden.

Wegen der fehlenden Einigung mit dem IWF über ein Sanierungsprogramm konnten auch die Umschuldungsverhandlungen mit den Gläubigerländern im Pariser Club nicht in Gang gesetzt werden. Daraufhin hat die Regierung in Lagos die Abwicklung der Umschuldung einer privaten Bank, der Chase Manhattan Bank in London, übertragen. Die Gläubiger mußten ihre Forderungen dorthin melden.

Was dort aus aller Welt einging, übertraf wohl alle Erwartungen. Es wird eine Zahl von sechs Milliarden US-Dollar (16 Milliarden Mark) genannt, wovon rund zwei Milliarden Mark auf deutsche Exporteure entfallen. Die Zentralbank Nigerias verglich nun die Forderungen mit den Angaben der heimischen Importeure, die schon vor längerer Zeit die Rechnungsbeträge in Landeswährung an die Bank überwiesen hatten, die dafür die entsprechenden Devisen zur Verfügung stellen sollte. Gab es auch nur geringfügige Abweichungen zwischen den Unterlagen der Zentralbank, den Angaben der Importeure und den Ansprüchen der Exporteure so wurde die gesamte Forderung als nicht übereinstimmend abgelehnt. Bis Juni hatte nach Angaben des Afrika-Vereins in Hamburg nur ein relativ kleiner Kreis über geringe Teile seiner Forderungen Schuldscheine erhalten, die auch verzinst werden.

War das Geschäft versichert, so zahlt Hermes ein halbes Jahr nach Fälligkeit. Bisher sprang der Bund mit 700 Mill. DM ein, wovon nur sieben Millionen zurückgeflossen sind, weil Nigeria zahlte. Der Exporteur muß sich vertragsgemäß um das Eintreiben der Forderungen bemühen; er hat auch ein Interesse daran, weil er einen Selbstbehalt von 25 Prozent trägt. Bei den ungedeckten Forderungen – rund 50 Prozent der Fälle – muß der Exporteur allein damit fertig werden.

Darüber, warum die nigerianischen Stellen sich im Gegensatz zu ihren Bekundungen wenig kooperativ zeigen, wird nur spekuliert. Wohlwollende Stimmen meinen, die Zentralbank sei schlicht überfordert. Hans-Jürgen Müller vom Bundesverband Deutscher Exporteure geht davon aus, Lagos wolle die Forderungen verkürzen. Was nach Ablauf der Frist geschieht, weiß niemand. Der deutsche Export nach Nigeria betrug bereits 1984 mit 1,2 Mrd. DM noch ein Viertel dessen, was 1981 registriert worden war.

Weniger Steuern auf den Börsenumsatz

fu, London

Eine Reduzierung der im Wertpapierhandel anfallenden Steuern und Kommissionen führt zu einer erheblichen Steigerung der Börsenumsätze. In einer von der Bank von England jetzt veröffentlichen Untersuchung führt die im letzten Jahr vom Schatzkanzler beschlossene Halbierung der Stempelsteuer von zwei auf ein Prozent beim Kauf und Verkauf von Wertpapieren an der Stock Exchange zu einem Anstieg der Börsenumsätze nach vier Jahren um nicht weniger als 70 Prozent. Die Stempelsteuer in Großbritannien entspricht der deutschen Börsenumsatzsteuer.

Dem Bericht zufolge lag der Wertpapierumsatz an der Stock Exchange im April 1984, also zum Zeitpunkt der Halbierung der Stempelsteuer, bei 5,384 Mrd. Pfund. Im Oktober wurde der Rekordumsatz von 10,527 Mrd. Pfund (40 Mrd. DM) erzielt. Die Verfasser der Studie sind darüberhinaus überzeugt, daß die Aktienkurse aufgrund der Steuersenkung nach vier Jahren um etwa zehn Prozent gestiegen sein werden.

Vor der Steuerhalbierung lagen die an der Stock Exchange für Wertpapiertransaktionen erhobenen Steuern und Gebühren bei insgesamt 3,25 Prozent, verglichen mit 1,35 Prozent an den deutschen Börsen, ein Prozent in New York und 1,75 Prozent in Tokio. Dies hat den Wertpapierhandel in London beeinträchtigt. Während der Aktienumsatz an der Stock Exchange Anfang 1984 nur 18 Prozent des Gesamtwertes der gehandelten Papiere erreichte, lag er in New York bei 50 und in Tokio bei 43 Prozent. Als drittgrößte Wertpapierbörse der Welt liegt London nur auf Platz zehn gemessen am Umsatz je Aktie.

Liberalisierung macht Fortschritte

J. Sch. Paris

Die Liberalisierung des französischen Kreditwesens macht weitere Fortschritte. Nachdem die Regierung das System der quantitativen Kreditbeschränkungen wesentlich gelokkert hat, sollen jetzt die Banken in die Lage versetzt werden, ihre Kreditkonditionen frei zu bestimmen. Der Staat werde künftig nicht mehr bei den Basiszinsen intervenieren, erklärte Wirtschafts- und Finanzminister Beregovoy.

Bisher hatte der Minister nach jeder Ermäßigung des dem deutschen Diskontsatz vergleichbaren Geldmarkt-Interventionssatzes die Banken meist mit Erfolg „ermahnt", ihre Kreditkonditionen entsprechend zu verbilligen. Darüber, daß dies nicht mehr durch gemeinsame Absprachen über einheitliche Abschläge geschieht, soll die nationale Konkurrenzkommission wachen.

Außerdem sollen subventionierte Kredite ab 1986 nur noch mittleren und kleinen Unternehmen für Investitionen zur Verfügung stehen. Der im Haushalt angesetzte Betrag für diese Vergünstigungen wird wie in den Vorjahren auch 1986 weiter eingeschränkt – auf 12 Mrd. Franc. Die größeren Unternehmen werden auf das neue „Handelspapier" verwiesen, das ihnen erlauben soll, am Geldmarkt Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von 10 bis 180 Tagen zu emittieren. Die Papiere müssen mit einer 95prozentigen Bankgarantie versehen sein.

Schließlich soll die staatliche französische Exportkreditversicherung Coface erstmals ermächtigt werden, auch die Kredite ausländischer Banken zugunsten des französischen Exports zu garantieren.

ITALIEN / Streit um Äthanol als Bleiersatz im Benzin

Industrie lehnt Vorschlag ab

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Bemühungen des italienischen Ferruzzi-Konzerns, Äthanol als Bleiersatz für Benzin in der Europäischen Gemeinschaft durchzusetzen, treffen zunehmend auf Schwierigkeiten. Nach dem staatlichen italienischen Energiekonzern Eni, der die Äthanol-Lösung für unwirtschaftlich erklärt hat, haben sich auch die anderen italienischen Mineralölgesellschaften aus dem gleichen Grunde gegen Äthanol ausgesprochen.

In einer der EG-Kommission vorgelegten Studie geht der Ferruzzi-Konzern davon aus, daß mit den Agrar-Überschüssen der Gemeinschaft Äthanol in solchen Mengen produziert werden könnte, daß damit der gesamte EG-Bedarf an Bleiersatz zu decken wäre. Der Ferruzzi-Konzern, Ravenna, ist der größte Zuckerproduzent und einer der größten Getreidehändler in der EG.

Demgegenüber haben EG-Untersuchungen ergeben, daß die heute bereits auf dem Markt befindlichen und als Bleiersatz verwendeten Produkte um 25 bis 70 Prozent billiger hergestellt werden können. Der Staatskonzern Eni selbst produziert zu diesem Zweck bereits ein Buthan-Derivat – das MBTE –, das hauptsächlich in die Bundesrepublik Deutschland geliefert wird, wo der Konsum von bleifreiem Benzin bereits am höchsten ist. Zur MBTE-Produktion wurde von Eni und der saudiarabischen Firma Sabic kürzlich eine Joint-Venture-Gesellschaft ins Leben gerufen mit dem Zweck, in Saudi-Arabien ein 600-Mill.-Dollar-Werk zu errichten. Nach Eni-Angaben liegen die Produktionskosten für MBTE derzeit bei umgerechnet 60 Pfennig je Liter. Demgegenüber kostet Äthanol aus Biomasse 1,50 DM. Das heißt den Kritikern des Äthanol-Projekts zufolge, daß der Äthanol-Preis von der EG subventioniert werden müßte; Eni-Untersuchungen zufolge in Höhe von mindestens 2000 Mrd. Lire (drei Mrd. DM) im Jahr.

Der Streit um das Für und Wider von Äthanol als Bleiersatz geht inzwischen auch quer durch die italienische Regierung. Während das Landwirtschaftsministerium dem Äthanol-Projekt positive Aspekte nicht aberkennt, hat sich das Industrieministerium bereits gegen diese Lösung ausgesprochen. Dabei weist das Industrieministerium darauf hin, daß die Äthanol-Gewinnung aus Biomasse nicht nur einen unvertretbar hohen Energieeinsatz erfordere (50 Prozent Energiekosten-Anteil), sondern auch technisch gesehen ungünstig sei, weil Äthanol den Einbau eines besonderen Mischgerätes im Auto erfordere.

Landwirtschaftsminister Pandolfi vertritt die Auffassung, daß zwischen den Äthanol-Befürwortern und den Herstellern von chemisch gewonnenen Bleiersatz-Produkten ein Kompromiß gefunden werden müsse, um auf einer gemeinsamen Basis das Jahr 1989 anzusteuern, in dem die EG-Partner zu bleifreiem Benzin übergehen wollen.

RHEINMETALL / Kartellstreit um WMF beendet

Anteil wird jetzt reduziert

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die Rheinmetall Berlin AG, Düsseldorf/Berlin, wird zum Jahresende ihre Beteiligung an der Württembergischen Metallwarenfabrik AG (WMF), Geislingen (Steige), auf zehn (57) Prozent des stimmberechtigten Kapitals von 40 Mill. DM reduzieren. Die Aktien gehen an ein „Übernahmekonsortium aus Privatinvestoren sowie aus deutschen Versicherungs- und Anlageunternehmen". Die Umschreibung meint den Wiesbadener Rechtsanwalt Wolfgang Schuppli, der in diesen Sparten (u. a. 49,9 Prozent Anteil an der Deurag Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG, Wiesbaden) als Eigentümer zahlreiche Interessen hat. Nebst schon getätigtem Börsenzukauf ist Schuppli damit künftig Mehrheitsaktionär des stimmberechtigten WMF-Kapitals (von 50 Mill. DM Gesamtkapital).

Rheinmetall hatte die WMF-Mehrheit Anfang 1980 zwecks Minderung des Wehrtechnik-Anteils im Konzerngeschäft erworben und darüber mit dem Bundeskartellamt einen fast sechsjährigen Rechtsstreit geführt. Das Amt, das diesen Erwerb im März 1981 untersagte, führte den Rechtsstreit als „Musterprozeß" zur Bestätigung der „Ressourcentheorie": Durch die Beteiligung von Rheinmetall werde die Finanzkraft von WMF und damit dessen „überragende Stellung" auf dem Marktsegment für höherwertige Edelstahlbestecke verstärkt. Die Untersagung wurde im September 1983 vom Berliner Kammergericht und im Juni 1983 vom Bundesgerichtshof rechtskräftig bestätigt.

Darauf beantragte Rheinmetall im Juli in Bonn eine „Ministererlaubnis". Aus den Gesprächen im Bundeswirtschaftsministerium habe man erfahren, teilt Rheinmetall nun mit, daß die vorgetragenen „arbeits- und sicherheitspolitischen Argumente" nicht als jene überragenden gesamtwirtschaftlichen Interessen angesehen werden, die das Kartellgesetz für eine Ministererlaubnis vorschreibe, weshalb diese nicht zu erwarten sei. Man werde daher den Antrag zurückziehen.

Den danach schnellen Verkaufsentschluß begründet Rheinmetall-Vorstandsvorsitzender Hans U. Brauner damit, daß man WMF nicht in eine im Zweifel mehrjährige Unsicherheitsperiode unter einer Entflechtungsauflage bringen wollte. Mit der zehnprozentigen Restbeteiligung wolle man unterstreichen, „daß wir WMF nicht einfach fallen lassen".

Zum Verkaufspreis versichert Brauner nur lakonisch: „Wir haben kein Geld verloren." Verloren jedoch wurde ein beträchtlicher Diversifikationserfolg. Am 1984er Umsatz der Rheinmetall-Gruppe von 2,6 Mrd. DM waren die Wehrtechnik nur noch mit 37 (1979 noch mit 70) Prozent beteiligt, der Maschinenbau (Jagenberg AG) mit 39 und die „Gebrauchsgüter" (WMF) mit 24 Prozent. Ohne WMF liegt die Wehrtechnik also wieder bei der Hälfte des Gesamtgeschäfts. Man werde, betont der Rheinmetall-Chef, den Weg der Diversifikation „in Bereiche mit hoher Technologie und guten Wachstumschancen" mit dem Ziel fortsetzen, den Wehrtechnik-Anteil auf ein Drittel zu reduzieren. Einen neuen Ausflug in die Konsumgüterindustrie freilich werde es dabei nicht geben.

NAMEN

Bankdirektor **Gerhard Ohr**, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Badischen Kommunalen Landesbank, Mannheim, feiert heute seinen 60. Geburtstag.

Kurt Fontanive, bisher Generalbevollmächtigter der Württembergische Hypothekenbank AG, Stuttgart, ist mit Wirkung vom 1. November 1985 zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Bank bestellt worden.

Prof. Dr. **Carlo G. Bertolotti**, Vizepräsident des Aufsichtsrats und Vorsitzender der Geschäftsführung der Turiner Messegesellschaft ist zum Präsidenten der Union des Foires Internationales (UFI), der Welt-Messeunion, gewählt worden. Sein Vorgänger **Olle Herold**, Helsinki, wurde zum Ehrenpräsidenten ernannt.

Gerhard Reiß, bisher Personalleiter bei der Wabag Wasserreinigungsbau Alfred Kretzschmar GmbH & Co. KG, Kulmbach, ist nun Personalleiter im Hause Krones AG, Neutraubling.

Johannes Bömkes und **Eckard Schneidewin** wurden zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern der Stern-Brauerei Carl Funke AG, Essen, ernannt.

HAPAG-LLOYD / Nach harten Jahren der Krisenbewältigung gut gerüstet für „neue Stürme in der Seeschiffahrt"

Touristik-Bereich liegt im Schönwetter-Gebiet

JAN BRECH, Hamburg

An Selbstbewußtsein hat es in der Chef-Etage der Hapag-Lloyd AG, Hamburg, nie gefehlt. Gab es für eine solche Haltung vor wenigen Jahren allerdings nicht den geringsten Anlaß, so erlaubt es die wiedergewonnene wirtschaftliche Stabilität der Reederei-Gruppe nun dem Vorstand zu Recht, den Kopf hochzuhalten. Vorstandssprecher Hans Jakob Kruse, dem auch Neider nicht mehr vorwerfen können, nur ein „Schönwetterkapitän" zu sein, sagt ohne jeden Anflug von Überheblichkeit: „Wir sind wieder wer."

Zusammen mit Vorstandsmitglied Bernd Wrede die Lage der Gruppe im Herbst 1985 erläuternd, hält Kruse Hapag-Lloyd nach der harten Krisenbewältigung für „gut gerüstet", um den neu aufziehenden Stürmen in der Seeschiffahrt zu trotzen. Hapag verfüge über eine moderne, auf die 17 Fahrgebiete optimal abgestimmte Flotte, sei befreit von den großen Verlustquellen im Beteiligungsbereich und habe mit dem Abschluß 1984 auch finanziell internationale Wettbewerbsfähigkeit dokumentiert.

Das Vertrauen in die eigene Kraft wird sich schon im nächsten Jahr bewähren müssen. Die internationale Linienfahrt steht vor einer neuen Krise, die in den wichtigsten Fahrtgebieten Pazifik und Nordatlantik bereits 1986 kulminieren dürfte. Den im Spätsommer einsetzenden Ratenverfall haben vor allem die Round-the-world-Dienste ausgelöst, die mit gewaltigen zusätzlichen Kapazitäten auf die Märkte drängen. In der Transpazifikfahrt sind die Preise in einem Maße gefallen, daß sich Hapag-Lloyd kurzentschlossen aus dieser Relation zurückgezogen hat.

Gemessen am Ergebnis der ersten neun Monate ist Hapag-Lloyd nach Angaben von Wrede noch sehr gut über die Runden gekommen. Das Betriebsergebnis liege über dem des Vorjahres und die drei großen Fahrtgebiete Nordamerika (Umsatzanteil 50 Prozent), Fernost (30 Prozent) und Lateinamerika (15 Prozent) schrieben „markant" schwarze Zahlen.

Im Schönwetter-Gebiet befindet sich außerdem der Touristik-Bereich. Die „Europa" fährt bei einer Auslastung von 84 Prozent solide Überschüsse ein, das Reisebüro hat das Ergebnis weiter verbessert und die Fluggesellschaft ist endgültig aus den Turbulenzen. Dieser Bereich, so räumt Kruse ein, habe ihm in den vergangenen Jahren die größten Sorgen bereitet.

Wolken ziehen allerdings auch über der Touristik-Sparte auf. Das gilt besonders für die „Europa". Im Veranstalterbereich sei die Kreuzfahrt zur Zeit hoch defizitär, erklärt Kruse. Ob sich Hapag-Lloyd dem auf Dauer entziehen könne, bleibe ungewiß, auch wenn die „Europa" ein in sich geschlossenes Geschäft eigener Qualität betreibe.

Der einzige „Ausreißer" bei Hapag-Lloyd befindet sich jetzt noch in der Sparte Hafen und Küstendienste. Auch 1985 wird die 75 Prozent-Beteiligung Unikai Hafenbetrieb GmbH das Ergebnis stark belasten. Da man die dort lauernden Risiken „nach Art des Hauses berücksichtigen werde", rechnet Wrede mit Aufwendungen in zweistelliger Millionenhöhe. Gesucht wird zur Zeit ein dritter Partner für Unikai, der nicht nur unternehmerisches Engagement, sondern auch Volumen bringen soll, um so schnell wie möglich in die Rentabilitätszone zu kommen. Interessenten gibt es offenbar genug, ohne daß ein Abschluß der Gespräche in Sicht ist. Kein „Negativthema" mehr für Wrede ist die Beteiligung an der Contrans Gesellschaft für Containerverkehr GmbH. Contrans arbeite 1985 im operativen Ergebnis ausgeglichen.

Nimmt man alles zusammen, dürfte Hapag-Lloyd in diesem Jahr nicht schlechter als 1984 abschneiden. Der Umsatz wird vermutlich um 5 Prozent auf 4,4 Mrd. DM steigen und das auszuweisende Ergebnis mindestens die Vorjahreshöhe erreichen. Nach der sehr konservativen Politik der letzten Jahre ist der Raum für „bilanzielle Phantasie" begrenzt. Damit scheint auch sichergestellt, daß zumindest die freien Aktionäre wieder eine Dividende erhalten. Die Wende bei Hapag-Lloyd dokumentiert sich durch nichts deutlicher als den Hinweis von Kruse, daß man über Dividende im Aufsichtsrat noch kein Wort gesprochen habe. „Das Thema Dividende ist zur Zeit für uns das leichteste."

AREAL '85 / Freizeitanlagen attraktiver gestalten

Messe für öffentliches Grün

HARALD POSNY, Düsseldorf

Mit einer kompletten internationalen Marktübersicht über Grün-, Sport- und Freizeitanlagen will sich die „1. Areal" – Internationale Fachmesse für Flächengestaltung und -pflege vom 6. bis 9. November in Köln profilieren. Zusammen mit der 9. S + B – Internationale Ausstellung für Sport-, Bäder- und Freizeitanlagen zählen beide Veranstaltungen zusammen 550 Aussteller aus 25 Ländern. Die Vielfalt der Produkte, Maschinen und Geräte trägt nach den Worten von Messegeschäftsführer Hans Wilke erstmals den übergreifenden Interessen der Abnehmer und Verwender, vor allem aus dem kommunalen Bereich, Rechnung.

Statistiken zufolge, die mit Angaben über das Rechnungsjahr 1982 ziemlich veraltet sind, lagen die Sachinvestitionen der Gemeinden und Gemeindeverbände bei knapp 300 Mill. DM für Park- und Gartenanlagen. Dazu kamen weitere 63 Mill. DM an Finanzinvestitionen, unter die öffentliche Anlagen als Teil von Kurbetrieben, Gärtnereien und Friedhofsgärtnereien fallen. Für besondere Erholungseinrichtungen aller Art wurden von den Kommunen weitere 260 Mill. DM aufgewendet. Die Ausgaben dürften zwar in den Jahren 1983/84 geringer ausgefallen, aber 1985 wieder deutlich angestiegen sein. Nach wie vor liegen die Kommunen in ihren Ausgaben für den Umweltschutz (1971 bis 1981: 88 Mrd. DM) vorn.

Mit der „spannender, bunter und unterhaltender" zu gestaltenden Freizeit-Erlebniswelt beschäftigt sich die 9. S+B, auf der es vor allem darum geht, den oft wenig besuchten öffentlichen Freizeitanlagen zu einer besseren Akzeptanz zu verhelfen. Auf der Wertskala der Bevölkerung rangiert Schwimmen als sportliche Betätigung ganz oben. Hier sollen über Anregungen aus einem Kongreß die oft antiquierten „öffentlichen Badeanstalten in Freizeit-, Erlebnis- und Spaßbäder umgewandelt" werden. Daneben sollen auch Deutschlands Kinderspielplätze attraktiver gestaltet werden.

BENEDETTI / Umsatz im letzten Jahr kräftig erhöht

Familienholding eingeführt

ds. Mailand

Die von dem Italiener Carlo de Benedetti geführte CIR Industrie- und Finanzgruppe wird im laufenden Jahr einen Gesamtumsatz von über 7500 Mrd. Lire (11,4 Mrd. DM) verwalten, gegenüber 5945 Mrd. Lire 1984. Davon werden mehr als 6000 Mrd. Lire auf das Informatikunternehmen Olivetti entfallen, das im vergangenen Jahr 4578 Mrd. Lire umsetzte. Anläßlich der Plazierung von 25 Prozent des Kapitals seiner Familienholding Cofide S.p.A. an der Mailänder Börse erklärte Konzernchef Carlo de Benedetti, daß die von ihm geführte Gruppe auch in Zukunft expandieren werde. Der Konzernchef deutete hierbei an, daß eine Dreiteilung der Gruppen-Aktivitäten in ein Drittel Olivetti, ein Drittel Nahrungsmittel und ein Drittel sonstige Beteiligungen „eine langfristige Lösung" sein könnte.

Olivetti – CIR hält 13,7 Prozent der Kapitalanteile des Datenverarbeitungs- und Bürotechnikkonzerns – ist an den Gesamtaktivitäten des Mischkonzerns mit 49 Prozent, die im Laufe dieses Jahres erworbenen 45 Prozent an dem Nahrungsmittelkonzern Buitoni mit etwas über neun Prozent und die übrigen Industriebereiche mit knapp 19 Prozent beteiligt. Der Rest entfällt auf Finanzaktivitäten.

Die de Benedetti-Gruppe beschäftigte am Ende vergangenen Jahres 56 526 Personen, davon Olivetti 47 613. Investiert wurden von der Gruppe in den Jahren 1978 bis 1984 insgesamt 1686 Mrd. Lire in neuen Anlagen (davon 1567 Mrd. Lire Olivetti) und 424 Mrd. Lire (davon 204 Mrd. Lire Olivetti) in Beteiligungen.

Die Gesamtgruppe wird durch die Finanzgesellschaft CIR-Holding (jetziger Sitz Turin, ab Juni kommenden Jahres Mailand) gesteuert, an der die de Benedetti-Familienholding mit 35 Prozent beteiligt ist. An der Mailänder Börse sind gegenwärtig fünf de Benedetti-Gesellschaften notiert. Die Börsenkapitalisierung der Gruppe betrug Ende September 5506 Mrd. Lire, davon Olivetti 3615 Mrd. Lire.

BOSS

Zur Jahreswende an die Börse

Wb. Frankfurt

Der Herrenoberbekleidungshersteller Hugo Boss AG, Metzingen, will noch zum Jahreswechsel 1985/86 an die Börse gehen. Ausgabepreis und Volumen der Neuplazierungen stehen noch nicht fest. Die bisherigen Eigentümer Uwe und Jochen Holy, die jeweils 50 Prozent des gegenwärtigen Grundkapitals von 15 Mill. DM halten, wollen jedoch auch weiterhin sämtliche Stimmrechte im Unternehmen behalten.

Die neuen stimmrechtlosen Aktien, die von einem Konsortium unter Führung der Commerzbank ausgegeben werden, sollen von den Altaktionären zur Verfügung gestellt werden und vom 1. Januar 1986 an gewinnberechtigt sein. Einen akuten Anlaß zum Schritt an die Börse gibt es nach Angaben der Commerzbank derzeit nicht – das Unternehmen habe „aufgrund der ausgeglichenen Finanzstruktur und der guten Ertragskraft im Augenblick keinen Finanzbedarf", sondern wolle sich den Kapitalmarkt für die Zukunft öffnen. Boss wurde erst 1984 in eine AG umgewandelt.

Im vergangenen Jahr hat die 890-Mitarbeiter-Gesellschaft ihren Konzernumsatz um fast 40 Prozent auf 237 Mill. DM gesteigert. Der Jahresüberschuß konnte damit nahezu Schritt halten: Er nahm um 37 Prozent auf 10 Mill. DM zu. Auch 1985 meldet Boss hohes Wachstum.

YMOS

Das Kapital wird kräftig erhöht

dpa/VWD, Frankfurt

Die überwiegend als Zulieferant für die Automobilindustrie tätige Ymos AG, Obertshausen, plant auch im laufenden Geschäftsjahr 1985/86 (30. Juni) wieder erhebliche Ausgaben für die Zukunftssicherung. Die Investitionen sollen sich etwa auf Vorjahreshöhe bewegen, als sie mit 96 (70) Mill. DM 20 Prozent des um 11,9 Prozent gestiegenen Umsatzes von 489 Mill. DM erreichten. Das kündigte Ymos-Vorstandschef Thomas Becker auf der Bilanzpressekonferenz an.

Erfolgreich ist Ymos vor allem mit Teilen für die Fahrzeugindustrie. So wurden im letzten Geschäftsjahr mit Aluminium-Rahmen für Türfenster, Stoßfängern aus Kunststoff, Sitzführungsschienen und anderen Innenausstattungen 88 Prozent des Umsatzes erzielt. Hausgeräte und Sanitärarmaturen trugen mit 37 Mill. DM zum Umsatz bei. Der Jahresüberschuß nahm den Angaben zufolge um fast 60 Prozent auf 7,1 Mill. DM zu.

Die Aktionäre sollen eine Dividende von 5 DM je Stammaktie beziehungsweise 6 DM je Vorzugsaktie erhalten. Der Hauptversammlung am 13. Dezember wird eine Kapitalerhöhung um 22,5 Mill. auf 67,5 Mill. DM vorgeschlagen. Das mehrheitlich von den Familien Wolf und Becker kontrollierte Unternehmen ging 1984 an die Börse. Mit dieser Kapitalerhöhung werde die Finanzlage der mit einer Kapazitätsauslastung von über 90 Prozent arbeitenden Gesellschaft dem erwarteten Umsatzwachstum angepaßt. Im laufenden Geschäftsjahr sollen rund 60 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, nachdem die Belegschaft im Vorjahr um 253 auf 5252 Mitarbeiter aufgestockt wurde.

Kammerumfrage: Fachkräftemangel

Py. Düsseldorf

Die Industrie- und Handelskammern Düsseldorf und Mittlerer Niederrhein spüren nicht nur einen kräftigen Konjunkturaufschwung, sie registrieren derzeit sogar einen „neuen Höchststand seit Anfang der 80er Jahre". Beide Kammerbezirke stellten eine Konjunkturumfrage vor, an der sich insgesamt 900 Unternehmen mit über 210 000 Beschäftigten beteiligt hatten. Danach kann sich auch nach den Worten des Hauptgeschäftsführers der Düsseldorfer Kammer, Joachim Kreplin, das Ergebnis durchaus mit Zahlen aus dem süddeutschen Raum sehen lassen. Kreplin: „Von einem Süd-Nord-Gefälle ist nichts zu sehen."

Nach der Untersuchung haben die Inlandsaufträge Anschluß an das hohe Niveau der Bestellungen aus dem Ausland gefunden, wenngleich trotz sinkenden Dollarkurses der Export eine entscheidende Nachfragestütze geblieben ist.

Die Kapazitätsauslastung liegt nach den Worten Kreplins gegenwärtig bei 83,2 Prozent und sollte sich jetzt auch verstärkt positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken. Bislang waren im Bereich Mittlerer Niederrhein (Neuss, Krefeld, Mönchengladbach) im letzten halben Jahr 3000 Menschen neu eingestellt worden, während die Stadt Düsseldorf einen Rückgang um 2500 und der Kreis Mettmann ein Plus von 1150 Beschäftigten auswiesen.

Auf der anderen Seite wird der Produktionsanstieg durch nicht mehr ausreichende Kapazitäten gebremst. In beiden Kammerbezirken bestehe auch ein nicht geringer Mangel an qualifizierten Fachkräften. Die Zahl der Kurzarbeiter hat sich insgesamt auf 3000 fast halbiert.

BAYERISCHE RAIFFEISEN–ZENTRALBANK / Vorstandsvorsitzender Vilgertshofer bittet um Beurlaubung

Wertberichtigungen von 750 Millionen bestätigt

DANKWARD SEITZ, München

Unter Zugrundelegung „strengster" Bewertungsmaßstäbe geht man inzwischen selbst bei der Bayerischen Raiffeisen-Zentralbank AG (BRZ), München, davon aus, daß sich im Zusammenhang mit der Schieflage bei der Finanzierung von Bauherrenmodellen ein Wertberichtigungsbedarf von 750 Mill. DM ergeben kann. Damit dürfte dann aber „das Ende der Fahnenstange auf jeden Fall erreicht" sein, meinten gestern übereinstimmend BRZ-Vorstandsvorsitzender Konrad Vilgertshofer und sein stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender Hellmut Horlacher vor der Presse in München.

In diesem Betrag stecken ihrer Ansicht nach „*sicherlich einige* Wertberichtigungsreserven", da darin beispielsweise auch schon die Abzinsungen (sechs Prozent) aus der Verwertung der Immobilien in den nächsten Jahren voll enthalten seien. Berechtigterweise sei nach dem Bekanntwerden der Schieflage „extrem stark" geprüft worden. Bankintern schätze man derzeit den eigentlichen Wertberichtigungsbedarf „auf rund die Hälfte", auch wenn man sich vorerst an den 750 Mill. DM orientiere. Was davon letztendlich einmal als Verlust abgebucht werden müsse, sei noch offen. Nach allgemeinen Erfahrungen dürfte es etwa ein Drittel sein.

Nach „intern zuverlässigen" Zahlen wird die BRZ, so Vilgertshofer, bis zu 500 Mill. DM – der Rest wird durch Garantien der Frankfurter DG-Bank gedeckt – aus eigener Kraft „ohne Beeinträchtigung des laufenden Geschäfts" aufbringen können. Herangezogen werden sollen dazu der gesamte Ertrag des Jahres 1985 sowie stille Reserven und versteuerte Rücklagen. Zum anderen ist beabsichtigt, die Bilanzen der Jahre 1983 und 1984 zu berichtigen, weil durch „Täuschungshandlungen" des abgelösten stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Rudolf Nolte die notwendigen Wertberichtigungen nicht hätten gebildet werden können, was schließlich zu „Scheingewinnen" und zu hohen Steuerbelastungen geführt habe. In welcher Höhe Steuerrückzahlungen zu erwarten sind („die Verhandlungen mit der Finanzbehörde laufen günstig"), darauf wollte sich Vilgertshofer nicht festlegen.

Der Vorstandsvorsitzende der Bayerischen Raiffeisen-Zentralbank AG (BRZ), Konrad Vilgertshofer, hat gestern am späten Nachmittag den Präsidialausschuß der Bank um seine Beurlaubung bis zur Vorlage des endgültigen Prüfungsberichtes gebeten. Aller Voraussicht nach ist damit zu rechnen, daß dieser Bericht Mitte Januar 1986 fertiggestellt sein wird.

Daß das Spitzeninstitut der 930 bayerischen Raiffeisenbanken in eine derartige Schieflage kommen konnte, führen Vilgertshofer und Horlacher darauf zurück, daß Nolte und andere das Vertrauen des Vorstands mißbraucht („*wir sind schlankweg belogen worden*") und „kriminell falsche Vorlagen" präsentiert hätten, die die hohen Risiken der Baufinanzierungen nicht erkennen ließen. Derzeit prüfe man daher, ob Strafanzeige gegen die Verantwortlichen gestellt werden soll. Schwere Vorwürfe machten Vilgertshofer und Horlacher in diesem Zusammenhang auch der genossenschaftseigenen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuverbund GmbH, Bonn – ausgenommen ihrem neuen Geschäftsführer Dietrich Ohlmeyer. So habe die Treuverbund den Aufsichtsrat der BRZ bei seinen Prüfungen „abgeblockt" und unter anderem das Belegwesen („total falsche Unterlagen, keine ordentliche Aktenführung") nicht oder nur oberflächlich geprüft.

Inzwischen bekommen auch die 930 bayerischen Raiffeisenbanken zu spüren, daß die BRZ ins Gerede gekommen ist. Wie Horlacher mitteilte, ist es bei den Instituten bereits zu „insgesamt nennenswerten" Einlageabflüssen seitens der Privatkundschaft gekommen.

„Täglich kommen Kunden mit der *berechtigten Frage*", so Horlacher, „ob ihre Einlagen noch sicher sind." Wenigstens teilweise bereite es dabei Probleme ihnen verständlich zu machen, daß die einzelnen Raiffeisenbanken „keine Filialen der BRZ" sind. Die Solidität und Bonität der Primärstufe sei unverändert gut und das Kontrollsystem so ausgefeilt, daß nennenswerte Problemfälle nicht auftreten könnten.

INDUSTRIELLE KRAFTWIRTSCHAFT

Ausbaupläne verhindert

HANS BAUMANN, Essen

In der Bundesrepublik mehren sich die Beispiele dafür, daß überhöhte Strompreise bei Aluminium, Zink und Chlor Ausbaupläne der Wirtschaft verhindern. Ferner sei die Industrie gezwungen, die Produktion von Ferrochrom, Ferrosilizium, Siliziumcarbid, Carbid, Natrium und Phosphor einzuschränken oder gar einzustellen. Dies stellt die Vereinigung der Industriellen Kraftwirtschaft (VIK), Essen, in ihrem Jahresbericht 1984/85 fest, den sie zu ihrer Jahrestagung am 15. November vorlegt.

„Die in den vergangenen Jahren verfehlte Kernenergiepolitik sowie die deutsche Vorreiterrolle beim Umweltschutz verursachen im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn – aber auch zu anderen westlichen Industrieländern – jährlich hausgemachte Mehrkosten bei der Strom- und Prozeßwärmeversorgung von mehreren Milliarden Mark", sagt die VIK. Im Gegensatz zu den Elektrizitätsversorgungsunternehmen könne aber die Industrie die Mehrkosten im Wettbewerb mit ausländischen Anbietern nicht über die Produktpreise weitergeben. Letztlich fehlten den deutschen Unternehmen auf diese Weise die Mittel für neue produktive und arbeitsplatzerhaltende Investitionen.

Wenn die „im großen und ganzen noch gesunde Industriestruktur" erhalten bleiben solle, so brauche der Industriestaat Bundesrepublik im Wettbewerb verkraftbare Strompreise. Die VIK sagt, daß sie den Entscheidungsträgern in Politik, Wirtschaft und Verwaltung bewußt machen möchte, daß mit hohen Energiepreisen, „insbesondere aber mit national überhöhten Strompreisen", die Gefährdung von Schlüsselproduktionen der Grundstoffindustrie verbunden ist. Dies werde „ganz erhebliche negative Auswirkungen" auch auf die hieran angeschlossenen Bereiche der Zuliefererindustrie und der Weiterverarbeiter sowie auf die Dienstleistungsbetriebe haben.

Wettbewerbsneutralität kann die Industrie nach Feststellung der VIK nur dem Energieträger Mineralöl bescheinigen. Aber schon für Erdgas gelte dies nicht mehr. So sei der Preis für Erdgas in den Niederlanden sowie in einigen überseeischen Ländern, mit denen die deutsche Wirtschaft bei der Erzeugung von energieintensiven Grundstoffprodukten in Wettbewerb stehe, zum Teil wesentlich niedriger als in der Bundesrepublik. Darüber hinaus trage die VIK an den Lasten aus der Sonderstellung des deutschen Steinkohlenbergbaus über den Jahrhundertvertrag mit. Ein Preisvergleich mit europäischen Nachbarländern lasse sehr deutlich Standortnachteile für heimische Produktionen erkennen.

Gegenüber den sechziger Jahren hätten sich die politischen Rahmenbedingungen – verbunden mit Verteuerungen und Unsicherheiten beim Bau und Betrieb von Kraftwerksanlagen jeglicher Art – verändert. Die Versorgungsunternehmen hätten darauf mit Anpassungen ihrer Verkaufspreise und Vertriebskonditionen reagiert, die für die Industrie von großem Nachteil gewesen seien. Für deutsche industrielle Stromabnehmer entfalle damit die Basis für die Ansiedlung und Erhaltung stromintensiver Grundstoffindustrie.

PHILIPS / Umsatzplus mit Unterhaltungselektronik

Gewinn unter dem Vorjahr

dpa/VWD, Hamburg

Beträchtliche Verluste am US-Halbleitermarkt drückten den Gewinn des niederländischen Elektrokonzerns NV Philips Gloeilampenfabrieken, Eindhoven, in den ersten neun Monaten 1985 gegenüber Januar/September 1984 um 20,3 Prozent auf 626 Mill. hfl (555,1 Mill. DM). Nach einem Zwischenbericht des Unternehmens entwickelten sich Umsatz und Gewinn zwar in Europa günstig, doch konnte der Gewinnrückgang in USA nicht ausgeglichen werden.

Der Gesamtumsatz der Philips-Gruppe betrug in den ersten neun Monaten 41,02 Mrd. hfl (36,4 Mrd. DM), zehn Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Drei Prozentpunkte der Zunahme entfallen allerdings auf Preis- und Wechselkursänderungen. Für das gesamte Jahr rechnet der Vorstand nach wie vor mit einer Zunahme des Mengenumsatzes um rund sieben Prozent. Dennoch werde das Ergebnis in diesem Jahr das Vorjahresniveau nicht erreichen.

Umsatzzunahmen gab es in den ersten neun Monaten insbesondere in den Bereichen Produkte und Systeme für professionelle Anwendungen und Unterhaltungselektronik. Beim letzteren Bereich trugen nicht nur neuere Erzeugnisse (CD-Spieler, Videorecorder, Videokamerarecorder) zum Absatzwachstum bei, sondern auch traditionellere Erzeugnisse wie Autoradios, Radiorecorder und HiFi-Anlagen. Der Bereich Industriezulieferungen litt unter einem starken Rückgang der Nachfrage nach elektronischen Bauelementen.

Die Zahl der Arbeitnehmer ging zum 30. September um 6000 auf weltweit 336 400 zurück, wobei einer Zunahme um 3100 in Europa eine Abnahme um 9100 außerhalb Europas gegenüberstand.

NIEDERSACHSEN / Einbußen der Genossenschaften

Milcherzeugung geht zurück

HUBERTUS BLASS, Hannover

Die EG-Agrarbeschlüsse haben die Erträge und Umsätze der 105 Raiffeisen-Warengenossenschaften und 82 Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr im Bereich des Genossenschaftsverbandes Niedersachsen (GVN)im Geschäftsjahr 1984/85 erheblich beeinträchtigt. Bei sinkenden Preisen ergab sich im Absatzgeschäft mengenmäßig ein Plus von 14 Prozent. Das Bezugsgeschäft ging sowohl der Menge wie dem Wert nach zurück. Der Gesamtumsatz von 2,44 Mrd. DM lag 5,7 Prozent unter dem Vorjahresergebnis, erklärte Verbandsdirektor Manfred Schlüter in Hannover vor Journalisten.

Ebenso negativ beeinflußten die EG-Beschlüsse die Molkereigenossenschaften. Nach Angaben des GVN hat die Milchquotenregelung zu einer geringeren Kapazitätsauslastung und gestiegenen Kosten geführt. Die Zahl der Molkereigenossenschaften ist durch zwölf Verschmelzungen auf 55 Einheiten zurückgegangen. Das Milchaufkommen lag in den ersten acht Monaten 1985 um 8,5 Prozent unter dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. 1984 war die Milchanlieferung um 2,2 Prozent auf 2,4 Mrd. kg gesunken. Für das gesamte Jahr 1985 wird sich der Rückgang voraussichtlich auf 5,5 bis 6 Prozent einpendeln.

Die 309 Volks- und Raiffeisenbanken im Verbandsgebiet haben nach Angaben des Verbandsdirektors, Wilfried Bungensteck, mit einer Bilanzsumme von 27,4 Mrd. DM ihr Ergebnis gegenüber dem Vorjahr in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 1,4 Prozent verbessert, womit sie einen neuen Höchststand erreicht hätten. Die Einlagen stiegen um rund ein Prozent auf 21,87 Mrd. DM. Ebenfalls um ein Prozent erhöhte sich das Kreditvolumen auf 18,1 Mrd. DM.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Wieder schwarze Zahlen

Hamburg (DW.) – Zum ersten Mal seit vier Jahren schreibt die Deutsche BP AG, Hamburg, für das laufende Jahr wieder schwarze Zahlen. Wie der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens, Hellmuth Buddenberg, in einem „APF-Blick"-Interview des privaten Fernsehkanals „Sat 1" sagte, sei die Umstrukturierung erfolgreich abgeschlossen worden: „Wir befinden uns heute in einer ausgezeichneten Position." Zur Frage der Versorgungssicherheit sagte der BP-Chef, die Abhängigkeit von der Opec sei durch die breiter gestreute Ölversorgung gebrochen. Für die Bundesrepublik und Europa spiele die Nordsee eine „sehr große Rolle".

Mehr Computerbänder

Ludwigshafen (VWD) – Ein weit überdurchschnittliches Marktwachstum für Kassetten mit Chromdioxid-Computerband erwartet die BASF-Datentechnik in den nächsten Jahren. Wegen der zu erwartenden Anwendung auch bei kleineren Rechnersystemen werde der Markt in wenigen Jahren größer sein als der Markt der in Rechenzentren eingesetzten Spulenbänder, heißt es in einer Mitteilung des Unternehmens. Der Geschäftsbereich Datentechnik der BASF, dessen weltweiter Umsatz 1985 die Milliarden-Marke (Vorjahr 850 Mill. DM) überspringen wird, rechnet 1985 mit einem Speichermedienumsatz von 560 (470) Mill. DM.

Lösung für Saarstahl?

Saarbrücken (rtr) – Die saarländische Landesregierung ist bei ihren Bemühungen um eine langfristige Existenzsicherung der Arbed Saarstahl GmbH offenbar weitergekommen. Ministerpräsident Oskar Lafontaine bestätigte gestern, daß er die Übernahme einer Zwei-Drittel-Mehrheit des gegenwärtig zum luxemburgischen Konzern Arbed SA gehörenden Völklinger Unternehmens durch Bund und Land anstrebt, die dann in einer „Treuhänderlösung" der Saarländischen Investitions-Kreditbank übertragen werden soll. Auch mit der Dillinger Hütte werde über eine Übernahme der industriellen Führung bei Saarstahl verhandelt. Lafontaine will am kommenden Montag auch mit Vertretern der 80 Gläubigerbanken von Saarstahl über ihren Beitrag zur Sanierung des Unternehmens sprechen.

Pfalzwerke-Strom teurer

Ludwigshafen (VWD) – Die Pfalzwerke AG, Ludwigshafen, wird voraussichtlich zum 1. Januar 1986 die Strompreise erhöhen. Nach Mitteilung des Unternehmens liegt eine Genehmigung der Landesregierung aber noch nicht vor. Die Strompreiserhöhung sei wegen wachsender Kostenbelastungen notwendig. Die Pfalzwerke werden 1985 insgesamt 90 (Vorjahr 84,7) Mill. DM investieren.

VW nach Südkorea

Seoul (VWD) – Die Volkswagen AG, Wolfsburg, hat mit der südkoreanischen Hyosung-Gruppe einen Vertrag abgeschlossen, der die Lieferung von VW und Audi vorsieht, sobald das Land seine Grenzen für ausländische Wagen öffnet. Nach Angaben der südkoreanischen Regierung wird dies Ende 1987 der Fall sein.

Weniger Möbel

Nürnberg (dpa/VWD) – Die deutsche Möbelindustrie wird 1985 durch den harten Winter und die Diskussion um die Chemikalie Formaldehyd einen Umsatzrückgang von rund drei Prozent erleiden. Wie Erich Naumann, Sprecher der Verbände der deutschen Holz- und Möbelindustrie, in Nürnberg sagte, verringerte sich in den ersten acht Monaten der Umsatz um real 3,9 Prozent. Die Zahl der Betriebe sank um 5,5 Prozent auf 1329, die Zahl der Beschäftigten um 4,7 Prozent auf 127 802. Nur im Export wurde ein Plus verbucht. Im ersten Halbjahr 1985 stiegen die Ausfuhren um zwölf Prozent auf 2,182 Mrd. DM. Durch ein verbessertes Konsumklima rechnet Naumann für 1986 mit einem Anstieg des Umsatzes um real zwei Prozent.

JAPAN / Kurssteigerung des Yen gegenüber dem Dollar

Exporteure unter Druck

dpa/VWD, Tokio

Japans Exportindustrie gerät wegen der scharfen Kurssteigerung des Yen im Vergleich zum Dollar unter zunehmenden Druck. Noch vor kurzem hatten Unternehmen verkündet, daß 215 Yen pro Dollar die Grenzlinie für gewinnträchtige Lieferungen ins Ausland sei. Gestern aber stand der Dollar in Tokio bereits bei 206,10 Yen.

Der hohe Yen-Kurs ist von den Finanzministern der „G-5"-Gruppe (USA, Japan, Deutschland, Frankreich und Großbritannien) seit ihrem Treffen in New York am 22. September bewußt angestrebt und mit Interventionen gefördert worden, um das Ungleichgewicht im Handel vor allem zwischen den Vereinigten Staaten und Japan abzubauen. Die Strategie wird sich spätestens Anfang nächsten Jahres auswirken.

Führende Elektronik-Unternehmen wie Matsushita Electric Industrial Co. und Sharp Corp. haben berichtet, daß sie bis zum Jahresende alle geplanten Exporte in die USA zu vorher vereinbarten Dollarkursen von rund 240 Yen abgeschlossen haben. Auch Auto- und Camera-Hersteller haben sich auf ähnliche Weise abgesichert.

Besonders negative Wirkungen hat die Entwicklung der letzten Wochen auf die Elektronik-Hersteller, die ins Kreuzfeuer der hohen Yen-Kurse und der Verkaufsrezession auf dem Halbleitermarkt geraten sind. Hitachi Ltd. hat eine Prognose veröffentlicht, nach der im laufenden Geschäftsjahr bis Ende März vier Mrd. Yen (50 Mill. DM) an Währungsverlusten abgebucht werden müssen, wenn der Yen-Kurs auf dem gegenwärtigen Niveau bleibt. Die großen japanischen Autoexporteure schließen Preiserhöhungen auf dem amerikanischen Markt als Ausgleich aus.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Beckum: OSZ Oelder-Schweinezucht-GmbH, Oelde; **Berlin-Charlottenburg:** Nachl. d. Ernö Garay; **Bochum:** Heinrich Esser Sanitär- u. Heizungstechnik GmbH, Königswinter; **Coesfeld:** Dieter John Haustechnische Anlagen, Lüftung, Klima, Betriebs GmbH, Dülmen; **Dortmund:** Fliesen- u. Baukeramik Heidt GmbH; **Düsseldorf:** RC Wohnungsverwaltungsges. mbH; **Duisburg:** Ursula Oberstenfeld, Drogistin; **Eschwege:** Autohaus Meurer KG, Sontra; **Flensburg:** Johnsen Werbung GmbH; **Gelsenkirchen:** Schroer, Schmidtke & Co. GmbH; **Hannover:** Gerd Menke, Bauingenieur; **Heidelberg:** H & K Feuerungsanlagen u. Kundendienst GmbH; **Heilbronn:** Renate Fischer, Bäckerei u. Konditorei, Steinheim; **Höxter:** Andreas Linke; **Köln:** Akkaya Helâl Mezbaha GmbH; **Königstein:** Verein für Suchtgefährdetenhilfe e. V., Kelkheim; **Krefeld:** Nachl. d. Anna Magdalena Gölden geb. Sax; **Leer:** Nachl. d. Dr. med. Freerk Mennen Helmers, Nortmoor; **Nördlingen/Donauwörth:** Engelbert Franz, Kaufmann, Nördlingen; **Norderstedt:** Karl-Heinz Denker GmbH; **Nordhorn:** Gerhard Lax, Elektromeister, Wilsum; **Nürnberg:** Bautract Grundstücksverwaltungs-GmbH, Abenberg; **Paderborn:** Nachl. d. Gisbert Dolle, Zahnarzt; **Plön:** Wolfgang Petersen, Tökendorf; **Recklinghausen:** Karl-Heinz Möller GmbH – Baustoffhandel; **Rosenheim:** H. E. G. Haus- u. Grundstücksges. mbH, Vogtareuth; **St. Wendel:** Modehaus Kammer GmbH & Co. KG; **Trier:** Nachl. d. Joachim Kowalczyk, Korlingen; **Wolfratshausen:** Christa Lanzendörfer, Rottach-Egern; Wohnungsbauunternehmen Bauingenieure Heim & Hänsel KG, Tegernsee; **Wuppertal:** J. u. M. Kaffeehaus-Gaststättenbetriebs-GmbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Köln: Peter Stodden GmbH Platten- u. Klinker-Spezialgeschäft.

Vergleich beantragt: Düsseldorf: Margarete Nowak, Kauffrau; **Hannover:** Nachl. d. Anneliese Büttner geb. Harstrick; **Siegburg:** FPL Hochbau GmbH, Troisdorf 19; **Vechta:** VDC Hausverwaltung Mietservice GmbH.

HESSEN / Unternehmer-Appell: Gemeinsam versuchen, den Ansehensverlust als Wirtschaftsstandort einzudämmen

Erste Aufregung über buntes Bündnis hat sich gelegt

JOACHIM WEBER, Frankfurt

„Sie können davon ausgehen, daß kaum ein hessischer Maschinenbauer das Land verlassen wird. Wir haben hier schon so manche Härte überstanden, und wir werden gewiß etwas länger bestehen als die rot-grüne Koalition", nimmt Wolf-Dieter Reutlinger, Vorsitzender der Landesgruppe Hessen im Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau, selbstbewußt Stellung zu den „Auswanderungs"-Prognosen der Unternehmer-Kollegen aus anderen Branchen.

Keine Frage: Die erste Aufregung über das bunte Bündnis in Wiesbaden hat sich erst einmal gelegt, die Industrie geht zur Tagesordnung über und wartet ab, was ein grüner Umweltminister ihr auf den Gabentisch legen wird, wenn er kurz vor Weihnachten sein Amt antritt. Den meisten Unternehmen im Lande waren die etwas heftig geratenen ersten Stellungnahmen – vor allem aus der hessischen Chemie, der in diesem Fall wohl auch BDI-Präsident Joachim Langmann (Merck) zuzurechnen ist – ohnehin nicht ganz recht.

Gar zu sehr liefen sie auch der Strategie der hessischen Unternehmervereinigung zuwider, mit Besonnenheit das Beste aus der neuen Situation zu machen. „Unser Beitrag sollte in dieser Lage in unablässigem Bemühen um sachliche vertrauensfördernde Gespräche unter allen politischen Verantwortlichen auf allen Ebenen bestehen", schärfte darum auch Unternehmer-Präsident Hermann Habich seinen Kollegen beim Jahrestreffen noch einmal ein.

Landesregierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber sollten sich an einen Tisch setzen, „um die durch Landespolitik beeinflußbaren Themen in aller Ruhe und Sorgfalt zu besprechen". Doch auch bei Habich schwang Sorge mit: „Gemeinsam müssen wir versuchen, den Ansehensverlust Hessens als Wirtschaftsstandort einzudämmen." Denn so unsinnig die Auswanderungs-Diskussion auch sein mag, der Makel einer vollends wirtschaftsfeindlichen Besetzung der Wiesbadener Landesregierung hätte längerfristig seine Folgen.

Klimatische Veränderung

Zwar würde kein ausländischer Banker, Dienstleiter oder Computer-Anbieter auf einen Standort am attraktiven Verkehrsknoten Frankfurt verzichten, nur weil die Grünen in Wiesbaden mitregieren. Und auch kein hessischer Unternehmer einer Größenordnung, die ihn überhaupt ins Visier der Landesregierung rükken würde, könnte seine Fabrik einfach schließen, um sich in Mainz, Aschaffenburg oder Göttingen wieder anzusiedeln. Selbst mit den Erweiterungsinvestitionen ist es so eine Sache: „Wenn ich einen Zweigbetrieb da draußen aufmache, dann brauche ich das ganze Drumherum vom Pförtner über die Kantine bis zum Personalbüro noch einmal. Das kann sich kaum ein Betrieb leisten", urteilt Wolfgang Simon, Geschäftsführer des Aßlarer Vakuumspezialisten Arthur Pfeiffer.

Doch das Gebaren einer Landesregierung hat auch schleichende Wirkungen, die durch klimatische Veränderungen hervorgerufen werden: größere Vorsicht bei Erweiterungsinvestitionen, aber auch bei Firmengründungen oder bei der Errichtung von Zweigwerken durch Unternehmen aus anderen Bundesländern, durchweg also jene Elemente, die zur lebensnotwendigen permanenten Frischzellenkur einer Volkswirtschaft zählen.

Daß Manager, die sich mit bürokratischen Hindernissen herumschlagen müssen, nicht mehr so effizient sind wie andere, die sich auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren können, führt auch zu einer höheren Unternehmens-Mortalität. Und an Problemen mit der Verwaltung leiden die hessischen Unternehmen schon seit zwei, drei Jahren keinen Mangel mehr.

Weil Beamte mit dem Blick auf die Minimierung des persönlichen Risikos besonders feine Antennen für alles Politisch-Atmosphärische zu entwickeln pflegen, gelten in Hessen seit Ausbruch der „Verhältnisse" zunehmend andere Spielregeln als in Ländern mit geordneten Staatsapparaten. Schon seit geraumer Zeit klagen Unternehmer aller Größenordnungen – wie zuletzt Hoechst-Chef Wolfgang Hilger – über Schwierigkeiten selbst mit vergleichsweise banalen Anträgen.

Klaus Engel, Personalchef der Hanauer Heraeus-Tochter Leybold, hat da seine Erfahrungen: „Wenn heute so ein kleiner Beamter einen Bauantrag bekommt, dann sucht der zuerst einen höheren Kollegen für die Unterschrift; der tut das gleiche, und so setzt sich das Spiel fort, möglichst bis auf Regierungsebene. Diese Verunsicherung der Sachbearbeiterebene wirkt sich allmählich lähmend aus: Jeder sucht einen anderen, der die Verantwortung trägt."

Da wird es dann schon als Erleichterung empfunden, wenn ein Unternehmen beim Aufbau eines Zweigwerks z. B. im benachbarten Bayern auf klareres Verhalten stößt: „Da wird mindestens genauso hart verhandelt wie hier, und auch die Auflagen sind alles andere als zahm. Aber es wird entschieden, und das sehr flott."

Infrastruktur vorhanden

Wenn hessische Unternehmer auch in näherer Zukunft nur ausnahmsweise einmal mit derlei flotten Entscheidungen rechnen können – ihr Exodus steht dennoch nicht zur Debatte. Zwar gehen vor allem umweltrelevante Zweige wie die Chemie härteren Zeiten entgegen. Doch gerade in dieser Branche gilt, daß die vorhandene (vor allem technische) Infrastruktur zur Standorttreue zwingt.

Und bis der grüne Umweltminister Joschka Fischer sein Amt antritt, sollten auch aufgeregte Unternehmer ihre Position vielleicht einmal unter einem Aspekt abklären, den der Mittelständler Wolfgang Simon ihnen nahelegt: „Wenn sich die Leute schon über die Ankündigung aufregen, daß künftig Gesetze angewendet werden sollen, dann wirft das ein trauriges Licht auf das Rechtsbewußtsein."

Freilich: Auch rechtsbewußte Unternehmer sorgen sich um das Jonglieren mit den Ermessensspielräumen. Den Rechtsanspruch auf eine gesetzmäßige Entscheidung einzuklagen, das wissen sie, dauert im Normalfall fünf bis sechs Jahre. Für die ursprünglich geplante Investition ist es bis dahin in einer dynamischen Wirtschaft allemal zu spät.

TÖNSMEIER / Erfolg mit der Altglas-Aufbereitung

Die „grüne Tonne" im Test

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Nur etwa acht Liter Müll produzierte jeder Bundesbürger 1959 pro Kopf und Woche, 1984 waren es jedoch bereits rund 25 Liter, nicht eingerechnet das Müllaufkommen aus Industrie, Handel und Gewerbe. Nur 14,6 Prozent dieser Mengen bestehen aus nicht mehr verwertbarem Abfall, 42,3 Prozent sind organische Substanzen, die sich zur Kompostierung eignen. Noch größer ist mit insgesamt 43,1 Prozent der Anteil der sogenannten Wertstoffe, also von Altpapier, Altglas, Kunststoff, Textilien und Metallen. Um geeignete Methoden zur Erhaltung und Rückführung bemühen sich im Bundesgebiet etwa 540 mittelständische Entsorgungsunternehmen mit 35 000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von rund 5 Mrd. DM, die im Verband Privater Städtereinigungsbetriebe (VPS) zusammengefaßt sind.

Eines dieser Unternehmen ist die Karl Tönsmeier GmbH & Co. KG, Porta Westfalica. Tönsmeier war eines der ersten Unternehmen, das die Konzeption der Abtrennung von Altglas aus dem Haushaltsmüll durch Erfassung in Depot-Containern einführte. Da dieses Bringsystem von der Öffentlichkeit schnell akzeptiert wurde, konnte es durch Trennung von Weiß- und Buntglas verfeinert werden. Der nächste, ebenfalls erfolgreiche Schritt war die Abtrennung von Altpapier, wiederum durch Spezial-Container. Tönsmeier erfaßt in seinem Entsorgungsgebiet pro Einwohner jährlich etwa 10 bis 20 kg Altpapier und 15 kg Altglas. Letzteres wird in einer selbst entwickelten Altglas-Aufbereitungsanlage, der ersten dieser Art, verarbeitet. Ihre Jahreskapazität liegt bei 50 000 Tonnen. Das entspricht einem Glasgewicht von 125 Mill. Weinflaschen.

Neuester Modellversuch ist die Einführung der sogenannten „grünen Tonne", die neben der üblichen „grauen Tonne" den Haushalten zur Verfügung gestellt wird. Sie soll alle wiederverwertbaren Abfälle aufnehmen. Diese gelangen direkt in die für 4 Mill. DM neu errichtete Wertstoffaufbereitungsanlage, in der die einzelnen Komponenten aussortiert werden. Ein erster Test läuft derzeit in drei ostwestfälischen Gemeinden.

Die Tönsmeier-Gruppe verzeichnete 1984 einen Jahresumsatz von 30 Mill. DM, zu dem die Altglas- und die Altpapierverwertung jeweils etwa 20 Prozent beisteuerten, 60 Prozent stammten aus der Müllabfuhr. Die Ertragslage wird als gut bezeichnet. Bis 1986 soll der Umsatz auf 45 Mill. DM erhöht werden.

Mit unserer Fertigungs-Lösung sind Sie schneller am Start. Und schneller am Ziel.

Den nötigen Wettbewerbsvorsprung in der Produktion kann Ihnen eine Sperry-Gesamtlösung verschaffen. Durch verbesserte Planung, Steuerung und Kontrolle. Durch mehr Transparenz und höhere Flexibilität. Das Ergebnis: Zuverlässige Liefertermine. Kürzere Durchlaufzeiten. Bessere Nutzung der Kapazitäten. Also: Höhere Produktivität bei niedrigeren Kosten.

Fertigung hängt auch mit Fertigkeit zusammen.

Sperry, einer der ersten in der Computerbranche, hat 30 Jahre Erfahrung mit eigenen Fertigungsbetrieben. Und mit vielen anderen bedeutenden Industrieunternehmen in aller Welt. Über ein Drittel der 200 größten sind Sperry-Kunden. Dazu kommen unzählige kleine und mittlere Betriebe, viele mit auftragsgebundener Fertigung. Gerade ihnen bietet Sperry ein Produktionsplanungs- und Steuerungssystem, basierend auf dem neuen Industriestandard UNIX, das alle Phasen der Auftragsabwicklung abdeckt. Und Kundenwünsche individuell unterstützt. Von der Planung bis zur Fertigung. Vom Auftragseingang bis zur Montage. Über die Material- und Kapazitätssituation wissen Sie per Knopfdruck jederzeit Bescheid.

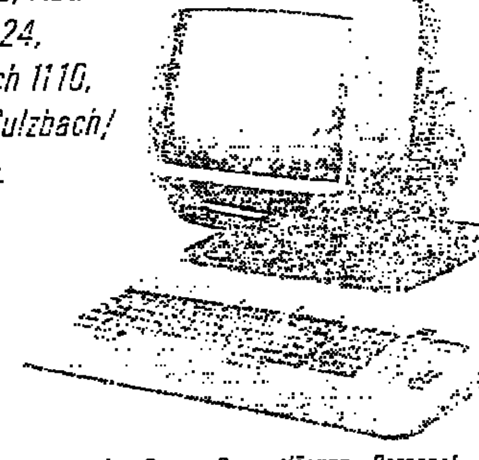
Einsteigen. Umsteigen. Oder Aufsteigen. Die Sperry-Gesamtlösung macht's möglich.

Die breite Produktpalette der Sperry-UNIX-Systeme – vom PC bis zum Großrechner – läßt alle Wachstumsreserven offen. Sie können klein einsteigen. Oder die Vernetzungsmöglichkeiten der Sperry-UNIX-Systeme nutzen und sie in Ihre schon vorhandene EDV einbinden. Und schließlich Ihr System um beliebige weitere Anwendungen aus dem Sperry-Angebot – von der Konstruktion bis zum Rechnungswesen – erweitern.

Zur Sperry-Gesamtlösung gehört der Sperry-Service.

Für Sperry heißt Gesamtlösung nicht nur Hard- und Software, sondern auch Organisations- und Anwendungsberatung. Unterstützung bei der Systemeinführung. Aus- und Weiterbildung Ihrer Mitarbeiter. Technische Betreuung und Wartung. Service für Hard- wie Software. Das ist die logische Konsequenz des Denkens in Gesamtlösungen.

Und wenn Sie sich jetzt einen wichtigen Vorsprung im Rennen um die Gunst Ihrer Kunden sichern wollen, dann wenden Sie sich an Sperry GmbH, Informationssysteme, Abt. VW 3/24, Postfach 1110, 6231 Sulzbach/Taunus.



Die Komponenten der Sperry-Gesamtlösung: Personal Computer. UNIX-Systeme vom PC bis zum Großrechner. Universalrechner vom Einstiegssystem bis zum Supercomputer. Integrierte Bürokommunikation mit SPERRYLINK. Terminals und Datennetze. MAPPER, Anwendungsentwicklungssystem der vierten Generation.

Aktien kräftig erholt

Lebhafte Meinungskäufe bei VW zu Spitzenkursen

DW. – Die sich schon gegen Schluß der Vortagsbörse abzeichnende neue Kaufwelle aus dem Ausland entwickelte sich am Mittwoch zu altgewohnter Stärke. Dadurch wurde der größte Teil der am Wochenbeginn eingetretenen Einbußen am Aktienmarkt wieder aufgeholt. Gestützt wurde die feste Tendenz durch zahlreiche Sonderbewegungen. Lediglich die Masse der Maschinenbauaktien hatte noch Schwierigkeiten die Wende mitzuvollziehen. Hier hielten sich die Tagesgewinne in der Regel in bescheidenen Grenzen.

Im Mittelpunkt der Meinungskäufe standen diesmal VW-Aktien. Gerüchte über eine kräftige Dividendenanhebung und über eine Kapitalerhöhung zu vergleichsweise niedrigen Ausgabekursen regten die spekulative Phantasie an. Trotz Glattstellungen vieler Erstzeichner setzten die Aktien von Kugelfischer ihren Anstieg bis 435 fort. Die Papiere waren in der Vorwoche zu 310 DM ausgegeben worden. Auslandskäufe sorgten bei Daimler und Mercedes für Kurssprünge von rund 40 DM. Großchemietitel lagen bis zu sechs DM fester. Bewegung auch in den bisher im Hintergrund gebliebenen Einzelhandelspapieren, von denen Hussel um knapp 20 DM anzogen. Am Bankenmarkt waren es vor allem die beiden bayerischen Großbanken und die BHF-Bank, die von der wiedererwachten Anlageneigung profitierten. Aber auch die Deutsche Bank lag deutlich fester, jedoch immer noch rund 20 DM unter ihren bisherigen Höchstkurs. Von den Stahlaktien holten Thyssen und Hoesch deutlich auf.

Frankfurt: BBC erhöhten um 11,50 DM und Metallgesellschaften erholten sich um 15 DM. Dyckerhoff St. verbesserten sich um 16 DM, und Buderus 10 DM. Nachgegeben haben Kali + Salz um 5,50 DM und Kochs Adler um 11 DM.

Düsseldorf: Balcke Dürr stockten um 10 DM, Banning um 5 DM und Dyckerhoff St. um 5 DM auf. Gerresheimer Glas verbesserten sich um 2,50 DM. Leffers verloren 9 DM und Dahlbusch 5 DM.

Hamburg: Bremer Vulkan lagen um 4 DM fester. HEW gaben um 0,70 DM nach und Hapg Lloyd um 1 DM. Holsten Brauerei erholten sich um 3 DM. Triton um 3 DM und Vereins- und Westbank um 4 DM.

Berlin: Schering verloren 7 DM und DeTeWe 5 DM. Verbessert haben sich Berliner Bank um 2,50 DM und Herlitz St. und Herlitz Vz. um jeweils 4 DM. DUB Schultheiss gaben um 1,50 DM und Berliner Kindl um 0,50 DM.

München: Agrob St. verloren 5 DM, Dywidag 1,50 DM und Brauhaus Coburg 17 DM. Zahnräder Renk verminderten um 8 DM. Audi AG legten 10 DM, Deckel 4,50 DM und NAK Stoffe 4,50 DM zu.

Stuttgart: Daimler erholten sich 36 DM. Mercedes wurden um 34 DM heraufgesetzt. Salamander machten 2,40 DM gut. IWKA festigen sich um 11 DM. Zeag Zement waren um 9 DM nachgebend.

Nachbörse: erholt

WELT-Aktienindex: 250,79 (245,51)
WELT-Umsatzindex: 8108 (5321)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

[illegible]

DM-Total: [illegible]

Inland

	6.11.	5.11.
H Aach M Bet. 12	[illegible]	[illegible]
H Aach. M. Vers.	[illegible]	[illegible]
D Aach. Rück. 9	[illegible]	[illegible]
D Aseag	[illegible]	[illegible]
M Acc.-Gigg 6	[illegible]	[illegible]
H Adco 5	[illegible]	[illegible]
D Adler 9	[illegible]	[illegible]
F Adt 0	[illegible]	[illegible]
F AEG 0	[illegible]	[illegible]
D AEG KABEL 7	347	[illegible]
S Aesculap 9	[illegible]	[illegible]
F AGAB 5	[illegible]	[illegible]
[illegible]		
H Br. Wolle 7	198	195
F BBC 6	297,5	286
S BSU Textil 0	1320G	1320G
D Buckau-W. 4,1	138G	135,5
D Buderus 11,5	420T	395G
M Bgt Br Ing 13+1	980G	982G
S Bgt Brt. Rav. 10	370	380G
S Calw D 18	742bG	740G
F Cassella 15	680	680
F Ceag 0	233	224,5
F Chem. Vw. 15	535	535
D Colonia 5	750	740
D Commerzb. 6	277,5	271,5

	6.11.	5.11.
D Conti-Feste	18,5T	17,4T
F Conti Gum.	[illegible]	[illegible]
D Conc. Chem. 4,5+3	335G	335G
B Conc. Spinne 0	405T	405T
D Contigas 7,5	352	352
D Conti Gummi 3	166,5	163
D Dehm St. 7,5	273bG	270
D dgl. Vz. 14,55	420	425T
S Daimler 12,5	1160	1124bG
M Deckel AG 0	209,5	205
D Dt. Atl. Tel 10+1	580T	580T
F Doag 5	344	349,5
D Dt. Babcock St. 3	235,5	227
D dgl. Vz. 3,5	223	216
[illegible]		
F Conti 7	[illegible]	[illegible]
D Gildem. 0	115bB	113T
D Girmes 0	156	156bG
D Glas & So. 11	268G	270G
D Goldschm. 8	237	238
M Gew. Frk. 9	256G	256
F Grunzw. H. 0	112T	116
H Guano 8	480B	480B
D GHH St. 3	227,5	225
D GHH Vz. 3	205	203
M Hacker-Psch. 23,5	1300G	1300G
H Hageda 0	105	105bG
D Hagen Batt. 5+1	161	161
H Hanf.-Meurer 0	166	169,8

	6.11.	5.11.
D Hamb. Berg 5	262,5	256
H Hb. Hochb. 14+0,64	98	100G
H HEW 5	117bG	116,5
H Hal. Lib. 9	–G	–G
H Hann. Papier 5,5	132	131,5
H Harmstorf 0	106	106
D Harpener 11	375	361
F Hartm. & B.St. 4	885	–
F dgl. Vz. 4	770G	775
M Heller-Brau 9	1050G	1050bG
S Heidelb. Zem. 7	410	405
M Heil. & W. 5	290G	290G
D Herl. Lehm. 0	275	270G
D Herl. Ind. 14+4	575T	585T
H Hammoor 12,3	765G	765bG
[illegible]		
B Langguth	[illegible]	[illegible]
D dgl. Vz. 10,5+5	[illegible]	[illegible]
F Lech Elektr. 7,5	[illegible]	[illegible]
D Leffers 7,5	[illegible]	[illegible]
B Lehmann 0	[illegible]	[illegible]
F Leifheit 5	[illegible]	[illegible]
M Leon. Drahtw. 10+2	[illegible]	[illegible]
F Linde 10	[illegible]	[illegible]
Hn Lind. Gildebr. 13	[illegible]	[illegible]
M Löwenbräu 8+1,5	[illegible]	[illegible]
D Lufthansa St. 3,5+1	[illegible]	[illegible]
D dgl. Vz. 3,5+1	[illegible]	[illegible]
D Magd. Feuer 7,5	[illegible]	[illegible]
H Maihak 4	[illegible]	[illegible]

	6.11.	5.11.
F Mainkraft 15	750bG	770B
F MAB 6,5+1	365bG	365G
F dgl. Vz. 6,5+1	325G	315
D Mannesmann 4	262	258
F Mannh. Vers. 8	860bG	830
H Markt & K. 7	220G	220
F MAN St. 0	215	206,5
F dgl. Vz. 0	194,5	189
F MAN-Rol. 20,2	510	509,5
S M.Mül.Weing. 0	315	311
D Mauser 0	110	108
F Mercedes 10,5	1065	1021
F Metallges. 0	305	290
S Met. u. Lock 0	124bB	125
S Müog 6,5	420G	420G
[illegible]		

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Ausland in DM

	6.11.	5.11.
[illegible]		
…ser	48	49,5
…fontain Cons.	34,3	35,6
…ont	160	165
…lop	2,5G	2,5G
…ern Air Lines	18,2	18,25
…tman Kodak	117	115
…ou	147G	146
Aquitaine	65	64,9
…n	32,5	33,5
…ort	75G	75G
…sson	68	65T
…elite Business	55G	55G
…on	140G	141

	6.11.	5.11.
[illegible]		
F Mitsubishi B.	4,25	4,2G
F Mitsui St.	14	14
F Mitsui & Co.	5,3G	5,3G
F Mitsui Engin.	1,85	1,9G
F Mitsui O. S. K.	2,8G	2,75G
F Mitsumi El.	8,9	9
H Mobil Corp.	79	81
F Monsanto	118,5	117xD
F Montedison	3,57	3,6
F Murata	24,8	24,5
M Nat. Semicond.	27,4	28bG
M NCR	94	93,7
D Nat. Westminster	26T	26T

	6.11.	5.11.
[illegible]		
M Western Mining	5,8	5,9
M Westinghouse El	111,8	111,9
F Westl.-Utrecht H.	84,5	84
M Weyerhaeuser	75,3	72,5
D Xerox Corp	138,5	137

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart. Stücke in 50 DM. *Stücke in 100 DM. **abweichende Stückelung. Kursive Pos.= ausl. Freiverkehr. Ohne Gewähr.

Ausland

Amsterdam · Kopenhagen · Luxemburg · London · Madrid · Brüssel · Mailand · Hongkong · New York · Paris · Johannesburg · Stockholm · Singapur · Tokio · Sydney · Oslo · Toronto · Wien · Zürich

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Fremde Währungen

[illegible]

Optionshandel

[illegible]

Nullkupon-Anleihen (DM)

[illegible]

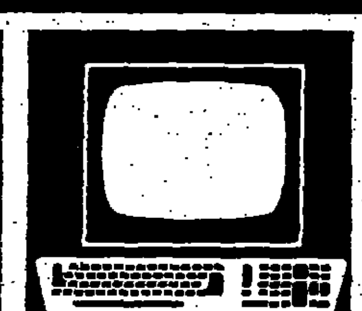
Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

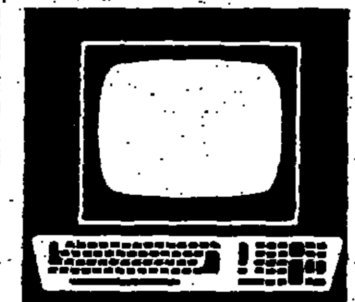
[illegible]

New Yorker Finanzmärkte

[illegible]









AUSSCHREIBUNGEN

Deutsche Bundespost

Öffentliche Ausschreibung – Aufforderungs- und Zuschlagsstelle: Fernmeldezeugamt Dienststelle Bs 31–5 Fernsprecher 0 40 / 46 60-3 15, Postfach 54 06 07, 2000 Hamburg 54 – Die Angebote sind einzureichen bei: Fernmeldezeugamt DSt Og/ID Postfach 54 06 07, 2000 Hamburg 54 – Art und Umfang der Leistungen:
PE – Rohr weich; Menge: ca. 15 000 m 50x5,4 mm, schwarz, (Außendurchm. x Wanddicke) nach DIN 8072 in 100 m Ringen. Preisstellung: frei Empfangsstelle Lieferung in Teilmengen an das Fernmeldezeugamt Hamburg – Lieferfrist 01. 01. – 31. 12. 86.
Die Verdingungsunterlagen können bis spätestens zum 18. 11. 85 kostenlos abgefordert werden beim: Fernmeldezeugamt DSt Bs 31–5, Postfach 54 06 07, 2000 Hamburg 54. Ablauf der Angebotsfrist: 02. 12. 85 Zahlungsbedingungen nach VOL/B § 17 mit ZVB Ausg. 1983. Die Zuschlagsfrist/Bindefrist endet am: 20. 12. 85 Mit der Abgabe eines Angebotes unterliegt der Bewerber den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gem. VOL/A § 27. Bewerber, die mit der o.g. Dienststelle bisher nicht in Geschäftsverbindungen standen, werden gebeten, ihrem Teilnahmeantrag Unterlagen beizufügen, nach denen ihre Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit beurteilt werden können. Eine Beteiligung am Wettbewerb kann erst nach Vorlage eines Prüfzeugnisses erfolgen.

Deutsche Bundespost

Öffentliche Ausschreibung – Aufforderungs- und Zuschlagsstelle: Fernmeldezeugamt, Dienststelle Bs 31–5, Fernsprecher 0 40 / 46 60-3 15, Postfach 54 06 07, 2000 Hamburg 54 – Die Angebote sind einzureichen bei: Fernmeldezeugamt DSt Og/ID, Postfach 54 06 07, 2000 Hamburg 54 – Art und Umfang der Leistungen:
Steugel in Beuteln: à 10 g (Pckg. = 50 Beutel); Menge: ca. 3000 Pckg.; à 25 g (Pckg. = 30 Beutel); Menge: ca. 2400 Pckg.; à 50 g (Pckg. = 20 Beutel) Menge: ca. 300 Pckg. Preisstellung: frei Empfangsstelle. Lieferung in Teilmengen an das Fernmeldezeugamt Hamburg – Lieferfrist 1.01. – 31. 12. 86.
Die Verdingungsunterlagen können bis spätestens zum 18. 11. 85 kostenlos abgefordert werden beim: Fernmeldezeugamt DSt Bs 31–5, Postfach 54 06 07, 2000 Hamburg 54, Ablauf der Angebotsfrist: 2. 12. 85, Zahlungsbedingungen nach VOL/B § 17 mit ZVB Ausg. 1983. Die Zuschlagsfrist/Bindefrist endet am: 20. 12. 85. Mit der Abgabe eines Angebotes unterliegt der Bewerber den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gem. VOL/A § 27. Bewerber, die mit der o.g. Dienststelle bisher nicht in Geschäftsverbindungen standen, werden gebeten, ihrem Teilnahmeantrag Unterlagen beizufügen, nach denen ihre Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit beurteilt werden können. Eine Beteiligung am Wettbewerb kann erst nach Vorlage eines Prüfzeugnisses erfolgen.

Deutsche Bundespost

Öffentliche Ausschreibung – Aufforderungs- und Zuschlagsstelle: Fernmeldezeugamt, Dienststelle Bs 31–5, Fernsprecher 0 40 / 46 60-3 15, Postfach 54 06 07, 2000 Hamburg 54 – Die Angebote sind einzureichen bei: Fernmeldezeugamt DSt Og/ID. Postfach 54 06 07, 2000 Hamburg 54 – Art und Umfang der Leistungen:
Los 1: diverse Furnierplatten, Menge ca. 400 m², diverse Tischlerplatten, Menge ca. 1800 m², diverse Spanplatten, Menge ca. 400 m², diverse Holzfaserplatten Menge ca. 1200 m², Los 2: diverse Bretter, Menge ca. 300 m², diverse Vierkantleisten, Menge ca. 2400 m². Preisstellung: frei Empfangsstelle. Lieferung in Teilmengen an das Fernmeldezeugamt Hamburg – Lieferfrist 1. 1. – 31. 12. 86.
Die Verdingungsunterlagen können bis spätestens zum 18. 11. 85 kostenlos abgefordert werden beim: Fernmeldezeugamt DSt Bs 31–5, Postfach 54 06 07, 2000 Hamburg 54. Ablauf der Angebotsfrist: 2. 12. 85 Zahlungsbedingungen nach VOL/B § 17 mit ZVB Ausg. 1983. Die Zuschlagsfrist/Bindefrist endet am: 20. 12. 85. Mit der Abgabe eines Angebotes unterliegt der Bewerber den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gem. VOL/A § 27. Bewerber, die mit der o.g. Dienststelle bisher nicht in Geschäftsverbindungen standen, werden gebeten, ihrem Teilnahmeantrag Unterlagen beizufügen, nach denen ihre Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit beurteilt werden können. Eine Beteiligung am Wettbewerb kann erst nach Vorlage eines Prüfzeugnisses erfolgen.

Deutsche Bundespost

Öffentliche Ausschreibung – Aufforderungs- und Zuschlagsstelle: Fernmeldezeugamt, Dienststelle Bs 31–5, Fernsprecher 0 40 / 46 60-3 15, Postfach 54 06 07, 2000 Hamburg 54 – Die Angebote sind einzureichen bei: Fernmeldezeugamt DSt Og/ID, Postfach 54 06 07, 2000 Hamburg 54 – Art und Umfang der Leistungen:
Alleskleber, diverse Gebinde, Menge: ca. 5000 Stck., Kontaktkleber, diverse Gebinde, Menge: ca. 3500 Stck., Zyanakrylatkleber, Menge: ca. 300 Stck. Preisstellung: frei Empfangsstelle Lieferung in Teilmengen an das Fernmeldezeugamt Hamburg – Lieferfrist 1. 1. – 31. 12. 86.
Die Verdingungsunterlagen können bis spätestens zum 18. 11. 85 kostenlos abgefordert werden beim: Fernmeldezeugamt DSt Bs 31–5, Postfach 54 06 07, 2000 Hamburg 54. Ablauf der Angebotsfrist: 2. 12. 85. Zahlungsbedingungen nach VOL/B § 17 mit ZVB Ausg. 1983. Die Zuschlagsfrist/Bindefrist endet am: 20. 12. 85. Mit der Abgabe eines Angebotes unterliegt der Bewerber den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gem. VOL/A § 27. Bewerber, die mit der o.g. Dienststelle bisher nicht in Geschäftsverbindungen standen, werden gebeten, ihrem Teilnahmeantrag Unterlagen beizufügen, nach denen ihre Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit beurteilt werden können. Eine Beteiligung am Wettbewerb kann erst nach Vorlage eines Prüfzeugnisses erfolgen.

Deutsche Bundespost

Öffentliche Ausschreibung – Aufforderungs- und Zuschlagsstelle: Fernmeldezeugamt, Dienststelle Bs 31–5, Fernsprecher 0 40 / 46 60-3 15, Postfach 54 06 07, 2000 Hamburg 54 – Die Angebote sind einzureichen bei: Fernmeldezeugamt DSt Og/ID, Postfach 54 06 07, 2000 Hamburg 54 – Art und Umfang der Leistungen:
PVC-Folie, weich, Menge: ca. 21 000 m², 0,2 mm stark, ca. 1300 mm breit, farblos transparent, Rolle zu 30 m. Preisstellung: frei Empfangsstelle Lieferung in Teilmengen an das Fernmeldezeugamt Hamburg – Lieferfrist 1. 1. – 31. 12. 86.
Die Verdingungsunterlagen können bis spätestens zum 18. 11. 85 kostenlos abgefordert werden beim: Fernmeldezeugamt DSt Bs 31–5, Postfach 54 06 07, 2000 Hamburg 54. Ablauf der Angebotsfrist: 2. 12. 85. Zahlungsbedingungen nach VOL/B § 17 mit ZVB Ausg. 1983. Die Zuschlagsfrist/Bindefrist endet am: 20. 12. 85. Mit der Abgabe eines Angebotes unterliegt der Bewerber den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gem. VOL/A § 27. Bewerber, die mit der o.g. Dienststelle bisher nicht in Geschäftsverbindungen standen, werden gebeten, ihrem Teilnahmeantrag Unterlagen beizufügen, nach denen ihre Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit beurteilt werden können. Eine Beteiligung am Wettbewerb kann erst nach Vorlage eines Prüfzeugnisses erfolgen.

Deutsche Bundespost

Öffentliche Ausschreibung – Aufforderungs- und Zuschlagsstelle: Fernmeldezeugamt, Dienststelle Bs 31–5, Fernsprecher 0 40 / 46 60-3 15, Postfach 54 06 07, 2000 Hamburg 54 – Die Angebote sind einzureichen bei: Fernmeldezeugamt DSt Og/ID, Postfach 54 06 07, 2000 Hamburg 54 – Art und Umfang der Leistungen:
Putzlappen, weiß, Leinen und Kattunenware, besonders ausgesuchte Qualität in ca. 10-kg-Plastiktüten nach DIN 61650. Los 1: Menge ca. 18 000 kg. Los 2: Menge ca. 18 000 kg. Preisstellung: frei Empfangsstelle Lieferung in Teilmengen an das Fernmeldezeugamt Hamburg – Lieferfrist 1. 1. – 31. 12. 86.
Die Verdingungsunterlagen können bis spätestens zum 18. 11. 85 kostenlos abgefordert werden beim: Fernmeldezeugamt DSt Bs 31–5, Postfach 54 06 07, 2000 Hamburg 54. Ablauf der Angebotsfrist: 2. 12. 85, Zahlungsbedingungen nach VOL/B § 17 mit ZVB Ausg. 1983. Die Zuschlagsfrist/Bindefrist endet am: 20. 12. 85 Mit der Abgabe eines Angebotes unterliegt der Bewerber den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gem. VOL/A § 27. Bewerber, die mit der o.g. Dienststelle bisher nicht in Geschäftsverbindungen standen, werden gebeten, ihrem Teilnahmeantrag Unterlagen beizufügen, nach denen ihre Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit beurteilt werden können. Eine Beteiligung am Wettbewerb kann erst nach Vorlage eines Prüfzeugnisses erfolgen.

Renditen weiter rückläufig

Die Versicherung der Bundesbank, auf der Konferenz der Notenbankchefs in New York keine Zinsabsprachen getroffen zu haben, führte zu einer weiteren Stimmungsbesserung am Rentenmarkt. Diese schlug sich in Kursanhebungen bis zu 0,70 Prozentpunkten vor allem bei den langlaufenden öffentlichen Anleihen nieder. Die siebenprozentige Bahnanleihe wurde am zweiten Notierungstag zu 102,50 Prozent gehandelt. Gewisse Sorgen bereiten noch die DM-Auslandsanleihen. Hier fehlen ausländische Käufer, die bei den öffentlichen Anleihen inzwischen wieder aktiv geworden sind.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Optionsanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Knapp behauptet schlossen am Dienstag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Kaum Veränderungen bei Silber. Gut behauptet ging Kupfer aus dem Markt. Kaffee und Kakao verzeichneten Abschläge.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	5.11.	4.11.
Dez.	323,75	325,00
März	329,25	329,25
Mai	313,25	314,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)
Wheat Board cif.

	5.11.	4.11.
St.L. 1 CW	270,45	268,30
Am. Durum	267,39	265,24

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

5.11.	4.11.
45,00	45,00

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

5.11.	4.11.
21,00	21,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	5.11.	4.11.
Nov.	113,50	114,20
Jan.	114,30	116,70
März	115,10	116,40
Mai	115,50	116,60
Juli	115,10	115,90
Umsatz	750	500

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg)
roh Niederl. fob Werk

5.11.	4.11.
131,00	130,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen

	5.11.	4.11.
cif	427,50	425,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1

	5.11.	4.11.
cif	243,00	246,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Zinn-Preis Penang

Energie-Terminkontrakte

Kartoffeln

Baumwolle

Devisenmärkte

Der US-Dollar eröffnete am 6. 11. an den europäischen Märkten mit Kursen um 2,60 und lag damit 1,5 Pfennig unter seinem Vortageshoch. Als auslösendes Moment nannten die Marktteilnehmer die fortbestehenden Anstrengungen Japans, den Dollarkurs gegenüber dem Yen weiter zu drücken. Im Verlauf stellte sich zunächst ein Anstieg bis 2,6070 ein, der jedoch keinen Bestand hatte. Nach der amtlichen Notiz mit 2,6048 fiel er wieder auf sein Eröffnungsniveau zurück. Der Schweizer Franken schwächte sich um 6 Pfennig auf 121,50 ab, als weitere Reaktion auf die ermäßigten Einlagenzinsen. Der Japanische Yen verzeichnete mit 1,2655 den höchsten Stand seit Anfang Mai dieses Jahres. Die übrigen amtlich notierten Währungen veränderten sich mit minimalen Kursausschlägen zu beiden Seiten. US-Dollar in: Amsterdam 2,9330; Brüssel 52,615; Paris 7,9290; Mailand 1757,50; Wien 18,3270; Zürich 2,1439; Ir. Pfund/DM 3,095; Pfund/Dollar 1,4358; Pfund/DM 3,74.

Devisen und Sorten

6.11.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,6008	2,6088	2,5750	2,55	2,64
London[2]	3,733	3,747	3,675	3,66	3,81

Devisenterminmarkt

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

Geldmarktsätze

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Euro-Yen

Rechnungs-Einheiten

ECU

Junge Aktien

WELT-Aktien-Indices

Kursgewinner:

Kursverlierer:

ECU-Tageswerte

Wegen der Arbeitsruhe am Buß- und Bettag fehlt uns wichtige Zeit bei der Vorbereitung unserer Wochenendausgabe vom 23. November

Wir bitten deshalb unsere Inserenten:

Schicken Sie Anzeigenaufträge für die Samstag-Ausgabe vom 23. November möglichst frühzeitig an uns ab

Sie helfen uns damit, Ihre Aufträge mit üblicher Sorgfalt ausführen zu können.



4300 Essen 18/Kettwig
Im Teelbruch 100
Telefon (0 20 54) 10 11
Telex 08–579 104

1 Berlin 61, Kochstraße 50
Telefon (0 30) 2 59 11
Telex 01–84 611

2 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1
Telefon (0 40) 34 71
Telex 02–17 001 777

Manfred Wilke über die Kommunisten im DGB

Die Pferde waren willig

Bei der Lektüre des neuen, als Forschungsbericht 46 der Konrad-Adenauer-Stiftung veröffentlichten Buches von Manfred Wilke empfiehlt es sich für den Leser, das Resümee des Autors am Ende der 300 Seiten starken Ausarbeitung zuerst zu lesen. Er wird dann schneller erfassen, worum es hier geht: um die Unterwanderungspraktiken der Kommunisten gegenüber den freien Gewerkschaften in der Bundesrepublik und um den dramatischen Erfolg, den diese Praktiken inzwischen tatsächlich gehabt haben.

Das Buch ist nicht ganz leicht zu lesen, denn Wilke, ein ebenso unerschrockener wie penibler Kritiker der Entwicklung, läßt sich auf eine genaue Analyse der offiziellen Gewerkschaftstexte ein, die zum großen Teil aus „Andeutungsdeutsch" (Wilke) bestehen, wodurch die Tatbestände eher verschleiert denn klargelegt werden.

Wilke konstatiert ein Abrücken des DGB von der traditionellen Definition der Einheitsgewerkschaft als



Bündnis von Sozialdemokraten und Arbeitnehmerflügel der Union gegen „faschistische, kommunistische, nationalistische, militaristische und alle sonstigen antidemokratischen Einflüsse" – so stand es noch in der DGB-Satzung von 1962 – und eine Hinwendung zum sogenannten „progressiven Bündnis". Vier Phasen macht er dafür aus.

Die erste war markiert durch den Entwurf einer neuen DGB-Satzung, die 1969 veröffentlicht wurde, und in der der Satzungsauftrag des „Kampfes gegen Kommunisten und Faschisten" gestrichen wurde. Wilke spricht von einer „Phase der offiziellen Tolerierung" kommunistischer Politik im DGB, von der insbesondere die 1968 neu konstituierte DKP profitiert habe.

Mit dem 9. Ordentlichen DGB-Bundeskongreß in Berlin 1972 sei die zweite Phase, die der „aktiven Duldung" der DKP im DGB, kenntlich geworden. Zwar habe der Kongreß einen Antrag der IG Metall beschlossen, der den DGB grundsätzlich zum Kampf gegen den politischen Extremismus gleich welcher Spielart verpflichtete. Gleichwohl sei ein Antrag des Bundesjugendausschusses des Gewerkschaftsbundes als „Material" verabschiedet worden, in dem der politische Extremismusbegriff auf den Kampf gegen den Neofaschismus, vulgo Kampf gegen Rechts, eingegrenzt worden sei.

Als dritte Phase, die Wilke mit „Die Grenzsteine wurden verrückt" überschreibt, schildert er den unter der Meinungsführerschaft der IG Druck und Papier Mitte und Ende der siebziger Jahre entstehenden „progressiven Block" unter den Funktionären, dem „fortschrittliche Bündnisse" vor allem im DGB-Jugendbereich vorausgegangen waren. Dieser „Bewegungsflügel" des DGB, wie sich jene Funktionäre selbst definierten, habe sich vornehmlich aus der IG Metall, der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) und der Gewerkschaft Holz und Kunststoff rekrutiert. Im DGB war diese Gruppe für eine Politik gegen den NATO-Doppelbeschluß, für die „Friedensbewegung" und für den Krefelder Appell.

Als Beginn der letzten Phase nennt Wilke den Gewerkschaftstag der IG Metall im Herbst 1983, auf dem ein Antrag unter dem irreführenden Titel „Verteidigung der Einheitsgewerkschaft" angenommen worden sei (Antrag Nr.157), in dem festgestellt wurde: „Die verschiedenen weltanschaulichen und politischen Strömungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung – z.B. Sozialdemokraten, Christdemokraten, Kommunisten – haben ihren Platz innerhalb der IG Metall. Daran lassen wir nicht rütteln."

Manfred Wilke allerdings, Professor an der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin, rüttelt ganz entschieden daran. Er sagt zu diesem, auch durch das Schweigen von Sozial- und Christdemokraten erst ermöglichten „fortschrittlichen Bündnis": „Der gegenüber den Kommunisten im Leitbild der Einheitsgewerkschaft geschleifte Grenzstein wird von diesem Bündnis an einer anderen Stelle neu errichtet: gegen die Antikommunisten." GÜNTHER BADING

Manfred Wilke: Einheitsgewerkschaft zwischen Demokratie und antifaschistischem Bündnis, Verlag Ernst Knoth, Melle, 302 Seiten, 18,80 Mark.



Mit feinem Pinsel in altmeisterlicher Art gemalt: „Materia secunda" (vergrößerter Ausschnitt) von Roland Becker, aus der Nürnberger Ausstellung FOTO: Stadtgeschichtliche Museen

Geheimlehren und uralte Zeichen – Roland Beckers Tafelbilder in Nürnberg

Im Labyrinth eines Paradiesgartens

Die Bilder nehmen gefangen, wenn man ihnen unvorbereitet gegenübertritt. Und unvorbereitet sind wohl die meisten Betrachter. Denn die kleine Ausstellung im Nürnberger Fembohaus, dem Stadtgeschichtlichen Museum, verrät nicht, ob sie ein vergessenes historisches Kapitel aufblättert, oder ob sie einen zeitgenössischen Künstler, die hier regelmäßig Gastrecht haben, vorstellt.

Es sind kleine Tafelbilder, meist quadratisch, altmeisterlich genau mit feinstem Pinsel gemalt. Sie zeigen Kreise mit geheimnisvollen Wörtern und Buchstabenkombinationen in allen möglichen Schriftarten, sie fügen die unterschiedlichsten magischen Quadrate, ausgefüllt mit arabischen Zahlen, römischen und hebräischen Lettern und seltsamen Geheimzeichen, zusammen. Sie führen uns das „Labyrinth des Paradiesgartens" vor, dessen Wege sich durch die sich niemals wiederholenden Variationen eines viergeteilten Quadrats markieren. Oder sie locken uns in die „materia secunda", einen Kreis voller wildwuchernder Pflanzen mit Tierköpfen, Menschengesichtern, Drachen, Schlangen und anderen seltsamen Wesen, die zu einem dichten Ornament verwoben sind, wie die Grotesken, die in der Renaissance nach der Entdeckung von Neros Domus aurea Wände und Decken der Paläste überzogen.

Diese Bilder stecken voller höchst komplizierter Zusammenhänge. Das verraten die Beschriftungen, die auf alchimistische Begriffe, die Kabbala, persische Geheimlehren und uralte Zeichen und Symbole verweisen. Zugleich lassen sie uns das Entstehungsdatum wissen: Die Tafeln wurden alle in den letzten zehn, fünfzehn Jahren von Roland Becker gemalt.

Der Fünfzigjährige ist Gebrauchsgraphiker, verdient sich sein Geld mit der Gestaltung von Versandhauskatalogen und ähnlichen Brotarbeiten. Außerdem aquarelliert er, Landschaften und Ansichten von Nürnberg zumeist. Die esoterischen Schrift- und Zahlenbilder, die er bislang noch nie ausgestellt hat, und die er auch nicht verkauft, sind dagegen seine Freizeitbeschäftigung. Sie erwuchsen aus dem Interesse und dem Studium der verschiedenen Geheimlehren, ihrer Symbole, ihrer Kulte und vor allem ihrer Buchstaben- und Zahlenmystik. Das alles wurde dann in die Tafeln umgesetzt, deren Bedeutung der Maler in allen Einzelheiten zu erklären vermag.

Aber auch den, der diese Zusammenhänge nur vermutet, fesseln die Bilder. Zum einen, weil sie so offensichtlich ein Geheimnis verbergen, dem scheinbar mit Geduld auf den Grund zu kommen ist, zum andern aber weil sie so raffiniert komponiert sind, daß sie das Auge stets aufs Neue zu Spaziergängen durch die labyrinthischen Schriftbänder, die beziehungsvollen Zahlenkolonnen, die ineinander verschlungenen Grotesken-Ornamente verlocken.

Vor allem aber zeigen sie immer wieder ein anderes Gesicht. Aus der Ferne betrachtet erscheinen sie als ausgewogene abstrakte Komposition. Nähert man sich ihnen, werden Details deutlich, beginnen sie zu vibrieren, üben sie einen eigenartigen Sog aus, um dann, wenn man nah herantritt, das Auge sogleich gefangenzunehmen. Und unversehens hat man vor diesen knapp zwei Dutzend Bildern mehr Zeit als in mancher großen Ausstellung zeitgenössischer Kunst verbracht. (Bis Ende November; Faltblatt kostenlos) PETER DITTMAR

Köln: 3. Jahrestagung der Politikwissenschaftler

Was sind Ideologien?

Sind wir heute am Ende des „ideologischen Zeitalters" angelangt, wie man noch vor kurzem immer wieder hören konnte? Oder muß man im Gegenteil von einer „Rückkehr der Ideologien" sprechen? Auf der Tagesordnung der dritten Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft in Erftstadt bei Köln stand jedenfalls das Thema „Ideologien", und niemand schien etwas davon wissen zu wollen, daß diese faktisch schon einmal totgesagt waren. Braucht der Westen eine Ideologie? – so wurde gefragt. Oder auch: Soll man den Ideologiebegriff dem Marxismus überlassen?

Wilhelm Bürklin (Kiel) versuchte es mit einer Zyklentheorie der Ideologien. Vor allem wirtschaftliche Auf- und Abschwungphasen steuern seiner Meinung nach den Verlauf ideologischer Debatten. Für „politisch schwer durchsetzungsfähige Gruppen" (gemeint waren die intellektuellen Eliten) erhöhe sich in Zeiten technologischer Umbrüche die Gefahr der gesellschaftlichen und politischen Desintegration, was diese Gruppen veranlasse, ihre Position mit übergreifenden Gemeinwohlansprüchen und einem neuen Überzeugungssystem, eben einer Ideologie, zu verstärken.

Schade nur, daß Bürklin mit seiner Theorie z.B. die letzte erfolgreiche ideologische Mobilisierung, nämlich die Studentenrevolte mitten in einer Phase des Wohlstandes, gerade *nicht* erklären konnte. Bereitwillig räumte er das auch ein und fügte hinzu, daß die Zyklentheorie ohnehin erst in 200 Jahren wissenschaftlich exakt verifizierbar sein werde – *bis dahin will* man genügend Daten beisammen haben. Gelacht wurde darüber nicht in Erftstadt.

„Eine gewisse Re-Ideologisierung ist für die Konkurrenzdemokratie nicht bestandgefährdend", meinte Hella Mandt (Trier). Hermann Lübbe (Zürich) forderte dagegen die Entideologisierung als Voraussetzung eines gedeihlichen Zusammenlebens, die „Trivialisierung des Politischen", stärkere Beachtung des Sachverstands und eine Anerkennung der Zwecke auf der Basis des *Common sense*.

Leider wurden die Kontroversen nicht konsequent ausgetragen, was dem Kongreß sehr zum Nachteil gereichte. Einig war man sich immerhin beim Blick auf den kommunistischen Osten. Obwohl dort der ständige Bezug auf die Ideologie geradezu gebetsmühlenhafte Züge angenommen habe, kümmere sich doch im Grunde niemand mehr um ideologische Stringenz und Wirklichkeitsnähe. Der Osten pflegt, gestützt auf sein Meinungsmonopol, *eine „Ideologie des offiziellen Vergessens"*, definierte Hannelore Horn (Berlin). Die Ideologie sei völlig funktionalisiert, diene nur noch zur Bekundung (erzwungenen) politischen Gleichklangs.

Anders stünde es mit der Ideologie in der Dritten Welt. Bis vor kurzem habe man noch fest an die unaufhaltsame Modernisierung dieser Dritten Welt geglaubt. Dabei sei man von einer eindimensionalen und irreversiblen gesellschaftlichen Veränderung in Richtung auf zunehmende Differenzierung der Arbeit und der sozialen Beziehungen ausgegangen, von einer fortschreitenden „Entzauberung der Welt", also einer dem Westen analogen Säkularisierung. Dies habe sich als falsch erwiesen.

„Religion motiviert die Leute mehr als je zuvor. Politisches Handeln wird religiös begründet. Die Dritte Welt ist also weit davon entfernt, westliche Lebensformen anzunehmen." So Theodor Hans (Freiburg) in einem globalen Länderpanorama. Mit zunehmenden Problemen in diesen Ländern sei zu rechnen. Die destabilisierende Rolle der Religionen oder religionsähnlich aufgezäumter Ideologien löse insbesondere in halbsäkularisierten Ländern schwere Konflikte aus. Getragen werde die „Fundamentalisierung" von frustrierten neuen Bildungsschichten, die eine Modernisierung ohne Verwestlichung anstrebten.

Hans räumte dem Fundamentalismus einige Erfolgschancen ein. Wolfgang Hirschweber (Mannheim) hingegen meinte, daß er sich wohl gerade noch eine formale Übernahme westlicher Technik vorstellen könne, nicht jedoch eine eigenständige Forschung unter den Bedingungen des Fundamentalismus. „In einem Ambiente, wo eine Mondfinsternis damit erklärt wird, daß der Prophet den Mantel über den Mond schlägt, ist Forschung nicht möglich."

Auch diese Kontroverse wurde nur angetupft, nicht ausgetragen. Aber offenbar ist in der Politikwissenschaft selber zur Zeit zu viel in Fluß, als daß sie noch als Instrument zur politischen Analyse taugte. Zuerst muß sie einmal ihre eigenen Probleme zu lösen versuchen. MAX A. HÖFER

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geiler, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 22 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

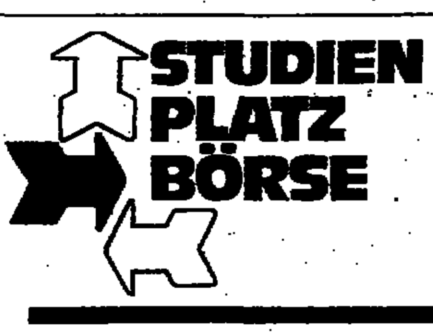
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1986

Humanmedizin
1. vorklinisches Semester

von	nach
1 Bochum	Tübingen
2 Düsseldorf	Bonn
3 Frankfurt	Freiburg
4 Frankfurt	Uni München
5 Frankfurt	Tübingen

Humanmedizin
2. vorklinisches Semester

von	nach
1 FU Berlin	Freiburg
2 FU Berlin	Göttingen
3 FU Berlin	Hamburg
4 FU Berlin	Lübeck
5 FU Berlin	Münster
6 Düsseldorf	Uni München
7 Gießen	Bonn
8 Gießen	Göttingen
9 Gießen	Hamburg
10 Gießen	Münster
11 Göttingen	Hannover
12 Köln	Bonn
13 Köln	Erlangen
14 Marburg	Münster
15 Würzburg	Erlangen
16 Würzburg	Freiburg
17 Würzburg	Tübingen

Humanmedizin
3. vorklinisches Semester

von	nach
1 Bochum	Erlangen
2 Bochum	Göttingen
3 Bochum	TU München
4 Bochum	Uni München
5 Bochum	Ulm
6 Bochum	Würzburg
7 Heidelberg	Hannover
8 Heidelberg	Hamburg
9 Kiel	Hamburg
10 Mainz	Heidelberg
11 Saarbrücken	Freiburg
12 Saarbrücken	Tübingen
13 Saarbrücken	Ulm
14 Tübingen	Heidelberg

Humanmedizin
4. vorklinisches Semester

von	nach
1 Bonn	Göttingen
2 Bonn	Hannover
3 Bonn	Lübeck
4 Bonn	Münster
5 FU Berlin	Freiburg
6 FU Berlin	München
7 Essen	Mainz
8 Essen	Saarbrücken
9 Gießen	Göttingen
10 Marburg	FU Berlin
11 Marburg	Erlangen
12 Marburg	Freiburg
13 Marburg	Göttingen
14 Marburg	Uni München
15 Münster	Freiburg
16 Münster	TU München
17 Münster	Uni München
18 Münster	Tübingen
19 Mainz	FU Berlin
20 Mainz	Freiburg
21 Mainz	Saarbrücken
22 Mainz	Tübingen
23 Würzburg	FU Berlin
24 Würzburg	Göttingen
25 Würzburg	Lübeck
26 Würzburg	Kiel
27 Würzburg	TU München
28 Würzburg	Uni München

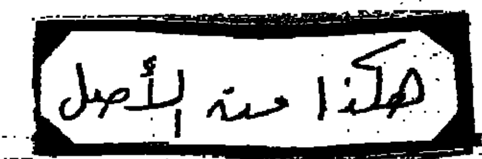
Humanmedizin
1. klinisches Semester

von	nach
1 FU Berlin	Freiburg
2 FU Berlin	Tübingen
3 FU Berlin	Ulm
4 Erlangen	Marburg
5 Frankfurt	Freiburg
6 Frankfurt	Münster
7 Frankfurt	Tübingen
8 Göttingen	Uni München
9 Münster	TU München
10 Münster	Uni München
11 Tübingen	Uni München

Humanmedizin
2. klinisches Semester

von	nach
1 Düsseldorf	Münster
2 Freiburg	TU München
3 Freiburg	Uni München
4 Gießen	Ulm
5 Heidelberg	Düsseldorf
6 Lübeck	RWTH Aachen
7 Mannheim	Köln
8 Marburg	Göttingen
9 Marburg	Hannover
10 Mainz	Freiburg
11 Mainz	Lübeck
12 Mainz	Köln
13 Mainz	Kiel
14 Mainz	Tübingen
15 Mainz	Ulm
16 Würzburg	Erlangen

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Wintersemester 1985/86



Seines Vaters wahrer Sohn

ege. – Der Schauspieler Karl-Heinz Böhm – Sohn des großen Dirigenten Karl Böhm – sammelt in Deutschland und Österreich Geld, um damit u. a. im Hochland von Äthiopien Menschen vor dem Hungertod zu retten. Neulich begründete er in einem Rundfunk-Interview die Motive seines caritativen Engagements: Er, der gehätschelte Sohn aus großbürgerlichem Hause, sei entsetzt über die unpolitische Haltung des Bürgertums während der Hitler-Zeit. Er, so gab Böhm jr. zu verstehen, wolle nicht wie sein Vater die Augen vor der Wirklichkeit verschließen.

Es ist klar, was Böhm jr. seinem bedeutenden Vater vorwirft: Der Dirigent habe klassische Musik aufgeführt, während die Konzentrationslager sich füllten. Böhm jr. will im Gegensatz dazu kein unpolitischer Künstler sein, dem es im Grunde genommen egal ist, wer regiert, solange er nur seinen Beethoven oder Mozart klanggerecht über die Bühne bringen kann. Der jüngere Böhm legt die moralische Latte hoch an.

Doch dann kommt die Frage des Rundfunkreporters, ob denn er, Böhm jr., nicht von den Zwangsumsiedlungen der Bevölkerung Äthiopiens gehört habe; über solche Zwangsumsiedlungen, die das kommunistische Regime Mengistu praktiziert, berichteten Augenzeugen fürchterliche Einzelheiten.

Und Böhm jr. gibt dem Reporter die denkwürdige Antwort: Er fühle sich nicht berechtigt, der Regierung eines anderen Landes Zensuren auszustellen. Im übrigen wisse man viel zu wenig, was da wirklich vor sich gegangen sei.

Wir verstehen, daß Böhm jr. Angst hat, sich mit der kommunistischen Regierung in Addis Abeba anzulegen, denn die könnte mit einem einzigen Federstrich Böhms Hilfswerk hinwegfegen. Böhm jr. muß sich also gegenüber Mengistu ähnlich verhalten, wie sich Böhm sen. gegenüber den braunen Machthabern verhielt: Er muß schweigen, um sich und sein Werk nicht zu gefährden. Der Unterschied zwischen Vater und Sohn ist nicht so groß, wie Karl-Heinz es uns glauben machen möchte.

Kritische Betrachtungen zur Amerika-Tournee der Münchner Philharmoniker

Wie wird man Weltspitze?

In den exklusiven Zehnerclub der weltbesten Sinfonieorchester schickt Deutschland nur ein einziges: die Berliner Philharmoniker. Das ist wenig gegenüber allein sechs Top-Orchestern aus den USA und sicher zu wenig angesichts der Breite und Fülle eines professionellen Konzertlebens hierzulande. Einem Musikland wie Deutschland stünde ein zweites Ensemble von höchstem Rang also gut an. Seit einigen Jahren streben die Münchner Philharmoniker auf diesen Platz. Ihre gerade beendete erste Nordamerika-Tournee mag sie diesem Ziel nähergebracht haben – erreicht haben sie es noch längst nicht.

Den Weltruhm, um den es geht, erspielt *man sich nicht in München* oder auf Reisen durch die deutsche Provinz, sondern noch immer in den USA, der Welt reichstem Orchesterland (und umsatzstärkstem Klassikplatten-Markt). Diese Feuerprobe der ersten *Amerika-Tournee haben* die Münchner mit überraschend geringen Blessuren überstanden. Die Einladung der allmächtigen *US-Agentur* Columbia Artists, 1988 gleich zweimal wiederzukommen, einmal zurück an die Ostküste und einmal – verbunden mit einer Südamerika-Reise – an die Westküste, ist ein ganz erstaunliches Resultat.

Einerseits unentbehrlich für das Renommee, sind derartige Orchesterreisen andererseits kaum mehr zu bezahlen. Der Reiseetat der Münchner, die noch relativ preiswert auf engem Raum tournierten (Washington, Philadelphia, New York, Worcester, Albany, Ottawa, Toronto, Ann Arbor, Chicago), belief sich auf circa 1,4 Millionen Mark, von denen etwa 400 000 Mark als Honorar erlöst wurden, 200 000 Mark vom Auswärtigen Amt beigeschossen wurden und rund 800 000 Mark beim überaus dezent, ja diskret agierenden Orchestersponsor Audi hängenblieben.

Hier tun sich schon Zwickmühlen auf: Zuschüsse in solcher Größenordnung können die Kommunen, also die Träger eines Orchesters, gar nicht mehr aufbringen. Die Millionenzuschüsse für die nackte Existenz des Orchesters sind das äußerste, was aus der Steuerkasse zu heben ist. Andererseits wollen gerade die Städte auch am Ruhm des Orchesters teilhaben.

Privates Mäzenatentum, wie die Münchner es genießen können, ist politisch indessen *nicht jedem Stadtrat* geheuer. Der Sponsorenvertrag, von Audi quasi als Blankoscheck ausgestellt, kam im Rathaus nur in merkwürdigster Koalition über die Hürden: Der erste Bürgermeister, Kronawitter (SPD), und der dritte (Kultur-)Bürgermeister, Hahnzog, ebenfalls SPD, stimmten im Stadtrat mit den Oppositionsfraktionen der CSU und FDP gegen die eigene SPD und die Grünen, um den Vertrag passieren und die Tournee stattfinden zu lassen.

Die Amerikaner, umgekehrt, lachen sich ins Fäustchen über den europäischen Ehrgeiz, sich die Klinken der *Konzertsaaltüren zwischen* Washington und Boston in die Hand zu geben. Wer da in einem solchen Musikherbst *nicht alles aufkreuzt*: die Wiener Philharmoniker und die Wiener Symphoniker (demnächst unter Sawallisch), *das Orchestre de la* Suisse Romande und das Gewandhaus, das Ungarische Staatsorchester, die *Krakauer Philharmonie* und fast auch die Dresdner Philharmoniker, die ihre 17-Städte-Tournee dann *kurzfristig* absagten.

Die Münchner Philharmoniker spielten drüben für 15 000 Dollar pro Abend (exakt das Honorar, das sie ihrem Dirigenten Lorin Maazel zahlen müssen). Columbia Artists kann den Veranstaltern mit europäischen Sinfonieorchestern also billig die Abonnementsreihen füllen. In Deutschland kassieren die Münchner schon heute ihre 100 000 Mark pro Konzertgastspiel – mehr als das Doppelte wie in Amerika. Dort spielt man entweder zu Dumpingpreisen – oder gar nicht.

Es sei denn, man heißt Berliner oder Wiener Philharmoniker. Dann schnellen die Honorare hoch, dann haben die Veranstalter die Garantie für einen ausverkauften Saal zu stattlichen Preisen. Man lernt: In Amerika gastieren kann jeder; der Erfolg liegt darin, zu kommerziell erträglichen Bedingungen dort gastieren zu können. Soweit sind die Münchner noch nicht.

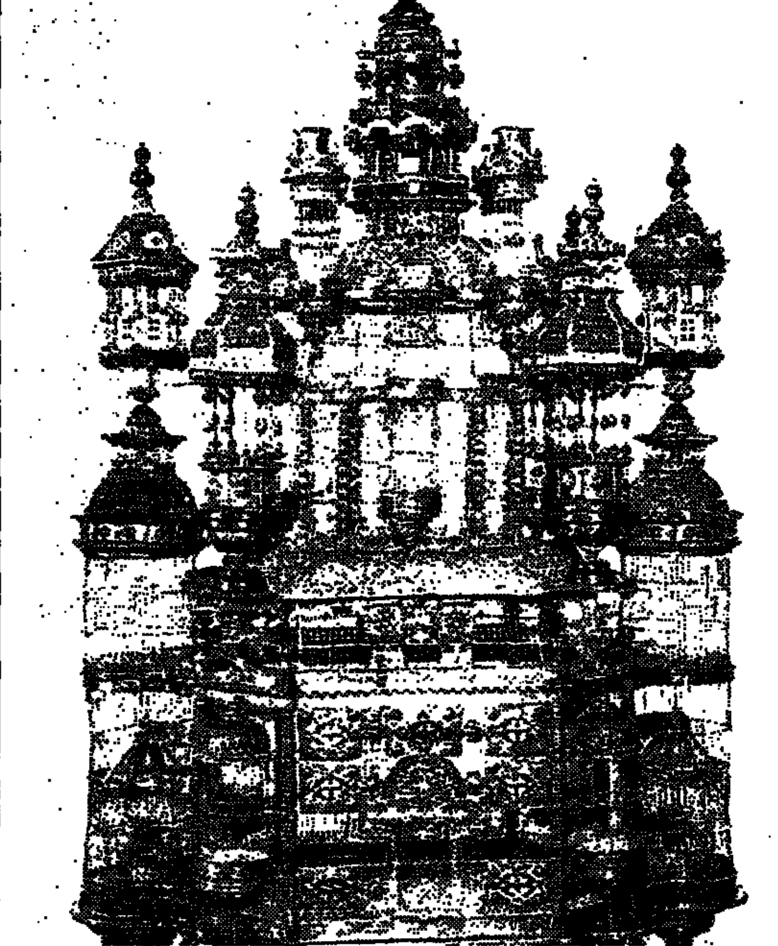
Man muß sich freilich wundern, wie blauäugig ein doch gegen alle Umwelt anspruchsvolles Orchester wie diese Münchner Philharmoniker eine solche Tournee antraten. Nun gut, einige wollten sie erst gar nicht antreten, weil sie nicht unter ihrem *innigst verehrten, aber wohl doch* schwer kranken Chefdirigenten Sergiu Celibidache stattfinden konnte. Lorin Maazel, der Amerikaner aus Paris, genießt zwar beim Publikum (wie beim Orchester) Respekt, aber geliebt wird er nicht. Ein europäischer Dirigent alter Schule, ob „Celi" oder ein anderer (freilich: wer?) hätte den Münchnern mehr Neugier entgegenschlagen lassen. Ein Plattenstar des internationalen Musikcircuit ist offenbar für eine solche Tournee nicht der richtige Magnet.

Noch war es eine Tournee, die in einer Reihe von Konzerten ein schlechtes Paradestück wie Tschaikowskys Fünfte als Hauptwerk anbot. So etwas will man entweder von Russen hören oder von einem brillanten US-Orchester, aber nicht von deutschen Philharmonikern. Mozart („Prager"), Hindemith („Mathis") und Bruckner (Nr. 7) sowie die kaum aufgeführten Brahms (Nr. 1)- und Beethoven (Nr. 3)-Sinfonien lagen da besser. Aber daß ein Münchner Orchester ohne einen einzigen Richard Strauss auf Tournee geht, ist schon ein Aberwitz.

Wie auch, New York an die dritte Stelle der Tournee zu setzen, am vierten und fünften Tag, wenn der *Jetlag* am schlimmsten zu spüren ist. Wenn dann noch Sightseeing zwischen die allfälligen Proben und das Konzert geklemmt wird, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß das Konzert in der Fisher-Hall unter Form gegeben wird, die *New York Times* die Konsequenz zieht, über das zweite Konzert (viel besser in der Carnegie Hall) gar nicht mehr zu berichten. Und wenn dann ein Orchestervorstand journalistische Verschwörungen und finstere Machenschaften wittert, statt die Gründe im *Orchester* und im Programm zu suchen, dann fragt man sich, ob die Münchner *nicht doch einen zu weiten Weg zur* Weltspitze haben werden.

Die Orchester dieser feinsten Kategorie sind nämlich unter jedem Dirigenten gut, stellen alles andere der Musik hintan und haben ein durch nichts zu erschütterndes Selbstbewußtsein. Und das braucht eben ein paar Generationen, um zu wachsen. Da kann auch kein Mäzen helfen.

REINHARD BEUTH



Ein Märchenschloß aus Südfrankreich: Das Prunkstück des Vogelbauermuseums in Walsrode FOTO: KATALOG

Walsrode hat jetzt auch ein Vogelbauermuseum

Konzert im Hotel Pupp

Jeder vornehme Römer habe sein Ornithon, schreibt Varro, ein bedeutender Schriftsteller unter Cäsar. Er lieferte damit einige der wenigen schriftlichen Hinweise auf die antiken Wohnstätten gefiederter Wesen. Die nicht eben kleinen Vogelhäuser sollen den Aufenthalt von tausend Krammetsvögeln, Amseln, Ammern und Wachteln ermöglicht haben. Schon die alten Ägypter beherbergten allerlei Wassergeflügel in mehreren Etagen hohen Vogelhäusern. Allerdings waren die für das Federvieh immer nur Zwischenstation. Das beweist ein Relief des Mastaba des Nefer-Seschem-Ptah, das zuerst die Jagd nach den Vögeln zeigt, dann deren *Domizil und letztendlich das* Schlachten und Einlegen.

Vogelhäuser aus den Zeiten früher *Dynastien* sind *lediglich* auf *Mosaiken* und Malereien überliefert, Prunkbauten und schlichte Wohnstätten der Vögel im 16. Jahrhundert kann man dagegen im Original bewundern – vom Frühjahr 1987 an. Dann nämlich zeigt der Vogelpark Walsrode mehr als 200 Vogelbauer, die Kunstverständnis und Wohnkultur vergangener Epochen spiegeln. Für eine halbe Million kaufte er jetzt das Deutsche Vogelbauermuseum aus dem Privatbesitz von Josef Voss.

Als Produzent neuzeitlicher Vogelheime entdeckte der Arnsberger Unternehmer zu Beginn der sechziger Jahre seine Leidenschaft für die historischen Vorläufer. Er trug seltene Stücke von Trödelmärkten, Antiquitätenhändlern und Sammlern aller Herren Länder zusammen.

Gar mancher Wellensittich würde wohl jubilieren, dürfte er in das Prunkstück der Sammlung, in ein fast zwei Meter hohes „Märchenschloß" aus Südfrankreich ziehen. Denn das kunstvoll gefertigte, fast einhundert Jahre alte Haus aus Holz und Draht mit seinen vielen Etagen, Erkern und Türmchen bietet weitaus mehr Platz als die heute bekannten Vogelbauer. Ob es gar so tiergerecht ist, fragt sich der Betrachter dann allerdings bei den mit Wasserspielen und indirekter Beleuchtung ausstaffierten Käfigen.

Weiten Raum für gespreizte Flügel jedenfalls bot seinem Bewohner der Renaissancekäfig, dessen feine Metallstäbe alle geklammert und gebunden sind. 230 Zentimeter beträgt der Umfang der großen Flugkugel. Einst zog es den europäischen Adel ins Karlsbader Hotel Pupp. Die Vogelwelt erlauchter Kreise „residierte" in einer Miniaturausgabe des gediegenen Gästehauses.

Doch damit nicht genug der berühmten Originalvorlagen. Zur *Sammlung des Vogelbauermuseums* gehören die Nymphenburg, die Kathedrale aus Mexiko City, aus Bambus *geformt*, und *das Ulmer Münster* als Laubsäge- und Schnitzarbeit. Wie Vögel im fernen Osten lebten, zeigt eine *Peddigrohr-Konstruktion aus* China.

All diese berühmten Bauwerke wechselten jetzt den Besitzer, weil sie auf dem Betriebsgelände die Produktionsstraßen blockierten und, so Josef Voss, „weil in Walsrode mehr Menschen Gelegenheit haben, die wertvollen Stücke zu sehen". Dort werden sie in einem alten Niedersachsen-Bauernhaus auf einer Ausstellungsfläche von etwa 300 Quadratmetern zu sehen sein. In der Ausstellung soll auf jeden Fall auch die Geschichte der Vogelhaltung dokumentiert werden, denn die Sammlung kann neben den etwa 200 Käfigen mit umfangreicher Literatur und vielen Illustrationen aufwarten. So zeugen beispielsweise Handwerkszeug, Reise- und Nistkästen davon, daß der „Siegeszug" des Kanarienvogels, der im 18. Jahrhundert einsetzte, für viele Bergleute im Harz lange ein lukrativer Nebenerwerb war.

Käfige aus Porzellan, Metall, Glas und Holz, Bilder und Kacheln, Bücher und Dokumente aus vielen Jahrhunderten zeigen die Lebensart ganzer Vogelgenerationen – doch Trillern und Pfeifen fehlten im alten Deutschen Vogelbauermuseum. Ob die *Museumsruhe in* Walsrode *mit* der Nachbarschaft von fast 5000 Vögeln erhalten bleibt, ist noch unklar. „Es gibt viele Möglichkeiten, die Ausstellung lebendig zu gestalten. Wir wollen die besten herausfinden", versichert *Direktor Brehm.*

MARTINA SCHLINGMANN

Grüße vom Tonband – In Münster wurden drei Stücke des „DDR"-Autors L. Rathenow uraufgeführt

Amtliche Schwierigkeiten beim Sich-Aufhängen

Die Uraufführung fand im Saale – und ohne den Autor statt. Zur *Realisierung* dreier seiner Vorlagen konnte der 33jährige „DDR"-Schriftsteller Lutz Rathenow nun doch nicht nach Münster kommen (vergl. die WELT vom 2. November). Mit feinherber Ironie klang allein seine Stimme den Teilnehmern der anschließenden Diskussion vom Tonband. Sie pries den „Fortschritt, daß ich fast hätte kommen können".

Seit mehreren Monaten hatte die Mannschaft der freischaffenden Schauspielertruppe „Theaterlagebesprechung" über ihren Regisseur Engelbert Glock *ständigen* Telefonkontakt zu Lutz Rathenow gehalten, Änderungen und Einzelheiten akribisch *debattiert. Rathenow, der seit Jahren* nur im Westen publizieren kann, hatte bereits am 1. Juli bei den „DDR"-*Behörden den Antrag auf Dienstreise* zur Münsterschen Uraufführung gestellt. Als am 23. Oktober die Reisezusage des „*DDR"-Kulturministeriums* kam, war die Freude groß, berichtete Rathenow in einem Brief an die Münstersche Theatergruppe:

„Ich eilte zum Fotografen für Express-Bilder, hängte mir den im Geschäft bereitliegenden Schlips um, das ist für Fotos im Dienstreisepaß Pflicht ... Als ich anfragte, ob ich nicht von West-Berlin aus fliegen könne, war auch das kein Problem. Soviel Einverständnis schien mir schon unheimlich." Zu Recht; denn eine Woche später hieß es: Kehrt, marsch! Das „Problem Öffentlichkeit", so orakelte es in der „Paßstelle" des „DDR"-Ministeriums, stehe der bereits genehmigten Reise im Wege.

Ein absurder Stoff, fast wie aus Rathenows Stücken, in denen es immer wieder um den unauflöslichen Widerspruch zwischen alles tötender Bürokratie und geschundenen Individuen geht. Das erste Stück, „Taten, tuten, viel versprechen", fiel *etwas aus* diesem Rahmen. In assoziativem Sprachfluß kombinieren die Akteure *ausgetretene* Parolen („Vertrauen in die Zukunft", „Die neue Zeit") zu faden Satzkonstrukten. Der Appell an *sich selbst, „etwas tun" zu müssen,* bleibt folgenlos ob der in öffentlicher Dauerberieselung längst zerstörten *eigenen Kräfte.*

Drastischer das „Spiel: Zimmer 312", in dem ein biederer Bürger in einer anonymen Behörde sein defektes Telefon reparieren lassen will, von einem Beamten jedoch statt dessen „angewiesen" wird, doch lieber gleich Selbstmord zu begehen. Das Spiel des nie wirklich aufbegehrenden Bittgängers und des aufs äußerste gelangweilten Beamten hätte noch an Klarheit gewonnen, wenn nicht durch verwirrende Requisiten (Telefonbuch von Münster, Einsatz der Deutschland-Hymne) eine unglaubhaft scheinende „Konkretisierung" auf westdeutsche Gegenwart versucht worden wäre.

Glänzend und voller Überzeugungskraft der Umkehrschluß in „Boden 411", in dem ein Selbstmörder nicht zum Ziele kommt, weil er durch einen blutleeren Beamten gestört wird, der für die Zweckentfremdung des Dachbodens 50 Mark verlangt. Michael Fleischer und Hajo Ackerstaff verkörperten diese Protagonisten *mit Sinn für feine Nuancen.*

Der Literaturwissenschaftler Manfred Jäger sagte in der anschließenden *Diskussion*, daß der „Kleinkrieg" vieler „der besten" Künstler mit den „DDR"-Behörden immer wieder zur Abwanderung oder Resignation führe und *das Niveau* der „*DDR"-Bühnen* deutlich sinken lasse. Man spiele und lese statt dessen privat.

Ein solches Privattreffen mit Lutz Rathenow nahm der Frankfurter Journalist Wittstock zum Anlaß für lobende und tadelnde Worte über Rathenow. Er lobte Rathenows „von falschem Autorenstolz freien Umgang" mit der Vorlage bei Inszenierungen, monierte jedoch „vergröberte Darstellung" sozialer Bedingungen, „maßlose Übertreibung", „diffuse Gefühle" und fehlende „DDR"-räumliche *Konkretheit.*

Ein Vorwurf, der verwunderte, da Wittstock im gleichen Atemzug beklagte, Rathenowsche Werke seien keine „Weltliteratur", da der unbedarfte Westleser zuviel Verständnisträchtiges zwischen den Zeilen suchen müsse. Hiesige Schulkinder, so wurde dagegen mit Recht eingewendet, hätten den Ort der Rathenowschen Stücke auf Anhieb lokalisieren können.

HERMANN SCHMIDTENDORF

Oper als großes Volksfest – „Hoffmans Erzählungen" im Brüsseler Zirkus

Wie ein Dichter sich selber ruiniert

Wer Oper als Volksfest erleben möchte, braucht nun nicht mehr gen Süden, *ins italienische* Verona, zu pilgern. Zumindest in dieser Spielzeit bietet die belgische *Nationaloper ein nordisches* Äquivalent. Da das Opernhaus dringend technischer Erneuerung bedarf, ist Intendant Gerard *Mortier in den kö*niglichen Zirkusbau in der Brüsseler Oberstadt umgezogen. Dort sind gegenwärtig Offenbachs „Hoffmanns Erzählungen" zu sehen. Der Zulauf ist so gewaltig, daß allen Ernstes überlegt wird, den Zirkusbau für Opernproduktionen zu nutzen.

Die akustischen Ergebnisse des inmitten der Zuschauer plazierten Orchesters sind mehr als zufriedenstellend, *die* Abwendung von der Guckkastenbühne durch eine weit vorgezogene Spielfläche eröffnet reizvolle Möglichkeiten. So *ist aus der* phantastischen Oper „Hoffmanns Erzählungen" ein phantastisches Musikspektakel geworden.

Mal werden die Protagonisten auf riesigen Podesten wie Requisiten auf die Bühne gefahren, mal treten sie durch den Zuschauerraum auf. Immer werden sie auf dem langen Weg zum Mittelpunkt des Geschehens wie Zirkusattraktionen von starken *Scheinwerfern* verfolgt. Wenn sie einmal nichts zu singen haben, müssen sie allerdings minutenlang im Dunkeln stehen. Es ist nicht zu übersehen, wie der Regisseur Gilbert Deflo und sein Ausstattungsteam Carlo Tommasi und Mauro Pagano mit den Besonderheiten des ungewöhnlichen Theaterraums zu kämpfen haben. Mehr als einmal ziehen sie dabei den kürzeren.

Sie können aber vier *Stunden lang* durch visuelle Reize das Interesse wachhalten, ohne zu zirzensischen Tricks greifen zu müssen. *Dramaturgisch* hat Deflo sich viel vorgenommen. Selbstverständlich benutzt er mit Abwandlungen die Neuausgabe des Werkes von Fritz Oeser, die Offenbachs große Oper von allen Schlampereien der Aufführungspraxis seit der Uraufführung zu reinigen versucht und in bedeutenden Inszenierungen der jüngeren Vergangenheit neue Facetten des Werkes freigelegt hat.

Bei Michael Hampe in Köln war Hoffmann der Romantiker, der durch Liebesleid geläutert zu neuer Schaffenskraft findet. Bei Dietrich Hilsdorf in Gelsenkirchen sahen wir den gesellschaftlichen Außenseiter. In Brüssel will Deflo nun das bürgerliche Vorstellungsbild des Künstlers nachzeichnen, eines durch Frauen und Alkohol von seiner wahren Bestimmung ferngehaltenen Dichters. Die Durchführung ist aber so verschwommen, daß am Ende das Publikum im ungewissen darüber bleibt, ob der regungslos auf der Bühne liegende Hoffmann an Alkoholvergiftung krepiert ist oder schlicht seinen Rausch ausschläft, um dann zu neuen Taten zu schreiten. Aber was tut's? Musikalisch ist die Aufführung von allererster Qualität.

Auf erfolgreicher und *faszinierender* Spurensuche nach schmackhaftem Opernpathos musiziert Sylvain *Cambreling einen Offenbach der* Grand Opera. Das kommt dem Darsteller der drei Bösewichter-Rollen, *José van Dam*, bestens entgegen. Er reißt zur Bewunderung hin wegen seiner stimmlichen Gestaltung, darstellerisch gibt er dem Affen Zucker, wie es sich im Zirkus gehört. Gegenüber einem so showbewußten Kollegen hat der noble, die Titelpartie ideal realisierende Stuart Burrows einen schweren Stand, zumal er von der Regie arg im Stich gelassen scheint.

Die Damen sind allesamt gut bis hervorragend. Von Diana *Montague* als Muse über Daniele Chloscawa (Olympia), Barbara Madra (Antonia) bis zu *Katherine Ciesinski (Giulietta)* erleben wir junge Sängerinnen, wie es die Partitur vorschreibt, kontrastiert von Rita Gorr, die als Antonias Mutter nach jahrzehntelanger internationaler Karriere in ihrem Heimatland zu recht besonders gefeiert wird.

ALBIN HÄNSEROTH



Gewann für ihre ergreifende Darstellung der Mutter des behinderten Rocky in Cannes den Darstellerpreis: die Rock-Sängerin Cher FOTO: DIE WELT

Peter Bogdanovichs Film „Die Maske" mit Cher

Ein Leben für Rocky

Immer wenn Rocky Dennis über die Straße geht, muß er eine unmenschliche Mutprobe bestehen. Zartbesaitete Bürger wenden sich mit Grausen ab, dreiste Mitschüler feixen: „Nimm doch endlich die Maske ab." Doch jenes grotesk verwachsene Etwas auf Rockys Hals ist keine Maske, sondern sein Gesicht. Eine seltene Krankheit ließ die wuchernden Knochen jedes Ebenmaß zerstören.

Doch wie im Märchen beherbergt der häßliche Körper in Peter Bogdanovichs Film „Die Maske" eine schö*ne Seele. So ist Rocky nie allein.* Seine traurig-flatterhafte Mutter Rusty betäubt ihren Kummer zwar mit Männern und Drogen, springt jedoch stets resolut für Rocky in die Bresche. Und wenn ihre Überredungskünste versagen, bleibt immer noch jene eigentlich lammfromme Rockerbande, die dem verunstalteten Jungen Nestwärme und handfesten Schutz gibt.

Vergleicht man Rockys Schicksal *mit dem des ebenfalls gräßlich deformierten* „Elefantenmenschen" aus David Lynchs gleichnamigem Film, *so wirkt diese Idylle fast ein wenig zu* schön um wahr zu sein. Solche Zweifel hat indessen schon der Vorspann mit dem Hinweis verstreut, *daß hier* die wahre Geschichte von Rocky Dennis erzählt werde. Also kann kaum das Thema, wohl aber der Inszenierungsstil von Peter Bogdanovich irritieren. Während bei Lynch ausgerechnet das Monster der feinen viktorianischen Gesellschaft die gepuderte Maske vom Gesicht reißt, gruppiert Bogdanovich um seinen „Helden" eine verklärte Schar mitfühlender Außenseiter.

Hier dürfen bierselige Motorradfahrer und harmlose Fixer wahre Menschlichkeit verströmen. Nach dem Slapstick-Ulk „Is was, Doc?", der hübschen Depressionskomödie „Papermoon" und der prätentiösen Literaturverfilmung „Daisy Miller" ist Bogdanovich nun im Genre des sozialkritisch angespitzten rührseligen Melodrams gelandet.

Obwohl Bogdanovich dramaturgische Löcher mit dröhnender Rockmusik füllt, obwohl er den Kameramann Laszlo Kovacs zu flauen Farben verurteilt: Sein Film hat eine Sehenswürdigkeit. Die ehemalige Sängerin Cher spielt Rockys Mutter als trotzig-zarte, stets am Rand des Abgrunds lavierende Frau, die ihre Scheu und Verletzlichkeit immer erst *auf den zweiten Blick verrät. Der viel* gescholtenen Jury von Cannes muß man in diesem Fall ausdrücklich gratulieren. *Während sie Chers* eindrucksvolle Leistung mit dem Darstellerpreis honorierte, ließ sie die kalkulierte Rührseligkeit der Regie unbelohnt.

HARTMUT WILMES

JOURNAL

Stuttgarter Buchwochen mit mehr als 25 000 Titeln

dpa, **Stuttgart**

Die 35. Stuttgarter Buchwochen finden vom 14. November bis zum 8. Dezember statt. Mehr als 300 Verlage aus dem Südwesten werden auf dieser größten regionalen Bücherschau Deutschlands rund 25 000 Titel präsentieren. Mit 23,4 Prozent der gesamten Titelproduktion ist das Land Baden-Württemberg bundesweit führend. Gast der diesjährigen Veranstaltung ist Frankreich.

Ulmer Münster endlich ohne Gerüst

dpa, **Ulm**

Der 161 Meter hohe Turm des Ulmer Münsters wird zum Jahresende erstmals seit fast 30 Jahren ohne Gerüst sein. Die „gerüstlose Zeit" soll nach Angaben des Ulmer Verkehrsvereins jedoch nur bis zum März 1986 dauern. Wetter- und Umwelteinflüsse, vor allem das Schwefeldioxyd aus Abgasen, haben an der 600 Jahre alten Kathedrale großen Schaden angerichtet.

Päpstliches Institut für Kirchenmusik tagt

HvL, **Rom**

Das „Päpstliche Institut für Kirchenmusik" (Istituto di Musica Sacra) hält seinen VIII. Internationalen Kongreß vom 16. bis 23. November in Rom ab. In den römischen Basiliken singen Kirchen- und Kathedralchöre aus Köln, Regensburg, Augsburg und den Benelux-Ländern bei Messen und Hochämtern. Zu den Grundsatzreferenten gehört auch Kardinal Ratzinger. Papst Johannes Paul II. weiht den neuen Sitz seiner Kirchenmusik-Universität, San Girolamo, festlich ein.

Endausscheidungen im Wettbewerb Gesang

dpa, **Berlin**

Die Endausscheidungen im „*Bundeswettbewerb Gesang Berlin* 1985" finden vom 11. bis zum 16. November statt. 104 junge Sänger *aus allen Teilen* der Bundesrepublik stellen ihr Können im Streit um Preise, Stipendien und Engagements im Gesamtwert von fast 60 000 Mark unter Beweis. Der Bundeswettbewerb wird in diesem Jahr in den Fächern *Musical-Chanson*-Song ausgetragen.

Chicago-Blues in Unna zu Gast

HS, **Unna**

Ihr seit Jahren erstes und neben Berlin einziges Konzert in Deutschland geben die Spitzenrepräsentanten des Chicago-Blues, Buddy Guy und Junior Wells, am 23. November in der Stadthalle Unna. Neben der Band des Gitarristen und des Harmonikaspielers werden in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt der Stadt der Barrelhouse-Pianist Champion Jack Dupree und die Band des Gitarristen Jim Kahr spielen.

Frankfurt hat Chancen für Peter-Weiss-Archiv

dpa, **Frankfurt**

Frankfurt hat, neben Berlin, gute Chancen, Standort für das geplante Peter-Weiss-Archiv zu werden. Die Vorplanungen für eine solche Einrichtung laufen zur Zeit im Fachbereich Neuere Philologien an der Frankfurter Universität. Der Schriftsteller Peter Weiss starb 1982. An der Frankfurter Hochschule wurde Anfang dieses Jahres bereits das Uwe-Johnson-Archiv mit dem gesamten literarischen Nachlaß eingerichtet.

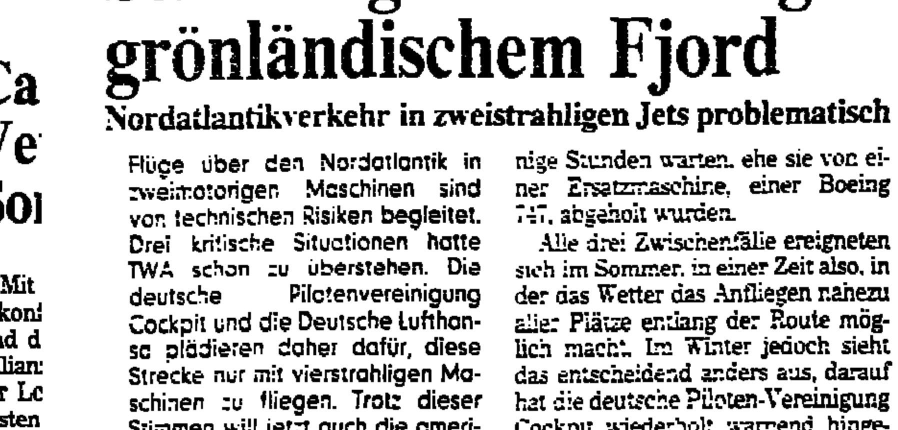
Robert Biberti †

dpa, **Berlin**

Der Sänger und Musiker Robert Biberti, Mitglied der in den 20er und 30er Jahren populären *Männer*gesangsgruppe „Comedian Harmonists", ist am vergangenen Sonnabend *in Berlin im Alter von 83* Jahren gestorben. Der Baßist war das letzte noch lebende Mitglied des *legendären Sextetts, das seine Zu*hörer immer wieder durch den präzisen Zusammenklang seiner Stimmen verblüffte. *Die Comedian Har*monists füllten damals Konzertsäle und begeisterten auch in Filmen, im *Rundfunk* und *auf* zahlreichen Schallplatten das Publikum mit musikalisch leicht, aber raffiniert arrangierten Schlagern, von denen viele zu Evergreens wurden. Der Gesangsgruppe, der auch einige jüdische Mitglieder angehörten, wurde 1935 von den Nationalsozialisten jede weitere künstlerische Tätigkeit verboten.

Korrektur

Durch die Tücken der Technik haben sich in dem Beitrag „Hier wird die Kunst zum Müll" in unserer gestrigen Ausgabe zwei Fehler *eingeschlichen. Im vierten Absatz* betete die Klagepsalme *Rainer Steffen* als *Oscar von Leiden*. Und im vorletzten Absatz muß es heißen „sein tabuisierter mieser Theaterjude bringe die *Juden* zu der Einsicht ..."



Schwierige Notlandung in grönländischem Fjord

Nordatlantikverkehr in zweistrahligen Jets problematisch

Flüge über den Nordatlantik in zweimotorigen Maschinen sind von technischen Risiken begleitet. Drei kritische Situationen hatte TWA schon zu überstehen. Die deutsche Pilotenvereinigung Cockpit und die Deutsche Lufthansa plädieren daher dafür, diese Strecke nur mit vierstrahligen Maschinen zu fliegen. Trotz dieser Stimmen will jetzt auch die amerikanische Fluggesellschaft PanAm mit zweistrahligen Flugzeugen diese Route befliegen.

Von KLAUS WOHLT

Verschämte Ankündigungen auf der einen, Proteste auf der anderen Seite: Nach TWA, Air Canada und El Al will sich Pan American Airways mit einem zweistrahligen Großraumflugzeug auf die Nordatlantikroute wagen, den Kostenvorteil nutzend, den diese gegenüber den Drei- und Vierstrahlern bieten. Erstmals – und die Ingenieure der europäischen Airbus Industrie sind nicht so recht glücklich darüber, obwohl sie volles Vertrauen in ihr Produkt setzen – soll dabei auch ein Airbus eingesetzt werden, den das angeschlagene Unternehmen gerade erst in größerer Stückzahl geordert hat.

Die drei Gesellschaften, die bisher den Flug in zweimotorigen Jets über den Atlantik wagten, flogen allerdings den Airbus-Konkurrenten, die Boeing 767-200 ER (für extended range, zu deutsch: verlängerte Reichweite). Ausnahmegenehmigungen der amerikanischen Luftfahrtbehörde machten es möglich. Noch nämlich gelten die Bestimmungen, daß bei Ausfall eines Triebwerks innerhalb von 90 Minuten ein Flugplatz erreicht werden muß. Auf dem Nordatlantik ist das nur durch einen weiten Bogen nach Norden möglich.

Daß diese Regeln nicht überflüssig geworden sind, beweisen drei Zwischenfälle 1985, in den ersten Monaten, in denen die Boeing 767-200 ER eingesetzt wurde:

- Eine am 13. Mai in St. Louis nach Paris gestartete TWA-Maschine hatte in etwa 12 000 Meter Höhe einen Triebwerksausfall. Der nächste, nur gut 200 Kilometer entfernte Flughafen St. Johns konnte wegen schlechten Wetters nicht angeflogen werden. Mit einem Triebwerk landete die Boeing nach 88 Minuten in Bangor.
- Nur eine Woche später, am 21. Mai, fiel, ebenfalls bei einer TWA-Maschine, wieder ein Triebwerk aus. Nach 80 Minuten konnte sie jedoch auf dem Zielflughafen St. Louis sicher landen.
- Am 6. Juni, auf einem TWA-Flug von Frankfurt nach St. Louis, fiel ein Motor wegen Ölverlusts aus. Die Maschine war noch etwa 400 Kilometer vom Flughafen Keflavik auf Island entfernt, auf dem sie nach 33 Minuten landete. Die Passagiere mußten einige Stunden warten, ehe sie von einer Ersatzmaschine, einer Boeing 747, abgeholt wurden.

Alle drei Zwischenfälle ereigneten sich im Sommer, in einer Zeit also, in der das Wetter das Anfliegen nahezu aller Plätze entlang der Route möglich macht. Im Winter jedoch sieht das entscheidend anders aus, darauf hat die deutsche Piloten-Vereinigung Cockpit wiederholt warnend hingewiesen. Neufundland, Labrador, Grönland und Island könnten dann nicht anfliegbar sein, ein Einmotorenflug weit über die zulässige Zeitspanne hinaus könnte notwendig werden. Da dieses eine Triebwerk dabei höher belastet werden müßte als beim normalen, zweistrahligen Flug, erhöht sich auch das technische Risiko, von den Schwierigkeiten, mit einem Großraumflugzeug etwa Sondre Stromfjord auf Grönland anzufliegen, ganz zu schweigen.

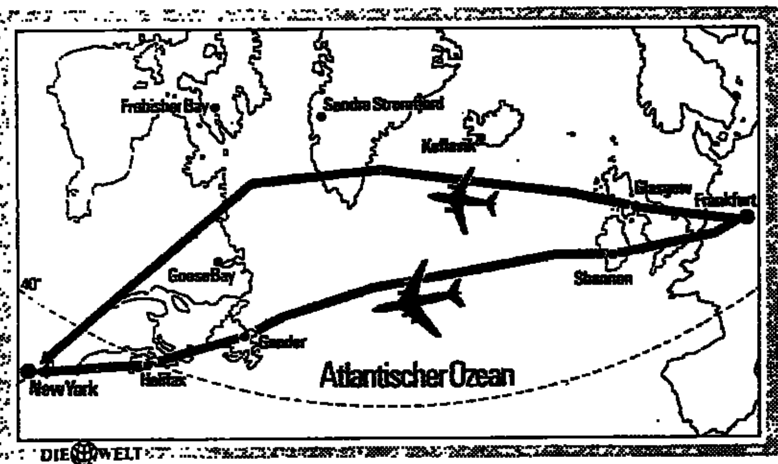
Ohnehin wollen die Piloten das Risiko nicht auf die Triebwerke beschränkt wissen: auch hydraulische, elektronische oder pneumatische Systeme können ausfallen, und sie sind für einen sicheren Flug ebenso notwendig wie die Triebwerke. Die Piloten führen die Statistik ins Feld: Wenn alle 120 000 Flüge pro Jahr über den Nordatlantik mit zweistrahligen Flugzeugen abgewickelt würden, könnte es zu 100 Triebwerksausfällen kommen, mit allen Konsequenzen.

Vor derlei Folgen schreckt auch die Deutsche Lufthansa zurück: Sie freilich sieht weniger ein Sicherheits- denn ein Betriebsrisiko, da bei einem Langstreckenflug die Nutzlast reduziert werden müßte. Und sie fürchtet um das Image für das betroffene Muster und die Fluggesellschaft, wenn es wirklich einmal zu einem ernsthaften Zwischenfall käme.

Die Lufthansa jedenfalls fordert für die Langstrecken nachdrücklich ein vierstrahliges Flugzeug als Nachfolger für die ausgemusterten Boeing 707. Nur die Europäer haben mit dem Airbus TA-11, bei der Lufthansa hausintern schon A 330 genannt, ein solches Muster auf dem Reißbrett. Bis es fliegt, werden freilich noch mindestens sechs Jahre vergehen: bis jetzt wurden nicht einmal die Entwicklungsarbeiten freigegeben.

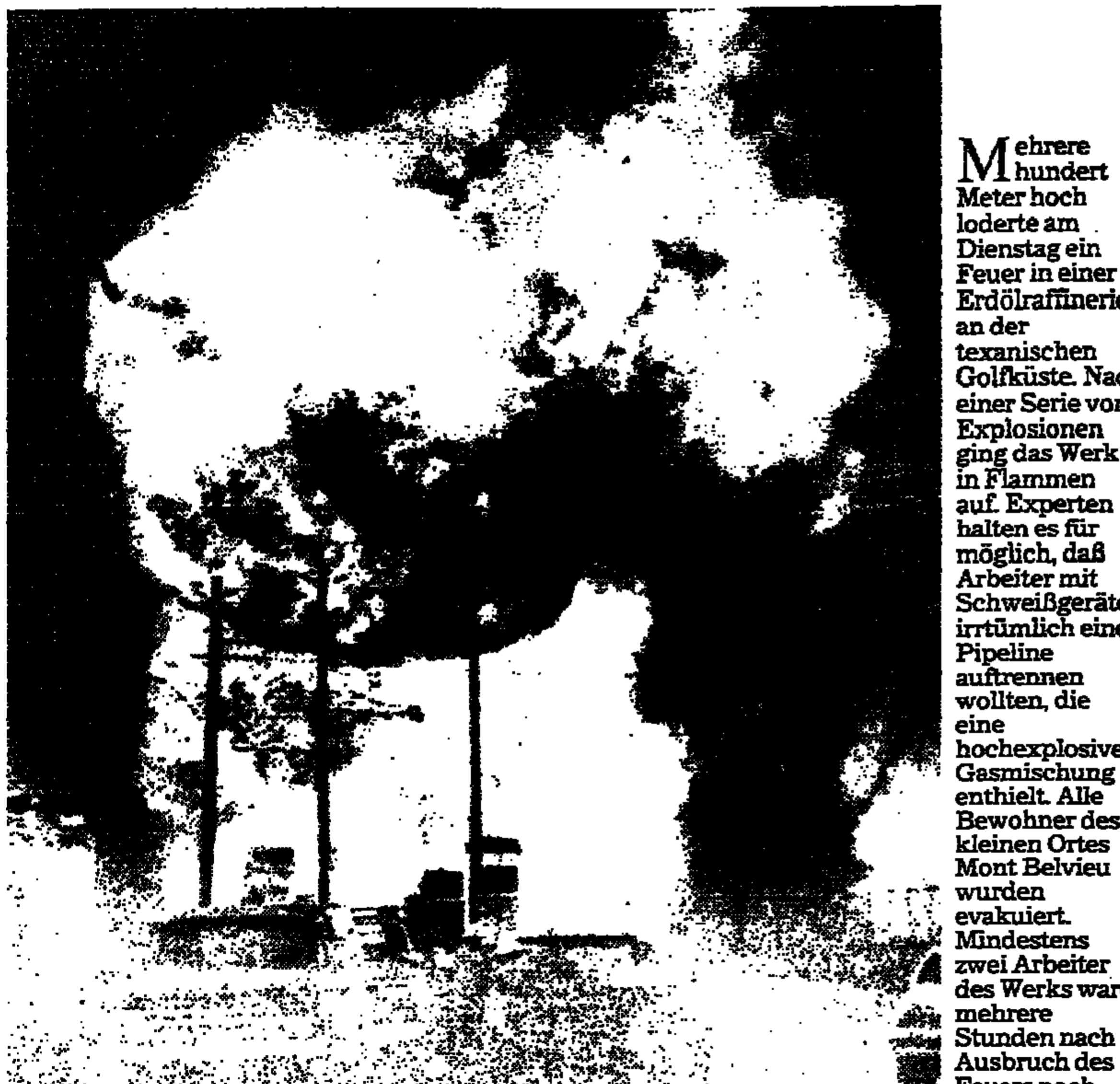
*

Wie erst gestern bekannt wurde, hat sich am 6. September das rechte Triebwerk einer zweistrahligen DC-9 der amerikanischen Fluggesellschaft Midwest Express gelöst, ohne daß der Pilot es gemerkt hat. Beim Absturz der Maschine, die kurz zuvor in Milwaukee (US-Bundesstaat Wisconsin) gestartet war, kamen 31 Personen ums Leben. Normalerweise kann eine DC-9 auch mit einem Triebwerk fliegen, wenn der Pilot die Antriebskraft entsprechend erhöht. Offensichtlich ist dies nicht geschehen.



Zweistrahlige Jets müssen auf ihrem Flug über den Nordatlantik eine andere Route nehmen. Die internationalen Luftfahrtbestimmungen verlangen, daß sich dieser Flugzeugtyp wegen der Risiken nicht weiter als 90 Flugminuten vom nächsten Airport entfernen darf.

Zwei Vermißte bei Flammeninferno in texanischer Ölraffinerie



Mehrere hundert Meter hoch loderte am Dienstag ein Feuer in einer Erdölraffinerie an der texanischen Golfküste. Nach einer Serie von Explosionen ging das Werk in Flammen auf. Experten halten es für möglich, daß Arbeiter mit Schweißgeräten irrtümlich eine Pipeline auftrennen wollten, die eine hochexplosive Gasmischung enthielt. Alle Bewohner des kleinen Ortes Mont Belvieu wurden evakuiert. Mindestens zwei Arbeiter des Werks waren mehrere Stunden nach Ausbruch des Feuers noch vermißt. FOTO: AP

Umfrage enthüllt tiefe Sehnsucht nach heiler Welt

DW. Bonn

Die Sehnsucht nach den 50er Jahren hat Konjunktur. Nicht nur bei Jugendlichen, die dieses scheinbar „goldene Zeitalter" mit Rock-'n'-Roll-Klängen, Elvis-Frisur und Petticoat wieder zum Leben erwecken wollen. Auch ältere Semester geraten ins Schwärmen, sprechen sie vom Jahrzehnt, in dem das deutsche Wirtschaftswunder entstand. So überrascht es nicht, daß eines der Symbole jener Zeit, das jeder zweite Deutsche heute vermißt, der VW-Käfer ist, dessen Produktion in diesem Jahr endgültig eingestellt wurde.

Wie eine Umfrage des Sample-Instituts für die Illustrierte „Bunte" ergab, verbinden die Menschen heute mit der „guten alten Zeit" vor allem Brötchenlieferung frei Haus (65 Prozent), offene Milch (50 Prozent), den Straßenbahnschaffner (40 Prozent) und den Tankwart, der die Windschutzscheibe putzt (41 Prozent).

Vergessen ist, wie hart die Menschen in jenen Jahren, da 1,25 Millionen Kinder und Jugendliche im Krieg ihre Väter verloren hatten und das monatliche Durchschnittseinkommen einer Familie gerade 280 Mark betrug, zupacken mußten. Der normale Weg eines Jugendlichen führte nach der Volksschule in den Beruf. Die Heirat erfolgte früh. An Politik herrschte nur geringes Interesse. Heute hingegen erschöpft sich die Sehnsucht der Jugendlichen nicht im Privaten. 87 Prozent aller von Sample Befragten legten ein Bekenntnis zu Berlin ab. Sie verbinden mit den 50er Jahren eine Zeit, da diese Stadt noch von keiner Mauer geteilt wurde.

Nach rosaroten kommen bald die „Talzeitpreise"

Mk. Bonn

Die deutsche Bundesbahn verlängert ihr rosarotes Angebot über den 1. Januar hinaus bis zum 30. April. Dann soll voraussichtlich eine neue Tarifstruktur eingeführt werden. Die Bahn hatte bis zum Jahresende 2,5 Millionen Gäste erwartet, die rosarot fahren. Es dürften jedoch rund vier Millionen werden. Die Bahn will erstmals vom 1. Januar an „Talzeitpreise" im Nahverkehr einführen, also bei Fahrten bis 50 Kilometer Entfernung. Dabei zahlt die erste Person den vollen Fahrpreis, jede weitere – bis zu fünf Personen – nur die Hälfte. So sollen vor allem Familien für das Fahren mit der Bahn gewonnen werden. Dieses Angebot gilt montags bis freitags für Fahrten, die zwischen 9.00 und 15.30 Uhr angetreten werden, und an Samstagen, Sonn- und Feiertagen ohne zeitliche Begrenzung. Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage führt die Bahn in Teilbereichen leichte Fahrpreiserhöhungen ein, die Mehreinnahmen in der Zeit von Januar bis April 1986 werden auf 30 Millionen Mark veranschlagt. Um 20 Pfennig teurer werden die Nahverkehrskarten der zweiten Klasse in der Entfernung von sechs bis 15 und 21 bis 50 Kilometer. Im Fernverkehr bis 640 Kilometer liegt die Erhöhung zwischen einer und drei Mark. Im Berufs- und Schülerverkehr werden die Wochenkarten von neun Kilometer Entfernung an um 0,50 bis vier Mark und die Monatskarten zwischen zwei und 14 Mark teurer. Für den Busverkehr bewegen sich die Erhöhungen in gleicher Größenordnung.

Vier Projekte im Rennen

rtr, London

Von den zehn in der vergangenen Woche vorgeschlagenen Projekten zum Bau einer Brücken- oder Tunnelverbindung zwischen Frankreich und Großbritannien über den Ärmelkanal scheiden sechs aus. Für sie wurde die Sicherheitssumme von umgerechnet rund 780 000 Mark nicht hinterlegt. Über die vier im Rennen verbliebenen wird eine Expertengruppe bis Mitte Januar beraten.

Pazifikinseln driften

dpa, Tokio

Die Pazifikinseln nähern sich, das wurde jetzt wissenschaftlich nachgewiesen, immer mehr dem japanischen Archipel – allerdings nur um vier bis acht Zentimeter pro Jahr. In den letzten zehn Monaten verringerte sich der Abstand zwischen Kashima und Kwajalein um acht Zentimeter. Die Veränderungen sind ein Beweis für die von Geotektonikern erforschte Verschiebung der Erdplatten gegeneinander.

Panzer fuhr in Wohnhaus

dpa, Uttenweiler

Ein Panzer prallte in der Nacht zum Mittwoch auf ein Wohnhaus in Uttenweiler (Kreis Biberach). Die Bewohner kamen mit dem Schrecken davon. Das Kettenfahrzeug hatte die Außenmauer eines landwirtschaftlichen Anwesens durchbrochen und kam erst im Erdgeschoß des Wohnhauses zum Stehen. Der Panzer nahm am Manöver „Schnelle Jagd" in Süddeutschland teil.

Unterschlagung?

dpa, Frankfurt/Nairobi

Ein deutscher Entwicklungshelfer soll bei seinem mehrjährigen Einsatz in Kenia rund 50 000 Mark an Projektmitteln unterschlagen haben. Außerdem soll der 36jährige Bildungsexperte rechtswidrige Devisenspekulationen vorgenommen haben, indem er etwa 500 000 Mark Entwicklungshilfe-Gelder unter Ausnutzung von Wechselkursschwankungen zum persönlichen Gewinn verwendete.

„Banken, Bomben, Blut"

Belgien erzittert unter einer Serie von Anschlägen

HELMUT HETZEL, Brüssel

„Terroristen führen Sicherheitskräfte an der Nase herum", spottete gestern eine Antwerpener Zeitung nach dem vierten Bombenanschlag in Belgien innerhalb von 48 Stunden. Und eine Brüsseler Gazette wählte in ihrer Überschrift den Stabreim: „Bomben, Banken, Blut". Sie beschrieb mit diesen drei Worten die derzeitige Situation und Stimmung im Land treffend. Außer den vier Bombenanschlägen der letzten Tage schockiert die Belgier in diesen Tagen ein mit äußerster Brutalität ausgeführter Raubüberfall auf einen Geldtransporter der Post. Dabei erschossen die Täter kaltblütig zwei Postbeamte.

Die Bombenanschläge werden allesamt der Terrororganisation „Kämpfende Kommunistische Zellen" (CCC) zugeschrieben. Die Gewaltaktionen der CCC, die nach eigenen Angaben auch Kontakte zur deutschen RAF und zur französischen Action Directe unterhält, werden immer „professioneller" und kaltschnäuziger. Die belgische Bevölkerung ist verunsichert. In der Öffentlichkeit werden harte Gegenmaßnahmen gefordert. Der Ruf nach einer Sondereinheit zur Terrorismusbekämpfung, einer Art belgischen GSG 9, wird immer lauter.

Die Ziele der Bombenserie der letzten Tage lesen sich fast wie ein Bankenalmanach: Sonntag/Montag Anschläge auf die Bank Brüssel-Lambert in Etterbeek und auf eine namhafte Bank in Charleroi. Dienstag explodierte eine Reihe von Sprengkörpern bei der Manufactories Hannover Bank, ebenfalls in Charleroi. Dann inszenieren die Attentäter, quasi als Gipfel der Unverfrorenheit, am hellichten Tag und bei starkem Publikumsverkehr einen Bombenanschlag in der Kreditbank von Löwen.

Ein Augenzeuge berichtet: „Es war etwa 14.30 Uhr. Zwei junge Männer betraten die Bank. Einer hatte einen Diplomatenkoffer unter dem Arm und lief damit zur Treppe, wo er ihn ankettete. Plötzlich schrien die beiden: 'Achtung, das ist eine revolutionäre Aktion der Kämpfenden Kommunistischen Zellen, verlassen Sie die Bank.' Sie warfen Flugblätter in den Raum; darauf stand, daß in etwa 30 Minuten eine Bombe explodieren wird." Der Text war unterschrieben mit „Kampagne Karl Marx". Daneben war das CCC-Emblem zu sehen.

Der Anschlag verlief geradezu drehbuchmäßig. Fast alle Bankkunden und Angestellten konnten rechtzeitig vor der Explosion das Gebäude verlassen. Nur eine Frau wurde durch Glassplitter leicht verletzt. Ein Filmamateur fand sogar noch die Zeit, nach Hause zu gehen, seine Kamera zu holen und die Explosion um 15.03 Uhr aufzuzeichnen. Sein Film wurde am Abend in der belgischen „Tagesschau" des flämischsprachigen Programms ausgestrahlt. Die Polizei erlebte somit den 24. Bombenanschlag der CCC seit Oktober 1984 und begann mit der Spurensicherung. Doch die Täter waren wieder einmal entkommen.

Doch selbst nach einem Jahr „Erfahrung" wissen die belgischen Sicherheitskräfte immer noch nicht, wer sich hinter dem Kürzel CCC tatsächlich verbirgt. Kritiker meinen, die Ermittlungen der Polizei würden durch einen übermäßig aufgeblähten Verwaltungsapparat erheblich behindert. Sie fordern immer ungehaltener, daß die staatlichen Sicherheitskräfte effektiver organisiert werden, um dem Terror in Zukunft wirkungsvoller die Stirn bieten zu können.

LEUTE HEUTE

Verramscht?

Einen Teil der Geschenke, die er während seiner langjährigen Regierungstätigkeit von in- und ausländischen Besuchern erhalten hat, läßt Österreichs Alt-Bundeskanzler **Bruno Kreisky** heute um 15 Uhr in Wiens ältestem Auktionshaus, dem Dorotheum, öffentlich versteigern. Er nahm sich damit die Sitte amerikanischer Präsidenten zum Vorbild, die prinzipiell alle ihre Geschenke zugunsten wohltätiger Zwecke versteigern lassen. So kommt denn auch der Nettoerlös den beiden Hilfsorganisationen Caritas und Volkshilfe zu. Prunkstück der Sammlung: ein silbernes arabisches Kaffeeservice zum Rufpreis von 1700 Mark. Auktionator wird übrigens der Burg- und Volksschauspieler **Fritz Muliar** sein. Der wunderte sich vorab über den „Ramsch", den der Exkanzler von Staatsbesuchern als Mitbringsel erhielt.

Ritter Johannes

Die Karnevalssaison naht und damit die Zeit der Ordensvergaben. Der Aachener Karnevalsverein ist sich denn auch sicher, daß sein „Orden wider den tierischen Ernst" auf der Brust von **Johannes Rau** gut plaziert ist. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen erhält die Auszeichnung für „besonderen Humor in Politik oder Amt" am 1. Februar in Aachen. Er reiht sich damit in die Riege bekannter Ritter ein, zu der unter anderem der Arbeits- und Sozialminister **Norbert Blüm**, sein rheinland-pfälzischer Amtskollege **Bernhard Vogel** und der Stuttgarter Oberbürgermeister **Manfred Rommel** gehört.

„Fashion Aid"

Eine einmalige Mode-Gala in der Royal Albert Hall in London war am vergangenen Dienstag zu sehen. Der Popmusiker **Bob Geldof**, seit seinem „Live Aid"-Konzert in London und Philadelphia am 13. Juli dieses Jahres allerorten bekannt, rief und alle, alle kamen: rund 5000 Gäste, Modeschöpfer, Topmodelle und Popstars der Weltklasse wie **Kate Bush**, **Boy George** und **Alison Moyet** erschienen zur „Fashion Aid", einer Modenschau zugunsten der Afrikahilfe. Zwischen 7,50 und 125 Pfund (umgerechnet 28 bis 470 Mark) kostete der Eintritt. Schwarzhändler kassierten 1500 Mark. Der britische Modeschöpfer **Jasper Conran** organisierte die Show mit 125 Modellen der Couturiers **Yves St. Laurent**, **Giorgio Armani**, **Bruce Oldfield** und anderen. Auf dem Laufsteg war auch **Jerry Hall** (Foto), Topmodell und Freundin **Mick Jaggers**, zu bewundern. Sie alle verzichteten auf ihre Gage. Geldofs Hilfsaktionen haben bis jetzt rund 50 Mill. Pfund (rund 200 Mill. Mark) eingebracht.

WETTER: Unbeständig

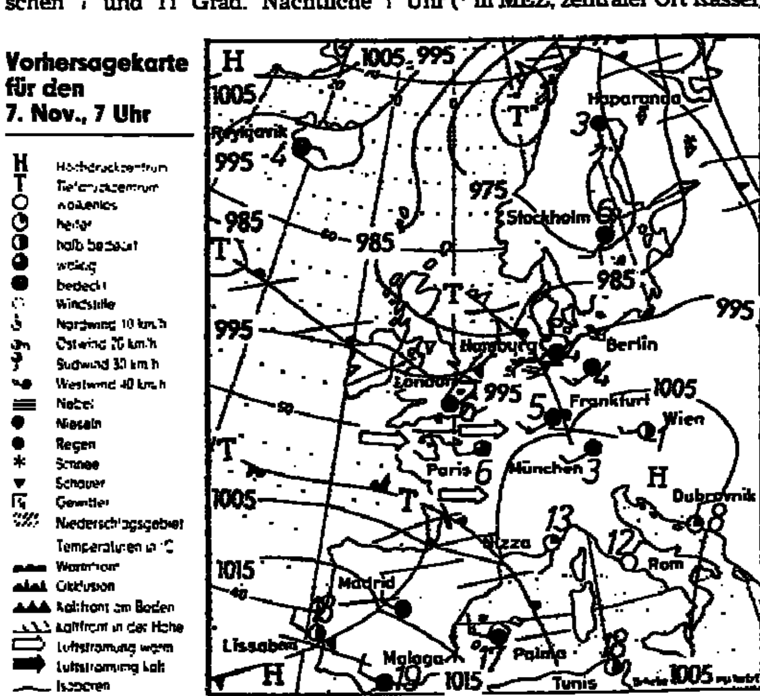
Lage: Atlantische Tiefausläufer beeinflussen zeitweise Deutschland unter Zufuhr milder und wolkenreicher Meeresluft vom Atlantik her.

Vorhersage für Donnerstag: Zunächst überwiegend stark bewölkt und gelegentlich Regen, vor allem im norddeutschen Flachland, in West- und Südwestdeutschland. Nachmittags zum Teil auch sonnige Abschnitte. Tagestemperaturen zwischen 7 und 11 Grad. Nächtliche Tiefstwerte 2 bis 6 Grad. Mäßiger Südwestwind.

Weitere Aussichten: Am Freitag unbeständig, von Westen her zum Teil länger andauernder Regen. Auffrischender Südwestwind. Milde Temperaturen.

Sonnenaufgang am Freitag: 7.27 Uhr*, Untergang: 16.44 Uhr; **Mondaufgang:** 1.21 Uhr, Untergang: 15.19 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 7. Nov., 7 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	7	he
Bielefeld	6	bw
Braunlage	0	bd
Bremen	5	Rs
Dortmund	7	bw
Dresden	5	bw
Düsseldorf	6	bw
Erfurt	2	bw
Essen	7	be
Feldberg/S.	-3	bw
Flensburg	4	Rs
Frankfurt/M.	8	bw
Freiburg	8	bw
Garmisch	4	R
Greifswald	7	bw
Hamburg	6	Rs
Hannover	5	bw
Kahler Asten	-1	bw
Kassel	3	he
Kempten	2	S
Kiel	7	he
Koblenz	8	bw
Köln-Bonn	8	bw
Konstanz	7	he
Leipzig	6	bw
List/Sylt	6	bw
Lübeck	5	bw
Mannheim	9	he
München	4	Rs
Münster	6	bw
Norderney	7	bw
Nürnberg	6	bw
Oberstdorf	5	bw
Passau	5	bw
Saarbrücken	5	he
Stuttgart	7	bw
Trier	7	bw
Zugspitze	-12	S

Ausland:		
Algier	25	bw
Amsterdam	7	Rs
Athen	19	bd
Barcelona	18	bw
Belgrad	11	R
Bordeaux	14	bw
Bozen	17	he
Brüssel	8	he
Budapest	10	bw
Bukarest	9	bd
Casablanca	25	he
Dublin	8	bw
Dubrovnik	17	R
Edinburgh	4	R
Faro	23	he
Florenz	21	bw
Genf	7	bw
Helsinki	5	R
Hongkong	27	he
Innsbruck	8	Rs
Istanbul	17	bw
Kairo	27	wl
Klagenfurt	14	he
Konstanza	13	bd
Kopenhagen	6	R
Korfu	20	R
Las Palmas	25	he
Leningrad	5	bw
Lissabon	21	bw
Locarno	15	he
London	10	he
Los Angeles	16	wl
Luxemburg	6	he
Madrid	20	he
Mailand	18	wl
Malaga	26	he
Mallorca	25	he
Moskau	2	R
Neapel	19	bw
New York	13	bd
Nizza	18	he
Oslo	5	bw
Ostende	7	he
Palermo	22	R
Paris	10	bw
Peking	15	bw
Prag	2	S
Rhodos	20	bw
Rom	20	he
Salzburg	5	Rs
Singapur	29	bw
Split	19	he
Stockholm	7	he
Straßburg	10	bw
Tel Aviv	27	he
Tokio	21	bd
Tunis	20	Rs
Valencia	27	bw
Varna	14	bd
Venedig	11	bw
Warschau	8	bd
Wien	11	bw
Zürich	5	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schnee, Schneeschauer; Sp = Sprühregen; wl = wolkenlos

Sekt bei der Buchung

Bizarrer Preiskampf unter britischen Reiseveranstaltern

CLAUS GEISSMAR, London

Der Londoner Elektriker Dave Turnay (36) ist urlaubsreif. Und das alles nur, weil er eine ganze Nacht lang vor dem Reisebüro „Lunn Poly" im Londoner Stadtteil Enfield in einer Schlange gestanden hat. Doch das Schlangestehen, ohnehin eine Lieblingsbeschäftigung der Briten, hat sich gelohnt. Zum Frühstück wurden die ersten 20 Kunden in der Schlange auf dem Bürgersteig von dem Manager des Reisebüros mit Lachsschinken und Sekt bewirtet. Und dann konnte Dave Turnay für sich, seine Frau und seine zwei Kinder einen Spanienflug im Mai 1986 für 20 Mark pro Person buchen.

Das war nicht die seltsamste Blüte im Treibhaus der britischen Reiseveranstalter. Das Reisebüro Harry Shaw Travel in Coventry schenkte den ersten 100 Kunden dieser Woche eine einwöchige Reise nach Südfrankreich und zahlte pro Person noch 20 Mark Taschengeld dazu.

Die plötzliche Treibhausluft im britischen Reisegewerbe hat mehrere Gründe. Das Pfund ist eine überraschend starke Währung geblieben und in den Mittelmeerländern drückt ein Kapazitätsüberangebot auf die Preise. Für das Urlaubsjahr 1986 haben die Reiseveranstalter eine Kapazität von neun bis zehn Millionen Reisen für sonnenhungrige Kunden vorbereitet.

Jetzt, wenn die Tage kürzer werden, blättern Millionen Briten in den Reiseprospekten und treffen die ersten Entscheidungen für den Urlaub 1986. Traditionsgemäß wird die Kundschaft daher Anfang November mit Lockangeboten geködert. Wenn die ersten Billigangebote verkauft sind, steht der interessierte Kunde auf alle Fälle im Laden und ist – so die Überlegung der Verkäufer – meist auch zur Unterschrift eines etwas teureren „Schnäppchens" bereit.

Diese aggressive Verkaufsmethode hat sich nun zum ersten Mal offenbar überschlagen. Das große Unternehmen Intasun eröffnete den Preiskampf mit 500 Spanienreisen für 120 Mark, Thompson Holidays schmiß gleich tausend Reisen für 100 Mark hinterher und NAT Holidays in Leeds folgte mit zehn Tagen Südfrankreich für 20 Mark. NAT-Manager Warren Sandral hatte mit diesem Angebot eigentlich nur auf die „Idiotie" hinweisen wollen, die die britischen Reiseveranstalter erfasst hat. Aber da stand die Konkurrenz schon mit Sektflaschen auf der Straße ...

British Airways, mit der eigenen Firma „Enterprise" im Reisegeschäft, lockt mit der Verlosung von 200 Atlantikfreiflügen auf der überschallschnellen Concorde. Und im Londoner Stadtteil Wealdstone wurde den ersten zehn Kunden, die eine Billigreise bei „EST Travel" kauften, ein tragbarer Farbfernseher als Geschenk in die Hand gedrückt. (SAD)

Hoechst-Tochter verweigert Hormon-Nachweis

rtr, Hannover

Auf unerwartete Schwierigkeiten ist die Untersuchung der mehr als 11 000 Kälber gestoßen, die in der vergangenen Woche im westlichen Niedersachsen wegen einer möglichen Behandlung mit verbotenen Hormonen beschlagnahmt worden waren (die WELT berichtete). Das Landwirtschaftsministerium in Hannover bestätigte gestern, daß sich das vermutlich verwendete Östrogenpräparat „Trenbolon" nur mit einem Mittel nachweisen läßt, das von der gleichen Firma hergestellt wird.

Die Firma Roussele Uclaf in Paris, eine Tochtergesellschaft der Höchst AG, weigere sich aber, das Nachweismittel zur Verfügung zu stellen. Da die in der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen Bestände nicht ausreichten, versuche das mit der Untersuchung betraute Institut der Universität München in Weihenstephan nun, das Diagnostikum im Ausland zu kaufen, sagte ein Ministeriumssprecher.

Nach seinen Angaben ist die Anwendung von „Trenbolon", das im Verdacht steht, Krebs auszulösen, in Frankreich und in den Niederlanden im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland bei der Tierzucht nicht verboten. Das Ergebnis der Untersuchungen werde nun frühstens am Donnerstagabend erwartet.

Unserer heutigen Ausgabe liegt eine Spielschein-Kombination: Zahlenlotto-Service-Schein/Fußball-Toto der Westdeutschen Lotterie GmbH & Co. bei.

ZU GUTER LETZT

„Den Karpow wünscht sich die Mutter zum Schwiegersohn, aber den Kasparow wünscht sich die Tochter" – Der ZDF-Korrespondent in Moskau im „Aktuellen Sportstudio" über die Schach-Weltmeisterschaft.